

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

AUS DEM INHALT

KARL DIETRICH BRACHER

Demokratie und Ideologie im Zeitalter der Machtergreifungen

HORST MÖLLER

Die nationalsozialistische Machtergreifung. Konterrevolution oder
Revolution?

MARTIN BROZAT

Die Struktur der NS-Massenbewegung

ANDREAS DORPALEN

SPD und KPD in der Endphase der Weimarer Republik

MANFRED JACOBS

Die evangelischen Kirchen und die Option zwischen dem zweiten
und dritten Reich

NORBERT FREI

„Machtergreifung“. Anmerkungen zu einem historischen Begriff

DOKUMENTATION

Eine unbekannte Artikelfolge Otto Kleppers zur NS-Machtergrei-
fung

BIBLIOGRAPHIE ZUR ZEITGESCHICHTE

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE**Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben**von **KARL DIETRICH BRACHER** und **HANS-PETER SCHWARZ**

in Verbindung mit

Theodor Eschenburg, Helmut Krausnick, Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann,
Paul Kluge, Walter Bußmann, Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen,
Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter

Redaktion:

Martin Broszat, Horst Möller, Hermann Graml, Hellmuth Auerbach, Wolfgang Benz
Geschäftsführender Redakteur: Hermann Graml

Anschrift:

Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46b, 8000 München 19, Tel. 089/180026

INHALTSVERZEICHNIS**AUFSÄTZE**

<i>Karl Dietrich Bracher</i>	Demokratie und Ideologie im Zeitalter der Machtergreifungen	1
<i>Horst Möller</i>	Die nationalsozialistische Machtergreifung. Konterrevolution oder Revolution?	25
<i>Martin Broszat</i>	Zur Struktur der NS-Massenbewegung	52
<i>Andreas Dorpalen</i>	SPD und KPD in der Endphase der Weimarer Republik	77
<i>Manfred Jacobs</i>	Kirche, Weltanschauung, Politik. Die evangelischen Kirchen und die Option zwischen dem zweiten und dritten Reich	108

MISZELLE

Norbert Frei	„Machtergreifung“. Anmerkungen zu einem historischen Begriff	136
--------------	--	-----

DOKUMENTATION

Martin Schumacher	Der Umschwung in Deutschland 1933. Eine unbekanntete Artikelfolge des preußischen Staatsministers Otto Klepper	146
-------------------	--	-----

BIBLIOGRAPHIE 1

Inhaltsverzeichnis des 30. Jahrgangs	Beilage
Verfasser u. Sachtitelregister, Jahrgang 29–30	Beilage
Bibliographie zur Zeitgeschichte, Jahrgang 29–30	Beilage

Verlag und Anzeigenverwaltung: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Neckarstr. 121, 7000 Stuttgart 1, Tel. 07 11/21 51–1. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Gültig ist Preisliste Nr. 7 v. 1. 1. 1979. Bezieherpreise ab 1981: Einzelheft DM 18,- (zuzüglich Versandkosten); Jahresabonnement = 4 Hefte DM 58,80 (DM 3,60 Versandkosten und die Mehrwertsteuer enthalten). Für Studenten im Abonnement jährlich DM 46,80 (DM 3,60 Versandkosten und die Mehrwertsteuer enthalten). Bezieher der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ (2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von DM 37,30 (DM 1,70 Versandkosten und die Mehrwertsteuer enthalten) zu beziehen.

Das Fotokopieren und Vervielfältigen aus „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ ist nur mit Genehmigung des Verlages gestattet. – Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
 Inhaltsverzeichnis: <http://www.ifz-muenchen.de/jahrgang31.htm>
 URL: <http://www.ifz-muenchen.de/jahrgang31.pdf>
 VfZ-Recherche: <http://vzf.ifz-muenchen.de>

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

31. Jahrgang

Heft 1

KARL DIETRICH BRACHER DEMOKRATIE UND IDEOLOGIE IM ZEITALTER DER MÄCHTERGREIFUNGEN

I.

In seinen Maximen und Reflexionen sagt Goethe: „Derjenige, der sich mit Einsicht für beschränkt erklärt, ist der Vollkommenheit am nächsten.“¹ Dieser Satz des Dichters kann durchaus auch auf zwei Schlüsselbegriffe der Politik bezogen werden, die unsere Zeitgeschichte betreffen: nämlich die *Demokratie* als Staatsform der *Selbstbeschränkung*, und die *Ideologie* als Denkform der *Selbstüberhebung*.

Von der Spannung zwischen diesen beiden Polen des politischen Denkens und Verhaltens ist die Geschichte des 20. Jahrhunderts in besonderem Maße geprägt worden. Versprechung des Vollkommenen – und Erfahrung des Beschränkten: das sind die elementaren Gegensätze, zwischen denen unser Zeitalter seit dem großen Sprung in die moderne Wissenschaft und Technik, in Weltwirtschaft und Weltpolitik, aber auch in totalitäre Diktaturen und Zerstörungssysteme von bislang unerhörtem Ausmaß hin- und hergerissen wurde. Es ist das Zeitalter der großen ideologischen Machtergreifungen, die alles versprechen und mobilisieren, zu allem verführen können.

Das gilt bis auf den heutigen Tag. Immer aufs neue in diesem Jahrhundert haben Philosophen und Literaten, Publizisten und Politiker behauptet und verheißen, die wissenschaftlichen und politischen Formeln zur Bewältigung aller Probleme seien gefunden, ja ihre endgültige Lösung stehe unmittelbar bevor, und immer wieder folgte dann der geistig-politischen Überspannung die Enttäuschung und Ernüchterung, so daß schließlich viele Beobachter² den nicht minder trügerischen Schluß von einem baldigen Ende der Ideologien zogen. Wir hören diese Stimmen auch heute wieder, so wenn nun im Blick auf den angeblichen Verfall des Kommunismus das „Ende des ideologischen Zeitalters“ verkündet wird³ und jedenfalls vom Altern und Ermatten der Ideologien wie zugleich vom Ende des neuzeitlichen Fortschrittsbegriffs die Rede ist⁴. Im Gegensatz dazu steht die neuerliche Warnung des französischen Philosophen Raymond Aron⁵, der von der „Unsterblichkeit der Ideologie“ spricht und von der

¹ Goethes Werke, Hamburger Ausgabe, Chr. Wegner Verlag, Bd. 12, 1223.

² Daniel Bell, *The End of Ideology. On the Exhaustion of Political Ideas in the Fifties*, Glencoe 1960, S. 369 ff.

³ Peter Bender, *Das Ende des ideologischen Zeitalters*, Berlin 1981, S. 99 ff.

⁴ Vgl. Iring Fetscher, *Überlebensbedingungen der Menschheit. Zur Dialektik des Fortschritts*, München 1980, S. 23 ff.

⁵ Raymond Aron, „Die Unsterblichkeit der Ideologie“, in: *Die politische Meinung* 27/202 (1982), S. -69 ff.; ders., „Über den guten Umgang mit Ideologien“, in: W. Bergsdorf (Hrsg.), *Die Intellektuellen. Geist und Macht*, Pfullingen 1982, S. 130 ff.

fortdauernden „Gefährdung des Westens durch Irrationalität“: denn es bleibt das allgemeine Bedürfnis des Menschen nach ideeller Überhöhung der Wirklichkeit, das seit der Säkularisierung auch nicht mehr durch Religion und Kirche erfüllt wird.

Als „Zeit der Ideologien“ charakterisiere ich das politische Denken des Jahrhunderts, das immer neue Anstrengungen zur Selbstüberhöhung unternimmt, während die Versuche der Selbstbeschränkung im Zeichen des gemäßigten Staates, des limited government, meist der stolzen Verachtung zumal der Intellektuellen unterliegen⁶. Einerseits erleben wir Vernachlässigung und mangelnde Verankerung einer freiheitlichen Demokratietheorie, andererseits aber die Schärfe und Popularität einer Demokratiekritik, die nicht nur bei der Linken als geistig anspruchsvoller, als intellektuell attraktiver gilt.

Die Ideologisierung der modernen politischen Gedanken- und Ideenkreise, die seit dem 18. Jahrhundert herangereift waren, geschah in mehreren großen Wellen unserer Zeitgeschichte: Zunächst zwischen dem Aufbruch der Jahrhundertwende und des Ersten Weltkriegs unter den aufwühlenden Wirkungen Nietzsches, der Sozialdarwinisten, der Macht- und Elitephilosophien von Sorel und Pareto wie des Marxismus-Leninismus, aber auch der neuen Wissenschaften der Soziologie und Psychologie; eine zweite Welle in den zwanziger und dreißiger Jahren bringt die politische Konkretisierung und Umsetzung jener Gedanken mit den Epochendaten der kommunistischen, faschistischen und national-sozialistischen Regime, die vor allem auch ideologische Regime waren; dem folgen dann nach 1945 die Wellen von ideologischer Erschöpfung und Entideologisierung, doch während der sechziger Jahre setzt schließlich wiederum eine fieberhafte Re-Ideologisierung ein, die seit dem Einbruch der Öl- und Wirtschaftskrise schließlich in eine neue Krise des Fortschrittsbewußtseins geführt hat⁷, mit Tendenzen zur scharfen Abwendung von der modernen Industriegesellschaft überhaupt.

Die Ideologisierungsvorgänge unseres Jahrhunderts erfassen alle politischen Ideenkreise der Neuzeit: liberales und konservatives, demokratisches und nationales, sozialistisches und revolutionäres, imperiales und rassistisches Gedankengut. Es wird angesichts globaler Umwälzung von Staaten und Gesellschaften im Zeitalter der Massen, ihrer Demokratisierung und diktatorischen Verführung zur Rechtfertigung politischen Handelns eingesetzt. Diese Verwandlung politischer Ideen in Ideologien ist inzwischen weltweit auf die Entwicklungsländer und neuen Staaten ausgedehnt worden, die in beschleunigter Folge denselben Modernisierungskrisen wie Europa unterworfen sind. Ein unstillbares Bedürfnis nach Weltanschauung antwortet hier auf die wissenschaftlich-rationale Weltdurchdringung. Es wächst im selben Maße, in dem traditionale Religions- und Werthaltungen zurückgehen, gleichzeitig aber der unaufhaltsame Fortschritt von Wirtschaft und Gesellschaft im liberalen Sinne immer nachhaltiger in Frage gestellt wird. Die wiederholten Mißbräuche und Brechungen des Fortschritts in den großen Krisen unseres Jahrhunderts haben rationale Gewißheiten

⁶ K.D. Bracher, *Zeit der Ideologien*, Stuttgart 1982, S. 189 ff.

⁷ Vgl. K.D. Bracher, „Fortschritt – Krise einer Ideologie“, in: *Geschichte und Gewalt*, Berlin 1981, S. 211 ff.

erschüttert und empfänglich gemacht für irrationales Denken, ob es nun kulturpessimistisch oder utopistisch auftritt.

In diesem Auf und Ab der Hoffnungen und Enttäuschungen unserer Epoche registrieren wir zweierlei große gegensätzliche Bewegungs- und Kristallisationskräfte: das neue Jahrhundert verspricht eine Ära der scheinbar unaufhaltsamen Ausbreitung der Demokratie zu werden, deren Triumph mit dem Sieg der Westmächte im Ersten Weltkrieg besiegelt scheint; aber es führt auch mit der kommunistischen Revolution von 1917, mit den Machtergreifungen Lenins, dann Mussolinis und Hitlers in die schärfsten und umfassendsten, unmenschlichsten Diktaturen der Geschichte⁸. Dieser Widerspruch ist geistig und sozial begründet. Vorstellungen, die auf realistische politische Reformen zielten, stehen einlinige Mobilisierung und ideologische Verführung der anwachsenden Massen gegenüber, die im Zeichen ihrer Entfremdung durch Industrialisierung und Verstärkung der Manipulation durch moderne Organisations- und Propagandaformen ausgeliefert sind. Von der „Rebellion der Massen“ sprach der spanische Kulturphilosoph Ortega y Gasset am Vorabend der Hitler-Ära (in seinem Bestseller „Aufstand der Massen“), und nicht minder pessimistisch und demokratieskeptisch betrachtete im gleichen unheilswangeren Jahr 1931 Karl Jaspers die „geistige Situation der Zeit“, ohne damals freilich noch die Hauptgefahr, die totalitäre Stoßkraft des Nationalsozialismus, hinreichend zu beachten⁹.

Warum diese Krise der Demokratie gerade im Augenblick der Verwirklichung des allgemeinen Wahlrechts und zunehmender Anerkennung des Prinzips der Volksherrschaft? Und warum gleichzeitig diese Stärke und Schärfe der ideologischen Bewegungen, die sich gegen den liberalen Staat wenden und in autoritäre und totalitäre Diktaturen von bislang unerhörter Verführungs- und Unterdrückungskraft führen? Es hängt gewiß mit gravierenden wirtschaftlichen Problemen zusammen, nicht zuletzt aber mit der Tatsache, daß die freiheitliche Demokratie die anspruchsvollste und schwierigste politische Denkstruktur darstellt. Sie ist von allen Staatsideen am schwersten zu akzeptieren, gerade weil sie die Selbstbeschränkung politischer Macht, den Schutz von Minderheiten anstelle des Rechts des Stärkeren und das garantierte Recht der Opposition zur Aufgabe hat.

Gewiß gibt es schon immer das Ringen um die rechte politische Ordnung, um politische Ideen und Zukunftsentwürfe, auch ihren propagandistischen Gebrauch zur Rechtfertigung von Machtstreben und Machtausübung, seit es menschliche Gesellschaft, Staaten, bewußte Geschichte gibt. Aber das Neuartige unseres ideologischen Zeitalters tritt doch in dreifacher Hinsicht zu Tage. Erstens in der Legitimitätsfrage: noch nie haben politische Systeme und Herrschaftsformen unter einem ähnlich starken Anspruch und Druck gestanden, sich auch geistig rechtfertigen, ihren Machtbereich ideell begründen und möglichst weit ausdehnen zu müssen¹⁰; sie benötigen ei-

⁸ Dazu meine Darstellung in: Europa in der Krise, Frankfurt – Berlin – Wien 1979, S. 52 ff.

⁹ Ortega y Gasset, *La Rebelión de las Masas*, Madrid 1929, deutsch 1931; in Großauflage bezeichnenderweise wieder Stuttgart 1947.

¹⁰ Dolf Sternberger, „Arten der Rechtmäßigkeit“, in: *Politische Vierteljahresschrift* 3 (1962), S. 2 ff.; vgl. Peter Graf Kielmansegg, Ulrich Matz (Hrsg.), *Die Rechtfertigung politischer Herrschaft*.

nen ideellen Unterbau¹¹ und sind insofern gerade nicht mit der alten marxistischen Überbautheorie zu erfassen. Auch fordert der Übergang vom Gottesgnadentum zur Volkssouveränität neue Herrschaftsbegründungen. Zweitens das moderne Kommunikationswesen: noch nie standen für jene Begründung so weitreichende technische Mittel zur Verfügung, war unsere Welt mit ihren verschiedenen Staats- und Gesellschaftssystemen politisch-kommunikativ so eng zusammengerückt, konnten deshalb Wettstreit und Konflikt der politischen Gedanken auch solche globalen Ausmaße, eine so direkte, intensive Einwirkung auf alle Gruppen der Bevölkerung gewinnen; Politik wird Kommunikation insofern, als die Formung einer „öffentlichen Meinung“ durch Massenbeeinflussung entscheidende Bedeutung erlangt, ja in der Hand geschickter Politiker Geschichte macht.

Hier sind wir beim dritten Punkt, der damit eng zusammenhängt. Es handelt sich um die Manipulierbarkeit und Ohnmacht solcher öffentlicher Meinung, die doch ein so wichtiger politischer Faktor ist. Macht und Herrschaft fallen starken und entschlossenen Regimen zu, die sich der Ideen ohne Rücksicht auf die Wahrheitsfrage „ideologisch“ bedienen und sie für sich nutzbar machen, so daß sie mehr oder weniger zur „veröffentlichen“ oder fabrizierten Meinung werden; immer wieder zeigt sich, wie schwer, ja unmöglich es ist, ideologische Regime von innen zu überwinden, solange und sofern sie im Alleinbesitz der Kommunikationsmittel sind.

Wir finden uns also in der paradoxen Situation einer Übermacht und zugleich Ohnmacht politischer Ideen gegenüber der Realität des Machtgeschehens. Die verschiedenen politischen Lager und Regime treiben nüchterne Machtpolitik, und doch zielt ihre Anstrengung vor allem auch auf geistige Rechtfertigung dieser Politik: durch einen Riesenaufwand an Produktion und Reproduktion von Ideen und deren immer effektivere, massenkommunikative Verbreitung als „Propaganda“ – von der Kulturpropaganda bis zur psychologischen Kriegführung. Es ist diese Funktionalisierung und Instrumentalisierung der Ideen im Dienst der Macht- und Einflußpolitik, die zugleich zu einer Ideologisierung des politischen Denkens in allen Lagern führt.

Am deutlichsten jedoch lassen sich Charakter und Wirkung moderner Ideologien in jener scharfen ausschließenden Form erkennen, die mit dem Auftreten totalitärer politischer Ziele und Denkstile entsteht. An totalitären Weltanschauungen, ob sie nun älteren Schichten des monokratischen Denkens zugerechnet¹² oder aus dem Rousseauismus und radikalen Egalitarismus der modernen Revolutionen abgeleitet werden¹³, oder ob man sie erst der links- und rechtsradikalen Zuspitzung von Sozialismus

Doktrinen und Verfahren in Ost und West, Freiburg – München 1978, S. 155 ff. (Georg Brunner: „in östlichen Systemen“, S. 59 ff.; Paul Kevenhörster: „in westlichen Demokratien“).

¹¹ Karl Loewenstein, „Über das Verhältnis von politischen Ideologien und politischen Institutionen“, in: Zeitschrift für Politik 2 (1955), S. 191 ff.; derselbe, „Über die Verbreitung der politischen Ideologien“, ebenda 3 (1956), S. 195 ff.

¹² So vor allem Karl Popper, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, 5. Aufl. Bern 1977, Band 1 („Der Zauber Platons“) und Band 2 („Hegel, Marx und die Folgen“).

¹³ Grundlegend Jacob L. Talmon, Die Ursprünge der totalitären Demokratie, Köln-Opladen 1961 (englisch 1952), S. 34 ff. Zu früheren Stufen der Ideologisierung jetzt auch Donald R. Kelley, The

und Nationalismus in unserem Jahrhundert zuschreiben möchte¹⁴, lassen sich besonders Wesen und Funktion des Ideologisierungsgeschehens in Staat und Gesellschaft ablesen.

Als Kern des Ideologisierungsvorgangs erscheint hier die Tendenz zu einer extremen Vereinfachung komplexer Realitäten: der Anspruch, sie auf eine Wahrheit zu reduzieren und zugleich (dichotomisch) aufzuspalten in gut und böse, richtig oder falsch, Freund oder Feind, also mit einem einzigen Erklärungsmuster die Welt bipolar zu erfassen, wie es besonders die marxistische Klassentheorie oder die nationalsozialistische Rassentheorie versuchen. Die Ausbildung von Feind-Stereotypen und Sündenbock-Strategien sind als Mittel zur Vereinfachung und Integration sozialer und politischer Pluralität ebenso wichtig wie die eher vagen Versprechungen und Visionen, die demgegenüber den „positiven“ Gehalt darstellen. Dabei wird dem Bedürfnis nach Orientierung und Sicherheit durch die Verheißung endgültiger Einsichten und Prinzipien Rechnung getragen, die sowohl glaubensmäßig wie (pseudo-)wissenschaftlich begründet werden. Die Verbürgung absoluter Wahrheit nicht erst im Himmel, sondern auf Erden gibt der Ideologie den Charakter säkularisierter Heils- oder Erlösungsreligion, die jede ideelle Alternative ausschließen möchte, indem sie diese als „bürgerlich“, „objektivistisch“ oder ähnlich diskreditiert, ohne daß es der Wahrheitsbeweise bedürfte.

Mit dem Anspruch und im Besitz dieser Weltanschauung gehört deren Träger einer selbsternannten Elite an; sein Erkenntnisprivileg und Wahrheitsmonopol legitimieren zugleich den unbeschränkten Machtanspruch, den er gegenüber allen relativen, eingeschränkten Gesellschafts- und Staatsformen erhebt und gegebenenfalls revolutionär durchsetzt: von Platons regierenden Philosophen über den Terror der Jakobiner zu Lenins Avantgarde und Hitlers SS-staatlichen Ordensburgen spannt sich ein Bogen jenes totalitären Ideologieverständnisses, das sich selbst freilich von jedem Ideologieverdacht freispricht. Unser Jahrhundert hebt sich vor anderen auch dadurch heraus, daß es die allgemeine Anfälligkeit der Intelligenz, und nicht nur der „Massen“, für solche Denkformen in besonders erschreckendem und folgenschwerem Maße erweist.

Aber in allen drei Perioden vor, zwischen und nach den beiden Weltkriegen geht es dabei doch um eine fundamentale, werthafte Frontstellung. Es ist das Gegenüber eines freiheitlich-demokratischen, um gemäßigte Politik bemühten Staatsverständnisses und eines rigorosen, militant vorwärtsdrängenden ideologischen Herrschaftsanspruchs. Das entspricht in vielem dem Gegensatz der Vorstellungen von einer offenen und einer geschlossenen Gesellschaft, wie sie der von Hitler aus Österreich ans an-

Beginning of Ideology. Consciousness and Society in the French Reformation, Cambridge 1981. Talmon hat seinen Ansatz durch das 19. Jahrhundert (Messianismus. Die romantische Phase, Köln-Opladen 1961) und vor seinem Tod noch mit einem dritten, nachgelassenen Band bis in unsere Zeit geführt: The Myth of the Nation and the Vision of Revolution. The Origins of Ideological Polarization in the Twentieth Century, London 1981.

¹⁴ So mein Beitrag zum Talmon-Colloquium der Israelischen Academy of Arts and Sciences: „Turn of the Century and Totalitarian Ideology“ (Jerusalem, Juni 1982).

re Ende der Welt vertriebene Sozialphilosoph Karl Popper in der Entscheidungszeit des Zweiten Weltkriegs formuliert hat, als er in der fernen neuseeländischen Stadt Christchurch 1944 sein Buch „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ abschloß.

Die Verteidigung unserer Kultur, so schrieb Popper damals, hänge davon ab, daß wir es „wagen, Ideen zu kritisieren, die, wie wir zugeben müssen, einen wichtigen Teil unseres geistigen Erbgutes bilden. Unsere Furcht vor einer teilweisen Kritik dieses Erbgutes kann die Zerstörung des Ganzen zur Folge haben“¹⁵. Popper sieht diese Gefahren in dem, was er im Untertitel seiner beiden Bände den „Zauber Platons“ (Bd I) und die „Falschen Propheten – Hegel, Marx und die Folgen“ (Bd II) nennt: Philosophen also, die grundlegend für das moderne politische Denken sind. Aber die Tatsache, daß diese Philosophen und ihre ideologischen Nachdenker zugleich mit dem Anspruch auf ein geschlossenes, totales Denksystem auftreten oder so verstanden und benutzt werden, ermöglicht deren Ideologisierung und wirkt zerstörend auf die Offenheit des Denkens.

In der Tat eignen sich diese Systemdenker besonders für die Ideologiebildung, die unser Jahrhundert bestimmt. Eine Anmaßung der Geschlossenheit und Letztgültigkeit, die pseudoreligiöse Züge trägt, charakterisiert die modernen Ideologien von links wie von rechts. Sie sind zugleich antidemokratisch, sofern sie im Begriff des Politischen die absolute Richtigkeit der *Entscheidung*, der *Dezision*, an die Stelle des pluralistischen *Kompromisses*, der beschränkten Übereinkunft setzen.

II.

Der Jahrhundertanfang bedeutete eine Wende für beides, sowohl für die Ideologisierungsvorgänge wie für die Problematik des Demokratiedenkens. In vollem Gang war damals schon der Zusammenstoß zwischen dem liberal und rational begründeten Fortschrittsdenken der Neuzeit und den neuen Strömungen des politischen Irrationalismus, die mit modernistischen und antimodernistischen Vorzeichen bewaffnet den Aufstieg der politischen Religionen vorbereiteten.

Drei verschiedene Beispiele für diesen Zusammenstoß wurden bereits erwähnt: in Nietzsches Kulturkritik geht es um die Heraufkunft des Massenmenschen und die Bedeutung der Elite und des starken Einzelnen; für die Sozialdarwinisten und Rassisten um die Übertragung von Darwins Selektionslehre auf eine Gesellschaftstheorie vom Kampf ums Dasein und dem Herrschaftsrecht der stärkeren Nation oder Rasse; für die neue Psychologie um die innere Entdeckung des Menschen gegenüber der äußeren Machbarkeit und vermeintlichen Perfektion der menschlichen Verhältnisse durch äußeren Fortschritt. Allen gemeinsam ist der große Zweifel an der bestehenden Gesellschaft, den sie anmelden.

Die Entdeckung des Unbewußten und Unterbewußten war durchaus fällig in einer

¹⁵ Karl R. Popper, *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*, deutsche Ausgabe Bern 1957, 5. Aufl. München 1977, Bd. I, S. 5f.

Zeit, in der die Beeinflussung der Massen durch moderne Propaganda, die „Massenpsychologie“¹⁶, sowohl zur Steigerung der Wirtschaft durch Konsum wie auch zur Legitimierung der Herrschaft durch plebiszitäre Zustimmung technisch entwickelt wurde. Das galt nicht nur für Mehrheitsherrschaft in der Demokratie, mit Freiheit der Willensentscheidung und Wettstreit um die Beeinflussung der Massen. Es galt auch für die Machtergreifung und Herrschaftsausübung von Minderheiten, die im Namen und auf dem Rücken der Demokratie diktatorisch zu regieren, das heißt öffentliche Meinung durch Überzeugung, Meinungsdruck und Zwang zu erzeugen und zu manipulieren suchten. So konnte sich moderne Propaganda die zunehmenden Einsichten in die Bedeutung des Un- und Unterbewußten, des Nichtrationalen und Emotionalen zunutze machen. Damit wurden zugleich die Schwächen des liberalen Glaubens an einen Fortschritt, der auf der erziehbaren Verstandsnatur des Menschen beruhte, aufgedeckt.

Es war die Zeit der Kreation „politischer Religionen“¹⁷: d. h. pseudoreligiöser Ideologien, die mit dem doppelten Anspruch auf wissenschaftliche Geltung und zugleich religiöse Unbedingtheit auftraten. Sie verhiessen, das durch moderne Wissenschaft und Säkularisierung Getrennte wieder zum Einklang von Kultur und Technik, von Politik und Kultur zu bringen; dabei suchten sie jedem jedes zu versprechen, Sammelbewegung und Sammelglauben zu sein und zugleich in scharfer Konfronta-

¹⁶ Schon 1895 erschien die „Psychologie des foules“ von Gustave Le Bon (1841–1931): fast jährlich in zahlreichen Sprachen wieder aufgelegt (deutsch zuerst 1908, 14. Aufl. 1973). Mit unwissenschaftlich verallgemeinerten Beispielen besonders aus der Französischen Revolution und der Pariser Kommune von 1871 wurden die antidemokratischen Folgerungen einer kollektiven Lenkbarkeit der „Masse“ belegt; die Argumente dieser Massenpsychologie kehrten auch in den einschlägigen Kapiteln von Hitlers *Mein Kampf* wieder (S. 197 ff.; 371 ff.; 530 ff.; 650 ff.; sowie K. D. Bracher, *Die Auflösung der Weimarer Republik*, 6. Aufl. 1978, S. 112 ff.). Vgl. Robert A. Nye, *The Origins of Crowd Psychology*, London 1975 – überhaupt zur sozialwissenschaftlichen Entwicklung in Frankreich vor der Jahrhundertwende.

¹⁷ Begriff bei Eric Voegelin, *Die politischen Religionen*, Wien 1938 (2. Aufl. Stockholm 1939); vgl. Waldemar Gurian, „Totalitarian Religions“, in: *The Review of Politics* 14 (1952), S. 3 ff.; derselbe schon: *Der Kampf um die Kirche im Dritten Reich*, Luzern 1936. Eine Fortführung dieses Ansatzes bedeutet der Versuch, die chiliastisch-millennarischen, messianisch-eschatologischen Züge totalitärer Ideologien herauszuarbeiten. Dazu neben der großen Trilogie von J. L. Talmon weiterhin Eric Voegelin, *Wissenschaft, Politik und Gnosis*, München 1959; derselbe, „Religionsersatz. Die gnostischen Massenbewegungen unserer Zeit“, in: *Wort und Wahrheit* 15 (1960), S. 5 ff. Ferner grundlegend Norman Cohn, *The Pursuit of the Millenium*, London 1961 (deutsch 1961). Einen interessanten neuen Versuch zur zeitgeschichtlichen Anwendung dieses Ansatzes macht James M. Rhodes, *The Hitler Movement. A Modern Millenarian Revolution*, Stanford 1980, wobei auch auf die mittelalterlichen apokalyptischen Bewegungen (seit Joachim von Fiore) abgehoben wird, die man nicht nur als sozialrevolutionäre Vorläufer des Kommunismus (wie Friedrich Engels meint), sondern auch eines revolutionären Rechtsradikalismus, also jeder totalitären Ideologie überhaupt betrachten kann; man vgl. auch die neo-islamischen Bewegungen der Gegenwart. Zur marxistischen Interpretation Bernhard Toepfer, *Das kommende Reich des Friedens. Zur Entwicklung chiliastischer Zukunftshoffnungen im Hochmittelalter*, Berlin (Ost) 1964; zur Bedeutung in Entwicklungsländern schon Wilhelm E. Mühlmann, *Chiliasmus und Nativismus*, Berlin 1961; zur chiliastischen Fortschrittsidee K. D. Bracher, *Geschichte und Gewalt*, Berlin 1981, S. 220 ff.

tion den absoluten ideologischen Gegner auszumachen: also Integrations- und Feindideologie in einem. Denn die Kehrseite war der betont einseitige Kampf- und Aktionscharakter der totalitären Bewegungen, die sich solcher politischen Ersatzreligionen bedienten.

Ungleich schärfer als alle bisherigen Ideenbewegungen auf den rücksichtslosen Kampf gegen die politisch Nichtgläubigen, den totalen Feind gestellt, verkündeten sie die endgültige Überwindung des Pluralismus und der Klassengesellschaft, die volle Verwirklichung des Allgemeinen, die totale Identität von Regierenden und Regierten: im unerbittlichen Sinne der Rousseauschen *volonté générale*, die bis dahin nur als Idee und Wunschtraum existiert hatte¹⁸.

Das war das Neue, bislang Unerhörte, das sich dann zuerst mit der Revolution Lenins Bahn brach, aber in den Ideologiebildungen aus der Jahrhundertwende mit einem Zerfall der klassischen Ideenkreise vorbereitet war. Dem klassischen Liberalismus und seinem Gesellschafts- und Staatsbegriff wie dem klassischen Sozialismus, soweit beide auf den Gedanken der freiheitlichen Demokratie gerichtet waren, traten nun rechts- und linksabsolute Variationen entgegen, die zum Kampf um die Macht und zur Integration aller Kräfte die Diktatur rechtfertigten, sich gleichzeitig aber auf alle jene Gedanken beriefen, die in der bisherigen Ideengeschichte zur Verbesserung und Erfüllung der Gemeinschaft entwickelt worden waren: politische Einigung und soziale Gerechtigkeit, Volksherrschaft und internationale Ordnung wurden zur geschichtlichen Sendung der Nation oder Klasse verfälscht¹⁹.

Verschärfend wirkte dabei ein sozialdarwinistisch begündetes Machtverständnis, das betont rassistische Elemente enthielt. Es ist im Ersten Weltkrieg und danach zu der aktuellsten Steigerung gelangt. Besonders Hitler war und blieb darauf bis zur letzten Konsequenz des Rassenkriegs und der Rassenvernichtung fixiert²⁰. Das heißt zwar nicht, daß totalitäre Politik nur ein konsequentes Resultat von Ideen war: Kriege, Krisen und Machtkämpfe haben sehr reale und konkrete materielle Ursachen, und die Organisation politischer Systeme hängt von Traditionen und Personen ab,

¹⁸ Auch wenn man die seit je umstrittene Rousseau-Interpretation offenläßt, so ist doch die Bedeutung der von dem Verherrlicher der *volonté générale* ausgehenden absoluten Demokratietheorie mit ihrer totalitären Tendenz als Gegenpol zum repräsentativ-parlamentarischen Demokratieverständnis unbestreitbar. Vgl. zu diesen beiden fundamentalen Traditionssträngen vor allem J. L. Talmon, *Ursprünge*, S. 1 ff.; Ernst Fraenkel, *Die repräsentative und die plebiszitäre Komponente im demokratischen Verfassungsstaat*, Tübingen 1958; Gerhard A. Ritter (Hrsg.), *Vom Wohlfahrtsausschuß zum Wohlfahrtsstaat*, Köln 1973.

¹⁹ Man kann die Entwicklung dieser rechts- und linksabsoluten Varianten einer Gemeinschaftsideologie besonders in der deutschen Geistesgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts verfolgen: Zur deutschen Ideologie der Rechten Hans Kohn, *Wege und Irrwege*, Düsseldorf 1962; zur linken Entscheidung, mit den Affinitäten und Übergängen von Marxismus und Kommunismus, jetzt besonders Leszek Kolakowski, *Die Hauptströmungen des Marxismus*, München 1977–79, sowie das gute Resumé von David McLellan, „Marx and his Gaps“, in: *Government and Opposition* 14 (1979), S. 252 ff.

²⁰ Vgl. Eberhard Jäckel, *Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft*, Neuausg. Stuttgart 1981; neuester Überblick bei Peter Hüttenberger, *Bibliographie zum Nationalsozialismus*, Göttingen 1980, S. 22 ff.

die nicht leicht auf eine Formel zu bringen sind – es sei denn, man verfiel in eine Art umgekehrten Rassismus oder Ideologismus. Aber die Politiker, Intellektuellen und Bewegungen, die sich seit der Jahrhundertwende zunehmend Wirkung bei den anwachsenden „Massen“ verschafften, waren doch tiefer durchdrungen und beeinflusst von den machtdarwinistischen Fortschritts- und zugleich Rassevorstellungen, als es die liberale Überzeugung von einer endlich vernünftigen Lösung aller Weltprobleme wahrhaben wollte. Der zukunfts-gewisse Glaube an den Fortschritt schlug schon um die Jahrhundertwende sehr verschiedene Richtungen ein: demokratische und totalitäre, links- und rechtsprogressive.

In der Tat haben wir es dann vor allem in der Zwischenkriegszeit mit philosophisch und national-historisch sehr unterschiedlichen Formen autoritären und totalitären Denkens zu tun. Auch Faschismus und Nationalsozialismus sind ja keineswegs gleichzusetzen, wie das vor allem in der marxistischen Faschismustheorie geschieht, die auch heute noch oder wieder alle Gegner als faschistisch bezeichnet, obwohl sich dies schon 1933 als verhängnisvolle Fehlbeurteilung erwiesen hat. Der Faschismus vertritt im Blick auf die große römische Vergangenheit eine national-imperiale Sendungsideologie mit sozialistischem Einschlag und dem starken Staat als Höchstwert, der Nationalsozialismus hingegen eine völkisch-antisemitische Integrationsideologie mit der germanisch-nordischen „Rasse“ als Höchstwert; beide geben sich betont antimarxistisch, doch ebenso betont antikapitalistisch, und beide sind nicht so sehr als bürgerliche denn als national-revolutionäre Antiparteibewegungen an die Macht gelangt.

Andererseits sind sie aber durchaus auch mit dem Kommunismus zu vergleichen, gerade weil dieser die erklärte Gegenideologie zu Faschismus und Nationalsozialismus darstellte. Ausgangspunkt und Rahmen des modernen Kommunismus war eine elaborierte, betont wissenschaftliche Theorie mit empirischem Anspruch, freilich utopischem Hintergrund. Aber es waren die Adaptionen an die revolutionäre Strategie Lenins und an die diktatorische Herrschaft selbst, die der kommunistischen Ideologie innerhalb wie auch außerhalb der Sowjetunion erst ihre politisch reale Form gaben, und diese war sowohl autoritär (Parteielite) wie zugleich totalitär (Lenin- und Stalin-kult). Real waren vor allem der Zwang zum Kollektivismus und die quasimilitärische Struktur, absolute Unterwerfung des Individuums und Verfolgung aller tatsächlichen oder vermeintlichen Abweichungen. Auch der russische Autokratismus und Imperialismus blieben präsent, wenngleich mit neuen ideologischen Vorzeichen: Diktatur des Proletariats und sozialistische Weltrevolution rechtfertigen nun, was zuvor unter dem Traditionsanspruch des „dritten Rom“ und des Panlawismus den Despotismus geheiligt hatte.

Vergleichen wir dies mit den faschistischen und nationalsozialistischen Ideologien, so erweist sich der rationale und progressistische Kern des Kommunismus – Befreiung des Proletariats –, der so viele Intellektuelle romantisch oder atavistisch anzog, weitgehend als Propaganda. Auch der modernisierende Technizismus, der dann unter Stalin den kommunistischen Fortschrittsanspruch bestimmte, kam im wesentlichen der Machtsteigerung zugute, die in der weiteren Entwicklung ganz besonders auf die

militärische Stärke abzielte, während die ökonomische wie die politische Infrastruktur gegenüber allen Verheißungen weit zurückblieb: auf militärische Macht nach innen (Geheimpolizei) wie nach außen sollte sich die weitere Machtentfaltung des Kommunismus auch in der nachstalinistischen Zeit vor allem stützen.

Tatsächlich bildete der Kommunismus die erste und ursprünglichste Spielart des Totalitären. Das gilt nicht nur zeitlich im Hinblick auf seine Machtergreifung. Er knüpfte auch anders als Faschismus und Nationalsozialismus an Traditionen des politischen Rationalismus und der Französischen Revolution an, allerdings an deren radikale, jakobinische Phase. Wie Robespierre die Durchsetzung des Wahren durch Gewalt und Schrecken (*terreur*) auch gegenüber den Abweichlern beanspruchte, so bildete die Berufung auf den „reinen“ Marxismus gegenüber der reformistischen „Entartung“ und dem „Verrat“ der übrigen Sozialisten den Ausgangspunkt und Alleingeltungsanspruch des (leninistischen) Kommunismus und seiner elitär-totalitären Parteitheorie, die schließlich in eine nicht minder totalitär gefaßte bürokratische Diktatur im Verbund von Partei und Staat mündete. Nicht das „Absterben des Staates“, sondern die unerhörte Steigerung und Permanenz dieser Diktatur war künftig Richtschnur und Inhalt der offiziellen, alleingültigen sowjet-kommunistischen Ideologie. Trotz mancher Auseinandersetzung blieben denn auch die meisten kommunistischen Parteien totalitär im Anspruch.

Wie immer verfassungs- und ideologietheoretisch der Totalitarismus verstanden werden mag, gemeinsam war und ist den großen antiliberalen Ideologien das Streben nach Monokratie oder Oligarchie im Namen der Volksherrschaft und die Vernichtung der Opposition. Willkür und Gewalt werden, wo nicht überhaupt als unumgänglich im Geschichtsprozeß angesehen, mit dem höheren Recht der Revolution oder des neuen Gemeinschafts- und Herrschaftsprinzips sanktioniert. Dazu kommt der Anspruch, den unumgänglichen Gesellschaftswandel durch Erfassung der gesamten Bevölkerung planvoll zu gestalten und die modernen technischen Mittel voll einzusetzen. Sie machen den Diktaturen des 20. Jahrhunderts ein so viel wirksameres Instrumentarium der Kontrolle und des Zwangs verfügbar: neben Bürokratie und Polizei die weitverzweigten Organisationen der Partei, aber auch Justiz und Bildungswesen. Wieweit dies tatsächlich gelingt, ist eine andere Frage, wie wir nach den Aufständen in Ost-Berlin (1953), Budapest (1956) und Prag (1968) heute wieder in Polen sehen. Auch die Kirche kann noch eine wesentliche Gegenkraft sein. Aber intentionell und potentiell ermöglicht der technische Fortschritt solchen Diktaturen – und ihren Gesellschafts- und Herrschaftsideologen – über den politischen Bereich hinaus den Anspruch auf monokratische Erfassung der gesamten Gesellschaft.

Dabei bleibt die Berufung auf „das Volk“ nicht nur ein traditionelles Herrschaftsmittel, wie es schon die Tyrannen der Antike handhabten, wenn sie die „formlose Menge“ im Sinne Platons gelegentlich zur Machtmanipulation einsetzten, sondern „Volksherrschaft“ wird nun als betont überdemokratische Volksgemeinschaft oder kollektive Volksgenossenschaft stilisiert. Fortwährende Beteiligung und pausenlose Mobilisierung der gesamten Bevölkerung ist das scheindemokratische Axiom, wie es jetzt auch wieder in den totalitären Partizipationsbegriffen der neuen Linken mit gro-

ßer Wirkung wiederkehrt²¹. In Wahrheit ist eine solche totale Partizipationsforderung nicht etwa notwendig demokratisch, sondern im Gegenteil höchst manipulierbar, gerade auch gegen die Demokratie. Das tritt vor allem in Zeiten der Krise und des Übergangs zur Diktatur hervor, wie auch das Ende der Weimarer Republik mit der hohen Wahlbeteiligung und der großen Mitgliederzahl zumal der Diktaturparteien beweist²².

Man hat auf der anderen Seite immer wieder die Ernüchterung, ja zynische Verachtung weiter Bevölkerungskreise gegenüber ideologischen Formeln beobachtet und die tatsächliche Wirksamkeit einer „politischen Religion“ im Sinne der rechts- und linkstotalitären Glaubenssysteme in Frage gestellt. Das mag für Perioden ideologischer Ermattung in der nachstalinistischen Zeit oder auch schon bei Rückschlägen des Faschismus gelten. Doch bleibt das Maß an Hinnahme von ideologischen Glaubensformeln bemerkenswert, auch wo diese in Konkurrenz zu starker Kirchen- und Religionstradition stehen – wie damals in Italien und Deutschland. Die Stärke solcher Formeln wird gerade in extremen Krisenlagen wie 1941 in der Sowjetunion, 1944/45 in Deutschland deutlich (wo die Niederschlagung des Widerstands und das Durchhalten im verlorenen Krieg mittels Wunderparolen der NS-Propaganda erfolgreich der Masse der Bevölkerung suggeriert wird).

Aber eines ist unbestreitbar: die Ideologisierung der Politik, seit dem absolutistischen Nationalstaat und der Volkssouveränitätslehre in stetem Ansteigen begriffen, hat in der modernen Diktatur einen Höhepunkt erreicht. Was zuvor in der englischen und dann auch in der amerikanischen Revolution als Rechtfertigungs- und Sendungsgedanke sichtbar wurde, tritt in den Ideologisierungsphasen der Französischen Revolution erstmals voll hervor. Statt der herrschaftlichen Staatsräson des Monar-

²¹ Zum fast beliebigen Gebrauch und Mißbrauch solcher politischen Zentralbegriffe wie Demokratie und Beteiligung (Partizipation) durch totalitäre Regime mit ihren Sprachregelungen und Suggestionen vgl. Wolfgang Bergsdorf (Hrsg.), *Wörter als Waffen*, Stuttgart 1979, mit Beiträgen von H. Schelsky, H. Maier, K. Sontheimer, G. Schmölders, H. Lübke u. a. sowie der „Kleinen Grammatik“ von George Orwell, der negativen Utopie der Sprachlenkung; ferner K. D. Bracher, *Schlüsselwörter in der Geschichte*, Düsseldorf 1978, S. 85 ff. Der plebiszitär-totalitäre Demokratieanspruch des Nationalsozialismus ist in der Machtergreifungsphase von 1933/34 von Hitler selbst wiederholt herausgestrichen worden; vgl. die Zeugnisse in K. D. Bracher, *Die nationalsozialistische Machtergreifung*, Berlin 1974, Bd. I, S. 472 ff.; Bd. III, S. 365 ff.

²² Hier wirken also zwei verschiedene Ursachen zusammen: Emanzipationsidee als nationale oder soziale Partizipationsforderung, und Vergemeinschaftung als Konsequenz der Technisierung und Erfassung aller Lebenszusammenhänge. Dabei dienen die besonders rasch entwickelten neuen Kommunikationsmittel zur Kontrolle und Manipulation der Öffentlichkeit und nicht zum freien Meinungsaustausch. Doch wird dies von den Ideologen der Diktatur nicht zuletzt dadurch gerechtfertigt, daß der offene Informationsprozeß in der Demokratie ständig verdächtigt, als ineffizient herabgesetzt oder als interessengesteuert dämonisiert wird: eine besonders probate Methode aller Kritiker liberaler „Öffentlichkeit“ von Carl Schmitt bis Habermas, die damit (und mit dem antipluralistischen Polykratievorwurf) ihre Demokratiekritik überhaupt begründen. Vgl. Wolfgang Schäfer, *Öffentlichkeit und Parlamentarismus*, Stuttgart 1973, S. 6 ff.; ferner zur Pluralismuskritik Hans Kremendahl, *Pluralismustheorie in Deutschland*, Leverkusen 1977, S. 237 ff.; sowie grundlegend überhaupt Wolfgang Mantl, *Repräsentation und Identität*, Wien 1975.

chen ist nun die geradezu mythische Kraft des Volkswillens allein und total maßgebend: sich auf ihn zu berufen, heißt die totale Verfügung nicht nur über die Macht, sondern auch über die moralischen Werte in Anspruch nehmen, wie das Robespierre und die Jakobiner taten. Die Ideologisierung des Volkswillens, gegen den es keinen Widerstand mehr geben darf, bringt das eigentlich totalitäre Prinzip hervor, sie ist die Grundlage jeder modernen Diktatur, sofern diese über traditionelle Diktaturformen der Militär- und Autoritätsregime ohne Ideologie hinausgeht²³.

Je weniger nun diese totalitäre Ideologisierung des „unteilbaren, einheitlichen Volkswillens“ der Wirklichkeit entsprach, desto härter die Zwangsmittel und desto fanatischer der Kampf zur Durchsetzung: die Situation des Bürgerkriegs verlangt die notfalls gewaltsame Herstellung der Einheit, und über den Interessenkampf, der solchen Konflikten zugrunde liegt, soll und kann daher nun eine einzige Instanz entscheiden: der Diktator, die Monopartei. Die Ideologisierung, die dies legitimiert, erfordert nicht nur die realitätswidrige Vereinheitlichung, sondern die quasireligiöse Totalverbindlichkeit der politischen Werte und Ziele, ja die aktive Glaubensbeteiligung der Bevölkerung an den Akten der Regierung: völlige Zustimmung als Zwang zum ständigen Mitmachen. Eine solche Ideologisierung der Politik, die zuerst in der „religion civile“ der Jakobiner mit aller Konsequenz praktiziert wurde²⁴, beruht auf dem eigentlich totalitären Zentralprinzip des Leninismus wie des Nationalsozialismus, das beide dem politischen Rousseauismus verbindet und einander vergleichbar macht: es ist die Erhebung einer von Führer und Partei verkörperten, allen Einzel- und Gruppenwillen bedingungslos übergeordneten *Volonté générale* zur allmächtigen Instanz.

Die alte Suche nach dem einen tragenden Prinzip aller Politik war in diesem Ideologisierungsvorgang ans Ende gelangt. Er bildete eine machtvolle, unendlich verführerische Gesamialternative zu den bloßen Einzelbemühungen demokratischer Theoretiker, einen tragfähigen Kompromiß zwischen Einzel- und Gesamtinteresse, zwischen Vielfalt und Einheit zu finden. Überdies schienen damit auch der große Zweifel und die fundamentale Kritik am liberalindividualistischen Fortschrittsglauben zugunsten des wahren, gesellschaftlichen und nationalen Progressismus aufgehoben.

Noch eines war den großen Ideologien gemeinsam: ihr politisch wie geistig ausschließlicher Anspruch. Wie der Leninismus glaubte, alle Ideologien einschließlich der Religion hinter sich gelassen zu haben, so waren auch für den Faschismus und für den Nationalsozialismus die bürgerlichen Weltanschauungen abgetán; nur noch die marxistische galt es „auszurotten“, wie sich Hitler auszudrücken pflegte. Sich selbst nahmen diese erklärten Ideologien oder Weltanschauungen vom „Ideologiever-

²³ Den Ideologiebegriff hat in den zwanziger Jahren besonders Karl Mannheim entwickelt und kritisch untersucht; nach seinen wissenssoziologischen Arbeiten seit 1923 vgl.: *Ideologie und Utopie*, Bonn 1929 und 1930 (4. Aufl. Frankfurt/M. 1945). Jetzt grundlegend Ernst Topitsch und Kurt Salamun, *Ideologie*, München – Wien 1972; K. Salamun, *Ideologie, Wissenschaft, Politik*, Graz 1975; sowie *Sozialphilosophie als Aufklärung* (Festschrift für Ernst Topitsch), Tübingen 1979. Zur marxistischen Version Peter Chr. Ludz, *Ideologiebegriff und marxistische Theorie*, Opladen 1976.

²⁴ Vgl. J.L. Talmon, *Ursprünge*, S.133 ff.

dacht“ ausdrücklich aus, von dem sie sonst so sehr profitierten. Überhaupt richtete sich die intellektuelle Kritik vorwiegend gegen das liberale und dann auch gegen das sozialdemokratische Demokratieverständnis, liebäugelte hingegen sehr mit dessen antirationalen Kritikern in den verschiedensten Lagern²⁵.

III.

Nun wird gewiß auch gegen liberales und demokratisches Denken der Ideologievorwurf erhoben. Aber der entscheidende Unterschied liegt eben darin, daß dieses als freiheitliches, pluralistisches Denken erklärtermaßen offen verstanden und praktiziert wird, während der beherrschende Anspruch der Ideologien gerade auf ihrer Geschlossenheit und Ausschließlichkeit beruht.

Dafür fehlte freilich nach dem Ersten Weltkrieg weithin das Verständnis der breiten Bevölkerung wie auch der Akademiker und Intellektuellen. Die Demokratie wurde mit den schwer lösbaren wirtschaftlichen Problemen identifiziert. Daß sie mehr war als ein Übergang oder gar eine Entartung der Geschichte, mochte man allenfalls in den traditionsgefestigten monarchischen Demokratien Englands und Skandinaviens und in der allzu fernen Präsidialdemokratie Amerikas glauben, nicht dagegen in den krisengeschüttelten Parlamentsdemokratien der dritten französischen Republik und des übrigen Europa. Als Staatsform der Modernisierung schienen zumal der Parlamentsdemokratie mit ihrem Vielparteiensystem die nötige Stabilität und Kontinuität, aber auch die innere Autorität und Substanz zu fehlen. Sie verfügte weniger über jene transrationalen Gefühls- und Glaubenswerte, ohne die offenbar kein politisches Gemeinwesen zu überdauern vermag, gerade auch die Demokratie nicht, die mehr als alle anderen auf die innere Anteilnahme der Bürger angewiesen ist, weil sie der Selbstkritik und Opposition so viel mehr Raum bietet als autoritäre Systeme gleich welchen Vorzeichens.

Wenn man die Zwischenkriegszeit in ganz besonderem Maße als eine Periode des Wandels und des Konflikts der Werte begreift, so tritt das Unvermögen der Politiker und Theoretiker, die Grundwerte der Demokratie überzeugend darzustellen, besonders grell hervor. Wohl gab es die großen Kataloge der Menschen- und Bürgerrechte in Staatsverfassungen und Gesetzestexten wie in der politischen Rhetorik, aber sie wirkten meist als bloßer Anspruch, nicht als zentrales Herzstück und werterfüllte Sinnggebung des Gemeinwesens, der politischen Gesellschaft. Die Staaten blieben einerseits (makropolitisch) auf nationalistische Zielsetzungen, andererseits (mikropoli-

²⁵ Zu den politischen Tendenzen intellektueller Ideologiekritik vgl. besonders Jean-François Revel, *Die totalitäre Versuchung*, Frankfurt – Berlin 1976, S. 20 ff. („Das Verlangen nach Totalitarismus“), sowie Raymond Aron, *Plädoyer für das dekadente Europa*, ebenda 1978, S. 23 ff. (Europas Intellektuelle, „mystifiziert durch den Marxismus-Leninismus“). Treffend bezeichnet Hugh Seton-Watson (in: *International Fascism*, London 1979, S. 368 f.) „das ganze halbe Jahrhundert seit 1927 – dem entscheidenden Jahr für Stalins Aufstieg zur Macht – als Periode des Wettstreits zwischen totalitärem Nationalismus und totalitärem Marxismus“.

tisch) auf spezielle Interessenwahrung hin orientiert, dazwischen klappte eine Lücke, die Agitatoren und Demagogen für eine egoistische und ideologische Mobilisierung der Gefühle ausnutzten, mit der Folge immer neuer Diskreditierung der Demokratie selbst, die solchen Mißbrauch zuließ²⁶.

Dem politischen Idealismus aber vermochten die meisten Demokratien der zwanziger Jahre keine Wege zu weisen: das große Reservoir an humaner Wertschubstanz, das vom Individualwert der unverletzlichen Menschenwürde bis zur Gemeinschaftsidee sozialer Gerechtigkeit reicht, blieb fast ungenutzt. Es wurde in seiner vollen Bedeutung erst angesichts des totalitären Mißbrauchs politischer Glaubenswerte neu entdeckt und für eine Regeneration und Renaissance der Demokratie eingesetzt – nun nicht mehr als bloße Übergangsform, sondern als werterfüllte Realisierung menschlicher Freiheitsrechte. Aber das geschah eben erst im Kampf gegen Hitler seit 1939 und in den Widerstandsbewegungen der Kriegszeit, als es zeitweilig scheinen mochte, als sei die politische Freiheit endgültig aus Europa vertrieben. Und es konnte nun auch nicht mehr so allgemeuropäisch geschehen, wie es nach 1918 als möglich erschienen war. Der Osten Europas wurde von einer Unfreiheit nur in eine andere entlassen: die nationalistischen Vorzeichen der Diktatur wurden gegen die kommunistischen eingetauscht²⁷.

Dieses „zu spät“, der Vorwurf der versäumten Gelegenheit zur Einwurzelung freiheitlich-demokratischen Denkens und demokratischer Werte in ganz Europa, lastet für immer schwer auf dem politischen Handeln und Rasonieren der zwanziger und dreißiger Jahre. Politiker und Intellektuelle trugen beiderseits eine Verantwortung, der sie sich unter gewiß schwierigen, unvorhersehbaren Verhältnissen nicht gewachsen zeigten. Die Gründe waren vielfältiger Art: allzu hochgesteckte Erwartungen und Ansprüche an die Politik bei den einen; Fixierung auf alte und neue Dogmen des Staats- und Gesellschaftsdenkens bei den anderen; oder auch bloßes interessen- und tagespolitisches Fortwursteln in nationalstaatlicher Isolation statt rechtzeitiger Erkenntnis des Zusammenhangs europäischer Politik.

Es war eine verhängnisvolle Koinzidenz von Überschätzung und Unterschätzung der Demokratie, die das politische Denken der Zwischenkriegszeit im Bann hielt und nach falschen Alternativen Ausschau halten ließ. Nach einem „dritten Weg“²⁸ zwi-

²⁶ Besonders in Deutschland kam es wie zuvor schon in Italien zur Diskreditierung der Demokratie als bloßem „Interessentenhaufen“, unregierbarer Polykratie oder Anarchie; und dies kann bei einer auf Effizienz oder Autorität gerichteten Staatsvorstellung noch verschärft werden durch kritische politisch-soziologische Analysen, wenn ihnen die Grundlage eines Wertebewußtseins fehlt, das die Lücke zwischen Theorie und Praxis, Verfassung und Politik zu überbrücken vermag. Charakteristisch für die Dauerkrise des deutschen Demokratieverständnisses war und ist noch immer die Behauptung und Problematisierung eines angeblichen Gegensatzes zwischen Verfassung und Wirklichkeit: eine zur Ideologie tendierende theoretische Zuspitzung, die im Perfektionismus die Realität der Demokratie verkennt. Vgl. treffend Wilhelm Hennis, *Verfassung und Verfassungswirklichkeit. Ein deutsches Problem*, Tübingen 1968, S. 5 ff.

²⁷ Vgl. K. D. Bracher, *Europa*, S. 269 ff.

²⁸ Die immer wieder erneute Denkfigur und Ideologie eines „dritten Weges“ oder einer „dritten Kraft“ richtet sich im 20. Jahrhundert fast regelmäßig gegen die Demokratie, die sie durch rechts-

schen Demokratie und Diktatur verlangten viele Konservative, nach ständestaatlich-korporatistischen Autoritätssystemen viele Katholiken, nach dem monarchischen Obrigkeitsstaat viele Lutheraner, nach einem neuen Nationalismus und nationalsozialistischen Lösungen die radikale Rechte, nach einer endgültigen sozialen Revolution die radikale Linke. Das nahende Ende des Kapitalismus, gleichgesetzt mit dem Ende des bürgerlichen Zeitalters und der bürgerlichen Demokratie: in dieser Krisenformel begegneten sich die ideologischen Gefühlsströmungen, die der Schwäche und Nüchternheit der liberalen Demokratie entflohen und in den Abgrund von Diktatur und neuem Krieg führten.

Die Konfrontation von liberalen und totalitären Staatsauffassungen war aber immer zugleich eine Auseinandersetzung um die Demokratie und ihre Grundprinzipien. Mit dem Anspruch auf eine sowohl wissenschaftliche wie revolutionäre Philosophie der Politik hatte der Kommunismus die fundamentale Ablehnung der liberalen Politikauffassung verbunden, das Demokratieprinzip aber ebenso wie das Diktaturprinzip für sich in Anspruch genommen. Und wie die heutigen Diktatoren beriefen sich auch Mussolini und Hitler auf eine höhere Form der Volksherrschaft, die als angeblich echte Volksgemeinschaft über allen pluralistischen oder „plutokratischen“ Entartungen einer „dekadenten“ Demokratie stehe²⁹.

Diese angeblich „wahre“ Demokratie der Diktatoren, der liberalen „Scheindemokratie“ gegenübergestellt, geistert auch als Leitgedanke bis zum heutigen Tage durch alle theoretischen und ideologischen Bemühungen um ein widerspruchsfreies, in sich geschlossenes Demokratiemodell. Es beruht auf dem verführerischen Postulat, die drei großen Grundprinzipien jeder demokratischen Theorie: Mehrheit, Freiheit und Gleichheit, seien miteinander zu versöhnen, ja völlig zur Deckung zu bringen. Die historische Erfahrung lehrt jedoch, daß dies unter menschlichen Bedingungen (also humaniter) nur begrenzt möglich ist, und daß jeder Anspruch, die Grundspannung zwischen Freiheit und Gleichheit auf perfekte Weise zu lösen, zur inhumanen Zwangsherrschaft und zur Auslöschung der Freiheit führt³⁰.

und linksradikale Scheinalternativen unterminiert, gegenüber vorgeblich vollkommeneren Gesellschafts- und Staatsformen abwertet, sofern sie nicht ideal-eindeutig, sondern empirisch-kompromißhaft ist. Vgl. dazu George L. Mosse, *Germans and Jews. The Right, the Left, and the Search for a „Third Force“ in Pre-Nazi-Germany*, New York 1970, S. 5 ff. Darüber hinaus ist diese alte Denkfigur (und Propagandaversion) in den am Trinitätsgedanken orientierten pseudoreligiösen Vorstellungen einer dritten, endzeitlichen Epoche der Zukunft nach Vergangenheit und Gegenwart (bei Joachim von Fiore im 12. Jahrhundert), wie in der Idee vom „dritten Rom“ Rußland, vom „Dritten Reich“ und auch in den Sondersozialismen der Dritten Welt, immer wieder geschichtlich-politisch bedeutsam geworden.

²⁹ Vgl. Adrian Lyttelton, a. a. O., S. 54 ff.; 135 f.; 149 ff.; Renzo de Felice, *Deutungen*, S. 226 ff.; K. D. Bracher, *NS Machtergreifung*, Bd. I, S. 472 ff. Bündig J. L. Talmon, *The Myth of the Nation*, S. 542: „Democratic principles came to be violated in the name of the highest form of democracy“.

³⁰ Vgl. die Nachweise bei Gerhard A. Ritter, „Der Antiparlamentarismus und der Antipluralismus der Rechts- und Linksradikalen“, in: *Der Überdruß an der Demokratie*, Köln 1979, S. 51 ff. (jetzt auch in Ritters Aufsatzband: *Arbeiterbewegung, Parteien und Parlamentarismus*, Göttingen 1976, S. 259 ff., sowie S. 292 ff. über „Direkte Demokratie- und Rätewesen in Geschichte und Theorie“). In diesem totalistischen Sinne hatte schon der junge Marx die „wahre Demokratie“ als völlige Iden-

IV.

Betrachten wir die deutsche Erfahrung. Unter den vielfältigen Erklärungen, mit denen in den vergangenen 50 Jahren die folgenschweren Ereignisse von 1933 gedeutet wurden, verdient die Frage nach dem Verhältnis von demokratischen und diktatorischen Elementen im Übergang von der parlamentarischen Republik zum plebiszitären Führerstaat besondere Beachtung. Ob man nun kontrovers diskutiert über den revolutionären Charakter des Umbruchs, über die wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge, die Rolle der handelnden Personen und Parteien, über die Verfassungs- und Machtstrukturen oder die Probleme politischer Kultur und Ideologien in der Staatskrise, ob man schließlich den Prozeß der „Auflösung“ oder den Angriff einer „Machtergreifung“ stärker betont, immer hat man es letztlich mit dieser Grundfrage zu tun: wie kann unter den politischen Bedingungen des „modernen“ 20. Jahrhunderts auf scheinbar legale Weise, ja unter Gebrauch und Mißbrauch demokratischer Mittel des Regierungswechsels, der staatlichen Ermächtigung durch Präsident und Parlament, schließlich unter plebiszitärer Zustimmung ein freiheitlicher Rechtsstaat in ein totalitäres Regime verwandelt werden, und dies binnen weniger Wochen und Monate?

Die Antwort wird gewiß so komplex wie die Frage ausfallen³¹. Zu viele Bedingungen und Umstände dieses Prozesses sind zu berücksichtigen, als daß eine einfache Formel genüge, wie sie nicht nur in der marxistischen Literatur immer noch vorherrscht. Einen zentralen Zugang zu dem Problem von 1933, der allen Teilerklärungen voraus ist und sowohl für die spezifisch deutsche wie für die allgemeinpolitische Dimension des Geschehens aufschlußreich erscheint, eröffnet dagegen die Doppelfrage nach den diktatorischen Elementen der (noch) bestehenden Demokratie von 1930–1933 einerseits, den demokratischen Elementen in der Diktatur von 1933–1934 andererseits. Demokratie und Machtergreifung hängen eng zusammen, doch trotz der oft betonten Kontinuität und „bloßen“ Radikalisierung war es ein tiefer Bruch, der schließlich die Umkehrung der Verhältnisse bestimmte und besiegelte: aus einem Hilfsmittel wird das diktatorische Prinzip zum Bestimmungsgrund, aus einem tragenden Verfassungsgrund wird das demokratische Prinzip zum Manipulationsinstrument totalitärer Herrschaft.

tität privater und öffentlicher Existenz postuliert, so in seiner Kritik der Hegelschen Staatsphilosophie von 1841/42: Siegfried Landshut, Karl Marx – Die Frühschriften, Stuttgart 1953, S. XXVII ff., S. 47 ff. Vgl. demgegenüber die Charakterisierung der gerade nicht so „leichten“, sondern „schweren Ideologie der Demokratie“ etwa bei Eva G. Reichmann, *Hostages of Civilization. The Social Sources of National Socialist Antisemitism*, Boston 1951 (deutsch: *Flucht in den Haß*, Frankfurt/M. 1956, S. 129 ff.: „leichte“ und „schwere“ politische Ideologien ...); sowie K. D. Bracher, „Über die Schwierigkeit der Demokratie“, in: *Geschichte und Gewalt*, S. 289 ff. Grundlegend zur Demokratiekritik Wolfgang Mantl, *Repräsentation und Identität*; Martin Rhonheimer, *Politisierung und Legitimitätsentzug. Totalitäre Kritik der parlamentarischen Demokratie in Deutschland*, Freiburg-München 1979; Eckhard Jesse, *Streitbare Demokratie*, Berlin 1980, S. 23 ff.

³¹ Zum folgenden ausführlicher K. D. Bracher, *Europa*, S. 166 ff.; *Geschichte und Gewalt*, S. 66 ff.

Aber auch für die allgemeine und international vergleichende Betrachtung des Machtergreifungsprozesses erhält die Frage nach dem Verhältnis von demokratischen und diktatorischen Elementen einen Schlüsselcharakter, wenn man die Vorgänge in Deutschland in die Reihe der Machtergreifungen im Europa der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen stellt und im Rahmen einer Typologie moderner Machtergreifungen sieht. In der Tat: vielen Zeitgenossen erschien der Aufstieg des Nationalsozialismus, einer Diktaturpartei mit nationalimperialer und rassistischer Ideologie, als *ein Fall* in der langen Reihe jener autoritärer Machtergreifungen, die sich nach dem Ersten Weltkrieg gegen die Ausbreitung und die Funktionsschwäche der parlamentarischen Demokratie in vielen Ländern Europas durchsetzten. Zuerst geschah eine solche Machtergreifung neuen Typs im revolutionären Rußland von 1917. Aber während der zwanziger und dreißiger Jahre fielen auch fast alle Demokratien in den neuen Nationalstaaten diktatorischen Umstürzen zum Opfer: in Mittel-, Süd- und Osteuropa wie gleichzeitig in Lateinamerika, in Japan und China.

Diese „autoritäre Welle“ der Zwischenkriegszeit wurde meist als eine Art nationaler „Schutzdiktatur“ angesichts der politischen Zersplitterung, der Unordnung und der Funktionsstörungen parlamentarischer Regierungen betrachtet und hingenommen. Sie brachte starke Männer an die Macht, die mit Hilfe des Militärs oder eines Einparteiensystems herrschten: so in Ungarn Admiral Horthy (1920), in Polen General Pilsudski (1926), in Portugal der Professor Salazar (1932), in Spanien General Franco (1936), in Österreich Kanzler Dollfuß (1934), in Griechenland General Metaxas (1936); im ganzen Balkan wie im Baltikum (seit 1934) lösten Diktatoren und Ausnahmeregime die Verfassungsstaaten ab.

Aber im Unterschied zu diesen autoritären Putsch-Regimen ist es in drei großen Fällen zu *totalitären* Machtergreifungen gekommen, die alle bisherigen Formen der Autokratie und Diktatur weit hinter sich ließen. Eben dieser totalitäre Ansatz machte schon die Bedeutung von Lenins kommunistischer Revolution aus; ihr folgte fünf Jahre später die faschistische Machtübernahme Mussolinis in Italien und schließlich 1933 die nationalsozialistische „legale Revolution“ Hitlers in Deutschland. Die Besonderheit dieser drei totalitären Fälle liegt in ihrem dezidiert ideologischen und pseudodemokratisch-plebiszitären Charakter. Ungleich radikaler als anderwärts wurde hier eine umfassende Gleichschaltung der Bevölkerung auch im gesellschaftlichen und geistigen Bereich erstrebt und mit allen Mitteln der modernen Massenbeherrschung durchgesetzt.

Wenn die Entwicklung in Deutschland von der Demokratie zur Diktatur aber Teil einer allgemeineren Entwicklung in den meisten Staaten Europas war, so schien sie auch in ihrer radikalen Form zunächst kaum über die großen Vorgänger, die bolschewistische und die faschistische Machtergreifung, hinauszugehen. Im Gegenteil! Die Diktaturpartei der Nationalsozialisten unter Hitler war nach ihrem mißglückten Putschversuch von 1923 (in München) auf eine erklärte „Legalitätspolitik“ eingeschwenkt. Ihr „Führer“ Hitler selbst legte 1930 im vielbeachteten Reichswehrprozeß zu Ulm, wo es um eine nationalsozialistische Unterwanderung der Armee ging, einen solchen „Legalitätseid“ ab. Das hieß, die Demokratie „nur“ mit demokratischen Mit-

teln zu bekämpfen und auf quasi legale Weise durch Ausnutzung der Ausnahmegewalt des Präsidenten der Republik zu überwinden.

Gerade dies geschah in den Jahren 1930–1933, als die große Wirtschaftskrise die vom verlorenen Krieg und der Inflation erschütterte und verängstigte Bevölkerung in eine Massenarbeitslosigkeit stürzte. Reaktionäre wie revolutionäre Gegner der Republik nutzten die Chance. Die antiparlamentarischen Parteien der Linken und der Rechten, Kommunisten und Nationalsozialisten, gewannen schließlich 1932 sogar eine destruktive Mehrheit gegenüber allen anderen Parteien. In dieser bürgerkriegsähnlichen Situation gelang es Hitler, dem aus Österreich stammenden Kriegsveteranen, mit demagogischer Begabung und ideologischer Besessenheit zugleich alle anderen Parteien zu überspielen. Ähnlich wie Mussolini mit dem italienischen König und dessen Umgebung 1922 verfuhr, verstand es Hitler 1933, in einem Bündnis mit den konservativen Nationalisten um den ehemals kaiserlichen Feldmarschall von Hindenburg, der in der Krise wie andere Ex-Generale Europas in die Rolle eines Präsidenten mit autoritärer Macht gelangt war, diese Macht zu seiner eigenen zu machen und zur Alleinherrschaft mit totalitärem Anspruch zu steigern.

Ein solcher Sturz in die barbarische Diktatur erschien den meisten Deutschen und Europäern damals undenkbar. Fassungslos oder voller Illusionen und Fehleinschätzungen standen sie vor der Tatsache, daß der unterschätzte „Trommler“ binnen weniger Wochen alle Hemmnisse und Widerstände des Rechtsstaats zu beseitigen vermochte. Es zeigte sich, daß für die Machtergreifung einer gewalttätigen Minderheit (wie schon 1917 in Rußland und 1922 in Italien) gerade die pseudodemokratische Taktik besonders wirkungsvoll war. Sie operierte im Namen einer „nationalen Erhebung“ und einer neuen wahren „Volksgemeinschaft“, zugleich einer „legalen Revolution“: diese Schlagworte sollten über den totalitären Charakter der staatsstreichförmigen Aktionen hinwegtäuschen, mit denen die Nationalsozialisten sowohl ihre Gegner auf der Linken und im bürgerlichen Lager wie auch ihre deutschnationalen Verbündeten zwischen Februar und Juli 1933 auszuschalten vermochten.

Ein offener Putsch von rechts wäre, wie die Erfahrungen des gescheiterten militärischen Kapp-Putsches von 1920 und die Putschversuche von 1923 zeigten, auf ein stark legalistisches Staatsverständnis der Deutschen getroffen; Gesetzmäßigkeit, Sicherheit und Ordnung galten nicht zuletzt in der Wirtschafts- und Staatskrise seit 1930 als Werte, die auch eine Diktaturpartei wie die nationalsozialistische zu beachten hatte. Aber das Mißtrauen gegen eine offene Revolution eröffnete gerade die Möglichkeiten für eine Revolution neuen Typs, eben für jene totalitäre Machtergreifung, die alle legalen und demokratischen Mittel nun zugunsten einer Unterhöhlung und Überwindung von Rechtsstaat und Demokratie ausschöpfte.

Die wichtigen Stationen des Machtergreifungsprozesses standen durchaus unter dieser scheinlegalen, scheindemokratischen, in Wahrheit aber revolutionär-totalitären Politikstrategie. Und in jedem Fall griffen dabei auf bezeichnende Weise rigorose Maßnahmen von oben – mit Hilfe der „legalen“ Staatsgewalt und der präsidentialen Diktaturbefugnisse – und radikale Aktionen und Pressionen von unten durch bewaffnete Anhänger der SA ineinander: so bei der Aufhebung der Grundrechte im Februar

1933, der Gleichschaltung aller deutschen Länder und Parlamente (März 1933), dann auch der Wirtschaftsverbände und Parteien (April bis Juli), der Reglementierung des geistigen und künstlerischen Lebens durch eine Reichskulturkammer (Herbst 1933). Terror und Täuschung, Verführung und Zwang, schließlich die ersten Erfolge brachten dem Regime bald die Zustimmung einer Bevölkerungsmehrheit. Nur aus dieser Verkettung demokratischer und diktatorischer Elemente, die von der präsidentialen Diktaturgewalt in der zerfallenden Demokratie über plebiszitärdemokratische Legalitätsansprüche bis zur Anziehungskraft der Diktaturmacht selbst reichte, ist der so unbegreiflich scheinende Vorgang, der doch für die politischen Umwälzungen im Zeitalter manipulierbarer Massengesellschaft durchaus bezeichnend ist, voll zu begreifen.

V.

Im Unterschied zur Leidensgeschichte der Demokratie in der Zeit zwischen den Weltkriegen, als das politische Denken weithin durch die Krisenphilosophien des Existenzialismus und des Dezisionismus überschattet wurde, begann sich nach 1945 erstmals eine einheitliche Meinung über den Wert der freiheitlichen Demokratie und die Gemeinsamkeit europäischer Interessen zu bilden. Dies geschah zwar vor dem Hintergrund einer tiefen Erschöpfung, die der Krisenliteratur der Publizisten, Philosophen und Theologen mehr denn je zuvor das Gepräge gab³². Aber die Erfahrungen der Diktatur, ihre Zerstörungen und die neue Drohung des Sowjetimperialismus schufen zugleich Voraussetzungen für eine demokratische Europapolitik, die doch von den Denkmöglichkeiten der ersten Nachkriegszeit gänzlich verschieden waren. Das geschah zwar nicht über Nacht: die zähen Denktraditionen der nationalistischen und ideologischen Politik wirken als mächtige Petrefakte des politischen Lebens und Glaubens bis heute fort. Aber in dem erstaunlich kurzen Zeitraum von nur fünf Jahren (1945–50) fielen nicht nur jene großen politischen Entscheidungen, die als weltgeschichtliche Weichenstellungen bis zum heutigen Tage bestimmend geblieben sind. Auch die geistigen und normativen Entscheidungen dieses Jahrfünfts, die an den Ver-

³² Walter Laqueur, *Europa aus der Asche*, München – Zürich – Wien 1970, S. 233 ff.; George Lichtheim, *Europa im 20. Jahrhundert*, München 1973, S. 307 ff., 350 ff.; Maurice Crouzet, *The European Renaissance since 1945*, New York 1971. Zur Bedeutung einer Umorientierung der Kirchen im Blick auf autoritäre Vergangenheitserfahrung und demokratische Nachkriegsforderungen vgl. jetzt auch vier Fallstudien von Armin Boyens, Martin Greschat (beide zur deutschen Entwicklung), Rudolf von Thadden (Bedeutung Dietrich Bonhoeffers), Paolo Pombeni (Italien), in: *Kirchen in der Nachkriegsgeschichte*, Göttingen 1979; zur deutschen Spezialdiskussion: Johanna Vogel, *Kirche und Wiederbewaffnung der Bundesrepublik 1949–1956*, Göttingen 1978. Die christliche Marxismusdiskussion unter den doppelt ambivalenten Eindrücken des Antifaschismus und des Stalinismus skizziert Richard Banks, „Christianity and Marxism“, in: *Journal of Contemporary History* 11 (1976), S. 321 ff. Vgl. jetzt auch: *Christlicher Glaube in moderner Gesellschaft*, Freiburg/Br. 1981, mit den umfassenden Beiträgen von Alexander Schwan, Nikolaus Lobkowitz und Henning Ottmann.

fassungen und Doktrinen, Büchern und Diskussionen, nicht zuletzt an den jähen Trennungen vom Kommunismus ablesbar sind, bezeugen die Entstehung eines gemeineuropäischen und gemeindemokratischen Politikverständnisses, das ungleich stärker und allgemeiner als das bisherige politische Denken vom Primat der Freiheit und Menschenwürde, von der Bedeutung eines Ausgleichs individueller und sozialer Rechte, vom unverbrüchlichen Wert der pluralistischen Demokratie vor allen monolithischen Ideologien und Systemen überzeugt und durchdrungen war. Dem galten auch die Entwürfe einer Philosophie der Freiheit, die nun betont und von verschiedenen Seiten entstanden: von Karl Jaspers bis zu Isaiah Berlin³³.

Dreißig Jahre später wird zumal ihr Ausgangspunkt: die Frontstellung gegen das Totalitäre, erneut angefochten von einer nachgeborenen Generation, die nicht mehr unter demselben Erfahrungshorizont denkt und schreibt. Das ändert jedoch nichts an der prinzipiellen Bedeutung der Tatsache, daß sich in den Jahren nach 1945 erstmals seit der Jahrhundertwende die positive Bewertung der freiheitlichen Demokratie und die eindeutige Absage an geschlossene Ideologien intellektuell durchsetzte. Der Entfremdung des Geistes von der politischen Realität nach dem Ersten Weltkrieg stand nun die Überzeugung von der politischen Verantwortung des Intellektuellen gegenüber, und an die Stelle der tiefen Skepsis der Demokratiekritik und des Kulturpessimismus trat angesichts der tatsächlichen Zerstörungen und Bedrohungen des Abendlandes eine konkreter begründete Skepsis gegen alles Ideologische und Totalitäre, gegen die Versuchungen und Verführungen utopischen Denkens wie nicht zuletzt auch gegen die selbstzerstörerische Toleranz der Demokratie ihren Feinden gegenüber.

Der Aufbau eines freien Europa in enger Verbindung zu Amerika mit seiner dezidierten demokratischen Tradition: das war die politische Idee, an der es nach 1918 gefehlt hatte, als man über den Untergang des Abendlandes philosophiert, dieses aber in seiner politischen Selbstzerstückelung und ideologischen Selbstentfremdung noch bestärkt hatte. Jene Idee verlangte nach konkreten Wertsetzungen, die Europa gegenüber dem erlittenen und überstandenen, nun von neuem drohenden Despotismus stärken und vereinen, die 1945 geretteten demokratischen Freiheiten schützen konnten. Ein Glücksfall kam zu Hilfe: der selbst von den Akteuren des Marshall-Plans (1947) nicht erwartete ökonomische Aufschwung des westlichen Europas, das binnen weniger Jahre aus tiefster Verelendung zu neuer Wirtschaftsblüte gelangte.

Das stand in scharfem Kontrast nicht nur zu den sozio-ökonomischen Krisenerfahrungen der zwanziger und dreißiger Jahre, die soviel zur Zerrüttung der Demokratie beigetragen hatten, sondern auch zu dem offensichtlichen Unvermögen der kommunistischen Systeme, den verheißenen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu verwirklichen³⁴.

³³ Karl R. Popper, a. a. O.: zuerst erschienen 1944, amerikanische Ausgabe 1950, deutsche 1957; Karl Jaspers, *Vom Ursprung und Ziel der Geschichte* (1. Aufl. 1955) – als *Entwicklung zur Freiheit und Weltseinheit*; Isaiah Berlin, *Four Essays on Liberty*, 1968. Vgl. zum folgenden auch den nuancenreichen Überblick bei Roland N. Stromberg, *After Everything: Western Intellectual History since 1945*, New York 1975.

³⁴ Dieser Zusammenhang wurde denn auch durch eine revisionistische „Hinterfragung“ des Mar-

Daß es offenbar vor allem die Werte ökonomischer, sozialer und militärischer Sicherheit waren, die zu Buche schlugen, sollte sich freilich in den sechziger Jahren zeigen. Es war die Kehrseite der Entideologisierung nach dem Zweiten Weltkrieg, daß die Bemühungen um eine philosophische und moralische Fundierung der freiheitlich-demokratischen Politik, von der Männer wie Jaspers zeugen, doch zurückblieben hinter einer pragmatischen Orientierung, die auf die Dauer und bei Generationswechsel nicht genügen konnte. Daß das Jahrzehnt der Entideologisierung nicht das letzte Wort haben würde, ist am deutlichsten im Aufstieg der „Dritten Welt“, im neuen Nationalismus und Sozialismus der Entwicklungsländer hervorgetreten. Europa und Amerika konnten sich nicht einfach auf den neugewonnenen Konsens über die freiheitlichen Werte der westlichen Zivilisation und ihrer liberal-sozialen Demokratie zurückziehen. Die konfliktreiche Ablösung des Kolonialismus, die ideologisch fortdauernde Ost-West-Konfrontation und die ambivalenten Folgen einer weltweiten Ausdehnung der amerikanisch-europäischen Zivilisationsformen samt ihrer Fortschrittsidee führten zu einer neuen Herausforderung und Krise der Wertvorstellungen, auf denen die moderne westliche Politik beruhte.

Aber die neuerliche Verunsicherung des politischen Denkens, die im Laufe der sechziger Jahre eine Welle der Re-Ideologisierung ermöglichte, kam nicht nur von außen. Sie war eine Identitätskrise, die nicht zuletzt mit dem Generationswechsel zusammenhing, und sie wandte sich vor allem gegen den pragmatisch-rationalen Charakter der westlichen Wiederaufbau-Gesellschaft. Deren Errungenschaften wurden zunehmend als bloße Restauration und Stagnation im Zeichen großer alter Männer (wie Adenauer, de Gaulle, Eisenhower) kritisiert, während ihr befreiender Charakter in der Zeit der Diktaturen nicht mehr nachempfunden wurde. Die stabile, wertbetonte Demokratie erschien besonders den Jüngeren zunehmend als autoritäres System, die erfolgreiche soziale Marktwirtschaft als kaschierter bürgerlich-materialistischer Kapitalismus; der Antitotalitarismus als bloße Ideologie des Antikommunismus. Eine

shall-Plans samt seiner positiven Bedeutung für die Erholung Europas und des liberal-demokratischen Denkens ganz besonders in Zweifel und Mißkredit gezogen, sobald und sooft man gegen die klaren Erfahrungen des Kalten Krieges und die antitotalitären Konsequenzen nach links wie nach rechts argumentierte. Dem Linksruck nach 1945 waren damit Grenzen gesetzt, und sofern die intellektuellen Vorlieben für marxistische oder halbmarxistische Deutungsversuche fortdauernten und wiederauflebten, wurde zumal der Einschnitt von 1947 bis 1950 (Marshall-Plan bis Koreakrieg) in der linksrevisionistischen, teilweise zunehmend anti-amerikanischen Literatur besonders empfindlich hinterfragt und immer aufs neue dämonisiert. Zur ideologischen Verzerrung der großen politischen und geistigen Entscheidungen von 1945 bis 1950 vgl. jetzt den Bibliographischen Essay zur Neuauflage: Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949, Stuttgart 1980, S. XXXV ff.; K. D. Bracher, Europa, S. 304 ff.; Klaus Schwabe, „Die amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland und die Entstehung des ‚Kalten Krieges‘ (1945/46)“, in: A. Fischer, G. Moltmann, K. Schwabe (Hrsg.), Rußland, Deutschland, Amerika. Festschrift für Fritz T. Epstein, Wiesbaden 1978, S. 311 ff.; Werner Link, „Der Marshallplan und Deutschland“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 50 (13. 12. 1980), S. 3 ff. Vgl. Alfred Grosser, Das Bündnis. Die westeuropäischen Länder und die USA seit dem Krieg, München 1978, S. 93 ff.

Welle der Selbstkritik erfaßte den Westen im Zuge des Vietnamkriegs und der raschen gesellschaftlichen Veränderungen im Zeichen des materiellen Fortschritts und weltweiter Kommunikation durch neue Massenmedien, besonders durch das Fernsehen, dessen gewaltig wachsende Wirkung seit Mitte der sechziger Jahre gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann³⁵.

Der Antikapitalismus von links und rechts, der sich nun auch gegen die soziale Marktwirtschaft richtet, hatte schon um die Jahrhundertwende eine große Rolle beim internationalen wie beim nationalen Sozialismus gespielt. Er ist heute als eine stark emotionale romantische Zivilisationskritik der Industriegesellschaft und ihrer Folgen wiedererstanden. Die Alternativvorstellungen bleiben freilich wie schon vor und nach den beiden Weltkriegen nebulös und illusionshaft – was aber ihre Anziehungskraft in emotionalisierten Zeiten noch erhöht, und dies nicht nur bei der Jugend im Generationstreit.

Die linke Version ist ein utopischer Sozialismus, der aber erfahrungsgemäß beim bürokratischen Staatssozialismus oder gar beim diktatorischen Kommunismus landet. Die rechte Alternative, der autoritäre Nationalismus, einst ad absurdum geführt vom Nationalsozialismus, läuft auf eine neue brisante Mischung von romantischem und technokratischem Denken hinaus.

Beide Versionen finden sich trotz vielfacher historischer Widerlegung in den Antisystembewegungen unserer Tage wieder. Sie übergehen vor allem, am deutlichsten in der Gewaltdiskussion, allzu rasch und bedenkenlos das so schwierige Grundproblem einer richtigen Relation von Zielen und Mitteln³⁶. Neomarxismus wie Nationalismus, sozialer Utopismus wie antitechnischer Mystizismus entziehen sich auch heute wie-

³⁵ Der (Wieder-)Aufschwung der Ideologiediskussion und Ideologisierung zumal in Deutschland knüpfte in einem erstaunlichen Maße an die kurze und heftige Phase der zwanziger Jahre an; dort hatten zunächst grundlegend die liberal-sozialen Demokratieanalysen Max Webers, Karl Mannheims, Theodor Geigers, kontrovers dann die kultur-marxistischen Entwürfe der Frankfurter Schule (Horkheimer, Adorno, Marcuse) gewirkt. Vor allem die letzteren, die nach 1945 aus dem Exil nach Europa zurückgebracht wurden, erlebten nun eine Reprise und zugleich Vulgarisierung; vgl. Adorno-Horkheimer, *Dialektik der Aufklärung* (1947) – als nun vielzitierte Neuausgabe (1968) –, sowie die sympathisierende Würdigung von Martin Jay: *The Dialectical Imagination* (1973), deutsch: *Dialektische Phantasie. Die Geschichte der Frankfurter Schule und des Instituts für Sozialforschung*, Frankfurt/M. 1976. Aus der zweiten Generation wurden besonders die Bücher von Jürgen Habermas mit ihren „entschleiernenden“ Titel-Thesen einflußreich: *Erkenntnis und Interesse*; *Technik und Wissenschaft als Ideologie* (beide im Sturmjahr 1968 erschienen). Dagegen wandten sich im „Positivismustreit“ vor allem die antitotalitären „Positivisten“ und „kritischen Rationalisten“ um Karl Popper und Ernst Topitsch, Hans Albert und Niklas Luhmann, die aber nur langsam die Welle der alt-neuen Ideologien zurückzudrängen vermochten: vgl. besonders schon Topitsch, *Sozialphilosophie zwischen Ideologie und Wissenschaft*, Neuwied-Berlin 1961 (3. Aufl. 1971); J. Habermas, N. Luhmann, *Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie*, Frankfurt/M. 1971; Kurt Sontheimer, *Das Elend der Intellektuellen*, Hamburg 1976, S. 67 ff.; jetzt auch Hans Lenk, Roland Simon-Schaefer, „Vernunft-Wissenschaft-Praxis. Zur Kritik der ‚Kritischen Theorie‘“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 50/81* (12. 12. 1981), S. 41 ff.; Nikolaus Lobkowitz und Henning Ottmann, „Materialismus, Idealismus und christliches Weltverständnis“, in: *Christlicher Glaube in moderner Gesellschaft*, Freiburg/Br. 1981, S. 124 ff.

³⁶ Vgl. K. D. Bracher, *Schlüsselwörter in der Geschichte*, S. 51 ff.; *Geschichte und Gewalt*, S. 19 ff.

der der Frage, die allein die pluralistische Demokratie mit ihren Verfassungen und Spielregeln auch real zu beantworten sucht: wie kann ein politisches System humane Werte verwirklichen, ohne sie bei der Durchsetzung fundamental zu verletzen, aber auch ohne auf die notwendige Entwicklung der Ressourcen und Wettbewerbsfähigkeit zu verzichten?

Gerade weil Politik stets vom Kampf um die Macht geprägt wird, bleibt die Forderung nach möglichst friedlicher, überschaubarer und kontrollierbarer Regelung des politischen Machtkampfes ein Hauptkriterium jeder Unterscheidung und Bewertung politischer Bewegungen und Systeme. Denn gewiß gehört die Macht wie die Furcht zu den Grundantrieben jeder Politik: seit Thukydides und Machiavelli, Hobbes und Montesquieu, Max Weber und Guillelmo Ferrero hat die machttheoretische Betrachtung der Geschichte und Politik nichts an Bedeutung verloren. Aber gerade eine politische Anthropologie, die Macht und Furcht als gleichsam „natürliche“ Grundtriebkraft anerkennt, muß Freiheit und Gerechtigkeit als ihre zivilisatorischen Regulative sehen, und sie muß der Verankerung und Sicherung dieser Regulative in den Verfassungen wie im praktischen Vollzug als Beschränkung und Zivilisierung der Gewalt höchste Priorität einräumen. Das aber heißt nichts anderes als den Vorrang des Bemühens um eine gewaltenteilige, freiheitsschützende Demokratie vor jenen ideologischen Verheißungen von rechts oder links, die uns in der Gestalt von Pseudoreligionen immer wieder zur bedingungslosen Gefolgschaft verführen wollen. In Lateinamerika wie im Mittleren Osten zeigt sich dabei auch der mögliche Mißbrauch christlicher oder islamischer Religiosität.

In der Tat bleibt die Frage nach der Stellung der Religion im Zeitalter pseudoreligiöser Ideologien, die mit der Säkularisierung des Denkens einhergehen und gegenüber dem Rationalismus einer technisch-wissenschaftlichen Welt die nichtrationalen Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen suchen. Vor und nach dem Ersten Weltkrieg, nun wieder seit den siebziger Jahren sind die Anfechtungen und Brechungen des liberalen Fortschrittsgedankens der Anstoß und die Einfallspforte für neue Religionsbewegungen. Sie treten entweder sektenhaft wie im Westen oder als gewalttätig revolutionäre, zugleich theokratische, gelenkte Massenbewegungen wie in der islamischen Welt des Ajatollah Khomeini auf, in beiden Fällen mit neototalitärem Anspruch. Tendenziell gilt dies auch für manche „Befreiungsbewegungen“ der Dritten Welt, um die sich Teile der christlichen Kirchen mit Hilfe einer „politischen Theologie“ oder einer „Theologie der Befreiung“ bemühen³⁷.

In all diesen Fällen geht es immer wieder – typisch für die Macht und Anziehungskraft ideologischen Denkens – um eine Orientierung des Politisch-Gesellschaftlichen am Absoluten, an Himmel und Hölle, an einer „wahren Demokratie“, die alle Probleme in der identitären Aufhebung der Gegensätze von Regierung und Regierten, von arm und reich, von Interessen und Normen in einem sozialutopischen Zukunftsreich zu lösen verspricht. Wenn immer diese Kriterien des Absoluten an die Stelle des pluralistischen Demokratiedenkens treten, ist die Zeit jener Krisenpropheten gekom-

³⁷ Näheres und Literatur in: *Zeit der Ideologien*, S. 365 ff.

men, die verkünden, nicht durch Entwicklung und Reform, sondern nur durch die innere Erlösung (in Form des „neuen Menschen“) und durch die Umwälzung der Ordnung (im Sinne einer international oder national sozialistischen Revolution) sei die drohende Katastrophe zu bannen. An den Millionenopfern der nationalsozialistischen Judenverfolgung haben wir beispielhaft erlebt, was ein pseudowissenschaftlicher ideologischer Wahn vermag, wenn er totalitäre Herrschaftsmittel gewinnt.

Wenn unser Jahrhundert auch heute noch oder wieder eine „Zeit der Ideologien“ ist, so bleibt darum der Kampf um Ideen und Werte nicht zuletzt ein Kampf um die Methoden der Politik. Darüber können noch so chiliastische oder katastrophische Visionen nicht hinwegtäuschen. Die antizivilisatorische Kulturkritik und ihre Entartung im Nationalsozialismus, der Marxsche Sozialismus und seine Entartung im Stalinismus: beide halten die Erfahrungen bereit, wohin Menschen kommen können oder gebracht werden, wenn die totale Idee vor die Beachtung der Menschenrechte rückt. Nicht der Zweck heiligt die Mittel, die Mittel entheiligen den Zweck, wenn sie dagegen verstoßen³⁸.

Die parlamentarische Demokratie ist gegenüber radikalen Ideologien noch immer oder schon wieder in der schwächeren Position: das ist die große Enttäuschung unseres Jahrhunderts. Aber Winston Churchill, in schwärzester Stunde ein letzter Verteidiger der Freiheit in Europa, erinnert aus der Tradition des englischen Parlamentarismus und im Sinne antiideologischer Selbstbeschränkung mit dem dafür charakteristischen understatement an die Erfahrung: daß von allen unvollkommenen, ja schlechten Formen der Politik und des Staates die freiheitlich-demokratische noch die am wenigsten schlechte sei. Hingegen hat sich der Himmel des perfekten Staates immer wieder als die Hölle der Diktatur erwiesen. Damit kehren wir zu unserem Anfangsgedanken zurück. Es geht um eben jene realistische und zugleich positive Einschätzung der Demokratie als Staatsform der Selbstbeschränkung. Von ihrer Anerkennung und Bewahrung gegenüber immer erneut verführerischen Ideologien der Selbstüberhöhung hängt am Ende unseres irrgläubigen Jahrhunderts die politische Freiheit ab, und mit ihr auch die Freiheit des Forschens und Denkens gegenüber dem berauschten Zwang der Diktaturen, die in großer Mehrzahl den Erdball bevölkern.

³⁸ Vgl. auch treffend J. L. Talmond, *The Myth*, S. 33: „The extreme Right and Left shared the same mode of thinking and understood each other well. To both force was the final arbiter between classes and parties.“ Und S. 535: „There is an ironic law which causes revolutionary salvationist schemes to evolve into regimes of terror, and the promise of perfect direct democracy to assume in practice the form of totalitarian dictatorship.“

HORST MÖLLER

DIE NATIONALSOZIALISTISCHE MACHTERGREIFUNG KONTERREVOLUTION ODER REVOLUTION?

Ernst Nolte zum 11. Januar 1983

Seit fünfzig Jahren diskutieren Publizisten, Soziologen und Historiker über die NS-Machtergreifung, seit fünfzig Jahren scheuen sie sich, diesen Vorgang mit dem Begriff Revolution zu charakterisieren¹, der anders als der Begriff Machtergreifung seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zur historisch-politischen Sprache der Neuzeit gehört². Die Scheu ist berechtigt, resultiert sie doch aus dem spezifischen Charakter des Machtantritts der Nationalsozialisten, der sich von dem historischen Phänomen unterscheidet, das gemeinhin mit dem Namen Revolution belegt wird: den französischen Revolutionen von 1789, 1830 und 1848, den russischen Revolutionen der Jahre 1905 und 1917, den deutschen Revolutionen von 1848/49 und 1918/19. Aber schon ein oberflächlicher Blick auf diese Revolutionen zeigt: Sie sind durch mindestens soviel historische Einmaligkeit wie Vergleichbarkeit charakterisiert. Der Begriff Revolution als ein historisch-politischer Formalbegriff ist trotzdem verwendbar und erkenntnisfördernd. Warum sollte er nicht auch für die NS-Machtergreifung taugen?

Es könnte eingewendet werden, daß der sich über mehrere Jahre hinziehende Auflösungsprozeß der Weimarer Republik und das am Ende bestehende Machtvakuum – das Karl Dietrich Bracher bis heute gültig analysiert hat – den Nationalsozialisten eine Machtübernahme ohne Revolution ermöglicht haben. Doch spricht diese Feststellung sowenig gegen die Verwendung des Revolutionsbegriffs wie die These von der Legalität³ der NS-Machtergreifung: In ein Machtvakuum stießen auch die Revo-

¹ Zwar gibt es einige Ausnahmen, doch haben sie den allgemeinen Sprachgebrauch nicht beeinflussen können, z. B. David Schoenbaum, dessen Buch *Die braune Revolution*, Köln-Berlin 1968, im amerikanischen Original den Titel trug „Hitler's social revolution. Class and status in Nazi Germany 1933–1945“. Schoenbaum analysierte die revolutionären Veränderungen in der Sozialstruktur nach 1933, s. u. Anm. 60, die nicht im Mittelpunkt dieses Diskussionsbeitrags stehen. Auch Joachim Fest, *Hitler*, Lizenzausg. Frankfurt/M. – Berlin 1974, benutzt den Begriff Revolution S. 533 u. ö.: „Legale Revolution“ (1933–34) und „Stille Revolution“ für die Zeit ab August 1934 (S. 655 ff.). Zur Interpretationsgeschichte im übrigen: Klaus Hildebrand, *Das Dritte Reich*, München 1979, S. 117 ff. Im Titel verwendet den Begriff auch Gerhard Schulz, *Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland*, Frankfurt/M.–Berlin, Wien 1975.

² Vgl. Karl Griewank, *Der neuzeitliche Revolutionsbegriff*, 3. Aufl. Frankfurt/M. 1973; Reinhart Koselleck, *Kritik und Krise*, 2. Aufl. Frankfurt/M. 1973; ders., *Historische Kriterien des neuzeitlichen Revolutionsbegriffs*, in: ders., *Vergangene Zukunft*, Frankfurt/M. 1979, S. 67–87; Karl Heinz Bender, *Revolutionen. Die Entstehung des politischen Revolutionsbegriffs in Frankreich zwischen Mittelalter und Aufklärung*, München 1977.

³ Vgl. dazu Karl Dietrich Bracher, *Die Auflösung der Weimarer Republik*, 5. Aufl. Villingen 1971, S. 632 ff.; s. auch unten.

lutionäre von 1789 und 1918, eine mehr oder weniger scheinbare Legalität der Machtübertragung läßt sich für die Anfangsphasen auch dieser beiden Revolutionen konstatieren. Die ersten Aktionen der NS-Führung nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler enthielten bereits so viele Verstöße gegen den Buchstaben, vor allem aber den Geist der Weimarer Verfassung, daß schon für die ersten zwei Monate der NS-Herrschaft nicht mehr von der Praktizierung der theoretisch noch inkraft befindlichen Verfassungsordnung gesprochen werden kann: z.B. die Durchbrechung des Prinzips *nulla poena sine lege* infolge der Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar 1933, die terroristischen Begleiterscheinungen der Reichstagswahl vom 5. März 1933, die Kassierung der KPD-Mandate und das Ermächtigungsgesetz mit seiner für vier Jahre gegebenen Möglichkeit, die Kompetenzen der Legislative auf die Exekutive zu übertragen. Die Aushöhlung der Weimarer Verfassung bereits vor 1933 ist kein Argument gegen die zunehmende Illegalität der NS-Herrschaft; lediglich der erste Akt dieses Dramas – die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler – war verfassungsrechtlich korrekt.

Die folgenden Überlegungen sind aber nicht diesen, bereits grundlegend erforschten Themen⁴ gewidmet, sondern der Frage: Kann der Begriff Revolution auf die NS-Machtergreifung angewendet werden, ist eine solche Charakterisierung historisch angemessen und fördert sie die historisch-politische Einordnung der NS-Diktatur? Drei Aspekte sind für eine solche Reflexion zentral:

1. Welchen Stellenwert hatte die publizistische und wissenschaftliche Diskussion von Phänomen und Begriff der Revolution in Deutschland zwischen 1918/19 und 1933?
2. Ist die NS-Machtergreifung nach zeitgenössischem Verständnis als Revolution zu bezeichnen?
3. War die NS-Machtergreifung nach Zielsetzung, Verlauf und Wirkung eine Revolution im Sinne historisch-politischer Revolutionstheorien?

I.

Während der zwanziger Jahre belebte sich die Diskussion über das Problem der Revolution ungemein. Vor allem Soziologen, aber auch Historiker rangen in immer neuen Definitionsversuchen darum, das „Wesen der Revolution“ zu bestimmen: Die Verhandlungen des 1922 in Jena stattfindenden Dritten Deutschen Soziologentages konzentrierten sich auf dieses Thema⁵, die von Ralf Dahrendorf beklagte Inflationie-

⁴ Karl Dietrich Bracher, Gerhard Schulz, Wolfgang Sauer, Die nationalsozialistische Machtergreifung, Köln-Opladen 1960; Erich Matthias, Rudolf Morsey (MV u. Hrsg.), Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960 (Die Beiträge von Siegfried Bahne über die KPD und Rudolf Morsey über die Zentrumsparterie erschienen in überarbeiteter Form separat); Von Weimar zu Hitler 1930–1933, hrsg. von Gotthard Jasper, Köln-Berlin 1968; Martin Broszat, Der Staat Hitlers, München 1969.

⁵ Verhandlungen des Dritten Deutschen Soziologentages am 24. und 25. September 1922 in Jena ... Tübingen 1923.

zung des Revolutionsbegriffs existiert nicht erst seit heute, wenngleich seit dem Ausgang der sechziger Jahre die wissenschaftlich oder politisch motivierte Beschäftigung mit dem Thema Revolution wieder einmal Konjunktur erlangte. Allerdings kann die ausufernde Anwendung des Begriffs⁶ nicht überraschen, entstammt er doch nicht der Politik, sondern der Astronomie: die lange Zeit übliche Benutzung des Begriffs Revolution für alle Lebensbereiche demonstriert, daß es sich bei ihm zunächst um einen inhaltsfreien Formalbegriff handelt. Die Politisierung des Begriffs seit Mitte des 18. Jahrhunderts⁷ kumulierte schließlich in der Französischen Revolution von 1789, seitdem ist er weitgehend auf das heute übliche Begriffsfeld beschränkt worden und damit für historisch-politische Analysen verwendbar. Andere Akzentuierungen werden folglich mit Attributen versehen, z. B. im Terminus „Industrielle Revolution“.

Die Politisierung im 18. Jahrhundert hatte realgeschichtliche Ursachen, folglich liegt auch für das 20. Jahrhundert die Vermutung nahe, die russische Oktoberrevolution 1917 und die deutsche Revolution von 1918/19 hätten die theoretische und publizistische Reflexion stimuliert. Um so überraschender ist es, wie wenig präsentistisch die Sozialwissenschaftler das Thema angingen: Die kaum vier Jahre zurückliegende Revolution in Deutschland, die sie selbst erlebt hatten, spielte in ihren Überlegungen kaum eine Rolle, das empirische Material holten sich die Revolutionstheoretiker der zwanziger Jahre aus dem 18. und 19. Jahrhundert – 1789 blieb nach wie vor der zentrale Bezugspunkt. Selbst die den Jahren 1918–1920 entstammenden und ihnen gewidmeten Revolutionskommentare von Ernst Troeltsch lassen diesen vergangenheitsbezogenen Zugang zum Thema erkennen: „Die Revolutionen folgen alle einem bestimmten Schema des Verlaufes; man lese darüber heute Jakob Burckhardts Kapitel über ‚historische Krisen‘ in den Weltgeschichtlichen Betrachtungen!“⁸ Diese schematische Auffassung von Revolutionen stammte vom 19. Dezember 1919, sie stammte aus der Feder eines Gelehrten, der zugleich Politiker und Publizist war, dem aber die revolutionären Zeitläufte, in denen er lebte, weniger Eindruck gemacht hatten als 1789 oder sogar 1848. Und dem politisierenden Gelehrten ging es kaum anders als der Mehrheit seiner Zeitgenossen, kaum anders auch als den Berufspolitikern.

Während die berühmteste aller modernen europäischen Revolutionen, die Französische von 1789, nicht nur die Nachwelt faszinierte, sondern es bereits in statu nascenti fertigbrachte, „den Mythos ihrer selbst zu fabrizieren“ und „bereits in diesem Stadium sich von sich selbst faszinieren zu lassen“⁹, haftete der deutschen Revolution von 1918/19 von Beginn der Makel einer erfolglosen, in jedem Falle aber einer unge-

⁶ Zur Diskussion um die geschichtswissenschaftliche Anwendbarkeit des Begriffs vgl. auch: Eugen Weber, *Revolution? Conterrevolution? What revolution?*, in: *Journal of Contemporary History* 9/1974, S. 3 ff.

⁷ Vgl. Anm. 2 sowie über die Besonderheit der italienischen Wortgeschichte Christof Dipper, *Politischer Reformismus und begrifflicher Wandel*, Tübingen 1976, S. 114 ff.

⁸ Ernst Troeltsch, *Spektator-Briefe. Aufsätze über die deutsche Revolution und die Weltpolitik 1918/22*, hrsg. von Hans Baron, Tübingen 1924 (ND Aalen 1966), S. 87.

⁹ Alfred Heuss, *Das Revolutionsproblem im Spiegel der antiken Geschichte*, in: *Historische Zeitschrift* Bd. 216 (1973), S. 2.

liebten Revolution an. Und was Friedrich Hebbel nach der Revolution von 1848/49 notierte, hatte auch nach 1918/19 Geltung: „Wenn eine Revolution verunglückt, so verunglückt ein ganzes Jahrhundert, denn dann hat der Philister einen Sachbeweis.“

Wie sollte eine Revolution faszinieren, deren Akteure von ihrer Notwendigkeit nicht überzeugt waren? Die Revolution von 1918/19 war nicht wie die russische Oktoberrevolution von 1917 zielbewußt geplant worden durch eine revolutionäre Elite, die sich zwar nicht an die von Karl Marx formulierten Notwendigkeiten, wohl aber an die politischen Möglichkeiten hielt. Die deutschen Revolutionäre unterließen planmäßigen Terror, sie verhinderten eine revolutionäre Diktatur: dafür wurden sie weniger gelobt als gescholten und verachtet. Auch in anderer Hinsicht verlief die deutsche Revolution atypisch: Der Widerstand der entmachteten Führungsschichten gegen die Revolution setzte erst spät ein, eine Anklage gegen die Schuldigen der Kriegspolitik und der Kriegsniederlage unterblieb, die Revolution wurde in extremem Ausmaß als Ergebnis des Zusammenbruchs der Monarchie identifiziert – ihr haftete das Odium einer Niederlage an, für die sie tatsächlich nicht verantwortlich war. Selbst ein überzeugter Demokrat wie Ernst Troeltsch war von der Meinung beeinflusst, die Revolution sei charakterisiert durch „Armut an aufbauenden Ideen“¹⁰. Anders als ihre Vorgänger 1789, 1848 und 1917 lebte die Revolution von 1918/19 weniger von einem ideologisch vorgegebenen Revolutionsziel als von pragmatischer Bewältigung der Katastrophe. Die Revolution war nicht nur, wie andere Revolutionen auch, durch unbeabsichtigt fortwirkende Kontinuitäten gekennzeichnet, sondern die Revolutionsführung selbst wollte in wesentlichen gesellschaftlichen und politischen Sektoren Kontinuität: sie wollte auf dem Boden der sich im Reichstag seit 1917 herausbildenden Mehrheit und der späten Verfassungsreform vom Oktober 1918 den neuen Staat aufbauen, sie wollte zur Meisterung existenzbedrohender, ökonomischer und gesellschaftlicher Probleme ein kontinuierliches Weiterarbeiten der Verwaltung.

Das Bündnis von SPD-Führung und Oberster Heeresleitung schließlich entzog sowohl einer Radikalisierung der Revolution als auch offenen konterrevolutionären Bestrebungen den Boden – auch diese Politik war im Vergleich zu anderen Revolutionen atypisch. Der Preis dieser Politik war hoch, aber er entsprach den objektiven Problemen, vor die sich die Revolutionsführung gestellt sah, und er entsprach dem Bewußtsein, das die SPD-Führung von der Gefährdung der angestrebten Demokratie durch eine bolschewistische Bedrohung nach russischem Vorbild hatte¹¹. Die von der SPD gegen die USPD durchgesetzte Wahl zur verfassunggebenden Nationalversammlung stellte eine konsequente Fortsetzung ihrer eher evolutionären denn revolutionären Politik dar: Das Wahlergebnis vom 19. Januar 1919 bedeutete ein Plebiszit

¹⁰ Paul Herre, *Revolution*, in: *Politisches Handwörterbuch*, hrsg. von Paul Herre, Bd. II, Leipzig 1923, S. 482. Ähnlich auch der Sozialdemokrat K. Haenisch (Anm. 11), S. 256.

¹¹ Vgl. Peter Lösche, *Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903–1920*, Berlin 1967. Der preußische Kultusminister Konrad Haenisch sprach 1920 von der „auf viele überreizte Hirne und Herzen mit faszinierender Kraft wirkende(n) chiliastische(n) Suggestion des spezifisch bolschewistischen Gedankens“: *Die Ursachen der deutschen Revolution*, in: *Handbuch der Politik*, 3. Aufl. hrsg. von Gerhard Anschütz u. a., Bd. II, Berlin und Leipzig 1920, S. 259.

nicht zugunsten der SPD als Partei, sondern zugunsten der evolutionären Politik ihrer Führung. Auch die späteren Koalitionspartner, Zentrum und DDP, waren Verfechter einer evolutionären Politik, auch sie waren von der Revolution überrascht worden und standen ihr zurückhaltend bis ablehnend gegenüber. So oder so, die Anhänger dieser in vielem atypischen Revolution waren eindeutig in der Minderheit, den einen ging sie nicht weit genug, den anderen zu weit. Beiden Seiten aber galt sie als kraftlos, ihre verglichen mit anderen Revolutionen große Humanität, ihre in einem praktischen und nicht bloß theoretischen Sinn demokratische Zielsetzung erhöhte keineswegs ihr Ansehen.

Auch die professionell mit dem historisch-politischen Geschehen befaßten Gelehrten, die während der Weimarer Republik die Revolution von 1918/19 kommentierten, hielten zu ihr auf Distanz: Keineswegs nur die deutschnational-monarchisch oder konservativ Gesinnten, sondern ebenso die Protagonisten der neuen Staatsform. Und das, obwohl die Beendigung der revolutionären Phase mit den von ihnen vorgeschlagenen Mitteln erfolgte. Hugo Preuss, Ernst Troeltsch, Friedrich Meinecke, Max Weber analysierten hellichtig das politische Versagen der Reichsleitung, aber auch der bürgerlichen Parteien vor dem 9. November 1918, sie lehnten die Revolution ab, beurteilten sie aber aufgrund der gegen Ende des Krieges offenbar werdenden Strukturdefekte des Kaiserreichs als mehr oder weniger zwangsläufig. Ihr Ziel war eine bürgerlich-soziale Demokratie, die durch ein Bündnis der demokratischen bürgerlichen Parteien mit der SPD erreicht werden sollte. Andernfalls befürchteten sie – wie die Führung der drei späteren Weimarer Koalitionsparteien auch – eine bolschewistische Revolution und Diktatur. Sie befürchteten aber kaum minder eine politische Reaktion. Der dann tatsächlich gewählte politische Weg schien ihnen angemessen, eine jakobinische Schreckensherrschaft zu verhindern, die nicht notwendiges Schicksal einer Revolution sein müsse¹².

Auch hier wieder der Wunsch, die Revolution evolutionär zu beenden, auch hier wieder Zurückhaltung gegenüber dem eigenen Werk. „Revolutionen ... sind in Wahrheit ... Minoritätsherrschaften, die im Besitz der Waffen und zentralen Institutionen von den Städten aus die Masse vergewaltigen.“¹³ Aber die Unsicherheit gegenüber dem Phänomen der Revolution ist unübersehbar, wenn Troeltsch an anderer Stelle, geradezu im Gegensatz zur vorhergehenden Charakterisierung der Revolution, die Verfassungsänderung vom Oktober 1918, mit der das Reich de facto parlamentarisiert wurde, als eine „volle Revolution, eine politische und Verfassungsrevolution von oben her“, bezeichnete. Die Einsicht Tocquevilles reflektierte Troeltsch nicht: Der gefährlichste Augenblick einer schlechten Regierung sei der Augenblick der Reform¹⁴.

Troeltsch schwankte zwischen einer Reduktion des Revolutionsbegriffs auf die

¹² Hugo Preuss, Volksstaat oder verkehrter Obrigkeitsstaat? (14. 11. 1918), in: Staat, Recht und Freiheit, Tübingen 1926 (ND Hildesheim 1964), S. 367.

¹³ E. Troeltsch, Spektator-Briefe, S. 41.

¹⁴ Alexis de Tocqueville, L'Ancien Régime et la Révolution I (Œuvres Complètes, Éd. J.P. Mayer, Tome II), Paris 1952, S. 223.

eine Regierungsform ändernden Verfassungsgesetze und einer weiteren, gesellschaftsbezogenen Anwendung. So konstatierte er, die kommende deutsche Demokratie sei „kein Erzeugnis der Doktrin, sondern ein Ausdruck der wirklichen gesellschaftlichen, durch Krieg und Niederlage klar aufgedeckten und wirksam gewordenen Sachlage“. Anders „als die rein bürgerliche Demokratie von 1848“ könne und dürfe die neue Demokratie aber nicht nur auf die Verwirklichung von bloßen politischen Formen ausgehen, sondern müsse „zugleich ein beginnender Umbau der sozialen Ordnung sein ... , dessen Aufgaben freilich heute nur erst im Umriss abzuschätzen sind“¹⁵.

Eine ähnliche Position vertrat Friedrich Meinecke, er wollte „die geschichtlichen Ergebnisse des Krieges und der Revolution, nämlich Republik, Demokratie und rationelle Sozialisierung nicht nur äußerlich gelten lassen, sondern auch innerlich ... sichern“¹⁶.

Der evolutionäre Grundzug der Politik von SPD, Zentrum und DDP sowie die analoge Reaktion aus dem Lager der demokratischen Publizisten und Wissenschaftler, die ebenfalls eine Fortsetzung der schon gegen Ende des Kaiserreichs propagierten Ziele dieser Gruppierung darstellte, lassen die Frage berechtigt erscheinen, ob die wesentlichen Züge der Weimarer Verfassungsordnung nicht auch ohne Revolution durchsetzbar gewesen wären und damit unter erheblich günstigeren psychologischen Voraussetzungen gestanden hätten.

Ein solches, bei den führenden Politikern und den meinungsbildenden Schichten der politischen Mitte impliziertes Revolutionsverständnis konnte für die Chancen des durch die Revolution etablierten politischen Systems nicht folgenlos bleiben. Friedrich Meinecke sah in seinem fiktiven „Gespräch aus dem Herbst 1919“ durchaus die Gefahr, wenn er einen der Gesprächspartner sagen ließ: Mit dem Schlagwort von der „formalen Demokratie“, mit dem jetzt die äußerste Rechte und die äußerste Linke gemeinsam anrennen gegen die demokratischen Ergebnisse des Krieges und der Revolution“, werde die neue demokratische Verfassung vereckelt. Aber auch er verteidigte sie eher defensiv: Ohne diese formale Demokratie wäre bolschewistisches Chaos über Deutschland hereingebrochen, im übrigen aber bestätige sich in der „Synthese des alten Militarismus mit dem neuen Volksstaate ... aufs schönste das Gesetz von der historischen Kontinuität ... selbst im Augenblicke des schärfsten Bruches“¹⁷.

Weniger Kommentar zur Revolutionen von 1918/19 denn geschichtsphilosophische Deutung der Moderne als revolutionärer Epoche waren etliche weitere Studien zum Revolutionsproblem, etwa Gustav Landauers „Die Revolution“ (1905, Neuauf. 1923). Andere großangelegte Werke, wie Eugen Rosenstocks zuerst 1931 publiziertes ebenso gewaltsames wie eigenwillig-geistvolles Buch „Die europäischen Revolutionen und der Charakter der Nationen“, waren nicht geschichtswissenschaftlich

¹⁵ E. Troeltsch, *Spektator-Briefe*, S. 307.

¹⁶ Friedrich Meinecke, *Die Forderung der Stunde* (1918), in: *Politische Schriften und Reden* (= Werke Bd. II), hrsg. von Georg Kotowski, Darmstadt 1958, S. 278.

¹⁷ Friedrich Meinecke, *Nach der Revolution*, München 1919, S. 114/5.

orientiert, sondern „Ausdruck problematischen Zeitbewußtseins“¹⁸. So wenig wie für Rosenstock war für den marxistischen Geschichtsschreiber Otto Rühle, der ein dreibändiges Werk über die Revolutionen der Weltgeschichte verfaßte, die Revolution von 1918/19 von Interesse. Ähnliches gilt für das Büchlein des Philosophen Arthur Liebert „Vom Geist der Revolutionen“, das noch im Erscheinungsjahr 1919 dreimal aufgelegt wurde, aber sich vom konkreten Bezug auf die politischen Ereignisse der Jahre 1917–1919 ebenso freihielt wie Alexander Cartellieris 1921 publizierte „Geschichte der neueren Revolutionen“, die mit der Pariser Commune 1871 endet.

„Es ist kein Zweifel mehr: was wir deutsche Revolution nennen, ist eine Enttäuschung“: Mit diesem Satz leitete Walther Rathenau seine „Kritik der dreifachen Revolution“ ein¹⁹, die von August 1919 bis 1929 siebzehn Auflagen erlebte. Nicht zuletzt diese Enttäuschung regte zahlreiche Autoren an, über das Problem der Revolution zu schreiben und zugleich die eben erlebte Revolution ausdrücklich unerwähnt zu lassen. Und auch ein Werk ganz anderer Art, die bis heute ihren Platz als Standardwerk behauptende, 1931 veröffentlichte „Geschichte der deutschen Revolution von 1848–1849“ des linksliberalen Historikers Veit Valentin, versagte sich im Vorwort Anspielungen auf die mögliche politische Aktualität des Themas. Vielmehr betonte der Autor, er habe schon 1912 mit den Aktenstudien begonnen, sein damals geschlossener Vertrag sei 1919 „unter veränderten Bedingungen erneuert worden“²⁰.

Die Historiker mieden in der Regel eine theoretische Reflexion des Problems der Revolution, ihr Sprachgebrauch war häufig unscharf, ihre Definitionen vordergründig. Bei den Historikern finden sich die Begriffsinhalte, die der ehemalige Leipziger Historiker und spätere Direktor des Reichsarchivs Paul Herre in seinem „Politischen Handwörterbuch“ gab: „Mit dem Ausdruck Revolution wird in der Politik die widerrechtliche Umgestaltung einer bestehenden Staatsverfassung bezeichnet. Sie steht damit im Gegensatz zur Reform, die die planmäßige, auf verfassungsrechtlichem Boden sich bewegende Veränderung der Staatsverfassung im Auge hat. Zum Wesen der Revolution gehört, daß die Umwälzung sich auf die staatlichen Einrichtungen erstreckt.“²¹ Zwei Aspekte dominieren in allen historischen Erörterungen des Revoluti-

¹⁸ Theodor Schieder, *Theorie der Revolution*, in: Ders. (Hrsg.), *Revolution und Gesellschaft*, Freiburg i.Br. 1973, S.30.

¹⁹ Walther Rathenau, *Kritik der dreifachen Revolution*, in: *Schriften aus Kriegs- und Nachkriegszeit*, Berlin 1929, S.341.

²⁰ Veit Valentin, *Geschichte der deutschen Revolution 1848–1849*, ND Frankfurt/M.-Wien-Zürich 1977, Bd. I, S. VII.

²¹ P. Herre, *Revolution*, S. 481. Einseitig ist die Kritik von Hans Schleier, *Zur Diskussion des Revolutionsbegriffs in der deutschen bürgerlichen Geschichtsschreibung während der Weimarer Republik*, *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, Sonderband XIII. Jg. 1965, da er alle Autoren im wesentlichen daran mißt, wie nah oder fern sie der marxistischen Revolutionsdeutung stehen. Vgl. auch ders., *Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung der Weimarer Republik*, Berlin (Ost) 1975, S. 218 ff. Das dort (S. 219) geäußerte Gesamturteil ist indes zutreffend: „Die Oktoberrevolution und die Novemberrevolution führten zu keiner grundlegenden Korrektur des Revolutionsbegriffes im bürgerlichen deutschen Geschichtsdnken, soviel lassen die geschichtstheoretischen und historiographischen Arbeiten der Weimarer Zeit erkennen.“

onsproblems: erstens die Abgrenzung von Revolution und Reform – die die Alternative Kontinuität und Diskontinuität impliziert – und zweitens die Entgegensetzung von Legalität und Illegalität.

Wenngleich Herre den „Unrechtscharakter“ jeder Revolution konstatierte, so wandte er sich doch gegen eine grundsätzliche Verurteilung der Revolution: Angemessen sei nur eine je spezifische geschichtliche Würdigung, die durchaus die Berechtigung einer Revolution, ja sogar ihre „sittliche Notwendigkeit“ zeigen könne. Wo eine solche Legitimität zur Revolution liegen könnte, demonstriert Herres Vergleich der deutschen Revolutionen von 1848/49 und 1918/19: Während er die erstere als „Ausdruck einer aufsteigenden, wenn auch in ungeeigneten Bahnen vorwärtsschreitende(n) nationale(n) Bewegung“ ansah, verkörperte die Novemberrevolution in den Augen Herres „lediglich den Zusammenbruch einer in vier furchtbaren Kriegsjahren völlig aufgebrauchten körperlichen und seelischen Widerstandskraft, an dem Ideologie mehr als Ideale fördernden Anteil hatte“²². Wiederum wird der Revolution eine Destruktivität angelastet, die sie tatsächlich nicht verschuldet hatte.

Ursache dieser realgeschichtlich unzutreffenden Einschätzung der Historiker war der von ihnen verfochtene Primat der Außenpolitik: Herre und andere gelangten zu der Schlußfolgerung, jede Revolution – sei sie nun berechtigt oder unberechtigt – schwäche zunächst die Staatsautorität und „den nach außen gerichteten einheitlichen Willen“²³. Offenkundig war diese These von der deutschen Revolution 1918/19, vielleicht auch von der russischen Oktoberrevolution abgeleitet, kaum aber von der sonst die Kriterien liefernden Französischen Revolution von 1789, die ganz im Gegenteil durch die Mobilisierung und Radikalisierung der Massen eine nationale Machtentfaltung erreichte, der bis dahin nichts historisch Vergleichbares an die Seite zu stellen war. Auch Troeltsch berührte die Dialektik innen- und außenpolitischer Konstellationen in einer Revolution, fragte aber explizit, ob der von Ranke verfochtene Primat der Außenpolitik in einer Revolution noch gelte²⁴; doch dominierte auch bei Troeltsch die Meinung, die Revolution habe außenpolitisch Gefahr heraufbeschworen.

Die im Vergleich zu 1789 offenkundigen Unterschiede wurden kaum reflektiert, weder die für die Französische Revolution charakteristische Identifizierung von äußerer Bedrohung und Gegenrevolution, noch die innere Radikalisierung als Antwort auf vermeintliche oder tatsächliche Gefahr von außen: Troeltschs These, die französischen Revolutionäre des ausgehenden 18. Jahrhunderts seien glühende Patrioten, die deutschen Revolutionäre des 20. Jahrhunderts hingegen klassenkämpferische Internationalisten gewesen²⁵, bleibt vordergründig und trifft zwar auf die Kommunisten und radikalen Marxisten des Winters 1918/19 zu, nicht aber auf die Mehrheitssozialdemokraten.

²² P. Herre, *Revolution*, S. 481.

²³ Ebenda, S. 481 f.

²⁴ E. Troeltsch, *Spektator-Briefe*, S. 133 f. Zur Stellung Max Webers, der in dieser Situation sogar die OHL und Ludendorff verteidigte, vgl. Wolfgang J. Mommsen, *Max Weber und die deutsche Politik 1890–1920*, 2. Aufl. Tübingen 1974, S. 317 ff.

²⁵ Ebenda, S. 134.

Die hier erwähnten Merkmale historisch-politischer Revolutionsdeutung mit ihrem kritischen Bezug auf 1918/19 wiesen voraus auf die ganz andere Ziele verfolgende, aber sich diese Sicht der Revolution zunutze machende NS-Propaganda: Sie besetzte nur einige Jahre später ein Feld, das die politische Mitte während der Weimarer Republik unbesetzt gelassen hatte, ein Feld aber, das durch den subjektiven Erfahrungsgehalt des Revolutionserlebnisses nach 1918 nachhaltig aufgewühlt worden war: der NS-Revolution wurde Konstruktivität durchaus attestiert.

Den soziologischen Revolutionsinterpreten der zwanziger Jahre lag die mehr politisch als wissenschaftlich motivierte Kritik der Revolution von 1918/19 fern. Allerdings rührte ihre Zurückhaltung keineswegs aus politischer Abstinenz, sondern aus ihrem formal-abstrahierenden Zugang zum Problem der Revolution. Das soziologische Interesse an diesem Problem war, wie gesagt, dem der Historiker und Publizisten vergleichbar: Durch die Zeitereignisse stimuliert, thematisierten auch die soziologischen Revolutionstheoretiker die jüngste Revolution in Deutschland kaum, obwohl auch ihre typologischen Analysen mit historischem Material arbeiteten. Im Vordergrund ihres Interesses standen aber nicht wie bei den Historikern Verfassung, Legalität und Außenpolitik, sondern gesellschaftliche Dynamik und Verlaufsformen einer Revolution. Theodor Geiger versuchte beide Sphären zu verbinden, indem er sektorale Bezugspunkte des Revolutionsbegriffs nannte: gesellschaftsgeschichtliche, verfassungsgeschichtliche, rechtstheoretische und ideologische bzw. ideengeschichtliche Faktoren finden in diesem Bezugsrahmen ihren Platz. Geiger vertrat die Prämisse, nicht Gewalttätigkeit, sondern Bruch der Kontinuität sei Ausgangspunkt des spezifisch soziologischen Revolutionsbegriffs.

Zur gesellschaftsgeschichtlichen Dimension gehörte nach Geiger der Übergang der staatlichen Macht von einer sozialen Schicht auf die andere; der radikalen Veränderung des Verfassungs- und Regierungssystems entspricht so eine Umwälzung der sozialen Machtverhältnisse. Revolution, deren Träger Gesellschaftsschichten oder Klassen sind, ist Kampf um die Macht.

Geigers juristische Überlegungen finden sich in verwandter Form auch bei anderen zeitgenössischen Autoren. Er konstatierte: Unter dem „Aspekt des positiven Rechts sind die Träger der Revolution solange ‚Verbrecher‘, als es ihnen noch nicht gelang, die neue Machtlage zu legalisieren, von da an wird der Verfechter des ancien régime zum ‚Verbrecher‘“²⁶.

Schon 1919 hatte Ernst Troeltsch die hellsichtige Frage gestellt, wieviel Zeit nötig sei, bis eine neue Rechtsordnung als legitim empfunden werde²⁷. Er traf damit den juristischen Nerv aller Revolutionsinterpretationen: Niemand konnte an der eigentümlichen – von Carl Brinkmann 1948 in Anlehnung an Nicolai Hartmann so bezeichnen – „Paradoxie im Recht der Revolution“ vorbei²⁸. Nicolai Hartmann hatte diese,

²⁶ Theodor Geiger, *Revolution*, in: *Handwörterbuch der Soziologie*, hrsg. von Alfred Vierkandt, Stuttgart 1931, S. 512.

²⁷ E. Troeltsch, *Spektator-Briefe*, S. 221.

²⁸ Carl Brinkmann, *Soziologische Theorie der Revolution*, Göttingen 1948, S. 48 ff.

die ethische Normativität allen positiven Rechts relativierende Paradoxie im Jahre 1933 beschrieben und damit auf die Problematik von Kontinuität und Diskontinuität der deutschen Rechtsentwicklung im 20. Jahrhundert verwiesen, die sich nicht nur 1918, sondern auch 1933 und 1945 zeigte: „Im Wesen der Revolution ... liegt es, daß Macht wider Macht steht ... Der Revolutionsführer geht gegen bestehendes Recht und bestehende Macht an. Unterliegt er, so bleibt das Bestehende in Kraft, und er steht als Hochverräter da. Setzt er sich aber durch, so gilt mit der neuen Macht ein neues Recht, und er ist der legitime Gesetzgeber dieses Rechts. Was entscheidet hier? Ist es einzig eine Frage von Erfolg oder Mißerfolg, also letzten Endes von äußeren Umständen und Zufälligkeiten? Das würde heißen, daß Recht oder Unrecht zu einer Frage des Zufalls wird.“²⁹

Die Entscheidung dieser Frage kann nicht allein historisch erfolgen, wie Paul Herre meinte, und ist auch nicht nur im Sinne Troeltschs eine Frage nach der Zeitdauer, die erforderlich ist, damit neues Recht gesellschaftlich akzeptiert wird. Antworten sind ohne Postulate politischer Ethik kaum möglich, und auch die marxistische Revolutionstheorie, die meint, dieser Paradoxie entrinnen zu können, weil sie die Legitimität einer Revolution auf der Grundlage einer umfassenden Geschichtstheorie erklärt, impliziert ethische Postulate. Gleich wie die Wertbestimmung erfolgt, eins ist für diesen Zusammenhang von kaum überschätzbarer Wirkung: Jede, aber auch jede durch eine Revolution inkrafttretende neue Verfassungs- und Rechtsordnung braucht Zeit, bis sie im Bewußtsein der Bevölkerung als verbindlich angesehen wird – diese Zeit hatte die Weimarer Republik nicht. Jede Revolution, wie legitimiert sie immer sein mag, verunsichert das Rechtsempfinden, verunsichert den politischen Bezugsrahmen des Denkens und Handelns der Betroffenen: Gelingt es einer Revolution nicht, ihre konstruktiven Elemente bei der Mehrheit der Bevölkerung durchzusetzen, dann gewinnen die jeder Revolution innewohnenden destruktiven Züge um so größeres Gewicht, die Unsicherheit über Verfassung und Recht wächst, ihre Normativität wird ständig in Zweifel gezogen. Unter diesem Aspekt ist die Geschichte von 1918/19, das Selbstverständnis ihrer Akteure, die publizistische, wissenschaftliche, vor allem aber mentale Rezeption in der Bevölkerung ein Prozeß, der den Beginn der Republik und ihr Ende in einen revolutionsgeschichtlichen Bedingungs-zusammenhang stellt, einen Zusammenhang, der mehrdimensionaler ist als die Interpretation der NS-Macht-ergreifung als Antwort auf die Revolutionen von 1917 und 1918/19³⁰.

²⁹ Nicolai Hartmann, *Das Problem des geistigen Seins*, Berlin 1933, S. 239.

³⁰ Vgl. zur Entwicklung dieser grundlegenden Einsicht: Ernst Nolte, *Der Faschismus in seiner Epoche*, 4. Aufl. München 1971; ders., *Die Krise des liberalen Systems und die faschistischen Bewegungen*, München 1968; ders., *Kapitalismus-Markismus-Faschismus*, in: *Marxismus, Faschismus, Kalter Krieg. Vorträge und Aufsätze 1964–1976*, S. 109 ff., sowie Karl Dietrich Bracher, *Die Krise Europas 1917–1975* (= *Propyläen Geschichte Europas*, Bd. 6), Frankfurt/M.-Berlin-Wien 1976 (zum zeitgenössischen Revolutionsbegriff S. 34 ff.); ders., *Zeit der Ideologien. Eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1982. Zum Kontinuitätsproblem der deutschen Geschichte in bezug auf die NS-Machtergreifung: Thomas Nipperdey, *1933 und die Kontinuität der deutschen Geschichte*, in: *Die Weimarer Republik*, hrsg. von Michael Stürmer, Königstein, Ts.,

Die soziologischen Revolutionsanalysen der zwanziger Jahre erlauben es gerade durch ihren formalisierenden Charakter, diesen Zusammenhang zu verdeutlichen. Der umfassende gesamtgesellschaftliche Revolutionsbegriff Theodor Geigers beinhaltet eine „grundsätzliche Veränderung der Fundamente einer historischen Gesellschaft überhaupt und aller ihrer einzelnen Teile, Erscheinungen und Schöpfungen“³¹. Er wies voraus auf Tendenzen der modernen Soziologie, Revolutionen lediglich als spezifische Form des sozialen Wandels anzusehen. Allerdings setzte sich die Revolutionstheorie Geigers kaum minder von rein quantifizierenden Revolutionsdeutungen ab, die Evolution und Revolution lediglich durch den Grad des Strukturwandels unterscheiden, und richtete sein Hauptaugenmerk auf die „Diskontinuität des Kulturgehalts“. Damit ist das wesentliche Thema dieser Interpretation bezeichnet: Mit Alfred Vierkant ging Geiger vom Doppelaspekt jeder Revolution aus, die in der Dialektik von Destruktion und Konstruktion liegt. Allerdings stellte Geigers Interpretation insofern einen unverzichtbaren Fortschritt dar, als er unter Aufnahme der Vierkant-Kritik Leopold von Wieses Destruktivität und Konstruktivität einer Revolution nicht strikt als einander zeitlich folgende Phasen ansah.

Mit Geigers Verlaufsmodell, in das im übrigen die erwähnten historischen Wertungen über die Revolution 1918/19 eingegangen sind, ist eine Ebene der Abstraktion erreicht, die es erlaubt, sehr verschiedenartige Revolutionen strukturell zu erfassen und im übrigen von einseitiger Verurteilung oder Verherrlichung des historischen Phänomens Revolution wegzukommen. Geiger vermied gleichermaßen eine objektivistische Revolutionsdeutung nach dem Muster der marxistischen Geschichtstheorie – in der Revolutionen zu naturnotwendigen Ereignissen stilisiert werden – wie auch individualistische Revolutionsdeutungen nach Art Werner Sombarts, in denen Revolutionen als zufällige, von den jeweiligen Revolutionären „gemachte“ Ereignisse verstanden werden. Der Fortschritt soziologischer Revolutionstheorie dieser Art manifestierte sich in der konkreten Anwendung auf die Revolution von 1918/19. So gehörte Theodor Geiger denn auch zu den Kritikern der oben dargestellten zeitgenössischen Deutungen: Sie waren charakterisiert durch Reduktion der Revolution auf staatlichen Umsturz, die These bloßer Destruktivität, die moralische Verurteilung auch der erfolgreichen Revolutionsführer als „Novemberverbrecher“, die zeitliche und sachliche Reduktion des Revolutionsgeschehens auf einen einzigen Akt des Umsturzes³². Wie Troeltsch bettete Geiger die Beseitigung der konstitutionellen Monarchie im November 1918 in die europäische Entwicklung ein und bewertete die „politische Umformung“ als „Zug der Revolution des abendländischen Kulturkreises“.

Die Deutung der Revolution als ein komplexes Ineinander von destruktiven und

1980, S. 374 ff. sowie Karl Dietrich Bracher, *Die Deutsche Diktatur*, Köln-Berlin 1969, S. 1–52, sowie jetzt: *Deutscher Sonderweg – Mythos oder Realität?* (Kolloquium des Instituts für Zeitgeschichte) München 1982, mit Beiträgen von Karl Dietrich Bracher, Horst Möller, Thomas Nipperdey, Ernst Nolte, Kurt Sontheimer und Michael Stürmer.

³¹ Th. Geiger, *Revolution*, S. 512.

³² Ebenda, S. 515. Vgl. Werner Sombart, *Die Formen des gewaltsamen sozialen Kampfes*, in: *Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie*, 4. Jg. 1924, S. 1 ff.

konstruktiven Elementen, die Ablehnung einer bloßen Dualität von Revolution und Evolution, bereitere den Weg für eine angemessene realgeschichtliche Erfassung des die Revolution verursachenden und durch sie ungeheuer stimulierten langfristigen Strukturwandels der Gesellschaft. Diese Erkenntnis war denjenigen verbaut, deren entschiedene Stellungnahme für oder gegen eine Revolution die eigentlichen Zusammenhänge verstellte, wie Leopold von Wiese bemerkte: Gerade große Geschichtsschreiber wie Carlyle und Taine dokumentierten, wie ein Soziologe das Thema nicht behandeln dürfe³³.

Auch im Falle der Revolution von 1918/19 hat die Parteinahme von kommunistischer bzw. deutschnational-monarchistischer Seite zur Verzerrung geführt, haben vor allem aber die zahllosen Vorbehalte aus der politischen Mitte der Republik gegen ihr eigenes Werk zur Verkennung des unbestreitbar vorhandenen konstruktiven, aufbauenden Gehalts und zur Unterschätzung des durch die Revolution mächtig geförderten gesellschaftlichen Strukturwandels geführt: Kurzfristige Erwartungshaltung in ökonomischer und gesellschaftlicher Hinsicht, die keine Revolution einlösen kann – auch wenn sie durch Bindung materieller Interessen sozialer Schichten diesen Eindruck erweckt³⁴ –, führte zu überraschend schneller Resignation und Frustration in der Bevölkerung, einer Bevölkerung allerdings, die durch mehr als vier Kriegsjahre psychisch und materiell erschöpft war.

„Man mag es begrüßen oder beklagen, der Umstand, daß die Novemberrevolution von 1918 in Deutschland nicht im entferntesten zu dem Ergebnis gelangt ist, das die Revolutionäre anstrebten, lag in der Hauptsache daran, daß die Führer sehr schnell zu einem Kompromiß mit dem alten Regime bereit waren. Eine wirkliche (!) Revolution steht vor der furchtbaren Entscheidung, zur Tyrannis zu werden oder sich selbst aufzugeben. Sie steigt herauf im Zeichen der allgemeinen Befreiung und wandelt sich bald zur allgemeinen Bindung; denn sie kann den von ihr angestrebten Zustand der Freiheit nur sichern durch Unfreiheit ...“³⁵

Bemerkenswert ist, daß von Wiese Ursprung der Revolution und Freiheit ohne weiteres synchronisierte und insofern das den meisten Revolutionen innewohnende Freiheitspathos akzeptierte. Den Versuch der Revolutionsführung von 1918/19, nicht das Pathos der Freiheit, sondern die Freiheit zu institutionalisieren und den nach aller historischen Erfahrung für die Freiheit tödlichen Umweg über den Terror zu vermeiden – einen solchen Versuch hielt von Wiese offenbar mit Robespierre für illusionär.

³³ Leopold von Wiese, Die Problematik einer Soziologie der Revolution, in: Verhandlungen des Dritten Deutschen Soziologentages, S. 7.

³⁴ Ein Beispiel solchen Vorgehens bot die Französische Revolution von 1789, indem sie am 4. August 1789 das Feudalsystem und damit die adligen und bürgerlichen Privilegien zugunsten der Bauern beseitigte.

³⁵ L. v. Wiese, S. 19.

II.

Die Dialektik von Freiheit und Unfreiheit in einer Revolution ist kaum zu trennen von der tatsächlichen oder vorgeschobenen Existenz gegenrevolutionärer Bewegungen. Sie setzten nach 1918/19 relativ spät ein und richteten sich paradoxerweise nicht mehr gegen den Rat der Volksbeauftragten – dessen Hauptgegner die radikaleren, marxistischen Revolutionäre waren –, sondern gegen die bereits verfassungsrechtlich legalisierte und durch allgemeine und gleiche Wahl legitimierte Regierung.

Die größte Gefahr für die neue Republik ging aber nicht von gegenrevolutionären Putsch-Versuchen nach Art Kapps im Frühjahr 1920 oder Hitlers im Herbst 1923 aus: Der Versuch reaktionärer Restauration des 1918/19 beseitigten politischen Systems und seiner gesellschaftlichen Herrschaftsstruktur hatte keine wirkliche Chance, dazu waren die Ursachen der Revolution zu gravierend, dazu war der Strukturwandel von Gesellschaft und Wirtschaft im Gefolge des Krieges und der nachfolgenden Krisen – insbesondere der Inflation und ihrer auch psychologisch verheerenden Auswirkungen – zu stark. Sicher hat die Unzufriedenheit der Linken und die Demagogie der Rechten – wie Troeltsch es ausdrückte – ihre Wirkung getan, aber sie konnte es doch nur, weil die der Revolution folgende Legalisierung der neuen Staatsordnung schon ein Jahr nach Beendigung der Revolution keine Mehrheit in der Bevölkerung mehr hatte, zugleich aber die durch die Revolution nicht gelöste und nicht lösbare Fundamentalkrise von Staat und Gesellschaft fortwirkte: Die revolutionäre Verunsicherung ist im Bewußtsein der Mehrheit der Bevölkerung keineswegs 1919 beendet gewesen^{35a}. Eine solche Beendigung hätte die mehrheitliche Akzeptierung der neuen Legalität zur Konsequenz gehabt.

Tatsächlich hat während der gesamten Weimarer Republik kein bejahender Grundkonsens über die neue Verfassungsordnung, ja den Staat von Weimar überhaupt, bestanden. Die Indizien sind zahlreich, nur an die wichtigsten und bekanntesten sei stichwortartig erinnert: Verlust der Mehrheit der drei Weimarer Koalitionsparteien, die 1919 die Verfassung durchgesetzt hatten, seit der Reichstagswahl 1920, Wahl des ehemaligen kaiserlichen Generalfeldmarschalls von Hindenburg zum Reichspräsidenten 1925 – eines Monarchisten und Miturhebers der Dolchstoßlegende, der eher als Ersatzmonarch denn als Präsident einer Republik angesehen wurde –, zunehmendes Machtvakuum aufgrund mangelnder Kompromißfähigkeit der demokratischen Parteien im Reichstag schon bevor sie im September 1930 nach einer politisch unklug angesetzten Reichstagswahl kaum mehr zu parlamentarischer Mehrheitsbildung in der Lage waren, zunehmende Aushöhlung selbst der „semiparlamentarischen“ (Karl Dietrich Bracher) Komponente der Reichsverfassung zugunsten der präsidentiell-autoritären seit Herbst 1930 und verstärkt seit dem Sturz Heinrich Brünnings im Mai 1932.

^{35a} K.D. Bracher, *Krise Europas*, S.52: Erst im November 1923 war die revolutionäre Periode zu Ende. – Hier wird indessen die These vertreten, daß sie erst 1945 beendet wurde und 1933 ein Kumulationspunkt war.

Die Gefährdung der Republik konnte in dieser Situation nicht von kleinen konterrevolutionär-restaurativen politischen Zirkeln ausgehen, sondern nur von einer politischen Gruppierung, die in der latent fortbestehenden revolutionären Situation selbst revolutionär war, die eine positive Zukunft versprach, die die Revolution von 1918/19 nicht versprechen konnte. Diese Zukunftsperspektive, die jedem emphatischen Revolutionsbegriff und seinem Freiheitspathos innewohnt, suggerierten nicht die Revolutionäre von 1918/19, sondern die intellektuelle Revolution von rechts und im Zusammenhang mit ihr – wenngleich in vielem different – die nationalsozialistische Propaganda.

So leitete Hans Freyer 1931 seine „Revolution von rechts“ mit den Sätzen ein: „Eine neue Front formiert sich auf den Schlachtfeldern der bürgerlichen Gesellschaft: die Revolution von rechts. Mit der magnetischen Kraft, die dem Losungswort der Zukunft innewohnt, ehe es ausgesprochen wird, zieht sie aus allen Lagern die härtesten, die wachsten, die gegenwärtigsten Menschen in ihre Reihen. Noch sammelt sie nur, aber sie wird schlagen ... Sie wird die alten Parteien, ihre festgefahrenen Programme und ihre verstaubten Ideologien übergreifen. Sie wird den verstockten Klassengegensätzen einer hüben wie drüben kleinbürgerlich gewordenen Welt zwar nicht ihre Realität, aber ihren Dünkel, politisch produktiv zu sein, mit Erfolg bestreiten. Sie wird mit den Resten des neunzehnten Jahrhunderts, wo es noch festsitzt, aufräumen und die Geschichte des zwanzigsten freimachen.“³⁶ In Freyers Worten manifestierte sich Zukunftspathos: Und dies ist es, was die Revolution von rechts und auch den Nationalsozialismus von den traditionellen Formen restaurativer Gegenrevolution trennt, und sie auch trennt von Konservativen wie de Maistre, Bonald, K. L. von Haller, Stahl und anderen³⁷. Konservatives Legitimitätspostulat hatte mit dieser neuen Art von Revolution nichts oder doch nur sehr wenig zu tun³⁸. Insofern ist auch Hugo von Hofmannsthal's paradoxe Begriffsbildung „Konservative Revolution“ eher irre-

³⁶ Hans Freyer, *Revolution von rechts*, Jena 1931, S. 5; vgl. auch Ernst Jünger: „Revolutionär ist das neue Menschentum, das als Typus erscheint, revolutionär ist das beständige Wachstum der Mittel, das keine der überkommenen sozialen und nationalen Ordnungen widerspruchlos in sich aufnehmen kann.“ (*Der Arbeiter* [1932], Neuauf. Stuttgart 1982, S. 201).

³⁷ Aufschlußreich für unseren Zusammenhang ist die Bemerkung von Carl Schmitt, *Politische Theologie*, 2. Ausgabe München-Leipzig 1934, S. 69: „Mit Begriffen wie Tradition und Gewohnheit und mit der Erkenntnis des langsamen geschichtlichen Wachstums kämpfte die Restauration gegen den aktivistischen Geist der Revolution.“ Vgl. etwa Joseph de Maistre, *Betrachtungen über Frankreich*, hrsg. von Peter Richard Rohden (= *Klassiker der Politik*, Bd. 1), Berlin 1924, S. 29 ff.; zu Bonald: Robert Spaemann, *Der Ursprung der Soziologie aus dem Geist der Restauration*, München 1959, insbes. S. 154 ff., 167 ff.; Friedrich Glum, *Konservatismus im 19. Jahrhundert*, Bonn 1969; Martin Greiffenhagen, *Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland*, 2. Aufl. München 1977, S. 239 ff., 291 ff.; E. Nolte, *Der Faschismus in seiner Epoche*, S. 67 ff.; ders., *Konservatismus und Nationalsozialismus*, in: *Marxismus, Faschismus, Kalter Krieg*, S. 117 ff.; Karl Dietrich Bracher, *Tradition und Revolution im Nationalsozialismus*, in: ders., *Zeitgeschichtliche Kontroversen*, München 1976, S. 62 ff.

³⁸ Adolf Dock, *Revolution und Restauration über die Souveränität*, Straßburg 1900 (ND Aalen 1972): „Die Restaurationsrichtung ist nicht entwicklungsfähig, nicht zukunftskräftig ...“ (S. 270), zu einzelnen Autoren der Restauration ebenda, S. 76 ff.

führend, wenngleich sie demonstriert, wie schwer die neuen politischen Revolutionsformeln zu fassen waren. Zukunftspathos ohne Freiheitspathos: Darin lag das Charakteristikum der „rechten“ Revolutionäre, darin unterschieden sie sich von den „linken“ Revolutionären, deren menschen- und naturrechtliches Selbstverständnis, so irreal es sich auch gebärden mochte, dem linken Begriff der Revolution bis heute eine ethische Komponente vermittelt – als sei Revolution grundsätzlich Kampf der Freiheit gegen die Unfreiheit, als sei revolutionärer Terror eine Entgleisung, eine unvermeidliche Zwischenstufe, in keinem Fall aber notwendige oder doch nach historischer Erfahrung wahrscheinliche Konsequenz der Revolution. Der progressive Anspruch von Revolutionen wird in linker Sicht akzeptiert, gleich wie sie sich realgeschichtlich entwickeln. Auch diese vermeintliche Progressivität der Revolution, ihre Ethik, ist Erbe der Französischen Revolution von 1789³⁹. Die Überzeugung, in dieser Revolution habe der Mensch sich auf den Kopf gestellt⁴⁰, um Staat und Gesellschaft nach Prinzipien der Vernunft zu gestalten, war fortan und bis heute das Credo der Linken.

Die Konsequenz prinzipiell positiver Bewertung der Revolution führte bei Sozialisten aller Schattierungen dazu, Revolution und den als reaktionär eingestuften Nationalsozialismus von vornherein als gegensätzlich zu betrachten – Kurt Hiller sprach in der *Weltbühne* von der „nationalistischen Rückwärtseri in Deutschland“⁴¹. Gebrauchte man den Begriff Revolution in diesem Fall, dann in der bezeichnenden marxistischen Prägung „Konterrevolution“. Damit wurde nicht nur das Wesen des Nationalsozialismus verkannt: seine revolutionäre Potenz und Energie, vor allem aber die Totalität der von ihm ausgehenden Herausforderung wurden auf groteske und verhängnisvolle Weise unterschätzt. Diese Unterschätzung war allerdings nicht auf die politische Linke beschränkt. Die tatsächlich reaktionär-restaurativen Politiker nach Art Hugenburgs und von Papens meinten, sie hätten sich Hitler engagiert und könnten ihn wieder wegschicken, wenn er seine Schuldigkeit getan hätte. Den Nationalsozialismus betrachteten sie als Steigbügelhalter deutschnationaler Machteroberung und ständisch-autoritärer Rückbildung der Staats- und Gesellschaftsverfassung. Damit hatte die äußerste Rechte ebenso teil an der Unterschätzung des Nationalsozialismus wie Angehörige der politischen Mitte, die meinten, ein Reichskanzler Hitler würde sich schnell abnutzen: Man vermutete, Hitler würde seine Suggestivkraft auf die Wähler einbüßen, wenn diese die Unfähigkeit der Nationalsozialisten zu kon-

³⁹ Am eindringlichsten formulierte Immanuel Kant diesen Tatbestand: „Ein solches Phänomen in der Menschengeschichte *vergißt sich nicht mehr*, weil es eine Anlage und ein Vermögen in der menschlichen Natur zum Besseren aufgedeckt hat, dergleichen kein Politiker aus dem bisherigen Laufe der Dinge herausgeklügelt hätte“ (Streit der Fakultäten [1798]), in: Werke in zehn Bänden, hrsg. von Wilhelm Weischedel, Bd. 9 Darmstadt 1968, S. 361.

⁴⁰ „Solange die Sonne am Firmament steht und die Planeten um sie herumkreisen, war das nicht gesehen worden, daß der Mensch sich auf den Kopf, d. i. auf den Gedanken stellt und die Wirklichkeit nach diesem erbaut“, Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte (= Theorie Werkausgabe, hrsg. von Eva Moldenhauer und Karl Markus Michel Bd. 12), S. 529.

⁴¹ Kurt Hiller, Spann, in: Die Weltbühne, 29. Jg. 1933, S. 9.

struktiver Politik demonstriert bekämen. Aus welchem politischen Lager diese Fehleinschätzungen auch kommen mochten, sie gingen quer durch die Parteien, von den Konservativen bis zu den Kommunisten. Die gegen die SPD gerichtete Sozialfaschismusthese der Komintern und ihre weltrevolutionäre Erwartungshaltung, die den Faschismus als höchstes Stadium des Kapitalismus und damit als Vorstufe der endgültigen, tödlichen Krise des Kapitalismus ansah, lebte ebenfalls von der Unterschätzung und Leugnung des revolutionären Charakters des Nationalsozialismus, von dessen Herrschaft nicht wenige Kommunisten annahmen, sie werde den Eintritt der Weltrevolution unfreiwillig beschleunigen. Gerade die politische Linke dachte in einlinigen Dualitäten wie ‚Fortschritt‘ und ‚Reaktion‘, ihre einfache Zuordnung des Begriffs Revolution zum Fortschritt und die ebenso simple Identifizierung von Nationalsozialismus und Reaktion verkannten seinen Charakter.

Demgegenüber grenzten die Konservativen Revolutionäre sich gleichermaßen gegen Konservatismus und Marxismus ab, sie setzten sich ab gegen eine bürgerliche Gesellschaft, die sie als abgestorbene Form menschlichen Zusammenlebens bewerteten. Freyer spottete über diejenigen, die die Umgruppierung der politischen Kräfte noch nicht begriffen hätten und die konservative Revolution als konterrevolutionären Aktivismus oder nationale Romantik mißverstünden. Vielmehr deutete er die Zeit seit 1789 als „Revolution in Permanenz“⁴²: Revolutionen von links hätten sich geschichtlich erledigt als Revolutionen der industriellen Gesellschaft⁴³. Inhalt der Zeit sei die Revolution von rechts, eine Revolution des Volkes, die den Staat aus der Interessenherrschaft befreie. Und alles, was Freyer mehr anspricht als ausspricht, ist in der Tat eine sehr viel radikalere revolutionäre Umgestaltung von Staat und Gesellschaft, als sie 1918/19 erfolgte: Die konservative Revolution war in ihrem Selbstverständnis totale Revolution.

Die Prophetie des Untergangs, deren Protagonist Oswald Spengler gewesen ist, war zugleich Prophetie des Aufbruchs. „Erweckende Prognose spricht aus, was möglich ist, weil der Wille durch diese Möglichkeit sich bestimmen läßt; sie dringt über Betrachtung zum Entschluß“, so schrieb Karl Jaspers 1931⁴⁴.

Die hier anhand weniger Beispiele skizzierte Revolutionsdiskussion während der zwanziger Jahre steht im Kontext einer breiten und ungewöhnlich heftigen antidemokratischen Kritik an der Weimarer Republik. Die Krise der ersten deutschen Demokratie wurde jedoch nicht nur beredet, sondern war in Politik, Gesellschaft und

⁴² H. Freyer, *Revolution von rechts*, S. 9. Ähnlich auch E. Jünger: „Wer hier noch glaubt, daß dieser Vorgang [Krise und Anarchie] sich durch Ordnungen alten Stils bändigen läßt, gehört der Rasse der Besiegten an, die zur Vernichtung verurteilt sind“ (*Der Arbeiter*, S. 59).

⁴³ H. Freyer, *Revolution von rechts*, S. 39.

⁴⁴ Karl Jaspers, *Die geistige Situation der Zeit* (1931), 5. bearb. Aufl. 1932 (ND Berlin 1971), S. 191. Vgl. auch Horst Möller, *Oswald Spengler – Geschichte im Dienste der Zeitkritik*, in: Spengler heute, hrsg. von Peter Christian Ludz, München 1980, S. 49 ff. Zu den sozialpsychologischen Voraussetzungen der Ansprechbarkeit für den NS: Martin Broszat, *Soziale und psychologische Grundlagen des Nationalsozialismus*, in: *Deutschland – Wandel und Bestand*. Hrsg. von Edgar Joseph Feuchtwanger, 2. Aufl. München 1976, S. 129 ff.

Wirtschaft greifbar. Kritik und Krise gehen allen großen Revolutionen vorher: Wenngleich intellektuelle und publizistische Diskussionen dieser Art nicht in einem vordergründigen Sinn als Ursache von Revolutionen angesehen werden können, so sind sie doch Wegbereiter tiefgreifender mentaler Veränderungen, die einem Staat und seinem Verfassungssystem im Bewußtsein großer Teile der Bevölkerung früher oder später die Legitimationsbasis entziehen. In diesem Sinn haben die retrospektive Diskussion über die Revolution von 1918/19 und die prospektive Diskussion über eine kommende Revolution von rechts, bzw. marxistische Revolutionshoffnungen, eine Festigung der neuen Staatsform verhindern helfen und zugleich die Legitimation für den Umsturz des 1918/19 errichteten politischen und gesellschaftlichen Systems geliefert: Gegen Ende der Republik glaubte niemand, daß sie Bestand haben würde; bis weit in die demokratischen Parteien hinein war die Überzeugung verbreitet, so wie bisher könne es politisch nicht weitergehen. Die faktisch sich vollziehende Stärkung des Reichspräsidenten auf Kosten eines zunehmend kompromißunfähigen und damit handlungsunfähigen Reichstags machte aus dem Weimarer Semiparlamentarismus bereits seit 1930 ein präsidentielles Regierungssystem. Bis in die Mittelparteien reichten die Pläne, die diesen Verfassungswandel nicht nur akzeptierten, sondern begrüßten; weitergehende Überlegungen einer Reichs- und Verfassungsreform zielten nicht nur auf partielle Änderungen, sondern auf eine Totalrevision der Weimarer Verfassungsordnung. Die Grundprinzipien waren restaurativ: Wiederherstellung der dominierenden Stellung des Staatsoberhauptes und einer von ihm weitgehend abhängigen Regierung, Zurückdrängung des parteipolitischen Einflusses, Stärkung der Reichsgewalt durch Personalunion von preußischer und Reichsspitze⁴⁵.

Auf der demokratischen Linken zündete ebenfalls eine unterminierende Parole: „Demokratie das ist nicht viel, Sozialismus bleibt das Ziel“. Gouvernementale Sozialdemokraten kämpften gegen solche Tendenzen und suchten ihren Parteigenossen des linken Flügels klarzumachen, daß die 1918/19 geschaffene Republik auch die der Sozialdemokraten sei und bleiben müsse⁴⁶. Links wie rechts hatten erfolgreiche Schlagworte wie „formale Demokratie“ eine verhängnisvolle Wirkung, suggerierten sie doch, dieser Demokratie fehlten die Inhalte, und die formale verfassungsrechtliche Grundlegung sei peripher⁴⁷. Ob nun sozialistische Zukunftshoffnungen oder restaurativ-autoritäre Staatsvorstellungen, in den ausgehenden zwanziger und frühen drei-

⁴⁵ K. D. Bracher, *Die Auflösung der Weimarer Republik*, S. 271 ff. Im ganzen zur Reichsreformdiskussion Gerhard Schulz, *Zwischen Demokratie und Diktatur*, Bd. I, Berlin 1963; Hagen Schulze, *Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung*, Frankfurt/M.-Berlin-Wien 1977, S. 689 ff.; Rudolf Morsey, *Der Untergang des politischen Katholizismus*, Stuttgart-Zürich 1977, S. 70 ff. Vgl. jetzt: *Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik*, hrsg. von Karl Dietrich Erdmann und Hans Booms: *Die Kabinette Brüning I und II*, Bde 1, 2, bearb. von Tilman Koops, Boppard 1982, Einleitung S. LXV ff. über das Verhältnis von Reichstag, Reichsregierung und Parteien, sowie die dort genannten einschlägigen Dokumente der Edition.

⁴⁶ Vgl. Horst Möller, Ernst Heilmann – Ein Sozialdemokrat in der Weimarer Republik, in: *Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte der Universität Tel Aviv*, Bd. XI (1982), S. 286 f.

⁴⁷ Hugo Preuß, *Die Bedeutung der demokratischen Republik für den sozialen Gedanken*, in: *Staat, Recht und Freiheit*, S. 483 ff., sowie das in Anm. 17 nachgewiesene Meinecke-Zitat.

ßiger Jahren erlangten diese Überlegungen destruktive politische Wirkung. Die Partei der Unzufriedenen nahm ständig zu, das Millionenheer von Arbeitslosen war nicht nur in seiner materiellen Existenz unmittelbar bedroht, sondern durch eine beängstigende Ungewißheit gegenüber der Zukunft beherrscht: „Kleiner Mann, was nun?“, Hans Falladas Roman, stellte die ausweglos erscheinende Situation dieser im Jahr 1932 30,8% der deutschen Arbeitnehmer betreffenden Menschen – zu denen überdies die mitbetroffenen Familienangehörigen zu zählen sind – eindringlich dar. Faktisch bildeten sie eine besondere soziale Schicht, die die überkommene Sozialstruktur sprengte: Sie als Klasse anzusprechen, wie es SPD und KPD taten, konnte nur noch begrenzten politischen Erfolg haben. Die Konkurrenz kleinmütig gewordener Demokraten bestand indessen in einer mitreißend dynamischen, zu jeder Barbarei fähigen, im eigenen und im Bewußtsein weiter Kreise der Bevölkerung eine bessere Zukunft verkörpernden „Bewegung“, die sich bereits durch diese Bezeichnung vom ungeliebten Parteienstaat abzuheben suchte: Sie versprach statt pluralistischer Interessen und Parteienzerklüftung Integration, sie stiftete neue Identifikationsmuster für die Einheit eines zerrissenen Volkes.

Weder in parteiengeschichtlicher noch in umfassenderer sozialgeschichtlicher Perspektive ist die NS-Machtergreifung in ein schlichtes Links-Rechts-Schema einzuordnen, auch in dieser Hinsicht bedeutete der Aufstieg des Nationalsozialismus Sieg des Neuen über das Alte. Die hier nicht näher zu diskutierende Tatsache einer starken Fluktuation zwischen kommunistischen und nationalsozialistischen Verbänden sowie die Existenz „nationalbolschewistischer“ oder „nationalrevolutionärer“⁴⁸ Strömungen demonstriert die Affinität des politischen Extremismus beider Flügel und seiner revolutionären Komponente.

Hermann Rauschning hat in seinem Buch „Die Revolution des Nihilismus“ bereits 1938 auf den revolutionären Charakter des Nationalsozialismus hingewiesen, schon bald nach der Machtergreifung haben auch Nationalsozialisten in offiziellen Werken die Bezeichnung „nationale Revolution“, „nationalsozialistische Revolution“ synonym mit „Machtergreifung“ und „Machtübernahme“ verwendet. In der von Walter Gehl 1937 publizierten parteiamtlichen Buchreihe „Die Jahre I–IV des nationalsozialistischen Staates“ trug der sechste Band den Titel „Die nationalsozialistische Revolution“, im Untertitel tauchen als begrenzende Daten der 1. August 1914 und der 1. Mai 1933 auf⁴⁹. Man kann mit Ernst Bloch die Verwendung der Begriffe Sozialismus und

⁴⁸ Vgl. Armin Mohler, *Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932*, 2. erw. Aufl. Darmstadt 1972; Kurt Sontheimer, *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik*, 2. Aufl. München 1968, S. 113 ff.; Otto-Ernst Schüddekopf, *Nationalbolschewismus in Deutschland 1918–1933*, Neuauf. Frankfurt/M.-Berlin-Wien 1972; Louis Dupeux, *Stratégie communiste et dynamique conservatrice. Essai sur les différents sens de l'expression „Nationalbolschévisme“ en Allemagne sous la République de Weimar (1919–1933)*, Paris 1976; *Révue d'Allemagne*, Sonderheft. *Révolution conservatrice et modernité*, Jg. 14 (1982), mit Beiträgen u. a. von: Gilbert Merlio, L. Dupeux, J. Favrat, A. Mohler, J. Nurdin.

⁴⁹ Breslau o. J. Auch Gerd Rühle, *Das Dritte Reich. Dokumentarische Darstellung des Aufbaues einer Nation*, Berlin o. J. (1934) verwendet den Begriff „nationalsozialistische Revolution“, bezeichnet die Revolution von 1918/19 hingegen als „Novemberrevolte“ (S. 20), der Begriff Revolution ebd.

Revolution als „billiges Betrugsgeschäft“ ansehen⁵⁰, und in bezug auf den marxistischen Begriff des Sozialismus, da er inhaltlich definiert ist, ist solche Kritik zutreffend; in bezug auf den Revolutionsbegriff allerdings sind inhaltliche Kriterien eher irreführend. Joseph Goebbels betonte bereits in seinen 1934 publizierten Tagebuchblättern „Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei“, die mit dem 30. Januar 1933 beginnenden „historischen Umwälzungen“ trügen mit Recht „den Namen der deutschen Revolution, denn es handelt sich in der Tat um eine Umwertung aller Werte, um den Sturz einer Gedankenwelt, die bis dahin als gegeben, selbstverständlich und unabänderlich vom ganzen deutschen Volk hingenommen wurde. Dieser Prozeß vollzog sich in einer atemberaubenden Aktivität und mit einem Tempo, das man bis dahin, wenigstens in politischen Dingen, in Deutschland nicht gewohnt war. Seine Ergebnisse haben das wirtschaftliche, kulturelle und politische Leben der Nation auf eine ganz neue Basis gestellt.“⁵¹ Goebbels hob hervor, daß die Träger der Revolution von 1918, Parteien wie Personen, entmachtet worden seien und es inzwischen zum guten Ton gehöre, sich zum Nationalsozialismus zu bekennen. Später hat Goebbels dann Präzisierungen vorgenommen und wie andere auch von „nationaler“ Revolution gesprochen, was sich an die frühere Formulierung „Regierung der nationalen Erhebung“ oder auch „Regierung der nationalen Konzentration“ anschloß.

Keine Frage, die Adaptation der Begriffe „sozialistisch“ und „Revolution“ hatte einen propagandistischen Zweck. Mit Hilfe dieser Wortwahl sollten SPD und KPD die Arbeiter abspenstig gemacht werden, zugleich hatte der Zusatz „national“ den Zweck, das konservative oder liberale Bürgertum nicht zu verschrecken. „Nationale Revolution“ bedeutete aber mehr, sie sollte Gegensatz zur „internationalistischen Revolution“ der marxistischen Proletarier sein, eine Gegenrevolution gegen 1918/19, zugleich aber eine klassen- und parteienübergreifende, sie aufhebende Herstellung einer „Volksgemeinschaft“.

Das Selbstverständnis allein, zumal wenn die propagandistische Absicht so durchsichtig ist, könnte nicht dazu führen, den Begriff Revolution auf die NS-Macht-

S. 96, 143, 157 u. ö. Rühle benutzt auch den Begriff der „totale Staat“, in dem es nichts gebe, was den Staat „nichts angeht“ (S. 38). Im übrigen kommt bei Rühle auch der Begriff „Machtübernahme“ vor (S. 82 u. ö.). Der offiziöse Bildband, den Wilhelm Köhler herausgab, enthält ebenfalls den Begriff Revolution für die NS-Machtergreifung: „Die nationale Revolution in Deutschland“, Minden o. J. In dem 1933 von Werner Beumelburg u. a. hrsg. amtlichen „Prachtwerk“, Revolutionen der Weltgeschichte, München 1933, erscheint die Revolution von 1918/19 unter der Überschrift „Die Entmannungsrevolte 1918“ (S. 539 ff.). Unter den einschlägigen Einzelabschnitten findet sich allerdings auch der Begriff „Novemberrevolution“ (S. 607, 613 u. ö.) – die Revolutionäre werden allerdings häufig in Anführungszeichen gesetzt. An anderer Stelle heißt es: „In der deutschen Revolution von 1918/19 kreuzten sich eine wirkliche und eine Scheinrevolution. Die wirkliche Revolution wurde kaum halb vollendet“ (S. 711). Die Darstellung der NS-Diktatur wird eingeleitet durch die Kapitel „Die deutsche Revolution“ und „Revolution des Geistes“ (S. 995 ff., 1005 ff.). Auch findet sich ein Kapitel über die „nationalen Revolutionen im Ausland“, bei denen u. a. der italienische Faschismus behandelt wird.

⁵⁰ Ernst Bloch, *Erbschaft dieser Zeit* (1935), Neuauf. Frankfurt/M. 1973, S. 70 ff.

⁵¹ Joseph Goebbels, *Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei*, 35. Aufl. 1942, S. 7.

ergreifung anzuwenden. Vielmehr demonstriert die Anwendung des oben erörterten Revolutionsmodells sowie die Wirkungsgeschichte: Die NS-Machtergreifung war eine Revolution.

III.

Gemäß der zeitgenössischen Revolutionstheorie, die bei Theodor Geiger ihre differenzierteste, und deshalb für geschichtswissenschaftliche Verwendung geeignete Ausformung gefunden hat, definiert sich der Begriff Revolution durch die Kombination einer Reihe formaler Kriterien⁵².

1. Die bereits erwähnte fundamentale Prämisse, bei Revolutionen handle es sich um langgestreckte Prozesse, in denen destruktive und konstruktive Geschehensserien sich gegenseitig bedingen, trifft ohne weiteres auf die NS-Machtergreifung und die Phase ihrer Stabilisierung zu. *Destruktiv* war die Beseitigung der Kernprinzipien des Weimarer Verfassungssystems, beispielsweise die Abschaffung der Gewaltenteilung, der Parteien und Interessenverbände, der föderativen Struktur des Reiches und damit der Einzelstaaten, schließlich die Außerkraftsetzung wesentlicher Grundrechte.

Konstruktiv und Zug um Zug einhergehend mit den destruktiven Akten waren der Aufbau einer dem Anspruch nach totalitären Diktatur, die Schaffung von Ämtern und Organisationen zu ihrer Durchsetzung, die Ämterbesetzung durch eine neue NS-Herrschaftselite, mit der in erheblichem Ausmaß die Weimarer Führungsschicht und die Reste der alten Machteliten des Kaiserreichs abgelöst wurden. Eine Ausnahme bildet hier, zumindest bis 1938, nur die Reichswehr bzw. die Wehrmacht⁵³.

2. In Geigers Revolutionsmodell korreliert die allmähliche Auflösung und Desintegration eines Herrschafts- und Gesellschaftssystems mit Entstehung und Formierung einer revolutionären Bewegung. In der Tat ist der Aufstieg des Nationalsozialismus ohne die zunehmende Desintegration von Staat und Gesellschaft der Weimarer Re-

⁵² Ich stütze mich bei der Kombination dieser Elemente des Revolutionsmodells vor allem auf Theodor Geiger, *Revolution*, a. a. O.; ders., *Die Masse und ihre Aktion*, ND Darmstadt 1967, S. 53 ff. Auch die Überlegungen anderer Autoren sind in dieses Modell eingegangen, außer Vierkandt, *Zur Theorie der Revolution*, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich, 46. Jg. (1922), S. 19 ff., etwa die Diskussionen des erwähnten Soziologentages und Rosa Mayreder, *Der typische Verlauf sozialer Bewegungen*, Wien-Leipzig 1926. – Kurt Bloch, *Zur Soziologie der modernen Revolutionen*, in: *Wirtschaft und Gesellschaft. Festschrift Franz Oppenheimer zum 60. Geburtstag*, Frankfurt/M. 1924, S. 385 ff., bezieht sich vor allem auf „1789“ und verengt den Begriff auf den „gewaltsamen Umsturz einer bestehenden Regierung“ (S. 385 A. 1). Dagegen Ernst Jünger: „Es ist auch kein Unterschied, ob die ‚Ergreifung der Macht‘ sich auf den Barrikaden oder in der Form einer nüchternen Übernahme der Geschäftsordnung vollzieht“ (*Der Arbeiter*, S. 270). Zur Anwendung soziologischer Revolutionsmodelle auf ein historisches Phänomen: Horst Möller, Lorenz von Steins Interpretation der Französischen Revolution von 1789, in: *Der Staat* Bd. 18 (1979), S. 521 ff. Zur notwendigen Modifikation Geigers ebenda, S. 547.

⁵³ Vgl. Gordon A. Craig, *Die preußisch-deutsche Armee 1640–1945*, Neuauf. Düsseldorf 1980, S. 522 ff.

publik undenkbar. Die verschiedenen Anläufe zur autoritär-präsidentiellen Rückbildung der Verfassung entsprangen unterschiedlichen Motiven und hatten unterschiedliche Formen: Bei Brüning handelte es sich um Versuche verfassungs- und finanzpolitischer Krisenbewältigung auf rechtsstaatlichem Fundament; demgegenüber verfocht Schleicher das Ziel, durch neue unkonventionelle Koalitionen – von den Gewerkschaften bis zum linken NSDAP-Flügel um Gregor Straßer – eine Machtergreifung Hitlers zu verhindern; Papen schließlich zählte zu denen, die fälschlich Morgenluft für die vor 1918 dominierende, stark ostelbisch-agrarisch geprägte Machelite Preußens und seine konservative Beamtenschicht witterten, tatsächlich aber nur Rückzugsgefechte lieferten und durch die „Harzburger Front“ bzw. die spätere Koalition mit Hitler seit dem 30. Januar 1933 ihren Niedergang beschleunigten. Die wirtschaftlichen Krisen, beginnend mit den unmittelbaren ökonomischen Kriegsfolgen, der Inflation 1923/24, der Weltwirtschaftskrise seit 1929/30, der Bankenkrise 1931, der im Monat Februar 1932 kulminierenden Arbeitslosigkeit (6,128 Millionen), wirkten destabilisierend auf die soziale Struktur: *Erinnert sei nur an die inflationsbedingte Vermögensumschichtung, die vor allem den alten Mittelstand traf; die Einkommens- und Statureinbußen, die mit der Bildung des neuen Mittelstandes einhergingen; schließlich die Angestellte und Arbeiter gleichermaßen treffenden materiellen und sozialpsychologischen Folgen der Arbeitslosigkeit.* Diese Vorgänge derangierten mehr und mehr das soziale System und ließen zugleich die Partei der Unzufriedenen und Protestwähler anschwellen.

Ihr Wahlverhalten war nur begrenzt ein Vertrauensvotum für Hitler, in jedem Fall aber ein Mißtrauensvotum gegen den Staat von Weimar. Kein Zweifel also: Niedergang der Demokratie und Aufstieg der NS-Bewegung bedingten einander.

3. Ideologisierung, Polarisierung und Politisierung, die jede Revolution charakterisieren, sind auch für den Nationalsozialismus kennzeichnend – soweit die Machtmittel der Partei und ihrer Gliederungen reichten, auch schon vor 1933. Die Polarisierung kennzeichnete die politische Kultur der Weimarer Republik, sie lieferte der NS-Bewegung im Sinne der Freund-Feind-Alternative Carl Schmitts eine ideologische Legitimation, Gegner nicht als Andersdenkende politisch zu bekämpfen, sondern als Feinde physisch zu vernichten, die Einzelaktionen politisch motivierten Terrors der Jahre vor 1933, etwa der Mord von Potempa und der von NSDAP (und KPD) geübte Straßenterror, mündeten konsequent in systematischem Terror und Mord an politischen Feinden seit der NS-Revolution 1933.

4. Der alle Revolutionen kennzeichnende dramatische Kampf um Herrschaftspositionen ist auch für die NS-Bewegung charakteristisch. Das gilt innerparteilich, etwa für die Ausbootung Gregor Straßers im Dezember 1932 oder die Ermordung der SA-Führung um Ernst Röhm im Juni 1934, die als Ausschaltung einer potentiellen Parteioption radikaler Revolutionäre⁵⁴ angesehen werden kann. Der Kampf um Herr-

⁵⁴ Martin Broszat, *Der Staat Hitlers*, S. 108 ff. über den Beginn und S. 258 ff. über die Beendigung der von ihm so bezeichneten „Revolution von unten“. Den Begriff der „Beendigung der nationalsozialistischen Revolution“ verwendete übrigens der preußische Justizminister Kerrl bereits am 25.7.

schaftspositionen erstreckte sich in noch stärkerem Ausmaß auf die Koalitionäre von 1931 und 1933: Die schnelle Entmachtung deutschnationaler bzw. parteilos-konservativer Minister und Beamter ging weit über den Kreis der Spitzenämter im Reichskabinett bzw. des preußischen Staatsministeriums hinaus. Im größten Verwaltungsstaat Preußen wurde noch während der ersten Monate des Regimes ein Großteil derjenigen konservativ-monarchischen Beamten entlassen, die der damalige Reichskanzler und Reichskommissar für Preußen, Franz von Papen, nach seinem Staatsstreich gegen die preußische Regierung am 20. Juli 1932 anstelle der zu den Weimarer Koalitionsparteien zählenden republiktreuen Beamten eingesetzt hatte: Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Landräte, Polizeipräsidenten, hohe Ministerialbeamte⁵⁵.

Schon die Durchsetzung der Wahl vom 5. März 1933 gegen den Willen des deutschnationalen Koalitionspartners Alfred Hugenberg war ein Kampf um Machtpositionen, die Übernahme der preußischen Ministerpräsidentschaft durch Göring und die damit verbundene Ausschaltung von Papens gehört ebenfalls in dieses Kapitel, das sich mit der Fritsch-Krise 1938 auch auf den militärischen Sektor ausdehnte: Das Führerprinzip galt nun auch hier, das neu geschaffene Oberkommando der Wehrmacht unterstand Hitler unmittelbar, sein Chef Keitel hatte keinerlei Selbständigkeit.

5. Der Umsturz selbst ist gemäß der Definition Theodor Geigers ein spektakulärer, ereignishafter und relativ punktueller Vorgang, der Umsturz setzt die bis dahin geltenden und zunehmend umstrittenen Ordnungsprinzipien der Gesellschaft endgültig außer Kraft. Angewandt auf die NS-Revolution, lassen sich die diktaturbegründenden, in ihrer Wirkung umstürzenden Ereignisse genau bestimmen und in mehrere Schübe gruppieren. Bis zum Sommer 1933 war die erste Phase abgeschlossen: Sie war gekennzeichnet vor allem durch die Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar, das Ermächtigungsgesetz vom 23. März, die durch Gesetze vom 31. März und 7. April erfolgende Gleichschaltung der Länder, die Auflösung der Parteien im Juni/Juli 1933. Schon diese erste Phase hatte mehrere spektakulär inszenierte Höhepunkte, in denen sich die „nationale Revolution“ darstellte und mit ihrer Integrationsideologie auch den Ausschluß der „Feinde“ aus der Volksgemeinschaft demonstrierte: Zuerst ungeheuer wirkungsvoll beim „Tag von Potsdam“ am 21. März, aber auch aus Anlaß des nun so bezeichneten „Feiertags der nationalen Arbeit“ (1. Mai) und schließlich mit der „Verbrennung undeutschen Schrifttums“ durch die NS-Studentenführung auf dem Berliner Opernplatz, bei der der Reichspropagandaminister anwesend war.

1933 (vgl. M. Broszat S. 259). Über die SA-Entmachtung – sie war eine blutige Morgengabe des NS-Regimes an die Reichswehr, mit der Ernst Röhm SA konkurrierte – ebenda, S. 267 ff. M. Broszat: Hitler stellte sich im Konflikt zwischen konservativen Trägern des Regimes und den Teilen der NS-Bewegung, von denen am meisten Unruhe und Willkür ausging, bewußt auf die Seite der ersteren (S. 272).

⁵⁵ Vgl. Hans Mommsen, *Beamtentum im Dritten Reich*, Stuttgart 1966, insbes. S. 39 ff.; Wolfgang Runge, *Politik und Beamtentum im Parteienstaat*, Stuttgart 1965, S. 237 ff.; Horst Möller, *Die preußischen Oberpräsidenten der Weimarer Republik als Verwaltungselite*, in: VfZ 30 (1982), S. 24 ff.

Diese Aktionen wurden bewußt als Massenveranstaltungen angelegt, sie hatten unter anderem die Funktion eines demonstrativen Plebiszits – eine Form, die die NS-Diktatur in den großen Inszenierungen ihrer Macht immer wieder benutzte. Mit der Beendigung dieser Umsturzphase ist in dem hier verwendeten Revolutionsmodell das Nahziel der Revolution erreicht, sie wird als ein relativ einheitlicher Vorgang angesehen. Allerdings sind die Begriffe „punktuell“ und „einheitlich“ insofern mißverständlich, als in der Tat jede Revolution durch eine Reihe von Einzelaktionen gekennzeichnet ist. Auch in der Geschichte der Französischen Revolution ist der Bastille-Sturm vom 14. Juli 1789 nur einer unter vielen spektakulären Akten gewesen, der Symbolwert spielte in diesem Fall eine größere Rolle als das Ereignis selbst.

6. Nach erfolgreichem Umsturz wird in allen Revolutionen der Aufbau eines „ideologischen Alternativsystems“ angestrebt, auch nach der Eroberung der politischen Macht setzt sich dabei das Ineinander destruktiver und konstruktiver Ereignisreihen fort, doch verlagert sich der Akzent von ungeplanter zu geplanter Veränderung des alten Herrschafts- und Gesellschaftssystems. Im Unterschied zum anfänglichen Bruch in der Umsturzphase dominiert nun langfristiger Wandel. Auch dieser Bestandteil des Geigerschen Revolutionsmodells trifft auf die NS-Revolution zu. Bereits am 6. Juli 1933 gab Hitler vor den Reichsstatthaltern die Direktive aus: „Man muß den freigewordenen Strom der Revolution in das sichere Bett der Evolution hinüberleiten ... Wir müssen dabei unser Handeln auf viele Jahre einstellen und in ganz großen Zeiträumen rechnen.“⁵⁶ Der für alle Revolutionen kennzeichnende Übergang zu kontrolliertem Strukturwandel, zu Evolution und Planung, zur Eindämmung radikaler Aktionen von unten – sofern man sie nicht selbst als Herrschaftsmittel inszeniert oder ausnutzt – läßt sich ebenfalls nach der ersten Phase der NS-Herrschaft, zum Teil schon während der ersten Monate, nachweisen.

Die Reflexion der NS-Machtergreifung mithilfe zeitgenössischer, aber auch modernem Verständnis entsprechenden soziologisch-historischer Revolutionsmodelle führt zu einem eindeutigen Befund: Die NS-Machtergreifung war eine Revolution. Der mögliche Einwand gegen diese Interpretation liegt in der These, die NS-Machtergreifung sei legal erfolgt, auf gewaltsame oder massenhafte Aktionen zur Machterringung hätten die Nationalsozialisten deshalb verzichten können. So hat schon Carl Schmitt 1933 erklärt: „Die deutsche Revolution (!) war legal, d. h. gemäß der früheren Verfassung formell korrekt. Im übrigen bedeutet ihre Legalität nur eine von der früheren Weimarer Verfassung, also von einem *überwundenen* System her bestimmte Eigenschaft.“ Aus diesem Grund gehe von der Weimarer Verfassung keine normierende Geltung für das künftige System aus.⁵⁷ Tatsächlich sind Revolutionen niemals legal, insofern ist Schmitts Argumentation widersprüchlich. Aber auch mit

⁵⁶ Der nationalsozialistische Staat, hrsg. von Walther Gehl, Breslau 1933, S. 7.

⁵⁷ Carl Schmitt, Staat, Bewegung, Volk, 2. Aufl. Hamburg 1933, S. 42. An anderer Stelle hatte Ernst Forsthoff festgestellt: „Durch dieses Gesetz ist die Weimarer Verfassung in wesentlichen Teilen mit Ausnahme der Vorschriften über den Reichspräsidenten, den Reichstag und den Reichsrat zwar nicht außer Kraft gesetzt, aber der gesetzgebenden Verfügung der Reichsregierung unterstellt“ (Deutsche Geschichte in Dokumenten, hrsg. von Ernst Forsthoff, Leipzig 1935, S. 230). Daß die

der „Legalität der NS-Machtergreifung“ ist es nicht weit her, sie bezieht sich bei genauer Auslegung der Verfassung lediglich auf die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933. Einzelne legale Akte enthalten auch andere Revolutionen, beispielsweise die von 1789, nur muß der Gesamtprozeß dem Kriterium der Legalität standhalten, wenn die Verwendung des Revolutionsbegriffs ausgeschlossen werden soll. Und eine Gesamtbeurteilung ergibt eine Reihe so gewichtiger Verstöße gegen Geist und Buchstaben der Weimarer Verfassung, daß an der Illegalität und am folglich auch unter diesem Aspekt revolutionären Charakter der NS-Machtergreifung kein Zweifel bestehen kann.

Für die Zeit bis zum 30. Januar 1933 hatte die Beteuerung der Legalität durch die NSDAP-Führung rein taktischen Charakter, sie hinderte die Parteigliederungen im übrigen nicht an einer ganzen Reihe von Gesetzesverletzungen. Vom mißglückten Münchener Putsch vom 8./9. November 1923 bis zum Bekanntwerden der zweifellos hochverräterischen „Boxheimer Dokumente“ am 25. November 1931 hatte Hitler immer wieder die Erfahrung gemacht, daß Putsch und Illegalität ihm in dieser Phase kaum zur Macht verhelfen würden, seine oft zitierte Aussage beim Leipziger Reichswehrprozeß vor dem Reichsgericht am 25. September 1930, bei dem er beteuert hatte, nur legal zur Macht kommen zu wollen – und von Revolution nur im Sinne einer „politischen Revolution der Geister“ zu sprechen –, war so uaverhohlene Taktik, daß diese Erklärung einer Verhöhnung des Gerichts gleichkam. Außerdem kündigte Hitler kaum verschlüsselt den institutionalisierten Mord am politischen Gegner an, sobald er die Macht übernommen haben würde⁵⁸.

Aber auch die für die NS-Herrschaft entscheidenden Stationen der ersten Monate waren nicht legal im Sinne der Weimarer Verfassung: Die formelle Korrektheit der Beratungs- und Entscheidungsprozedur beim Zustandekommen des Ermächtigungsgesetzes änderte nichts daran, daß der Reichstag bei diesem Beschluß nicht legal zusammengesetzt war. Schon der Terror bis zum 5. März 1933, den die NSDAP unter Zuhilfenahme der nun von Göring befehligten preußischen Polizei auf Wähler und politische Gegner ausübte, war alles andere als legal. Aber läßt man diese Vorgänge außer Betracht, weil ihre Wirkung auf die Wähler nicht zweifelsfrei meßbar ist, dann bleibt der Tatbestand: KPD- und einige SPD-Abgeordnete waren verhaftet worden, unter Verletzung der durch die Verfassung garantierten Immunität wurden sie an der Wahrnehmung ihres Mandats gehindert. Aber selbst diese zweifelsfreie Illegalität, die allein ausreicht, die These einer „legalen“ Machtergreifung zu widerlegen, ist nur ein

„gesetzgebende Verfügung“ über die Verfassung nicht im Ermessen der Reichsregierung stehen konnte, ohne die Verfassung außer Kraft zu setzen, kann tatsächlich keinem Zweifel unterliegen.

⁵⁸ Vgl. Cuno Horkenbach, *Das deutsche Reich von 1918 bis heute*, Berlin 1930, S. 321. Vgl. auch den Bericht der Frankfurter Zeitung über den Prozeß, abgedr. in: *Der Aufstieg der NSDAP in Augenzeugenberichten*. Hrsg. und eingel. von Ernst Deuerlein, 4. Aufl. München 1980, S. 328 ff. Zum Hintergrund Thilo Vogelsang, *Reichswehr, Staat und NSDAP*, Stuttgart 1962, S. 90 ff., und jetzt: *Staat und NSDAP 1930–1932. Quellen zur Ära Brüning*. Eingel. von Gerhard Schulz. Bearb. von Ilse Maurer und Udo Wengst, Düsseldorf 1977; G. Schulz, *Aufstieg des Nationalsozialismus*, S. 588 ff.

illegaler Akt unter anderen. Im übrigen ist das Ermächtigungsgesetz nicht legal angewendet worden: Nach dem Rücktritt Hugenberg am 26. 6. 1933 hätte es nicht mehr praktiziert werden dürfen, bestimmte der Artikel 5 doch, daß es außer Kraft trete, „wenn die gegenwärtige Reichsregierung durch eine andere abgelöst wird“. In der Tat wäre das Ausscheiden des wichtigsten Koalitionspartners ein solcher Grund gewesen.

Nach Artikel 2 durften die aufgrund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Reichsgesetze nicht die Einrichtung des Reichstags und des Reichsrats als solche zum Gegenstand haben, die Rechte des Reichspräsidenten mußten unberührt bleiben. Tatsächlich ist der Reichsrat am 14. 2. 1934 aufgehoben und damit das Ermächtigungsgesetz auch formell gebrochen worden, nachdem die Institution des Reichsrats bereits seit Frühjahr 1933 durch die Auflösung der Länder keinen der Weimarer Verfassung entsprechenden Sinn mehr hatte. Schließlich bedeutete die nach dem Tode Hindenburgs am 2. August 1934 erfolgte Zusammenlegung des Reichspräsidentenamtes mit dem des Reichskanzlers eine zumindest höchst fragwürdige Auslegung des Ermächtigungsgesetzes, kann doch die dort erfolgte ausdrückliche Sicherung der Kompetenzen des Reichspräsidenten nur dann sinnvoll sein, wenn er als selbständiges Verfassungsorgan neben Reichstag, Reichsrat und Reichsregierung besteht: Gerade das aber setzt die Nennung der Verfassungsorgane im Artikel 2 voraus. Schon diese wenigen Erinnerungen an bekannte Verfassungsverstöße der NS-Machthaber belegen, daß die These von der Legalität der NS-Machtergreifung einigermaßen absurd ist. Diese These kann folglich kein Einwand gegen die Verwendung des Revolutionsbegriffs sein.

Die vorstehenden Überlegungen, die vom zeitgenössischen Krisenbewußtsein, von der Revolutionsdiskussion, von Selbstverständnis, Zielsetzung und Verlauf anhand eines soziologisch-historischen Revolutionsmodells ausgingen, haben zu einem eindeutigen Ergebnis geführt. Die weiterführende Frage, ob die NS-Revolution mit einem Wechsel der politischen Führungsschicht einherging und ob sie darüber hinaus einen fundamentalen Strukturwandel der Gesellschaft bewirkt habe, ist für die Verwendung des Revolutionsbegriffs nicht zwingend, mußte doch auch bei einigen anderen Revolutionen diese Frage verneint werden, beispielsweise in bezug auf die von 1848/49.

Trotzdem ist diese Frage abschließend auch an die NS-Revolution zu stellen. Auch hier wieder ist der Vergleich mit 1918/19 aufschlußreich. Der 1933/34 erfolgende Führungswechsel war ungleich radikaler als der von 1918/19, das gilt sowohl für die politische als auch die soziale Zusammensetzung der Führungsschicht. Schon für die Jahre 1932/33, in denen für bestimmte Institutionen vergleichende Analysen über die Sozialstruktur der Führungsschicht der Parteien durchführbar sind, ist der Befund zweifelsfrei. So zeichneten sich die NSDAP-Fraktionen des preußischen Landtags durch die Dominanz folgender Kriterien aus: Ihre Abgeordneten waren überwiegend kleinbürgerlicher oder bäuerlicher Herkunft, mit starkem Anteil auch unselbständig Tätiger aus der Landbevölkerung, sie waren im Durchschnitt sehr viel jünger als die Mandatsträger anderer Parteien, waren überdurchschnittlich oft beruflich gescheitert

und sozial desintegriert, waren überproportional protestantischer Herkunft, einige Mitglieder waren protestantische Pfarrer. Industrielle fehlten völlig, ebenso Interessenvertreter aus Gewerkschaften oder Arbeitgeberverbänden. Untere Beamte waren häufiger vertreten, hohe Beamte kaum; NSDAP-Fraktionsmitglieder und ihre Wahlkandidaten waren gelegentlich adeliger (meist agrarischer) Herkunft, doch war dieser Anteil im ganzen nicht überproportional. Industriearbeiter waren unterproportional vertreten. Das Gesamtergebnis, für das auch eine Reihe anderer Indizien sprechen, lautet: Im Hinblick auf die soziale Zusammensetzung der Führungsschichten hat die NS-Revolution die Revolution von 1918/19 mit ungleich größerer Intensität fortgesetzt, sie hat – so paradox das klingt – eine soziale ‚Demokratisierung‘ der Führungsschichten bewirkt und die alten Machteliten der Monarchie endgültig abgelöst – das gilt für soziale Herkunft, Bildungsstand, berufliche Laufbahn, kurz, den sozialen Status und das Lebensalter⁵⁹. Die Attraktivität für große Teile der Bevölkerung rührte auch hierher, soziale Hindernisse bestanden für einen Aufstieg in der NS-Hierarchie kaum, zur Wirkungsgeschichte dieser Art zählt auch das unter anderem kriegsbedingte Verschwinden der ostelbischen Großgrundbesitzer als gesellschaftlich oder politisch einflußreicher Schicht – einer Schicht, deren Einfluß auf den Reichspräsidenten von Hindenburg eine so verhängnisvolle Wirkung erlangte, indem sie zum Sturz des Reichskanzlers Brüning, zur Ernennung von Papens und schließlich Hitlers entscheidend beitrug.

Aber nicht nur der Führungswechsel mit seinen bis in die Nachkriegszeit spürbaren Auswirkungen, sondern auch der gesamtgesellschaftliche Strukturwandel war fundamental⁶⁰: Volksgemeinschaftsideologie und zahlreiche sozialpolitische Maßnahmen korrespondierten der inneren Hierarchisierung der Gesellschaft und der tendenziell totalen Einbindung des einzelnen. Aber diese Hierarchisierung hatte nichts zu tun mit der überkommenen Herrschaftsstruktur, die in vielen gesellschaftlichen Sektoren zerschlagen wurde. Die NS-Bewegung hatte in den letzten Jahren vor und nach Etablierung der Diktatur immer einen massenhaften Anhang, schon ihre Massenhaftigkeit unterscheidet diese „Bewegung“ und ihre Revolution von Putsch und Staatsstreich. So reaktionär viele Ideologeme des Nationalsozialismus waren, seine soziale Wirkung und die Formen, mit deren Hilfe sie erzielt wurde, waren von spezifischer Modernität, der totale Anspruch der Diktatur, der über weite Strecken zur totalitären Lebensrealität des NS-Staates wurde, verweist auf den revolutionären Charakter, nur so ist die Ungeheuerlichkeit dieser Diktatur zu fassen.

⁵⁹ Horst Möller, *Parlamentarismus im Preußen der Weimarer Republik*, Habilitationsschrift Berlin 1978, S. 442 ff. Vgl. auch Wolfgang Zapf, *Wandlungen der deutschen Elite*, München 1965, S. 51 ff.

⁶⁰ David Schoenbaum, *Die braune Revolution*, passim. Kritisch zu solcher Einschätzung im ganzen: Timothy W. Mason, *Sozialpolitik im Dritten Reich*, Opladen 1977. *Protagonisten der Modernisierungsthese* v. a.: Ralf Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, 2. Aufl. München 1971, S. 415 ff.; ders., *Karl Marx und die Theorie des sozialen Wandels*, in: *Pfade aus Utopia*, München 1967, S. 287: „Der Erfolg der Nazis in Deutschland (ist) einer der wichtigsten Prozesse des Wandels in der neueren Geschichte.“ Vgl. auch J. Fest, *Hitler*, S. 1035 über die Ambivalenz von Hitlers „Sozialrevolution“: „Modernität und Anachronismus“.

Das vorstehende Plädoyer für die Verwendung des Begriffs Revolution anstelle des Begriffs Machtergreifung dient weder einem bloßen Etikettenwechsel, noch ist eine wie auch immer geartete Verharmlosung intendiert, vielmehr geht es um die erkenntnisfördernde historisch-politische Angemessenheit des Begriffs – und angemessene Erkenntnis kann in bezug auf die NS-Diktatur niemals verharmlosend sein.

MARTIN BROZAT

ZUR STRUKTUR DER NS-MASSENBEWEGUNG

Der 30. Januar 1933 war für die Zeitgenossen und ist auch heute noch, 50 Jahre nach dem Epochendatum, nicht zu denken ohne den spektakulären, seit 1929/30 scheinbar unaufhaltsamen Massenzulauf zur Hitler-Bewegung. Die Bedeutung dessen, was mit den Worten „Massenbewegung“ oder „Massenmobilisation“ umschrieben wird, ist für die Entstehung und Form nationalsozialistischer Herrschaft evident. Aber das soziale Profil dieses Vorgangs entzieht sich noch immer einer einfachen Deutung. Die Ambivalenz des Nationalsozialismus selbst, die Widersprüchlichkeit sozialreaktionärer und moderner Elemente in Inhalt und Stil der politischen Massenreklame, die die NSDAP so vehement entfaltete, vor allem aber auch der Gegensatz von konservativer Beharrung und dynamischer Mobilität in der Massenbasis der Bewegung waren immer wieder Anlaß kontroverser Interpretationen. Auch die neuere wahlsoziologische Forschung ist davon geprägt¹.

Die folgenden Überlegungen gehen davon aus, daß bestimmte Strukturen der Massenbewegung des Nationalsozialismus, die dessen Machtübernahme ermöglichten, auch nach 1933 weiterwirkten und ein Stück der gesellschaftlichen Verfassung des Dritten Reichs ausmachten. Um die Authentizität einiger Fragestellungen zu prüfen, die mir dabei wichtig erscheinen, greife ich zunächst zurück auf zeitgenössische Zeugnisse, die bei der Betrachtung unseres Themas schon häufiger zu Rate gezogen worden sind, aber den Rekurs, wie ich meine, nochmals lohnen.

1.

Das verwirrende äußere Erscheinungsbild des Nationalsozialismus erschwerte schon den Zeitgenossen eine Analyse seines Massenerfolges. Die alle Konturen auflösende Mischung von ideologischem Fanatismus und programmatischem Opportunismus, von einschüchternder Gewalttätigkeit und suggestivem pseudomilitärischem Ordnungszeremoniell, von Zynismus und Glaubenspathos drängte die Fragen nach den realen gesellschaftlichen Ursachen und Motiven vielfach zurück. Der erschreckende Habitus, die geistige und moralische Deformation des NS, erschien selbst so sehr als ein unverwechselbares Merkmal dieser Bewegung, daß die zunächst vor allem moralisch-ästhetische Reaktion, auch in der Form der ironischen Paraphrase, legitim war und auch im nachhinein verständlich ist.

Besonders auf seiten der intellektuellen liberalen Publizistik überwog solche von

¹ Vgl. dazu neuerdings Jürgen W. Falter, Radikalisierung des Mittelstandes oder Mobilisierung der Unpolitischen? Die Theorien von Seymour Martin Lipset und Reinhard Bendix über die Wählerschaft der NSDAP im Lichte neuerer Forschungsergebnisse, in: Probleme politischer Partizipation im Modernisierungsprozeß, hrsg. von Peter Steinbach, Stuttgart 1982, S. 438 ff.

den eigenen Normen und Standards abgeleitete Distanzierung das Bemühen um analytische Erfassung der realen sozialen und sozialpsychologischen Gründe der Massenresonanz des Nationalsozialismus. Als Beispiel kann Theodor Wolffs *Berliner Tageblatt* gelten. Nach dem sensationellen nationalsozialistischen Wahlerfolg vom 14. September 1930 erschöpfte sich der Kommentar der Zeitung (am 16. 9. 1930) fast ganz in der pathetischen Feststellung „der ungeheuerlichen Tatsache, daß sechs Millionen und vierhunderttausend Wähler und Wählerinnen in diesem hochzivilisierten Land dem gewöhnlichsten, hohlsten, plattesten Scharlatanismus ihre Stimme gaben“. Theodor Wolff selber verbarg fünf Tage später (21. 9. 1930) seine bange Zukunftssorge hinter einem sarkastischen Wortspiel: „Wir gestatten uns einstweilen noch an der Hoffnung festzuhalten, daß der Nationalsozialismus späteren Historikern nicht als eine neue Phase, sondern als eine neue Phrase der Geschichte erscheinen wird.“

Stereotypes Muster der liberalen Kommentierung war das Bild vom krisengeschüttelten, fiebererhitzten Volkskörper, dessen Krankheitszustand durch die unverantwortlichen demagogischen Führer des Nationalsozialismus noch weiterhin verschlimmert werde. Die sogenannte „Masse“ spielte in dieser Sicht kaum einen eigenen Part, war gleichsam nur passives Objekt der Demagogie. Darin drückte sich nicht nur ein elitäres Politik- und Gesellschaftsverständnis aus, sondern gewiß auch die Erkenntnis, daß nicht die Ressentiments, Aggressionen und Utopien der Massen an sich, sondern erst ihre Legitimation durch die Ideologie und Organisationsstärke der NSDAP sie zu einer politisch durchsetzungsfähigen und gefährlichen Kraft machten.

Die liberale Zurückhaltung von gesellschaftlicher Analyse war schließlich aber auch resignatives Eingeständnis der eigenen Schwäche, der Erkenntnis der immer mehr abbröckelnden Integrationsfähigkeit des bürgerlichen Liberalismus, zu dessen Wählern der jetzt zur NSDAP übergehende Mittelstand einst gehört hatte; das wachsende Bewußtsein davon, daß die liberale Grundüberzeugung von der wohltätigen Wirkung des freien Spiels individueller Kräfte immer zeitwidriger, mit den Tatsachen und Wirkungen der Krise immer weniger vereinbar wurde.

Matte Versuche der Liberalen, sich dem neuen „Zeitgeist“ anzupassen und z. B. den Gemeinschafts- und Autoritätsgedanken selbst aufzuwerten, wie sie 1930 auch in der politisch erfolglosen Gründung der „Staatspartei“ zum Ausdruck kamen, waren ein deutliches Zeichen dieser Unsicherheit, so wenn Rudolf Kircher in der *Frankfurter Zeitung* am 10. Juli 1932 mit Betonung schrieb:

„Was wir erstreben müssen, ist die Synthese der Freiheit mit jener selbstgewählten Gebundenheit, die der Freiheit erst ihren wahren Sinn gibt. Das Autoritäre, das auch im Begriff der Demokratie steckt, darf sich nicht im Parteigedanken, sondern nur im Gemeinschaftsgedanken, durchsetzen.“

Es versteht sich, daß der mächtige Führerkult, den die NS-Bewegung inzwischen ins Spiel gebracht hatte, ebenso wie die in ihren Riesenkundgebungen immer wieder mit größter Suggestivität propagierte Volksgemeinschaftsparole solcher späten liberalen „Entdeckung“ des Autoritäts- und Gemeinschaftsgedankens an Massenwirksamkeit weit überlegen war.

Aber nicht nur auf liberaler Seite, auch z. B. in der zeitgenössischen sozialdemokratischen Kommentierung der NS-Bewegung begegnen wir der Ambivalenz einer kritischen Auseinandersetzung, die die scharfe Bloßstellung der geistig-moralischen Dürftigkeit des Nationalsozialismus mit dem zumeist nur halb ausgesprochenen Eingeständnis der schwindenden eigenen Integrationskraft in bemerkenswerter Weise verband.

Zu den noch heute lesenswerten frühen Analysen dieser Kategorie gehört der Aufsatz Carlo Mierendorffs über „Gesicht und Charakter der nationalsozialistischen Bewegung“ im Juniheft 1930 der von Rudolf Hilferding herausgegebenen sozialdemokratischen Zeitschrift *Die Gesellschaft*. Mierendorff, später als Mitverschwörer und Märtyrer des 20. Juli 1944 bekanntgeworden, war als ehemals aktives Mitglied der Republikanischen Studentenschaft in Frankfurt schon in den frühen zwanziger Jahren mit den starken völkischen Kräften im akademischen Nachwuchs und dann auch als Pressereferent der hessisch-darmstädtischen Landesregierung mit gewalttätigen Übergriffen nationalsozialistischer Studenten an den Universitäten des Landes auch persönlich in Berührung gekommen. Anlässlich der ASTA-Wahlen an der Universität Gießen im Februar 1930 hatte er auf Einladung der kleinen republikanischen Studentengruppe einen Vortrag zum Thema „Studentenschaft und Nationalsozialismus“ halten wollen, war dabei auf Betreiben des nationalsozialistischen Studentenbundes aber so massiv bedroht worden, daß der Vortrag ins Gießener Gewerkschaftshaus verlegt werden mußte und dort nur unter starkem Polizeischutz stattfinden konnte².

Geschrieben zu einer Zeit, als die NSDAP sich parteipolitisch gerade erst anschickte, aus der Talsohle relativer Bedeutungslosigkeit hervorzutreten, und durch aufsehererregende Stimmengewinne bei den Studentenratswahlen an einer Reihe von Universitäten und im Herbst 1929 vor allem bei den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen sowie bei den Kommunalwahlen in Preußen und Hessen von sich reden gemacht hatte, stellte der Artikel Mierendorffs innerhalb der sonst häufig oberflächlichen und polemischen sozialdemokratischen publizistischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus eine bemerkenswert nüchterne und hellsichtige Analyse dar. Mit Betonung wies Mierendorff schon damals auf die agitatorische „Durchschlagskraft“ der NS-Bewegung hin, die vor allem auf das emotionale Element ihrer Propaganda gegründet sei (sie hat hier „zuviel, wo die SPD zuwenig“ hat). Deshalb verfange sie gerade bei Jugendlichen und bisher unpolitischen Nichtwählern. Es vollziehe sich hier, so schrieb Mierendorff, „eine Politisierung der Jugend, zum Teil auch der proletarischen Jugend“, in einem Lebensalter, in dem die Jugendlichen gewöhnlich sich für Politik noch wenig interessierten und engagierten. „Mit dem Auftreten der Nationalsozialisten“ sei „der Zeitpunkt der Politisierung dieser Altersklassen um ein beträchtliches vorverlegt“ worden, nicht zuletzt wegen des „geistigen Habitus dieser Bewegung“. Sie verlange von ihren Anhängern nicht intellektuelle Disziplin, sondern „in erster Linie Draufgängertum und ebensoviel persönliche wie geistige Ar-

² Vgl. Eberhart Schön, *Die Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen*, Meisenheim am Glan 1972, S. 111.

roganz“, kokettiere mit scheinmännlichen Tugenden, befriedige das jugendliche Bedürfnis nach „Klamauk“, gebe reichlich Gelegenheit zum frühreifen „Rollenspielen (in Uniform)“ etc. Ähnliches gelte für die „Mobilisierung des sozialen Ressentiments“ bei einem großen Teil der Nichtwähler, „jener Schicht der Staatsbürger“, die, so Mierendorff, noch in einem dumpfen Zustand apolitischen Verhaltens dahinvegetierten, in einer Art poliuischem „Triebleben“, an das mit besonderem Erfolg gefühlsmäßig appelliert werden könne.

Mierendorff erkannte aber auch, daß in den oft „verhunzten“ Ausdrucksformen der Leidenschaftlichkeit und Gläubigkeit der NS-Bewegung ein von den republikanischen Parteien – und gerade auch dem „wissenschaftlichen Sozialismus“ – unbefriedigtes Bedürfnis nach verheißungsvollen politisch-sozialen Utopien zum Ausdruck kam, das sich nicht nur als psychologisch-moralische Entartung abqualifizieren ließ. Zu jenen Sozialisten, die hierfür ein besonders feines Gespür hatten, gehörte Ernst Bloch. Nach dem Wahlerfolg der NSDAP vom 14. September 1930 schrieb er:

„Nicht zu leugnen, neben der Rohheit laufen auch sehr alte Träume mit unter. Der stärkste ist der vom ‚Dritten Reich‘, das bloße Wort schon hüllt den Kleinbürger ahnend ein ... ein Geisterzug pervertierter Erinnerungen zieht durchs halbproletarische ‚Volksgedächtnis‘ ... Nicht die Theorie der Nationalsozialisten, wohl aber ihre Energie ist ernst, der fanatisch-religiöse Einschlag, der nicht nur aus Verzweiflung und Dummheit stammt, die seltsam aufgewühlte Glaubenskraft.“

Am Erfolg des Nationalsozialismus werde, so Bloch, „auch ein Stück Schuld“ des mechanischen Weltbildes und des seichten „Aufklärlicht“ des Vulgärmarxismus sichtbar, er „quittiere“ den „allzu großen Fortschritt des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“:

„Der Kapitalismus konnte das Irrationale so wenig austrocknen, daß es gerade als Widerspruch zu seiner Sachlichkeit immer stärker geworden ist; und der Vulgärmarxismus baut diesen Hunger gewiß nicht ab, indem er ihn allenthalben nur als zurückgeblieben begreift ... Kleinbürger-Graus und bloß zurückgebliebene Dummheit sind ein klarer Teil für sich, doch er erschöpft nicht den ganzen nationalsozialistischen Komplex.“³

Die durch die nationalsozialistischen Massenerfolge veranlaßte Selbstkritik an den eigenen Versäumnissen und Defiziten führte, wenn nicht bei den Parteifunktionären, so doch bei einigen sozialdemokratischen Intellektuellen auch zur bemerkenswerten Infragestellung tradierter Doktrinen. Theodor Geiger verfaßte nach den Septemberwahlen 1930 seinen sozialwissenschaftlich epochemachenden Artikel über die „Panik im Mittelstand“, in dem er nachdrücklich auf die von den sozialistischen Arbeiterparteien unterschätzten sozialpsychologischen Gründe für bürgerliches und anti-sozialistisches Bewußtsein in den proletaroiden Schichten des alten und neuen Mittelstandes hinwies. Auch er kam damals aber noch nicht über bestimmte Grenzen marxistisch-sozialistischer Dogmatik, insbesondere über den Begriff vom „falschen Bewußtsein“ dieser Mittelstände hinaus und schloß seinen Artikel mit der leichtfertig optimistischen Prognose:

³ Neu abgedruckt in Ernst Bloch, Erbschaft dieser Zeit, Frankfurt/Main 1962, S.63 ff.

„Es gibt keine illusionäre Ideologie, die auf die Dauer den Realitäten Trotz zu bieten vermöchte. Auch die zeit- und standort-inadäquaten Ideologien der Mittelstände werden zerflattern und damit werden die politischen Nutznießer dieser Verwirrung wieder in ihren Radaukonventikeln unter sich sein.“⁴

In der Folgezeit verfeinerte nicht nur Geiger seinen Begriff vom „falschen Bewußtsein“ des Mittelstandes⁵. Von ähnlichen Einsichten ging der junge katholische Sozialist Walter Dirks aus. „Wir wissen“, so schrieb er Anfang 1931, „daß die Ideologie einer Bewegung zu unterscheiden ist von ihrer Funktion, von ihren ‚Ursachen‘, den eigentlichen Quellen ihrer Kraft, von den gesellschaftlichen Situationen, aus denen sie erwächst.“

„Wir begreifen den Nationalsozialismus als die utopische Aktion der zwischen Kapital und Arbeit stehenden Mittelschichten, denen der Kapitalismus den Besitz, den Lebensraum, die Hoffnung nimmt, als den pseudo-revolutionären Aufbruch des Kleinbürgertums und des Bauertums. Wir begreifen ihn ferner als die utopische Aktion der neuen Wirtschaftsabhängigen, der Angestellten, die zum ersten Mal über ihre bürgerliche Lebensform hinweg das Schicksal der Arbeitslosigkeit, der Ungesicherheit, der Aussichtslosigkeit und der Proletarisierung erleiden und in diesem Schicksal in revolutionäre Bewegung geraten ...

Wir begreifen ihn ferner als die revolutionäre Bewegung der Studenten und Intellektuellen, die als überschüssige und überflüssige Intellektuarbeiter genau dasselbe Schicksal der Arbeitslosigkeit und Hoffnungslosigkeit tragen oder voraussehen, verschärft durch die überlieferte akademische Lebensform, die ihren Anspruch erhalten, aber ihre Mächtigkeit und Wirksamkeit verloren hat. Wir begreifen ihn schließlich als die Wiedergeburt des utopischen Sozialismus bei einem kleineren Teil der Arbeiter, vor allem jüngerer Arbeitsloser, die vom Sozialismus nicht erfaßt werden konnten.

Weniger dem Ideenbestand der Nationalsozialisten, der in mannigfaltigster Weise mit Ideenbeständen der Vergangenheit verknüpft, mit vielen Ressentiments verschiedenster Herkunft durchsetzt ist, ... als vielmehr die motorische Kraft dieser Welle, den Elan, die Dynamik dieser Bewegung führen wir auf diese sozialen Spannungen zurück ... In dieser sozialen Spannung sehen wir die eigentliche ‚Realität‘ der nationalsozialistischen Bewegung, ihre ‚Ursache‘.“⁶

Vor allem die im Auftrag des ADGB von Theodor Leipart herausgegebene Monatschrift *Die Arbeit*, in der auch die Artikel von Geiger und Dirks erschienen waren, gab angesichts der Massenerfolge des Nationalsozialismus selbst scharfer Selbstkritik an sozialistischen Doktrinen Raum. Besonders bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang ein Artikel des Heidelberger Soziologen Ernst Wilhelm Eschmann vom Frühjahr 1931⁷. Angesichts des Überlaufens großer Teile des bürgerlichen Mittelstandes zum Nationalsozialismus, schrieb Eschmann, falle vielen Sozialisten nichts anderes

⁴ Theodor Geiger, Panik im Mittelstand, in: *Die Arbeit*. Zeitschrift für Gewerkschaft, Politik und Wirtschaftskunde, hrsg. von Theodor Leipart, Jg. 1930, S. 654.

⁵ Vgl. dazu Theodor Geiger, *Die soziale Schichtung des deutschen Volkes*, Berlin 1932.

⁶ Walter Dirks, Katholizismus und Nationalsozialismus, in: *Die Arbeit*, Jahrgang 1931, S. 201.

⁷ Ernst Wilhelm Eschmann, Zur „Krise“ des Bürgertums, in: *Die Arbeit*, Jahrgang 1931, S. 201.

ein als die Formel, das Bürgertum tanze aus der Reihe, erfülle nicht seine Stelle im sozialistisch vorgedachten historischen Entwicklungsschema.

„Am einfachsten hat es sich der orthodoxe kommunistische Marxismus gemacht, indem er mit großer Geschicklichkeit unvorhergesehene Bewegungen, welche das Entwicklungsschema auf das Schwerste gefährden, in eine Bestätigung eben dieses Schemas verwandelte. Ein internationaler Faschismus wird konstruiert, der den letzten Versuch des Kapitalismus bildet, das anstürmende Proletariat niederzuzwingen. So wandelt sich eine Erscheinung (wie der Nationalsozialismus), die doch zumindest Bedenken erwecken müßte, in ein Zeichen des nahenden Endsieges.“

Wenn der Sozialismus der im Massenerfolg des Nationalsozialismus sichtbar werdenden Krise des Bürgertums gerecht werden und auch die Hindernisse abbauen wolle, die ihm selbst einen Zugang zu den kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Schichten versperrten, müsse er den ganzen Gedankenansatz von falschem Bewußtsein dieser Schichten aufgeben. Es gelte endlich zu realisieren, daß sich neben dem klassenbewußten Proletariat eine zahlenmäßig beträchtliche unorganisierte und in ganz anderen Vorstellungskreisen gebundene Arbeiterschaft aufgebaut habe, daneben die Angestellten, aber auch die großen Gruppen der Kleinhändler, Kleingewerbetreibenden, Bauern und schließlich die kleineren Gruppen der freien Intelligenz und des mittleren, individuell wirtschaftenden Unternehmertums, die allesamt nicht zu der eigentlichen „Kapitalistenklasse“ gehörten.

„Die Kluft zwischen diesen Gruppen des ‚Bürgertums‘ und den wirklichen ‚Eigentümern‘ (des Kapitals) erweitert sich immer weiter, ohne daß dadurch die gefährdeten Schichten des Bürgertums vom Sozialismus in seiner heutigen Form angezogen würden, auch nicht, wenn sie die Gegensätze zwischen sich und den wirklichen Eigentümern klar zu sehen beginnen. Dieser Differenzierungsprozeß innerhalb des erschütterten Bürgertums ist im Fortschreiten begriffen. Aber der Sozialismus als konstituierte Bewegung hat von ihm kaum etwas zu erhoffen, während der Sozialismus als nationale Forderung in ihm eine große Hoffnung sehen kann. Es zeigt sich jetzt die ganze Gefährlichkeit des marxistischen Bürgerbegriffs, wie wieder einmal die Unmöglichkeit der einfachen Ableitung der sozialen Wertvorstellungen von der ökonomischen Lage.“

Eschmann sah geradezu einen Bedingungs Zusammenhang zwischen der im Massenerfolg des Nationalsozialismus zutage tretenden „Krise des Bürgertums“ und einer „Krise des Sozialismus“. Der Utopieverlust des organisierten deutschen Sozialismus, sein „Mangel an humanen Elementen, wie sie dem romanischen Sozialismus, an religiösen, wie sie dem englischen eigentümlich sind (beide über die Klassen hinaus wirkend)“, die „Ausmerzungen der Mitleidsidee“ zugunsten einer geschlossenen, in sozioökonomischen Gesetzmäßigkeiten begründeten Ideologie, von der aus der „Untergang“ oder die „Proletarisierung“ des Mittelstandes doktrinär verkündet werde, habe die real existierende sozialistische Bewegung in eine fatale Isolierung gebracht.

„Der proletarische Mythos, mächtigster Faktor der sozialistischen Bewegung, der in guten Zeiten des Sozialismus bis ins Bürgertum, vor allem in seine Jugend hineinwirkte, feierte hier seine größten, aber auch bedenklichsten Triumphe. Alle Mitempfindung, al-

les politische Gefühl konzentrierte sich auf das eigentliche Proletariat ..., obgleich es für den unbefangenen Beobachter nicht einzusehen war, warum ein vom Warenhaus bedrängter Kleinhändler nicht ebenso viel soziales Mitgefühl verdiente wie der Handarbeiter. Aber außer der dürren Erklärung, daß diese nach Millionen zählenden Schichten nicht eigentlich kapitalistischen Bürgertums zur Proletarisierung bestimmt seien, wurde ihnen vom Sozialismus nichts zuteil ... Die Erwartung, daß diese Theorie der Proletarisierung die nicht-kapitalistischen Schichten des Bürgertums zur Sozialdemokratie führen würde, war zugleich inhuman und naiv.“

2.

Die angeführten zeitgenössischen Zeugnisse verweisen *zunächst* auf den besonderen habituellen oder mentalen „Zuschnitt“ der NS-Bewegung, der kaum einem kritischen Beobachter entging, sich aber damals wie heute nur mehr oder weniger „impressionistisch“ fassen läßt. Schon von Anbeginn an hatte die NSDAP in der für sie als Stimulans wirkenden Atmosphäre nervöser Reizung bestimmte „Charaktere“ und Sozialtypen mit generationsspezifischen Erfahrungen besonders angezogen. Rudolf Heberles Begriff der „sozialen Generation“ hat hier seinen Grund. Aber das Subjektive der Erfahrungsverarbeitung war dabei meist ausschlaggebender als die „Objektivität“ sozialer Faktoren. Die autobiographischen Zeugnisse „Alter Kämpfer“, die Peter H. Merkl in zwei Studien soziologisch und sozialpsychologisch zu entschlüsseln versucht hat⁸, ebenso wie die Biographien der ersten Generation der Gauleiter, die sich der NSDAP schon vor 1928 zuwandten, als materieller Nutzen und Opportunismus als Motiv solchen Engagements noch keine nennenswerte Rolle spielen konnten⁹, zeigen z. B., daß „objektive“ vorangegangene soziale Entwurzelung, infolge von Kriegsdienst oder Arbeitslosigkeit, hierbei weniger ins Gewicht fiel als die selbstgewählte und gewollte Herauslösung aus der Sozialität bürgerlichen Lebens. Sie offenbaren, daß die von der Aktivität in der NS-Bewegung erwartete und in solchem Einsatz erfahrene „Existenzerweiterung“ meist die entscheidende Motivationsgrundlage für die leidenschaftliche Hingabe an die NS-Bewegung bildete. Die Bereitschaft zu solcher „Selbstaufgabe“ vor allem in der durch die Kriegszeit und die revolutionären Wirren der Nachkriegszeit entscheidend geprägten und „sozialisierten“ Generation gab es gewiß in allen Parteilagern und besonders auch bei der extremen Linken. Aber ihre Anhäufung in der NSDAP war nicht zufällig. Zwischen solcher zeit- und erfahrungsbedingter psychologischer Disposition und dem „Habitus“ der NSDAP bestand eine starke Entsprechung. Die psychologisch gewollte Form aggressiver und ideologischer Erfahrungsverarbeitung bestimmte, so könnte man zugespitzt sagen, überhaupt erst den besonderen Aktions-Stil der NSDAP, ihre Männer-Kameraderie, das

⁸ Peter H. Merkl, *Political Violence Under the Swastika: 581 early Nazis*, Princeton, N.J., 1975; ders., *The Making of a Stormtrooper*, Princeton, N.J., 1980.

⁹ Ich beziehe mich hier auch auf die Ergebnisse einer nur in hektographierter Schrift vorliegenden Magisterarbeit von Dieter Radl, *Die Alten Kämpfer der NSDAP*, München 1982.

pseudo-militärische Auftreten, die halb illegalen Formen des politischen Kampfes. Das Weltanschauliche lieferte dabei die Legitimation, erklärt aber allein nicht die Anziehungskraft. Die besondere Zugkraft der NSDAP, verglichen mit den weltanschaulich von ihr kaum zu unterscheidenden biedermeierlichen deutsch-völkischen Vereinen, bestand darin, daß sie dem Arsenal völkischer Ressentiments und Utopien nicht nur gedanklichen, programmatischen Ausdruck verlieh, sondern es in Taten und konkret-massive Organisation umsetzte, ihm handgreiflichen Ausdruck verschaffte. Erst weil die NSDAP unter Anleitung des unermüdlichen Trommlers Adolf Hitler Funktionäre und Mitglieder zu immer neuen, erfindungsreichen Propaganda-Aktivitäten ermunterte und antrieb, weil sie die missionarischen Rednereinsätze in der entlegenen Provinz wie die riskanten Demonstrationen und „Strafexpeditionen“ in roten Vierteln der Großstädte ebenso zum fesselnden Stil der Bewegung machte wie das Ritual feierlicher Fahneneinzüge und Standartenweihen, vermochte sie in so hohem Maße über die ideologische Gefolgschaft hinaus eine psychisch-existentielle Bindung zu erzeugen, die kritische Infragestellung kaum noch aufkommen ließ. In solcher „Erfahrung“ war der Fanatismus der „Alten Kämpfer“ mindestens ebenso begründet wie in ihren weltanschaulichen Überzeugungen.

Das Jugendtümliche, das Carlo Mierendorff in seiner Beschreibung der NSDAP besonders hervorhob, findet in neueren Forschungen über die Mitgliederstruktur der frühen NSDAP vielfältige Bestätigung. Die SA vor allem war eine fast ausschließliche Domäne von jungen Männern im Alter bis zu 25, höchstens 30 Jahren. Als „jüngere“, aktivistische Bewegung stach die NSDAP in den Jahren 1925–1928 die rivalisierenden völkischen Parteigruppen fast vollständig aus, wurde sie dann auch zur radikaleren politischen Nachfolgegeneration des Altherrentums der Deutschnationalen Volkspartei. Daß die NSDAP bei den Studentenratswahlen an den Universitäten schon vor Beginn der eigentlichen Wirtschaftskrise 1929/30 eine Stärke erlangte¹⁰, die sie in der Gesamtheit der Wählerschaft, bei den Reichs- und Landtagswahlen, erst 1931/32 erreichte, ist dafür ein Indiz.

Gewiß, unter den charakteristischen sozialpsychologischen „Typen“ von NS-Aktivisten gab es auch manche Ältere: ideologisch verrannte Lehrer, politische Glücksspieler und Weltenbummler großbürgerlicher oder aristokratischer Herkunft, akademische Eigenbrödler und Weltverbesserer. Aber beherrschend war doch das jugendliche, mobile Element: ehemalige Freikorps- oder Ruhrkämpfer, „lumpenproletarischer“ Mob der Großstadt, clevere Handlungsgehilfen oder Angestellte, verbitterte Werkstudenten.

Die einzuräumende methodische Problematik solcher nur biographisch verifizierbaren Typologien hat, so scheint mir, häufig verhindert, diesen sozial-, generations- und erfahrungsspezifischen Mentalitätsstrukturen bei der sozialwissenschaftlichen Erforschung der NS-Bewegung die Bedeutung zuzumessen, die ihnen eigentlich zukommt. Statt dessen ist die – methodisch leichter mögliche, aber oft viel weniger aus-

¹⁰ Genaue Zahlenangaben hierfür u. a. bei Gerhard Schulz, *Der Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland*, Frankfurt (M.)/Berlin/Wien 1975, S. 845f.

sagekräftige – Ermittlung „objektiver“ sozio-ökonomischer Daten wie Herkunft, Zivildienst u. ä. oft über Gebühr in den Vordergrund gerückt worden. Damit entging uns weitgehend auch die höchst bedeutsame moralische Dimension des Vorgangs. Muß doch das, was sich sozialpsychologisch als selbstgewählte Dissoziation aus der Gesellschaft darstellt, als „Budenflucht“ (Alexander Rüstow)¹¹ aus der Mühseligkeit bürgerlicher Existenz, zugleich bewertet werden als „billige“ Flucht vor privater und gesellschaftlicher Verantwortung, als allzu einfache und anspruchslose Kompensation gesellschaftlicher oder privater Frustrationen durch fanatischen Aktivismus, der sich gedankenfaul zu aufopferungsfähigem Idealismus umfälschte. Die gesellschaftliche „Entbindung“ zugunsten solcher Aktivität bedeutete zugleich den Ausstieg aus der bürgerlichen Zivilisation, Lösung von überlieferten Normen und den sie „verwaltenden“ Meinungsführern, Autoritäten und sozial-moralischen Instanzen der Gesellschaft. Das antibürgerliche Motiv der meisten NS-Aktivistinnen war oft mehr in solcher moralischen „Selbstbefreiung“ begründet als in wirklicher Gesellschaftskritik oder fundiertem Emanzipationsbedürfnis. Mentalitätsforschung vermag in diesem Zusammenhang auch die ideologisch verbrämte kriminelle Energie zu erschließen, die nicht nur eine Beiläufigkeit, sondern ein substantielles Element des NS-Aktivismus bildete, das unübersehbare Pendant des Elans der Hitler-Bewegung, durch welchen sie während der Endphase der Weimarer Republik den anderen Parteien so überlegen wurde.

Damit ist freilich nur *ein* Aspekt, nur ein Pol der sozialmoralischen Dynamik gekennzeichnet, die die NS-Bewegung antrieb, und auch nur *ein* wesentliches Element ihrer Organisation und Massenbasis: ihr aktivistischer Kern, der vor 1933 besonders in der Gruppe der politischen Leiter und den halb-militärischen Kampforganisationen der SA und SS verkörpert war. Zwar noch mitglieder- und wählerschwach, gelang es der NSDAP, gestützt vor allem auf diesen Aktivismus, bis 1928/29 ein Netz von Ortsgruppen und SA-Stützpunkten über das ganze Reich zu ziehen. Dank dieser Organisationsstärke war die NSDAP befähigt, Auffangbecken der sich während der folgenden Staats- und Wirtschaftskrise akkumulierenden anti-republikanischen nationalen Opposition zu werden. Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit verschafften dem Aktivismus und Fanatismus in der NS-Bewegung weiteren Nachschub und ließen die SA zu einer pseudo-revolutionären Massenorganisation heranwachsen. Der fanatische Aktivismus war und blieb – auch über 1933 hinaus – ein Gravitationszentrum der NS-Bewegung.

Aber mit dem Massenzulauf kam auch ein deutlich davon zu unterscheidender anderer Zug in die NSDAP hinein: Der Opportunismus ganz unterschiedlicher Interessen, die volksparteiliche Aufsaugung von Unlustgefühlen, Protestpotentialen aus allen möglichen Lagern und Milieus der Gesellschaft, die in ihrer Gesamtheit nicht mehr durch den Aktivismus ständiger Agitations- und Kampfeinsätze und eine ent-

¹¹ Zum Umkreis dieser psychologischen und mentalen Sachverhalte sehr ausführlich die einschlägigen Passagen bei Alexander Rüstow, Ortsbestimmung der Gegenwart. Eine universalgeschichtliche Kulturkritik. Bd. 3 – Herrschaft oder Freiheit? Erlenbach-Zürich 1957, insbes. S. 449 ff.

sprechend radikale Ideologie gebunden und integriert werden konnten, sondern häufig nur noch durch sehr allgemein gehaltene propagandistische Formel-Kompromisse, durch eine vage Emotionalisierung, die auch wohlhabende bürgerliche Honoratioren und Fachleute, gebildete Akademiker und fromme evangelische Christen anzusprechen in der Lage war. Die Massenbewegung der NSDAP ab 1930, die sich gesamtpolitisch als „Erdrutsch“ der parteipolitischen Verhältnisse, als reißender Strom der Radikalisierung darstellte, war NSDAP-geschichtlich zugleich eine Phase volksparteilicher Ausweitung und Aufweichung radikaler Positionen, eine Phase der „Verbürgerlichung“ und Salonfähigmachung der Hitler-Bewegung. Dabei ging es auch um eine Überlagerung der alten Kernbestände der radikalen völkisch-antisemitischen Weltanschauung der NSDAP durch das ganze Arsenal anderer antidemokratischer, alt- und jungkonservativer Elemente politischen Denkens, die in der geistigen Kultur der deutschen bürgerlichen Gesellschaft schon seit langem verankert waren und die nun, im Zuge der Entwicklung der NSDAP zur Sammlungsbewegung der nationalen Opposition, von ihr adaptiert wurden.

Erst jetzt – ab 1929/30 – wurde die Frage nach den Gründen des Integrationsverlusts und Machtvakuum des bestehenden Systems der politischen Parteien und Interessenorganisationen zur brennenden Hauptfrage. Jetzt erst erweiterte sich das Problem der sozialpsychologischen Motivationen des NS zum Problem der Soziologie der nationalsozialistischen Massenbewegung.

So nötig es ist, das Phänomen des NS-Aktivismus auch gerade unter dem Gesichtspunkt charakterologischer Deformation und gruppenmoralischen Zerfalls zu betrachten, so wenig genügt dieser Gesichtspunkt, wenn es um die Erklärung geht, warum am 14. September 1930 über sechs Millionen und am 31.7. 1932 über 12 Millionen Wähler Hitler ihre Stimme gaben. Je größer die Bewegung wurde, je mehr sie aus dem Ghetto der kleinen rechtsextremistischen Radikalpartei herausgelangte, je mehr honorige Bürger auf lokaler Ebene ihr beitraten und angesehene Staatsmänner, Wirtschaftsführer und geistige Wortführer auf nationaler Ebene ihr Wohlwollen für die NS-Bewegung erkennen ließen, sich für ihre Regierungsbeteiligung einsetzten, um so weniger läßt sich auch die Motivation der Millionen von Hitler-Wählern nur an der Amoralität und Inhumanität der zwar nicht verborgenen, aber in dieser Phase auch wirkungsvoll verschleierte Kernbestände der völkisch-antisemitischen Weltanschauung des NS und an der Brutalität einzelner SA-Aktivisten bemessen.

Gerade in dieser Phase wandelte sich mit der volksparteilichen Ausweitung und veränderten Zusammensetzung in vieler Hinsicht auch das Bild der NSDAP. Neben dem großstädtischen Rabaukentum der SA gab es – in der ländlich-kleinstädtischen evangelischen Provinz – die „fromme“ SA, die – so in Thüringen, Franken oder im Oldenburgischen – in Uniform geschlossen am Gottesdienst teilnahm. In Verbindung mit der Bewegung der „Deutschen Christen“ entstand der neue politische Sozialtypus des evangelischen SA-Pfarrers. Hans Schemm, der wirkungsvolle Gauredner und Gauleiter der Bayerischen Ostmark, bemühte sich virtuos gegenüber der zugleich kirchentreuen und traditionell national eingestellten Bevölkerung seines fränkischen

Gaugebietes, Kreuz und Hakenkreuz, Christus und Hitler, in Einklang zu bringen¹².

SA und SS, im katholischen Rheinland als ideologische Avantgarde des atheistischen NS-Heidentums von Bischöfen und Pfarrern stigmatisiert, gewannen in Ostpreußen als Hilfsorganisation des militärischen Grenzschutzes nationales Prestige und zogen die Söhne von armen Kleinbauern wegen ihres feudalen „Image“ (Reiter-SS) besonders an. In denselben Städten, in denen die SA Exzesse der politischen Kriminalität vom Zaun brach, eroberte sie sich mit ihren „Gulaschkanonen“ und öffentlichen Garküchen für Fürsorgeempfänger die Sympathie der Ärmsten und zugleich die kollegiale Anerkennung der „Inneren Mission“ und katholischen „Caritas“¹³.

Daß der größte Teil dieser Image-Aufpolierung propagandistisch bewußt eingesetzt wurde, ist nicht zweifelhaft. Aber das war den Zeitgenossen oft nicht ohne weiteres erkennbar.

Der Prozeß der Salonfähigmachung der NSDAP läßt sich auch wahlsoziologisch nachweisen. Die Partei des Kleinbürgertums, des evangelischen Bauerntums und unteren Mittelstandes, als die sich die NSDAP nach 1930 überwiegend darstellte, gewann bei den Landtags- und Reichstagswahlen 1931/32 zunehmend Anhang auch in gutbürgerlichen Schichten und Stadtvierteln, unter Beamten, Akademikern, Freien Berufen¹⁴; sie wurde, bei gleichzeitig erheblichem Zulauf auch aus der noch handwerklich orientierten oder besser situierten Arbeiterschaft außerhalb der Großindustrie, in zunehmendem Maße getragen von demselben justemilieu der ganzen bürgerlichen Gesellschaft im evangelischen Teil Deutschlands, das schon seit der bismarckisch-wilhelminischen Zeit die politische Kultur des deutschen Nationalstaates vorrangig bestimmt hatte, keineswegs nur von den Unterschichten des Mittelstandes. Und es war, wie Walter Dirks in dem zitierten Artikel mit Recht voraussagte, nur noch eine Frage der Zeit, bis auch die Resistenz der kirchentreuen mittelständischen und bäuerlichen *katholischen* Bevölkerung zusammenbrechen würde, die Zentrum und BVP fast einzig noch aus religionspolitischen Gründen gegen den NS aufrechtzuerhalten vermochten. Anzeichen dafür gab es spätestens schon bei der Reichstagswahl vom 5. März 1933. Die internen Stimmungsberichte aus der frühen NS-Zeit zeigen aber, daß dieser Prozeß im wesentlichen erst kurz danach – vor allem aufgrund der regimetreuen Kundgebungen der deutschen Bischöfe im Frühjahr 1933 und aufgrund des Konkordats im Sommer 1933 – massiv einsetzte.

¹² Vgl. dazu meinen eigenen Beitrag in der Reihe „Bayern in der NS-Zeit“, Bd. 1, hrsg. von Martin Broszat, Elke Fröhlich, Falk Wiesemann, München/Wien 1977, zur Einführung der Dokumentation über die evangelischen Kirchengemeinden Frankens vor und nach 1933 sowie die dort angeführte Literatur.

¹³ Die Studien zur Lokal- und Regionalgeschichte der NSDAP enthalten vielerlei Hinweise zu den hier nur skizzierten Erscheinungen. Hinzuweisen ist insbesondere auf die unter diesem Gesichtspunkt immer noch besonders bemerkenswerte Studie von William Sheridan Allen, *The Nazi Seizure of Power. The Experience of a Single German Town 1930–1935*, Chicago 1965.

¹⁴ Dazu neuerdings Richard F. Hamilton, *Who voted for Hitler?* Princeton University Press 1982. Übereinstimmende Anhaltspunkte dafür u. a. auch bei Gerhard Hetzer, *Industriestadt Augsburg. Eine Sozialgeschichte der Arbeiteropposition*, in: *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. III, München 1981, insbes. S. 70 ff.

Ich habe mit diesen Bemerkungen weit vorgegriffen, um den allgemeinen Rahmen der Veränderung der Zusammensetzung und des sozialen Prestiges der NS-Bewegung in den Jahren zwischen 1930 und 1933 zu charakterisieren. In diesem Zusammenhang bedarf aber vor allem die Aufsaugung so vieler verschiedener Interessenpotentiale durch die NS-Bewegung in jener Phase näherer Betrachtung. Aus den Ergebnissen der vorliegenden regional- und verbandsgeschichtlichen Untersuchungen über den Aufstieg der NSDAP seit 1929/30 ergibt sich, daß es sich hierbei um einen vielgestaltigen Prozeß handelte, der mit Begriffen wie „Radikalisierung“ und „Massenmobilisation“ eher oberflächlich als erhellend umschrieben ist.

Bei der Vertiefung in die regionalen politisch-kulturellen und sozialen Milieus wird z.B. deutlich, wie unterschiedlich auf provinzieller und lokaler Ebene die soziologisch-weltanschauliche „Struktur“ des „Liberalismus“ aussah, den die NSDAP „erbte“, und welche Affinitäten ihre Machtübernahme hier schon präjudiziert hatten. Das gilt für die aus der liberalen Tradition im katholischen Süden und Westen Deutschlands hervorgegangenen Bauernvereine und -parteien ebenso wie für regionale Positionen der Demokratischen Partei im kleingewerblichen Handwerk (etwa Schleswig-Holsteins) oder die starke Stellung liberaler Angestellten-Gewerkschaften in manchen Städten (etwa Hamburgs). Völkisch-antisemitische, antisozialistische, antiklerikale Elemente in dieser oder jener Dosierung und Kombination hatten hier schon vor der Aufsaugung durch den Nationalsozialismus eine nicht geringe Rolle gespielt und ihr vorgearbeitet. Die Bindung an den politischen Liberalismus war oft mehr *historisch* in der Landestradiation (in Schleswig-Holstein z. B. aus der Wendung gegen die preußische Bevormundung) oder aus früherer interessenpolitischer Frontstellung (gegen konservative Großagrarier, den katholischen Klerus, unternehmerischen Patriarchalismus) begründet, hatte schon lange an Bedeutung verloren und die Hinwendung zu reinen Interessenparteien begünstigt, die das Zwischenglied zwischen liberaler Tradition und späterer nationalsozialistischer Aufsaugung bildeten.

Regionalstudien, die sich mit diesem Vorgang nicht nur aus der engeren Perspektive der NS-Organisation und -Agitation befaßt haben, sondern den ganzen „Kontext“ der sozial-wirtschaftlichen und sozial-kulturellen Struktur, der Veränderungen sowohl der interessenpolitischen wie der parteipolitischen Landschaft und politisch-ideologischen „Atmosphäre“ dabei einbezogen haben, wie die noch immer muster-gültige Arbeit Rudolf Heberles über Schleswig-Holstein¹⁵, zeigen sehr deutlich, wie wenig „dramatisch“, nur scheinbar plötzlich der Massenerfolg der NSDAP dabei war. Diese übernahm oft nur und vermochte relativ leicht und schnell zusammenzufassen, was – zersplittert, aber in großer Breite – als ideologisch-politisches und interessenpolitisches Potential schon längst vorgeformt war.

Unmittelbare Anknüpfungspunkte für die NSDAP waren in Schleswig-Holstein vor allem die Bauernvereine, die sich hier wie anderswo im agrarischen Nordosten vom beherrschenden Einfluß des großagrarischen Konservatismus (DNVP, Land-

¹⁵ Rudolf Heberle, *Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918–1932*, Stuttgart 1963.

bund) ebenso freizumachen versucht hatten wie die in Schleswig-Holstein lange Zeit von der Demokratischen Partei vertretenen Kleinbürger vom nationalliberalen oder konservativen bürgerlichen Establishment (DVP/DNVP); schließlich auch die seit 1928 vorangegangenen vergeblichen Versuche, die interessenpolitische Zersplitterung des Landvolkes zu überwinden, begleitet von spektakulären Bauerndemonstrationen und Bauernunruhen, die die Atmosphäre entsprechend erhitzt hatten. Die NSDAP konnte so binnen kurzem das ganze, bisher frustrierte Potential bäuerlicher (wie mittelständischer) Interessenvertretung in Schleswig-Holstein aufsaugen. Steckengebliebene interessenpolitische Emanzipationsversuche von Bauern und Mittelständlern wurden unter diesen Umständen während der weitertreibenden Wirtschaftskrise eine schnelle Beute des Nationalsozialismus und seiner überlegenen Organisationsstärke.

Vergegenwärtigt man sich, daß die schleswig-holsteinischen Bauernvereine, die dort interessenpolitisch, organisatorisch und personell 1929/30 den wichtigsten Einstieg für die NSDAP bildeten, vorher durchaus – und im Gegensatz zum großagrarisches, DNVP-hörigen „Landbund“ – ein positives Verhältnis zur Weimarer Verfassung gehabt hatten, so wird auch deutlich, daß die sich während der Wirtschaftskrise vollziehenden parteipolitischen Umschichtungen in der deutschen Gesellschaft nicht einfach und generell nur auf antidemokratische ideologische Traditionen zurückzuführen sind. Gerade in bezug auf den Mittelstand und das Bauernum entsteht der Eindruck, daß soziale und politische Emanzipationsbewegungen, die in mancher Hinsicht durchaus auf dem Wege zur Demokratie oder zu genossenschaftlichen Formen eigenständiger Interessenvertretung waren, dabei aber durch die traditionell übermächtigen konservativen großagrarisches oder großkapitalistischen Interessen und Meinungsführer stark behindert waren, sich deshalb aufgaben und auf die entschlosseneren Machtorganisation der NSDAP setzten. Nicht zuletzt das Pseudodemokratisch-Populistische der NSDAP zog Massen von Bauern und Kleinbürgern an: Die nationalsozialistische Version der Volksgemeinschaft war vom Demokratie-Ideal, wie Bauern und Mittelständler es vorher verstanden hatten, nicht so weit entfernt. So kommt auch Rudolf Heberle in seiner Studie zu dem Schluß, daß „der radikale Parteiwechsel zahlreicher Wähler“ in Schleswig-Holstein „keineswegs einen solchen Bruch mit ihrer bisherigen Einstellung“ bedeutete, „wie es scheinen mochte“. Der „Übergang zur NSDAP stellte vielmehr oft nur den letzten Schritt einer lange angebahnten Loslösung von der politischen Gedankenwelt des demokratischen Liberalismus dar, in dem man früher einen Weg zur Volksgemeinschaft gesehen hatte“¹⁶.

Auch für das agrarisch-katholische Süddeutschland lassen sich ähnliche Kontinuitäten zwischen der NSDAP und den bis ins 19. Jahrhundert zurückgehenden, ursprünglich liberalen Bauernvereinen und -verbänden deutlich aufweisen. Auch hier beruhte der Massenerfolg der NSDAP auf dem Lande in den Jahren 1930–1932 vor allem darauf, daß sie das Image einer entschlossenen agrarpolitischen Partei erwarb, daß sie personell und organisatorisch an die bäuerlichen interessenpolitischen Orga-

¹⁶ Vgl. Heberle, S. 150.

nisationen anknüpfen und mit der Potenz ihrer Massenbewegung die Erfüllung des in der Krise angewachsenen Bedürfnisses nach dem Schutz bäuerlicher Interessen glaubwürdiger zu machen wußte. Eine Fallstudie, die für den schwäbisch-bayerischen Kreis Günzburg dieser Frage nachgegangen ist¹⁷, kommt zu dem Ergebnis: Obwohl die NSDAP nicht als Standespartei, sondern „als Partei der Volksgemeinschaft“ auftrat, wählte spätestens 1932 „eine breite bäuerliche Wählerschaft primär aus interessenpolitischen Motiven NSDAP“, und das „aktive Engagement angesehenen und anerkannter Bauernführer in der Partei“ schuf „die entscheidende Voraussetzung für die Erfolge bei der bäuerlichen Wählerschaft“.

Die Empfindung ungenügender Repräsentation durch die bisherigen Parteien und Interessenorganisationen, von der die NSDAP so sehr profitierte, weil sich in der Krise das Bewußtsein dieses Ungenügens verschärfte, spielte im Bereich des städtischen Mittelstandes selbst in einer Stadt wie Hamburg mit relativ gefestigter demokratischer Tradition und relativ stabilen Regierungsverhältnissen eine erhebliche Rolle. Das hat die vor kurzem veröffentlichte Untersuchung Ursula Büttners eindrucksvoll dokumentiert¹⁸. Ihre Studie und z. B. auch die Peter Wulfs¹⁹ über die handwerkliche Interessenorganisation in Schleswig-Holstein machen vor allem deutlich, daß der Prozeß des nationalsozialistischen Eindringens in mittelständische Interessenorganisationen in aller Regel verbunden war mit einer Ablösung der alten Verbandseliten durch jüngere und bisher unterrepräsentierte Teile der jeweiligen Interessengruppen (etwa des Landhandwerks in den schleswig-holsteinischen Handwerksverbänden).

Hier wird die andere, die sozial-emanzipatorische Seite der Loslösung von bisher maßgeblichen sozialen Autoritäten sichtbar, die wir an anderer Stelle unter dem Gesichtspunkt des „Moralischen“ behandelten. Der Massenzug zur NSDAP aus der bäuerlichen Bevölkerung wie aus dem alten und neuen Mittelstand war nicht nur durch ideologisch-politische Radikalisierung bestimmt, nicht nur durch die von H. A. Winkler, Martin Schumacher u. a. vor allem im Hinblick auf Handwerk, Kleinhandel, Hausbesitzer u. a. mit Recht herausgestellte verschärfte Frontstellung gegen die Sozialpolitik und die angebliche Vergewerkschaftung der Weimarer Republik²⁰, die kurz vor Beginn der Krise noch einige bedeutende sozialpolitische Neuerungen (Arbeitslosenversicherung u. a.) auf den Weg gebracht hatte. Dieser Massenzug war *auch* motiviert durch gesellschaftliche Kräfte innerhalb der bäuerlichen und mittelständischen Sozialgruppen, die auf stärkere Partizipation und Repräsentation

¹⁷ Zdenek Zofka, Die Ausbreitung des Nationalsozialismus auf dem Lande. Eine regionale Fallstudie zur politischen Einstellung der Landbevölkerung in der Zeit des Aufstiegs und der Machtergreifung der NSDAP 1928–1936, in: Neue Schriftenreihe des Stadtarchivs München 1979. Das folgende Zitat S. 115 ff.

¹⁸ Ursula Büttner, Hamburg in der Staats- und Wirtschaftskrise 1928–1931, Hamburg 1982.

¹⁹ Peter Wulf, Die politische Haltung des schleswig-holsteinischen Handwerks 1928–1932, Köln/Opladen 1969.

²⁰ Vgl. vor allem Heinrich August Winkler, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972, und Martin Schumacher, Mittelstandsfrente und Republik. Die Wirtschaftspartei, Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1919–1933, Düsseldorf 1972.

drängten. Es ging dabei auch um den Abbau des elitären Honoratiorengefüges im mittelständischen und bäuerlichen Verbandswesen. Ganz allgemein gesprochen: um mehr Volksnähe, mehr soziale Verjüngung, an der es unter den Bedingungen der Republik, nicht zuletzt infolge der Beharrungskraft obrigkeitlicher und sozialeitärer Strukturen, gefehlt hatte. Die populistische Aggressivität der NS-Bewegung richtete sich gegen Verkrustungen im mittelständischen oder bäuerlichen Verbandswesen wie gegen die obrigkeitliche Volksferne der – auch deshalb von den Deutschen Christen angegriffenen – evangelischen Amtskirche, gegen die Beharrungskraft ständischer Gliederungen im bürgerlichen kleinstädtischen Vereinswesen wie gegen das Juristenmonopol in der Verwaltung, den Formalismus der Bürokratie oder die ungenügende Berücksichtigung „gesunden Volksempfindens“ in Gesetzen oder Gerichtsurteilen. Mit der Verve vielfältiger, populärer Aggressivität, mit dem ganzen Arsenal von Erneuerungs- und Jugendpathos, das die NS-Bewegung auf den verschiedenen Ebenen der Politik und in den verschiedenen Milieus und Sektoren der Gesellschaft entfaltete, wurden zweifellos manche tatsächliche Immobilitäten der deutschen Gesellschaft angesprochen.

Nicht zuletzt dieser Schub sozialer Proteststimmung gab vor allem bei der jungen Generation während der Wirtschaftskrise der Massenbewegung des Nationalsozialismus Auftrieb. Zur Ambivalenz der NS-Bewegung, zur Gegenläufigkeit von ideologischer Projektion und sozialer Motivation, gehörte es ja gerade, daß die Hitlerbewegung psychologisch wirkungsvoll eine neue soziale und nationale Bindung versprach, mit der Aggressivität ihrer Agitation und Kampfbewegung aber gerade die weitere Auflösung der ohnehin z. T. schon brüchigen Legitimationskraft bestehender sozialer Instanzen betrieb.

So gesehen war auch die Volksgemeinschafts-Parole, zweifellos das wirksamste Element der NS-Propaganda, nicht nur wirklichkeitsfremde Utopie einer Aufhebung sozialer Klassengegensätze, nicht nur restaurativer Rückgriff auf geschichtlich vergangene ständische Ordnungen, sondern zugleich auch Aufruf zur Überwindung der Relikte vorbürgerlicher, vorindustrieller sozialer Hierarchien und Normen, Aufruf zur Bildung einer modernen, mobilen bürgerlich-nationalen Massengesellschaft.

Gerade dieser Modernitäts- und Mobilisationsappeal der NS-Bewegung war für die Jüngeren das eigentlich Attraktive an ihr, wohl ebenso zugkräftig wie die Verheißung des nationalen Wiederaufstiegs. Vor allem deswegen, und nicht wegen der völkischen oder sozialkonservativen Elemente ihres obsoleten 25-Punkte-Programms aus dem Jahre 1920, sprach sie so viele junge und bewegliche Elemente aus den bäuerlichen und kleinbürgerlichen Schichten an, unter den Angestellten und Studenten, unter den jungen Ingenieuren und anderen technischen Berufen. Ohne so viele erfinderische, innovationsfähige, leistungskräftige, auf Effizienz bedachte Kräfte aus dem bürgerlichen Mittelstand, ohne ihren aufgestauten Drang, sich gegen die Vorherrschaft der „Alten“ in den Parteien und gesellschaftlichen Organisationen zu verwirklichen, aus den Normen des Althergebrachten in Familie, Religionsgemeinschaft, Schule und Beruf auszubrechen, wäre die Energie der neuen Eliten der NS-Bewegung und des späteren Dritten Reiches schlechterdings nicht zu verstehen. Die sozial

gestrandeten Existenzen, die Desperados, die bloß agitatorischen Großsprecher oder unpraktischen Ideologen machten nur einen Teil dieser neuen Elite aus, wenn sie auch unter der alten Garde der politischen Hoheitsträger der Partei, bei den Ortsgruppen-, Kreis- und Gauleitern, auch nach 1933 noch häufig anzutreffen waren. Aber nicht dieser Typus war im Dritten Reich gesamtgesellschaftlich bahnbrechend, im Gegenteil: Die während des ganzen Dritten Reiches anhaltende populäre Kritik am Bonzentum der Partei²¹ richtete sich gerade gegen diesen Typus. Seine Auffälligkeit und auch die Tatsache, daß Hitler vielen solcher Alten Kämpfer, trotz ihrer Unbrauchbarkeit für die veränderten Aufgaben rationaler Herrschaftsorganisation, bis zum Schluß die Treue hielt, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die NS-Bewegung doch gleichzeitig den Schub einer außerordentlich kompetenten neuen Elite vom Typ Reinhard Heydrich, Wilhelm Stuckart oder Albert Speer zuwege brachte, um nur einige wenige Namen zu nennen. Die ideologische Bindung bei diesen aufstrebenden jungen Fachleuten, meist auch fähigen Technologen der Macht, war meist ziemlich schwach, um so stärker das Motiv und Bewußtsein, unter den unkonventionellen Bedingungen des neuen Regimes schneller als in der sozial verkrusteten Gesellschaft der Weimarer Republik Karriere machen, die eigenen Fähigkeiten entfalten und hochfliegenden Ehrgeiz befriedigen zu können.

In diesem Zusammenhang muß auch die für das NS-Regime und besonders auch für Hitler selbst so charakteristische Bejahung des sozial-darwinistischen Prinzips der natürlichen Auslese der Besten und Tüchtigsten durch ständigen Kampf gesehen werden. Wenn dieses Prinzip auch mit rassistischer Begründung versehen wurde, so implizierte es doch zugleich eine neue Legitimation und zugleich auch Brutalisierung des liberalistisch-frühkapitalistischen Grundsatzes der leistungsfördernden Wirkung ungehemmter Konkurrenz. Nicht zuletzt mit Hilfe der neuen nationalsozialistischen Legitimation und Prämierung des Konkurrenz- und Effizienzprinzips versuchte die NS-Führung eine Umfunktionierung der überkommenen bürgerlichen Gesellschaft zu einer moralisch freigesetzten Leistungsgesellschaft. Es waren nicht nur der Hitler-Mythos und der nationale Volksgemeinschaftsappeal, die die schon bald nach Hitlers Machtübernahme wahrzunehmende Veränderung der sozialen Atmosphäre, die plötzlich ins Kraut schießende Bereitschaft zur Integration und Überintegration erzeugten. Vor allem in der jüngeren Generation, die in der Folgezeit durch die Erziehung des Dritten Reiches ging, wirkte dabei auch das Gefühl mit, daß man – ganz abgesehen vom Politischen und Ideologischen – in sozialer Hinsicht in einer offeneren, beweglicheren Gesellschaft lebte als vor 1933. Das mit seinen Massenorganisationen in die Gesellschaft hereinragende politische System untergrub an den verschiedensten Stellen dieser Gesellschaft traditionelle soziale Instanzen und ihre Meinungsführerrolle. Der Volksschullehrer in der katholischen Provinz erhielt von der Partei Unterstützung in dem Bestreben, sich von der traditionellen Bevormundung durch den Dorfgeistlichen und von der auf dem Lande oft noch immer praktizierten geistlichen

²¹ Vgl. dazu Ian Kershaw, *Der Hitler-Mythos. Volksmeinung und Propaganda im Dritten Reich*, Stuttgart 1980.

Schulaufsicht zu lösen. Hitlerjugend und Bund Deutscher Mädchen transportierten das Prinzip der Jugendaufonomie ohne Erwachsenenaufsicht und größerer jugendlicher Freizügigkeit in die entlegenste Provinz. Die durch die HJ-Erziehung gegangenen jungen Leutnants und Oberleutnants der Wehrmacht brachten außer Hitler-Begeisterung auch neuen Schwung und eine neue egalitäre Tendenz in den alten Kastengeist des Offizierskorps. Und so sehr in den Betrieben die echte Mitbestimmung der Arbeiterschaft verkümmert war, so wenig konnte es sich ein Unternehmer im Dritten Reich doch leisten, in altpatriarchalischer Weise seine Angestellten und Arbeiter mit Fußtritten oder ehrenrührigen Schimpfworten zu traktieren. In diesen äußerlichen, aber sozialpsychologisch nicht unwirksamen Verhältnissen zumindest sorgten die Arbeitsfront und die neuingesetzten sozialen Ehrengerichte für einen Prestigeschutz der Arbeitnehmer²².

So wenig die sozial-konservativen Erwartungen des alten Mittelstandes durch die NS-Herrschaft erfüllt wurden, so sehr fand das mobile Element des neuen Mittelstandes, der Angestellten, Handlungsgehilfen und jungen Akademiker, entweder unmittelbar in den Massen- und Fachorganisationen der NSDAP oder infolge des Einflusses dieser Organisationen in öffentlichen Einrichtungen und staatlichen Verwaltungen des Dritten Reiches eine neue Betätigungs- und Karriere-Möglichkeit. Das deutliche zahlenmäßige Ansteigen der Sozialgruppe „Öffentlicher Dienst“ im Dritten Reich verweist auf diese Mobilität.

Man wird dies alles in seiner Wirkung nicht überschätzen dürfen. Sozial-konservative Resistenzkräfte blieben auch in der NS-Zeit noch stark. Unter dem Gesichtspunkt der sozialen Mobilisation und der wenigstens bewußtseinsmäßigen Egalisierung läßt sich die These Ralf Dahrendorfs von der gewaltsam modernisierenden Wirkung des NS aber schwerlich bestreiten. Zwischen der gesteigerten sozialen Mobilität und der gesteigerten Einsatzbereitschaft, die das Regime zu induzieren wußte, bestand ein offenkundiger Zusammenhang. Unter den Rahmenbedingungen der ständigen Predigt von der nationalen Volksgemeinschaft entwickelte sich eine neue Stufe, eine Art Kriegsmobilisation der bürgerlichen Leistungsgesellschaft schon vor 1939, wurden unternehmerische Durchsetzungsfähigkeit nicht nur in der Industrie, sondern sozusagen auf allen Ebenen des politischen Systems und der Gesellschaft ermuntert und honoriert. Der Nationalsozialismus, anfänglich stimuliert von zahlreichen kleinbürgerlichen sozialen Ängsten und kulturkritischen Ressentiments, förderte in seiner gesellschaftlichen Praxis schließlich gerade die weitere Auflösung traditioneller sozial-moralischer Bindungen, ließ der Entfesselung der Massengesellschaft freien Lauf. Das gilt auch für den neuen Stil der politisch-gesellschaftlichen Massenreklame, die sensitive Berücksichtigung und Erforschung von Massenstimmungen, ebenso z. B. für die in der NS-Zeit hochentwickelte Technik der Betriebspsychologie oder die organisierte Massenfreizeitgestaltung.

²² Es scheint mir bezeichnend, daß die Mehrzahl der bekanntlich in erster Linie gegen unsoziale Betriebsführer durchgeführten Verfahren vor den sozialen Ehrengerichten im Dritten Reich, die abgedruckt sind in der sog. Bensheimer Sammlung, sich auf solche Fälle altpatriarchalischen Verhaltens meist von kleinen und mittleren Unternehmern beziehen.

Die in bezug auf konstruktive Gesellschaftsprogrammatik letzten Endes inhaltslose oder verlogene NS-Weltanschauung und Propaganda förderte diesen Prozeß. Sie bewirkte, daß fast alle überkommenen sozialen Normen freigegeben und zur Disposition gestellt wurden. Und wenn die doktrinäre Rassenlehre von der Mehrheit der Bevölkerung auch nicht wörtlich genommen wurde, so trug sie doch zweifellos dazu bei, die moralischen und kulturellen Hemmungen abzubauen, die aus christlicher oder aufklärerisch-humanistischer (vorindustrieller) Tradition der Herrschaft des reinen Zweck- und Effizienzdenkens in einer entfesselten national-egoistischen bürgerlichen Massengesellschaft entgegenstanden. Wenn von sozialer Modernisierung durch den NS gesprochen werden kann, so heißt das deshalb auch nicht unbedingt „Fortschritt“ oder, altertümlich gesprochen, Beförderung des gesellschaftlichen *bonum commune*. Bestand ohnehin schon, verglichen mit den westlichen Industrienationen, die besondere historische Hypothek der Entfaltung der bürgerlich-industriellen Gesellschaft in Deutschland darin, daß ihr keine genügend lange, keine genügend ausgereifte Tradition und Kultur des Humanismus und der Aufklärung vorangegangen waren, so bewirkte der Nationalsozialismus, unter Anknüpfung an den breiten Strom der anti-westlichen deutschen Nationalideologie, daß die ohnehin schwache humanistische Grundlage der deutschen bürgerlich-industriellen Erwerbs- und Effizienzgesellschaft noch weiterhin zersetzt wurde. Das ist die andere Seite der „offenen Gesellschaft“, die der Nationalsozialismus förderte.

3.

Zum Schluß dieser Überlegungen soll noch ein weiterer Aspekt herausgearbeitet werden, der mir wesentlich erscheint: Die Raffinesse, technische Modernität und Suggestivität der NS-Massenpropaganda vermochte eine starke emotionale Stimmung aufzurufen und konnte sich dabei auf beträchtliche soziale Schub- und Bewegungskräfte stützen. Das so erzielte Engagement der Massenwähler war aber nicht unbedingt stabil, nicht sehr belastbar. Im Gegensatz zu dem „harten Kern“ der NS-Aktivisten, die ihre bürgerliche Existenz weitgehend hingeworfen und sich der Hitler-Bewegung ganz verschrieben hatten, waren die Millionen Wähler, die die immer mehr mittelständische, „bürgerliche“ Massenbasis der NSDAP ausmachten, keineswegs so ohne weiteres gewillt, ihre elementaren Interessen aufzugeben. Ihr Engagement für die Hitler-Partei war nicht unbedingt. Das zeigt sich deutlich auch daran, daß das Verhältnis von Mitglieder- und Wählerschaft der NSDAP bis 1933 weit auseinander lag. Nicht organisierte, arbeitslose oder dem Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband angehörende Angestellte tendierten seit 1930/31 zwar überwiegend dazu, die NSDAP zu wählen, nachdem der sozial-reaktionäre Kurs der DNVP unter Hugenberg's Leitung sie mehr und mehr von dieser Partei abgestoßen hatte, sie waren aber nur in geringem Maße bereit, der NSDAP auch als Mitglieder beizutreten oder gar die Ziele der NS-Gruppen in den Angestellten-Verbänden aktiv zu unterstützen²³.

²³ Ursula Büttner, insbesondere S. 310–327.

Die Millionen von Wählern, die Hitler in den Jahren 1930–1933 zuströmten, bildeten keineswegs eine kompakte, geschweige denn eine einheitlich und intensiv indoktrinierte Masse. Wenn Hitler sie in den Großkundgebungen des Jahres 1932 fesseln wollte, konnte ihm dies nur gelingen, wenn er für ihre Motive, Empfindungen und Wünsche den größtmöglichen gemeinsamen Nenner fand. Das bedeutete aber auch, daß die extreme Ausprägung der völkisch-antisemitischen Ideologie, die in der Frühzeit der Bewegung ihre Propaganda beherrscht hatte, ebenso zurücktreten mußte wie die auf lokaler und regionaler Ebene je nach dem konkreten Wähler-Milieu sehr viel dezidierter formulierte Programmatik. Der allgemeine Formelkompromiß der halbstündigen großen Standardreden, die Hitler während der Massenkundgebungen im Sommer 1932 immer wieder vortrug, bestand statt dessen vor allem in der Verheißung des nationalen Wiederaufstiegs und einer partei- und klassenlosen Volksgemeinschaft. „Aus Parteimenschen, aus Standes- und Klassenzugehörigen“ müssen Deutsche werden, rief Hitler in der Massenversammlung in der Dresdener Radrennbahn am 3. April 1932 vor dem zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl. „Volksdeutschland gegen Parteideutschland“ lautete die große Schlagzeile, mit der er zwei Tage später im „Völkischen Beobachter“ sein „Programm“ vorstellte. „Eine tiefe Sehnsucht ... nach Überwindung der Klassen, Parteien, Stände, Konfessionen“, so tönte Hitler in einer Massenkundgebung in Hannover am 21. Juli 1932, „erfülle Arbeiter, Bauern und Intellektuelle“. Und im Duisburger Wedau-Stadion schloß Hitler fünf Tage später seine Standardrede mit den Worten: „Einmal in Ihrem Leben vergessen Sie Ihren Beruf, vergessen Sie Ihren Stand, vergessen Sie auch Ihre Herkunft, einmal sagen Sie sich los von diesen Parteien, einmal denken Sie an das, was vor Ihnen war, denken Sie bloß an Deutschland.“²⁴

Die unbezweifelbare Suggestivität dieser Grundparole, ihre große Wirkung, beruhte gerade auf ihrer vagen Allgemeinheit. Was sich darin ausdrückte, war weniger Programm als pastorale Verheißung des bevorstehenden Endes aller Zerrissenheiten: „Deutschland“ und das „Dritte Reich“ als eschatologische Heilsbegriffe. Die Stimmungen vom August 1914 und die daran anknüpfende Literatur und Ideologie schwangen mit. Das aus vielerlei sozialen Ängsten, materiellen Nöten, individuellen Vergeblichkeiten und kulturellen Entfremdungen zusammengesetzte Pathos der Depression und Desintegration, das sich weiter Teile der deutschen Gesellschaft bemächtigt hatte, konnte sich hier glaubend, wünschend, hoffend festmachen. Eine so allgemeine Verheißung des nationalen Aufstiegs und sozialen Ausgleichs war potentiell durchaus geeignet, noch weit größere Teile der Nation anzusprechen als die 37 Prozent, die Hitler im Juli 1932 die Stimme gaben; das zeigte sich bald nach 1933.

Aber diese Grundparole, so wirksam sie war, bildete längst nicht das einzige Wirkungsmoment, das von der Hitler-Bewegung ausging. Daß Hitler in der gleichen Zeit, in der er bemüht war, die Legalität und Wohlanständigkeit seiner Bewegung werbewirksam zur Schau zu stellen, gezwungen war, auch den Aktivismus und die

²⁴ Für die vorstehenden Zitate vgl. BA/NS 26/58, (HA/NSDAP); Niedersächsischer Beobachter, 23.7.1932, und National-Zeitung, 25.7.1932.

Aggressivität der Kampforganisationen der NSDAP weiter anzufeuern, beeinträchtigte und begrenzte die Werbewirksamkeit im bürgerlichen Lager. Seine öffentliche Rückendeckung für die Potempa-Mörder im Sommer 1932, kurz nachdem er sich bei Hindenburg vergeblich um die Kanzlerschaft bemüht hatte, war ein typisches Zeichen nicht nur der moralischen Doppelbödigkeit, sondern auch der Schwierigkeit, die unterschiedlichen Kräfte der NS-Bewegung im Sinne der Machtergreifungsstrategie funktional in Übereinstimmung zu bringen. Die vielen lokalen oder interessenspezifischen Reibungen und Konflikte, die es parteiintern in dieser Phase gab, die vielen Fälle enttäuschter Abwendung von der NSDAP, nicht zuletzt wegen ihres unseriösen Radau-Stils – charakteristisch z. B. der Rücktritt des Hamburger Gauleiters Krebs im Jahr 1931 –, zeigen diese Grenzen der Massenwerbung der NSDAP ebenso wie die keineswegs sehr eindrucksvollen Erfolge nationalsozialistischer Regierungsbeteiligung, zu der es in einigen Ländern (Thüringen, Braunschweig, Oldenburg, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Strehlitz) seit 1929/30 gekommen war. Daß die Nationalsozialisten in Oldenburg z. B. – anders als im Reichsdurchschnitt – ihre Wahlerfolge vom Jahr 1931 später nicht mehr vergrößern konnten, war dafür ein Indiz²⁵. Die kritischen Zeitgenossen und Gegner, die immer wieder prognostiziert hatten, daß eine Hereinnahme der NSDAP in die Regierungsverantwortung ihre Demagogie schnell entlarven würde, hatten nicht so ganz unrecht. Vor allem auch die Novemberwahl 1932 zeigte, wie schnell es zu Stimmungseinbrüchen in dem millionenstarken NS-Wähler-Potential kommen konnte, wenn sich die ungeduldige Erwartung einer Wende und nationalsozialistischen Machteroberung nicht schnell genug erfüllte.

Die populären Stimmungs- und Willensrichtungen, auf denen sich die Massenbewegung des Nationalsozialismus aufbaute, waren nicht einfach losgelöst und längerfristig loslösbar von den materiellen Grundlagen, auf denen sie beruhten, durch Propaganda und massenpsychologische Anregung und Sensation nicht beliebig strapazierbar.

Auf die selbstgestellte Frage, warum die NS-Führung den legalen Weg des Stimmzettels eingeschlagen habe, schrieb der Kommentator der Frankfurter Zeitung am 2. 8. 1932:

„Vermutlich deshalb, weil das wogende Gefühl ihrer Anhänger immer nur Gefühl geblieben ist und weil dahinter eine reale politische Idee sich nicht hat ausbilden wollen. Die ziffernmäßige Entwicklung der Partei bezog ihren Auftrieb aus ganz anderen Ursachen als dem klaren politischen Willen ihrer Führerschaft. Das Widerspruchsvolle der durch bloße Trommeln aufgerührten Empfindungen nahm der Führung die letzte Stoßkraft ... Das Zaudern der nationalsozialistischen Führerschaft, ihre Taktik, nur auf legalem Wege vorzurücken, war eine unbewußte Selbsterkenntnis.“

In dieser liberalen Kritik, so überoptimistisch sie war, steckte doch auch eine richtige Erkenntnis. Bei der Juliwahl 1932 hatte sich gezeigt, daß Hitler mit dem Stimmzettel allein die Mehrheit und Macht nicht erreichen konnte. Die Massenresonanz, auf die

²⁵ Vgl. dazu Klaus Schaap, Die Endphase der Weimarer Republik im Freistaat Oldenburg 1928–1932, Düsseldorf 1978, S. 172 ff.

er gesetzt hatte, band ihn auch an den Legalitätskurs, war auch ein Zeichen seiner Massenabhängigkeit.

Die zahlreichen Zeugnisse über den gewaltigen Eindruck Hitlerscher Massenkundgebungen aus den Jahren bis 1932/33 können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Intensität und Stabilität der Zuwendung zur NSDAP bei den Hitler-Wählern keine festen, verlässlichen Größen waren, zumal alles, was Hitler so beschwörend verhieß, damals nur Worte waren, wenn auch sehr wirkungsvoll begleitet durch die machtvoll anschwellende Kraft und sichtbare Organisation der Bewegung.

Der auch nach der Machteinsetzung von oben bei der letzten, schon unter manchem illegalen Druck stattfindenden Wahl vom 5. März 1933 nur auf 43 Prozent gebrachte NS-Stimmenanteil war alles andere als ein vorbehaltloses Mandat. Es war allenfalls tentativ und ließ sich erst in der Folge des weiteren Machtgebrauchs, unter den Rahmenbedingungen von Staatspropaganda, Meinungsmonopol und Terror, plebiszitär substantiieren und stilisieren.

Diese plebiszitäre Machtgrundlage blieb jedoch weiterhin wichtig. Sie bedeutete aber auch, daß materielle Bedingungen geschaffen werden mußten, die überhaupt erst Voraussetzungen dafür waren, daß eine propagandistische und organisatorische Massenerfassung im Dritten Reich so erfolgreich möglich wurde.

So erstaunlich die propagandistischen Suggestivkräfte waren, die die NS-Führung nach dem Gewinn der Macht und des Meinungsmonopols noch weit wirkungsvoller einzusetzen wußte als vor 1933, so hatten sie doch auch ihre Grenzen. Die nationalsozialistische Propaganda und die nationalen Erfolge des Regimes vermochten zwar einen gewissen Konsumverzicht und in nicht wenigen Einzelfällen auch eine Hingabe individueller Interessen abzuverlangen, Extremformen pervertierten Idealismus' und blinder Gläubigkeit zu erzeugen. Insgesamt aber, in bezug auf die große Masse der deutschen Gesellschaft, waren die hypnotische Kraft der Propaganda und auch des Führers doch nicht bedingungslos wirksam. Die Bindekraft des Nationalsozialismus war wesentlich nicht rational, sondern emotional, sie ging in die Breite, aber nicht in die Tiefe. Die Aufstachelung von Sensationen, Erbaulichkeitsgefühlen und Ressentiments war ihrem Wesen nach flüchtig.

In den vielfältigen internen Berichten über die Volksstimmung im Dritten Reich kommt dies immer wieder zum Ausdruck: Große Führerreden oder Radiomeldungen über neue außenpolitische oder militärische Erfolge vermochten zwar bis in die entlegensten Dörfer Wogen des Enthusiasmus auszulösen, diese verebhten aber auch schnell. Die Probleme des Alltags schoben sich rasch wieder in den Vordergrund. Die propagandistische Vermittlung des großartigen Bildes des nationalen Geschehens erzeugte nur eine Art erbaulicher Sonntagsstimmung neben diesem Alltag, eine Art idealistischen Überbaus über der Realität und Materialität des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens. In der Tendenz gewiß totalitär, war die Wirkung der politischen Mobilisation und Integration durch das Regime doch keineswegs total.

Eine wesentliche Voraussetzung zur Erzeugung regimetreuer Stimmungen war die genügende Berücksichtigung materieller Interessen und der sozialen und zivilisatorischen Lebensgewohnheiten der Bevölkerung. In realistischer Selbsteinschät-

zung der Grenzen weltanschaulicher und politischer Manipulationsfähigkeit erkannten Hitler, Goebbels und andere Propagandisten des Dritten Reiches dies frühzeitig sehr genau. Die plebiszitäre Herrschaft des NS beruhte nicht nur auf den Eckpfeilern von Indoktrination und Terror, sondern wesentlich auch auf der Sicherung einigermaßen befriedigender Lebensbedingungen. Der überkommene Besitzstand der deutschen bürgerlichen Gesellschaft war durch Appelle an die nationale Opferbereitschaft nicht beliebig zu reduzieren. Hitler wußte sehr wohl, daß erst mit der Wiederherstellung genügender sozialer Sicherheit für die Bevölkerung, durch Beseitigung der Arbeitslosigkeit und Überwindung der Wirtschaftskrise eine dauerhaftere stimmungsmäßige Integration der Bevölkerung erreicht werden konnte. Und die sensible Berücksichtigung der elementaren Konsumbedürfnisse der Bevölkerung blieb eine Maxime des Regimes auch bei der energischen Umschaltung auf Autarkie- und Rüstungswirtschaft. Wenn es, wie 1936, zu einer ersten Krise der Fettversorgung kam, wurden deshalb vorübergehend die Prioritäten der Autarkie- und Rüstungsproduktion zurückgeschraubt und Devisen für Importe freigegeben. Oder wenn, wie im Winter 1939/40, Mißstimmungen unter der Arbeiterschaft ernsthaft zu befürchten waren, entschloß sich das Regime schnell, schon fertiggestellte Verordnungsentwürfe zur stärkeren kriegswirtschaftlichen Mehrbelastung der Arbeiterschaft ad acta zu legen.

Die imperialistischen Ziele des Regimes mußten relativ billig, ohne zu große materielle und soziale Belastungen der deutschen Bevölkerung zu haben sein. Der militärischen Blitzkrieg-Strategie, die das möglich machen sollte, entsprach eine Blitzkriegs-Wirtschaftsplanung, die mit der Mobilisation der Wirtschaft und Gesellschaft, z. B. auch bei der Wehrmächtsrekrutierung von Bauern und Facharbeitern, sehr viel vorsichtiger und zögernder verfuhr, als dies im Ersten Weltkrieg geschehen war, und der Konsumindustrie und der Versorgung der deutschen Bevölkerung auch noch in den späteren Jahren des Krieges einen relativ hohen Stand einräumte.

Aus stimmungspolitischen Gründen wurde z. B. mit dem totalen Kriegseinsatz der deutschen Frauen, auch nach Stalingrad, nie voller Ernst gemacht. Noch im Mai 1943 erklärte Hitler, wie Goebbels in seinem Tagebuch berichtet: Es dürfe „im totalen Krieg kein Krieg gegen die Frauen geführt werden“. „Sobald man die Hand nach ihrer Schönheitspflege ausstreckt, wird man sie zum Feinde haben.“²⁶ Das war nicht nur irgendeine stimmungspolitische Konzession, sondern eine Konzession an ganz bestimmte bürgerliche Bedürfnisse. Und aus solchen Gründen widersetzte sich Hitler bis in das Jahr 1944 hinein nicht nur der Schließung von Damenfriseur-Salons, sondern ebenso der Schließung von Theatern und Kinos.

Gerade auch im kulturellen Bereich und in der Unterhaltungsindustrie hatte das Dritte Reich von Anfang an nach der Verfemung bestimmter avantgardistischer und angeblich jüdischer Kunst-, Literatur-, Musik- und Filmproduktionen erhebliche Spielräume gelassen sowohl für hochstehende Darbietungen der Klassiker als auch für eine ganz unpolitische, fast weltanschauungsfreie, jedenfalls nicht im engen Sinne

²⁶ Louis P. Lochner (Hrsg.), Goebbels Tagebücher, Zürich 1948, S. 335.

indoktrinierende Unterhaltungskultur²⁷. Die Uneigentlichkeit des Anspruchs auf totalitäre weltanschauliche Erfassung und Mobilisation, der, wenn er ernstgenommen worden wäre, den gewohnten bürgerlichen Kultur- und Unterhaltungsgenuß weit stärker lahmgelegt hätte, zeigt sich gerade in der großen Bedeutung, die Hitler und auch Goebbels der kulturellen und der unterhaltsamen *Ablenkung* von den weltanschaulichen und materiellen Zumutungen des Regimes einräumten.

Die politisch-weltanschauliche Mobilisation einer bürgerlichen Gesellschaft mit hohem materiellen, sozialen und zivilisatorischen Besitzstand erforderte solche breiten Kompromisse. Sie lud aber auch ein zur Öffnung von Ventilen der Aggression und Ausbeutung nach innen und außen, um den Besitzstand zu halten oder kompensatorisch das soziale Prestige zu stärken. Auf diese sozialpsychologischen Komponenten der Herrenrasenideologie hat schon Hannah Arendt in ihrem grundlegenden Werk über die Ursprünge des Totalitarismus hingewiesen. Die neuere wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Erforschung des Zweiten Weltkrieges zeigt darüber hinaus: Nur der Export des Hungers in die von Deutschland besetzten Länder, vor allem Ost- und Südosteuropas, machte es möglich, daß die Lebensmittelversorgung der deutschen Bevölkerung während des Krieges so relativ hoch gehalten werden konnte. Nur die Ausbeutung von Millionen fremdländischer Zwangsarbeiter erlaubte es der nationalsozialistischen Führung, den Stand des Kriegsarbeitseinsatzes der deutschen Frauen unter dem Stand des Frauenarbeitseinsatzes in England zu halten. Darin erschöpft sich dieser fatale Zusammenhang aber nicht.

Weil wirklich durchgreifende gesellschaftspolitische Neuerungen in der NS-Zeit nicht erfolgten bzw. an den Resistenzkräften und Interessen der bürgerlichen Gesellschaft scheiterten, wurden die irrationale Veränderungsdynamik und Aggressivität, die in der NS-Bewegung steckten und erhalten blieben, um so mehr auf jene Gegner und Feinde abgelenkt, deren Bekämpfung, Beseitigung, ja Vernichtung gesellschaftlich, wie es schien, am wenigsten kostete, weil es sich dabei ja ohnehin um schon diskriminierte Minderheiten oder Randgruppen handelte: kommunistische Aktivisten, Juden, Erb- und Geisteskranke, sogenannte Asoziale.

Gewiß, der Antrieb zu diesen Verfolgungsmaßnahmen ging von der politischen Führung und von den Kaderorganisationen der Partei, vor allem der SS, aus, wo auch die weltanschauliche Indoktrination am stärksten war. Und die schlimmsten Formen der Verfolgung suchte man der Bevölkerung methodisch zu verbergen. Die NS-Führung hatte also offenbar selbst stärkste Zweifel, ob die volle Kenntnis der von ihr inganggesetzten Verbrechen populären Rückhalt finden würde. Aber so gänzlich unverborgen waren diese Verfolgungen doch wiederum nicht, und vor allem die antihumane Grundgesinnung, aus der sie sich herleiteten, besonders der fanatische Haß gegen die Juden, wurde von der Führung auch öffentlich bei fast jeder Gelegenheit immer wieder deutlich zum Ausdruck gebracht. Hierfür gab es also durchaus einen gesellschaftlichen Resonanzboden.

²⁷ Vgl. dazu neuerdings Hans Dietrich Schäfer, *Das gesplattene Bewußtsein. Über deutsche Kultur und Lebenswirklichkeit 1933–1945*, München/Wien 1981.

Die Entfesselung der nationalen Massengesellschaft durch den Nationalsozialismus hatte auch bestimmte egozentrische Sozialnormen, Vorurteile und Ressentiments der mittelständischen deutschen bürgerlichen Gesellschaft entfesseln helfen, hatte das moralische Wächteramt der alten sozialen Eliten und Instanzen, der Familienväter, Geistlichen, Hochschul-Lehrer und bürgerlichen Honoratioren mehr und mehr zersetzt. Statt dessen war, von der NS-Erziehung auf allen Ebenen ermuntert, die gesellschaftliche Vorherrschaft eines moralisch anspruchslosen „gesunden Volksempfindens“ entstanden, das ein dickes Polster der Empfindungslosigkeit gegenüber der Inhumanität des Regimes erzeugte.

Die Vorstellung von einer total politisierten und indoktrinierten deutschen Gesellschaft in der NS-Zeit ist ebenso falsch wie die mit dem Begriff des Hitlerismus neuerdings wieder suggerierte Vorstellung, die deutsche bürgerliche Gesellschaft sei durch das NS-Regime vollständig diktatorisch in Schach gehalten und überfremdet worden. Die Wahrheit ist peinlicher, sie liegt dazwischen.

Nur so läßt sich, scheint mir, auch die auffällig passive, apathische Haltung der großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung in den letzten Jahren des Krieges begreifen, als die Integrationskraft des Regimes schon weitgehend geschwunden war. Das Ende der gesellschaftlich „billigen“ Blitzkriegsphase beendete 1941 auch die vorangegangene hypertrophe nationale Begeisterung. Es zeigte sich, daß die jahrelange Anstachelung des nationalen Egoismus und nationaler Großmachtspekulation zwar nicht ohne Folgen, aber doch weit entfernt geblieben war von den Götterdämmerungs-Phantasien Hitlers, vom ewigen heroischen Kampf der Völker um Lebensraum. Die Parteiwerbung unter bayerischen Bauernsöhnen für eine künftige Ansiedlung im eroberten Ostraum z. B. wurde zu einem vollständigen Fiasko. Hitlers Endziele hatten mit den sehr viel zivileren Bedürfnissen der realen deutschen Gesellschaft wenig zu tun. Alle internen Meinungsberichte zeigen, daß die Friedenssehnsucht schon seit 1941/42 zum absolut beherrschenden Element der Volksstimmung wurde. Die persönlichen Belastungen und Ängste gewannen immer mehr Vorrang vor den nationalen Angelegenheiten, wenn auch das psychologische Bedürfnis nach Sinngebung für die sinnlosen Opfer der weiteren Kriegführung noch eine patriotische Rückbindung an das Regime erzeugte. In dem Maße aber, in dem mit dem Bombenkrieg und Hekatomben von Verlusten an den Fronten die fundamentale Sekurität verloren ging, die bis 1939/40 die Grundlage der leichtfertigen nationalen Euphorie gebildet hatte, geriet das Regime in eine unaufhaltsame Legitimationskrise, die nur noch durch vermehrten Polizeiterror kompensiert werden konnte. Das Ende seiner positiven Mobilisationsfähigkeit war mit Stalingrad erreicht. Seitdem begann der innere Rückzug der deutschen bürgerlichen Gesellschaft aus dem Dritten Reich. In den Trümmern der Großstädte und den Ausweichquartieren der Bombengeschädigten und Evakuierten wurde die Politisierung und Ideologisierung der vorangegangenen Jahre schnell abgestreift. Es bauten sich schon die Normen und Verhaltensweisen der unpolitischen, individualistischen deutschen Nachkriegsgesellschaft auf. Die suggestive Wirkung des Nationalsozialismus, die stets mehr in emotionalem Aufruhr als in weltanschaulicher Überzeugung bestanden hatte, blätterte schnell ab. Aber es gab,

von einzelnen, begrenzten Gruppen abgesehen, bis zum Schluß auch kaum nennenswerte Sabotage, kaum breiten Resonanzboden für aktiven Widerstand, obwohl die aus den Fugen gehende Ordnung des Regimes in der letzten Phase des Dritten Reiches dafür mancherlei Freiräume, trotz des massiv gesteigerten Terrors, geboten hätte. Mit dem patriotischen Durchhaltewillen allein ist dies wohl nicht zu erklären. Hier spielte offenbar auch das Bewußtsein herein, daß man mitverantwortlich hineinverwickelt gewesen war in die Exzesse und Verbrechen des Regimes. Das apathische Weitermachen bis zum Schluß war auch unbewußtes Eingeständnis des Zusammenhangs von gesellschaftlicher und moralischer Entfesselung in der NS-Zeit.

Die Mobilisation durch den Nationalsozialismus und die unmittelbaren Kriegsfolgen zersetzten oder beseitigten viele alte Strukturen der deutschen Gesellschaft: antimodernistische Resistenzkräfte ebenso wie die Glaubwürdigkeit alter sozialer Instanzen und Normen. Das war eine Chance und eine belastende neue Hypothek zugleich.

ANDREAS DORPALEN

SPD UND KPD IN DER ENDPHASE DER WEIMARER REPUBLIK*

Die Rolle der SPD und der KPD in der Endphase der Weimarer Republik ist vielfach Gegenstand historischer Untersuchungen gewesen. Wenn dieses Thema hier nochmals aufgegriffen wird, so geschieht dies unter Aspekten, die neue Einblicke in das Verhältnis der beiden Parteien in den Jahren 1930–1933 vermitteln können.

Zunächst sind in den bisherigen Arbeiten Sozialdemokratie und Kommunismus fast immer getrennt voneinander behandelt worden¹, so daß eine Analyse beider Bewegungen in ihrem dialektischen Gegenspiel nützlich erscheint. Darüber hinaus sind in den letzten Jahren eine Reihe von Untersuchungen erschienen, die bisher noch wenig in die allgemeine Diskussion des hier zu behandelnden Problemkomplexes eingegangen sind. Dazu gehören die Untersuchungen der DDR-Historiker zur Rolle der beiden Parteien beim Untergang der Weimarer Republik² und eine Reihe von Arbeiten westdeutscher, z.T. marxistischer Historiker zu diesem Thema³. Außerdem

* Bei der Sammlung einschlägigen Materials hatte ich die freundliche Unterstützung des Bundesarchivs (BA), des Hauptstaatsarchivs Düsseldorf, Zweigstelle Kalkum (HStA Düsseldorf [K]), Staatsarchiv Münster (StA Münster) und StA Hamburg. Das Institut für Marxismus-Leninismus, Berlin (DDR), das das KPD-Archiv besitzt, hat mir den Zugang zu diesem Archiv nicht gestattet. Einen gewissen Ersatz bietet jetzt: Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929–1933, eingel. u. bearb. von Hermann Weber, Düsseldorf 1981. The Ohio State University, Columbus, Ohio, hat meine Arbeiten durch finanzielle Unterstützung sehr erleichtert.

¹ Über die SPD s. Erich Matthias, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: ders./Rudolf Morseley (Hrsg.), Das Ende der Parteien. Darstellungen und Dokumente, Königstein Ts./Düsseldorf 1979, S. 101 ff.; Richard N. Hunt, German Social Democracy 1918–1933, New Haven/London 1964; Richard Breitman, German Socialism and Weimar Democracy Chapel Hill, N. C., 1981. Über die KPD Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, mit einer Einleitung von Hermann Weber, Frankfurt/Main 1973; Siegfried Bahne, Die KPD und das Ende von Weimar. Das Scheitern einer Politik 1932–1935, Frankfurt a. Main/New York 1976; Hermann Weber, Die Wandlung des Rechtskommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt a. Main 1969, Bd. 1; Horst Duhnke, Die KPD von 1933–1945, Köln 1972.

² Von den zahlreichen DDR-Werken seien hier nur genannt Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung (GDA), hrsg. vom Institut beim Zentralkomitee der SED, Berlin (DDR); Klassenkampf-Tradition-Sozialismus (Grundriß), hrsg. vom Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin (DDR) 1978; Wolfgang Ruge, Deutschland von 1917 bis 1933, Berlin (DDR) 1978.

³ Hannes Heer, Burgfrieden oder Klassenkampf. Zur Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaften 1930–1933, Neuwied/Berlin (West) 1971; Georg Fülberth/Jürgen Harrer, Die deutsche Sozialdemokratie 1890–1933, Darmstadt/Neuwied 1974; Bärbel Hebel-Kunze, SPD und Faschismus. Zur politischen und organisatorischen Entwicklung der SPD 1932–1935, Frankfurt a. Main 1977.

konnten noch eine Reihe bisher unausgewerteter archivalischer Bestände der KPD und der Regierungsbehörden benutzt werden, die ebenfalls neue Einblicke vermitteln.

Gleichzeitig mögen dabei auch Fragen beantwortet werden, über die nicht-marxistische Historiker bisher noch keine Einigung erzielt haben. Zu diesen Problemen gehört vor allem die jeweilige Verantwortlichkeit der KPD und der SPD für den Zusammenbruch der Republik. Einige Autoren schreiben den Kommunisten eine erhebliche Verantwortung zu⁴, andere dagegen erwähnen sie kaum, wenn überhaupt, in ihren Untersuchungen⁵. Und während heute größere Geneigtheit besteht, auch die SPD mitverantwortlich zu halten, haben einzelne Verfasser die Partei immer wieder von einer solchen Mitverantwortlichkeit freigesprochen⁶. Gerade kürzlich hat ein amerikanischer Historiker erneut festgestellt, daß es schwer sein würde, eine politische Partei zu finden, die weniger verantwortlich für das Versagen der Weimarer Republik gewesen wäre als die SPD⁷.

I

Die Problematik der KPD-Rolle berührt einen zentralen Punkt unseres Themas. Historiker, die der KPD eine erhebliche Verantwortung für den Untergang der Weimarer Republik anlasten, der SPD dagegen allenfalls beiläufig ein Verschulden zuweisen⁸, gehen von der Voraussetzung aus, daß die hinhaltende Politik der SPD grundsätzlich korrekt war. Um den Vormarsch des Nationalsozialismus aufzuhalten und den Weimarer Staat zu erhalten, hätten die Kommunisten in ihrem eigenen Interesse die Sozialdemokraten unterstützen müssen. So schreibt Horst Duhnke: „Zur Stützung der Republik, die ja auch für die Kommunisten letztlich das kleinere Übel war, hätte aber auch schon parlamentarische Tolerierung und ein Einstellen der heftigen Angriffe gegen die Sozialdemokraten genügt.“⁹ Wenn die KPD diesen Weg nicht beschritten habe, so wegen ihrer Abhängigkeit von der Komintern und von Stalin, der die Partei kaltblütig seinen machtpolitischen Interessen opferte. Der Kreuzzug der KPD gegen die SPD galt somit als die deutsche Parallele zur sowjetischen Auseinandersetzung zwischen Stalin und dem gemäßigeren Bukharin-Flügel der KPdSU; er

⁴ Weber, in Flechtheim, S. 52, 336–37; Bahne, S. 11; Duhnke, S. 17, 59.

⁵ Karl Dietrich Bracher, *Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus*, Köln/Berlin 1970, S. 185 ff. In früheren seiner Veröffentlichungen ist die kommunistische Verantwortlichkeit zwar festgestellt, aber nur beiläufig erwähnt worden (*Die Auflösung der Weimarer Republik*, Stuttgart/Düsseldorf 1955, S. 504, 711). Ähnlich Volker Hentschel, *Weimars letzte Monate. Hitler und der Untergang der Republik*, Düsseldorf 1978, S. 82–83.

⁶ Dazu Hentschel; ferner Martin Vogts Diskussionsbeitrag in: *Sozialdemokraten zwischen Klassenbewegung und Volkspartei*, hrsg. von Hans Mommsen, Frankfurt a. Main 1974, S. 147.

⁷ Breitmans eigene Ausführungen bestätigen das allerdings nicht.

⁸ Z. B. Weber, in Flechtheim, S. 55, 56; Duhnke, S. 29, 33.

⁹ Duhnke, S. 59.

sollte etwaige Sympathisanten des Bukharin-Tomsky-Rykov-Lagers bekämpfen. Erwachsen aus der Sowjet-Situation, bezog er aus ihr seine starre Kompromißlosigkeit.

Ob die von Duhnke vorgeschlagene Taktik den gewünschten Erfolg gehabt hätte, erscheint mehr als zweifelhaft angesichts der Passivität und Ratlosigkeit der SPD-Führung und der autoritären Bestrebungen Brüning und Hindenburgs und der hinter ihnen stehenden Kreise. Wesentlicher ist, daß Duhnkes Analyse den letzten Sinn der KPD-Strategie nicht erfaßt. Es ist richtig, daß diese Strategie in ihren wesentlichen Zügen von der Komintern und den innen- und außenpolitischen Interessen des Kremls bestimmt wurde¹⁰; doch dürfen diese Einflüsse, wie noch zu zeigen sein wird, auch nicht überschätzt werden. Vor allem aber bleibt eine Erklärung der KPD-Politik als bloßer Ausfluß von Komintern-Diktaten doch recht vordergründig, denn sie übersieht die ideologische Komponente der kommunistischen Strategie.

An diesem Punkt setzen nun die Untersuchungen der DDR-Historiker ein. Sie weisen darauf hin, daß in der fraglichen Zeit der Kapitalismus sich in einer tiefgreifenden strukturellen – und nicht nur zyklischen – Krise befand, die die deutsche Monopolbourgeoisie durch erhöhte Ausbeutung der Arbeiterschaft mittels einer zunehmend faschistisch-terroristischen Diktatur zu überstehen versuchte. Da aber der kapitalistische Produktionsprozeß nur durch Mitarbeit der Arbeiterklasse habe aufrecht erhalten werden können, sei die Arbeiterschaft in der Lage gewesen, durch Streiks das bereits überaus geschwächte kapitalistische System weiter zu erschüttern und schließlich durch Generalstreiks völlig zu lähmen. Am Ende wäre der Kapitalismus dann durch einen bewaffneten Aufstand gänzlich beseitigt und durch die Diktatur des Proletariats und den Sozialismus ersetzt gewesen¹¹.

Dieses Programm setzte freilich das einheitliche Vorgehen der gesamten Arbeiterschaft voraus. Wie die Dinge lagen, unterstützte jedoch nur ein Bruchteil der Arbeiter die Kommunisten. Komintern und KPD waren aber überzeugt, daß die wachsende Wirtschaftskrise die Arbeitermassen in das kommunistische Lager treiben würde. Dies war jedoch nicht in dem erwarteten Ausmaß der Fall. Besonders die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter blieben ihren Gewerkschaften treu. Diese waren

¹⁰ Dietrich Geyer, Sowjetrußland und die deutsche Arbeiterbewegung, in: VfZ 24 (1976), S. 32 ff.; Thomas Weingartner, Stalin und der Aufstieg Hitlers, Berlin (West) 1970; Weber, Wandlung, S. 312 ff. Besonders auch Wilhelm Piecks Erklärung vor einem nicht-kommunistischen Gremium: „Die Kommunistische Partei ist eine Sektion der Kommunistischen Internationale. Sie ist an die Weisungen des Exekutivkomitees dieser Internationale gebunden.“ Zit. in ZfG 23 (1975), S. 1413. Höchst aufschlußreich sind auch sein Bericht vor dem ZK der KPD am 21.2. 1932, in: ZfG 23 (1975), S. 1435–37, und die Rechenschaftsberichte Piecks (4.8. 1932) und Thälmanns (13.11. 1932) an Wilhelm Florin, den damaligen Vertreter der KPD beim Exekutivkomitee der Komintern (EKKI), abgedruckt in: Die Antifaschistische Aktion. Dokumentation und Chronik Mai 1932 bis Januar 1933, hrsg. von Heinz Karl/Erika Kücklich, Berlin (DDR) 1965, S. 213 ff., 299 ff. Die deutschen Kommunisten sahen in der Unterordnung spezifisch deutscher Belange unter Sowjet-Interessen nichts Anstößiges, da das Geschick des deutschen Kommunismus von der Wohlfahrt und Stärkung der Sowjetunion abhängt.

¹¹ „Streik“, in: Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung (Swb), Berlin (DDR) 1969–70, Bd. 2, S. 626; Ruge, S. 318 ff., 352 ff.

weiter bereit, das kapitalistische System aufrechtzuerhalten, wenn sie auch, wie die Sozialdemokraten, seine evolutionäre Entwicklung zum Sozialismus erstrebten. So suchte die Sozialdemokratie den Aufstieg des Nationalsozialismus durch Unterstützung der konservativ-autoritären Brüning-Regierung als dem „kleineren Übel“ und durch eine lediglich parlamentarische und legalistische Opposition gegenüber den Papen- und Schleicher-Kabinetten aufzuhalten. Wie die DDR-Historiker immer wieder hervorheben, mußte eine solche Strategie die Macht des Großkapitals stärken, denn die Lahmlegung des Reichstags durch Brüning und seine Ausschaltung durch Papen und Schleicher machten eine Verteidigung der Rechte der Arbeiter auf parlamentarischer Ebene fast unmöglich. So konnten Brüning und seine Nachfolger durch Lohnabbau, durch Beschränkung des Demonstrations- und Versammlungsrechts und der Pressefreiheit und durch rücksichtslosen Einsatz der Polizei die Rechte der Arbeiter aushöhlen und dem uneingeschränkten Faschismus den Weg ebnen. Dabei wird betont, daß Brüning und seine Anhängerschaft nicht notwendig gewollt auf eine faschistische Diktatur zusteueren, sondern daß die Faschisierung sich objektiv aus seinen politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen ergab und deren Politik dirigierte. Die sozialdemokratischen Führer aber, die infolge ihrer Tolerierungspolitik die wirksamste Waffe der Arbeiterschaft, den Streik, ungenutzt ließen, wurden damit zur „sozialen Hauptstütze“ dieser Regierungen – oder genauer der Monopolbourgeoisie, die hinter den Regierungen stand. Um das Monopolkapital zu beseitigen, kam es darauf an, die sozialdemokratischen Arbeiter von ihren Führern zu trennen und von der SPD in die KPD herüberzuziehen und die Macht der sozialdemokratischen Freien Gewerkschaften zu brechen. Die Einheitsfront sollte sich also nicht auf ein Bündnis mit der SPD als Organisation beschränken wie die spätere Volksfront, sondern die SPD zerschlagen, um sicherzugehen, daß die weit größere SPD nicht die KPD korrumpierte und in sich aufnahm¹².

Die kommunistischen Angriffe auf die SPD-Führer werden somit von der DDR-Historiographie als durchaus berechtigt angesehen, wenn auch die Bezeichnung der Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“ („Faschisten in sozialer Verbrämung“) heute als unnötige Provokation bedauert und die Verknüpfung der Einheitsfront-Taktik mit dem Endziel der proletarischen Diktatur als verfrüht und als eine weitere Erschwerung der Annäherung an die sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschafter angesehen wird. Danach wäre es weit wirksamer gewesen, wenn die KPD sich auf den Schutz der demokratischen Rechte der Arbeiter als unmittelbares Ziel beschränkt hätte¹³.

Diese Einsichten, die hier aus der Rückschau vorgetragen werden, standen tatsächlich schon zu der damaligen Zeit zur Verfügung. Eine oppositionelle Gruppe, die

¹² Ob das am wirksamsten durch Werbearbeit innerhalb der bestehenden Gewerkschaften oder durch neu gegründete Rote Gewerkschaften geschah, war eine Frage, die die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition der KPD (RGO) nie endgültig löste. S. Rote Fahne, 20.11.1932.

¹³ Grundriß, S. 423 ff.; GDA, Bd. 4, S. 386 ff.; Klaus Mammach, Bemerkungen über die Wende der KPD zum Kampf gegen den Faschismus, in: Beiträge zur (deutschen) Arbeiterbewegung (BzA) 5 (1963), S. 663.

KPD(O), die als zu „rechtsstehend“ aus der Partei ausgeschlossen worden war oder aus eigener Initiative aus ihr austrat, hatte seit Jahren auf die Unsinnigkeit dieser Angriffe hingewiesen, da sie die SPD-Politik nur als objektiv falsch, nicht als willentlich kapitalfreundlich ansah. Sie hatte auf Zusammenarbeit mit der SPD und den Gewerkschaften gedrängt und die blinde Komintern-Gefolgschaft verurteilt¹⁴. Vor allem aber hatte die KPD(O) erkannt, daß die NSDAP keineswegs das gefügige Werkzeug des Großkapitals war, und bereits 1930 davor gewarnt, daß die Nazis die Macht ergreifen würden, falls die Arbeiterschaft sich nicht zu einer schlagfertigen Einheitsfront zusammenfinde. Die Bourgeoisie würde der NSDAP dabei behilflich sein und, um ihre soziale Stellung zu retten, den Nazis auch die politische Macht ausliefern, wie einer der KPD(O)-Führer, August Thalheimer, in Anlehnung an Marxs „Achtzehnten Brumaire des Louis Napoleon“ und im Blick auf die nicht unähnliche Situation des Frankreichs von 1848 ausführte¹⁵.

Auch die Teilnahme der KPD an dem Volksentscheid über die Auflösung des preußischen Landtags im August 1931, den Stahlhelm, Deutschnationale und Nationalsozialisten in die Wege geleitet hatten, wird heute von den DDR-Historikern als schwerer Fehler bedauert¹⁶. (Die Beteiligung war ursprünglich von der Parteileitung abgelehnt worden und erfolgte erst auf Anweisung der Komintern, nachdem sich einer der deutschen Parteiführer, Heinz Neumann, an diese gewandt hatte. Der Vorgang rückt die Beziehungen zwischen Komintern und KPD in ein differenzierteres Licht: Moskau schritt nicht auf eigene Initiative ein, sondern auf Neumanns Aufforderung. Es gibt noch andere Fälle, in denen die Komintern erst auf Veranlassung deutscher Beteiligten in innerparteiliche KPD-Auseinandersetzungen eingriff¹⁷.)

II

Die Arbeiten von Fülberth/Harrer, Hebel-Kunze und Heer¹⁸ befassen sich eingehender als die DDR-Untersuchungen mit der Rolle der SPD und der Freien Gewerkschaften. Dabei wird betont, daß die SPD die von ihr verkündeten Ziele – die Verteidigung und den Ausbau demokratischer Rechte und des Parlamentarismus, der alleinige Weg, auf dem in sozialdemokratischer Sicht die Verbesserung der Lage der Ar-

¹⁴ K. J. Tjaden, Struktur und Funktion der KPD-Opposition (KPD(O)), Meisenheim am Glan 1964, ist die beste Untersuchung der KPD(O), aber leider oft überdetailliert und schwer lesbar.

¹⁵ Ebenda, S. 174.

¹⁶ GDA, Bd. 4, S. 300 ff.; Preußenvolksentscheid 1931, Swb, Bd. 2, S. 283.

¹⁷ Es bedurfte allerdings keines sehr großen Kurswechsels. Selbst als die Partei das ursprüngliche Volksbegehren ablehnte, hatte Thälmann gewarnt: „Wir werden keinen Finger krumm machen für die Braun-Severing-Herrschaft, die Preußen zu einem Hort der finsternen Reaktion gemacht hat.“ Rote Fahne, 1.3. 1931. S. auch GDA, Bd. 4, S. 300 ff.; Ruge, S. 307; Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 202 ff.; ders., in Flechtheim, S. 59.

¹⁸ S. Anm. 3.

beiter und der Sozialismus durchgesetzt werden konnten – nur dann hätte verwirklichen können, wenn sie ihre Tolerierungspolitik und ihre Strategie strengster/Legalität und ausschließlich parlamentarischen Vorgehens aufgegeben hätte. Indem sie sich mit den bestehenden Verhältnissen abfand, verzichtete sie auf die wirksame Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft. Gleichzeitig schloß ihre Bereitschaft, das kapitalistische System zu akzeptieren – weil sie es für stärker und unangreifbarer hielt als die Kommunisten, dann aber auch, weil sie es in sich reformfähig oder als Durchgangsstation über den „organisierten Kapitalismus“ zum Sozialismus ansah –, eine gemeinsame Front mit den Kommunisten aus. Fülberth und Harrer kommen zu dem Schluß, daß die SPD ebensowenig wie die KPD an einer Zusammenarbeit der beiden Parteien interessiert war und Einheitsfront-Angebote an die KPD nicht ernst gemeint waren. Hebel-Kunze beschuldigt die SPD gleichfalls der Unaufrichtigkeit, wenn die SPD als erste Voraussetzung einer Einheitsfront auf einem politischen Burgfrieden bestand: auf Grund einer solchen Vereinbarung wäre es der KPD unmöglich geworden, die sozialdemokratische Duldung des kapitalistischen Systems zu kritisieren, womit sie ihre eigene Politik untergraben hätte. Fülberth/Harrer gehen jedoch zu weit, wenn sie unter Berufung auf Brüning in den sozialdemokratischen Führern Männer sahen, die bereit waren, „um der Sache willen“, d. h. zur Erhaltung des kapitalistischen Systems, nicht nur ihre eigene Laufbahn, sondern auch ihre eigene Partei aufzuopfern¹⁹.

Diese Autoren weisen ebenfalls darauf hin, daß die Sozialdemokratie auch zu den gleichen Taktiken griff, deren sich die KPD – mit umgekehrten Vorzeichen – bediente: Sie verstand unter einer Einheitsfront einen Zusammenschluß der Arbeiterschaft unter sozialdemokratischer Führung. Anders als die Kommunisten unternahm die SPD jedoch wenig, um eine solche Vereinheitlichung herbeizuführen, sondern verließ sich auf die natürliche Entwicklung der Dinge²⁰. Ebenso begriff sie Kommunismus als eine Abart des Faschismus, und wenn die SPD-Führer von den Kommunisten als Verräter an der Arbeiterklasse abgetan wurden, so galten die KPD-Führer den Sozialdemokraten als käuflich und überzeugungslos²¹.

Ähnlich ist das Urteil auch über die Gewerkschaften. Ihre Führer waren bereit, wie Hannes Heer hervorhebt, nicht nur mit Brüning, sondern auch mit Papen und Schleicher und am Ende sogar mit Hitler zusammenzuarbeiten. Wie bei den DDR-Historikern wird auch hier gefolgert, daß die Gewerkschaften ihre Ziele nur durch außerparlamentarische Aktionen hätten durchsetzen können²².

¹⁹ Fülberth/Harrer, S. 208 ff., 244 Anm. 552; wirkungsvoll Hebel-Kunze, S. 51 ff.; Heinrich Brüning, *Memoiren 1918–1934*, Stuttgart 1970, S. 218, 315, 462. S. auch Matthias, S. 684 ff., und Bahne, die, wenn auch nicht so kategorisch, die Möglichkeit einer Einheitsfront bezweifeln.

²⁰ Charakteristisch Alexander Schiffirin, *Der Kampf um den kommunistischen Arbeiter*, in: *Gesellschaft*, Bd. 7 (1930), S. 127 ff.; Walther Pahl, *Der Run zum Nationalsozialismus*, in: *Sozialistische Monatshefte*, Bd. 36 (1930), Tl. 3, S. 865.

²¹ Hebel-Kunze, S. 41 ff. S. auch Hans J. L. Adolph, *Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie 1894–1939*, Berlin (West) 1971, S. 224 ff.

²² Heer, S. 46 ff.; Fülberth/Harrer, S. 230; Hebel-Kunze, S. 65 ff.

Das ist unzweifelhaft richtig. Wenn überhaupt, dann war die Wiederherstellung einer sozial gerechten parlamentarischen Demokratie nur mit Hilfe außerparlamentarischer Mittel – Massenproteste und Massenstreiks – möglich. Der Parlamentarismus verlor mehr und mehr seine Funktionsfähigkeit, weil einflußreiche Kreise seine Unwirksamkeit erstrebten, um die politische Einwirkungsmöglichkeit der Arbeiterschaft zu beseitigen. Infolge dieser Bestrebungen wurde die gesetzgeberische Tätigkeit des Reichstags mit dem Antritt der Brüning-Regierung zunehmend eingeschränkt und die Macht des Reichspräsidenten – d. h. des antidemokratischen und antiparlamentarischen Hindenburg – entsprechend gestärkt²³. Die Kommunisten erkannten das, wenn sie diese Entwicklung – übertreibend – als Faschisierung des Weimarer Staates bezeichneten. Die Sozialdemokraten hielten dagegen die Entmachtung des Reichstags und die zunehmende Begrenzung der demokratischen Verfassungsgarantien für ein vorübergehendes Phänomen, Ausdruck einer augenblicklichen Verwirrung, die mit der katastrophalen Wirtschaftslage entstanden war und bei ruhiger Besinnung, d. h. mit einem neuen Aufschwung der Wirtschaft, wieder verschwinden werde. So hieß es in einem Leitartikel des „Vorwärts“: „Das Volk braucht nur das nächste Mal vernünftiger zu wählen, dann wird es damit den Reichstag in seine alten Rechte wieder einsetzen und die Macht des Reichspräsidenten auf das normale Maß beschränken.“²⁴ Gelegentliche Andeutungen der Möglichkeiten außerparlamentarischer Verteidigung der Republik deuten darauf hin, daß man sich dieses Weges bewußt war; aber diese Erwägungen waren so zweideutig und generell, daß sie wohl nie ernsthaft in Betracht gezogen wurden.

Die marxistischen Kritiker weisen richtig darauf hin, daß diese Verkenning der Sachlage nicht nur auf das persönliche Versagen der SPD-Führer zurückgeführt werden darf²⁵. Sie beruhte vielmehr auf der grundsätzlichen Überzeugung, daß die Partei ihre Ziele am besten durch volle Integration in das bestehende Gesellschaftssystem erreichen könne und ihre politischen und wirtschaftlichen Pläne entsprechend gestalten müsse. Dabei wurde jedoch übersehen, daß eine solche Gleichberechtigung der Arbeiterschaft nur bei gutem Willen der entscheidenden Gesellschaftsschichten erreicht werden konnte. Weite Kreise des Bürgertums waren jedoch bittere Gegner der sozialdemokratischen Bestrebungen. Unternehmer insbesondere sahen in der Sozialdemokratie eine ständige Bedrohung ihrer politischen und wirtschaftlichen Interessen²⁶.

Sozialdemokraten in Regierung und Verwaltung, als Gesetzgeber in den Parla-

²³ Brüning, S. 140 ff.; Andreas Dorpalen, Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik, Berlin (West) 1966, S. 102 ff., 127–28, 133–34, 160 ff.

²⁴ Vorwärts, 7. 12. 1930 (M); Decker, Eine zweite faschistische Welle?, in: Gesellschaft, Bd. 8 (1931), S. 490–91; Kurt Wilk, Die Krise des Parlamentarismus und sozialdemokratische Politik, in: ebenda, S. 508–509; Friedrich Stampfer, zit. bei Kurt Koszyk, Zwischen Kaiserreich und Diktatur. Die sozialdemokratische Presse von 1914 bis 1933, Heidelberg 1958, S. 184.

²⁵ Z. B. Matthias, S. 158 ff.

²⁶ Michael Schneider, Unternehmertum und Demokratie. Die freien Gewerkschaften in der unternehmerischen Ideologie der Jahre 1918 bis 1933, Bonn-Bad Godesberg 1975, S. 76 ff., 143–44, 146 und passim; Bernd Weisbrod, Schwerindustrie in der Weimarer Republik, Wuppertal 1978.

menten, als Gewerkschafter in Betrieben wurden tatsächlich als eine viel größere Gefahr angesehen²⁷ als Kommunisten, die in keiner Regierung saßen, in der Verwaltung nur auf unterster Ebene Posten besetzten²⁸, in Parlamenten völlig isoliert waren und in Betrieben vergeblich den dominierenden Einfluß der sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaften zurückzudrängen versuchten. Die Kommunisten waren vornehmlich ein polizeiliches, kein politisches und nur sehr begrenzt ein wirtschaftliches Problem für die Unternehmer. Ihre unaufhörlichen Ankündigungen eines zunehmenden revolutionären Aufschwunges²⁹ in der Arbeiterklasse und ihre siegesgewissen Voraussagen eines baldigen gewaltsamen Aufstandes – mit einer Offenheit, die die überwachenden Behörden immer wieder in Erstaunen versetzte³⁰ – konnten jedoch von den Rechtsparteien ausgenutzt werden, um dem Kreuzzug gegen die Sozialdemokraten größere Stoßkraft zu verleihen: Sozialdemokratie und Kommunismus wurden so zu einem all-umfassenden „Marxismus“ verwoben und zu einem Furcht erweckenden Schreckbild verschmolzen.

Aber auch aus der Perspektive der Arbeiterschaft spielte die SPD eine ungleich wichtigere Rolle als die KPD. Sie war nicht nur zahlenmäßig weit stärker als die letztere, deren Mitgliedschaft zudem ständig wechselte, sie saß nicht nur in Regierungs- und Verwaltungsämtern, vor allem waren die sozialdemokratischen Gewerkschaften tonangebend in den Betrieben. Bei ihnen lag in den meisten Fällen die Entscheidung über Wirtschaftskampf oder -frieden, über Annahme oder Ablehnung von Lohnkürzungen und anderen Einschränkungen der Rechte der Arbeiter. Die Entscheidung fiel gewöhnlich zugunsten der Annahme dieser neuen Belastungen mit der Begründung, daß Arbeiter kaum einem Streikaufruf folgen würden, wenn Millionen von Arbeitslosen bereit ständen, um ihre Arbeitsplätze zu übernehmen³¹.

Gerade aus diesem Grunde wäre es wesentlich gewesen, sich nicht passiv zu verhalten und sich nicht auf die selbstheilende Kraft des Kapitalismus zu verlassen. Die

²⁷ In dieser Hinsicht sind die Reichstagsdebatten aufschlußreich, so z. B. Oberfohren (DNVP) in: Verhandlungen des Reichstags, V. Wahlperiode, Bd. 446, S. 2096 ff.; Rosenberg (NSDAP) ebenda, S. 2312–14. S. auch Materialien im Nachlaß Dingeldey (DVP), BA, Mappen 16 und 32; Otto Kriegk, Hugenberg, Leipzig 1932, S. 69.

²⁸ In den seltenen Fällen, in denen ein Kommunist in ein verantwortungsvolleres Amt gewählt wurde, wurde die Wahl von der übergeordneten Aufsichtsbehörde nicht bestätigt – eine Entscheidung, die im Falle eines kommunistischen Bürgermeisters in der mecklenburgischen Stadt Boitzenburg durch sein gesetz- und verfassungswidriges Verhalten geradezu erzwungen wurde; Rote Fahne, 1. 9., 11. 9., 13. 9., 17. 9. 1931. S. auch die zweimalige Wahl eines kommunistischen Oberbürgermeisters in Solingen und Ablehnung durch das preußische Staatsministerium 1930; Volker Wunderlich, Arbeiterbewegung und Selbstverwaltung. KPD und Kommunalpolitik in der Weimarer Republik, Wuppertal 1980.

²⁹ Viel Verwirrung über diese Fragen entstand aber auch infolge der besonderen marxistischen Terminologie, die den Begriff „revolutionär“ nicht nur auf eine tatsächliche Revolution anwandte, sondern auch auf Situationen, die „auf eine Revolution gerichtet“ waren.

³⁰ PolPräs. Bochum and Oberpräs. Westfalen, 7. 11. 1930 (Abschr.), HStA Düsseldorf (K), Reg. Düsseldorf, N. 30642 b, Bl. 240; Nachrichtensammelstelle des Reichsministeriums (RdI) an Nachrichtensammelstellen der Länder, 16. 8. 1932, BA, R 134–66, B Bl. 23.

³¹ Matthias, S. 138; Hebel-Kunze, S. 36; Tjaden, S. 230 ff.

SPD-Führung lehnte es jedoch ab, mit positiven Arbeitsbeschaffungsplänen hervorzutreten und damit das wachsende Arbeitsproblem zu bekämpfen. Ein wirksames Programm hätte gleichzeitig den Übergang zum Kommunismus eingedämmt und diejenigen, die zur KPD übergegangen waren, in die sozialdemokratischen Reihen zurückgeführt. (In Kommunalwahlen im Dezember 1932 und Januar 1933 sowie in den Lippeschen Landtagswahlen im Januar 1933, als das Programm des damaligen Reichskanzlers von Schleicher ein aktiveres Vorgehen gegen die Wirtschaftskrise versprach, erzielten die Sozialdemokraten erhebliche Stimmengewinne, während die Kommunisten entsprechende Einbußen erlitten.) Auch linke Nationalsozialisten wären möglicherweise zur SPD übergegangen. Aber die SPD lehnte alle Vorschläge für ein aktiveres Vorgehen ab. Das galt besonders für einen Plan, den führende Wirtschaftsexperten des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Woytinski, Tarnow und Baade) ausgearbeitet hatten. Er sah großzügige Wohnungs- und Straßenbauten vor und hätte Arbeit für eine Million Arbeitslose geschaffen. Die Partei-Ökonomen, unter ihnen besonders Hilferding, lehnten den Plan als inflationär ab – eine nicht stichhaltige Begründung, da die unausgenutzten Produktionskapazitäten die Wirtschaft vor nennenswerten preiserhöhenden Investitionen geschützt hätten. Daneben trugen Überalterung der Parteiführung und -mitgliedschaft, Bürokratisierung des Parteiapparates und die daraus folgende Abscheu vor neuen unorthodoxen Experimenten zu diesem Konservatismus bei³².

Die Kommunisten versuchten vergeblich, die sozialdemokratische Vorherrschaft zu brechen. Sie waren überzeugt, daß die Arbeiter ihre Interessen im Parlament einer bürgerlichen Demokratie nie durchsetzen konnten. Für sie war ein solcher Parlamentarismus nur eine verschleierte Form der Diktatur der Großbourgeoisie: alle wesentlichen Entscheidungen wurden im engsten Kreis der wahren Machthaber, der Monopolkapitalisten, getroffen und dann von den abhängigen Abgeordneten durchgebracht. Wurde dieser Entscheidungsprozeß durch die Stärkung der antikapitalistischen Kräfte gefährdet, folgte der verschleierten eine offene Diktatur. Dies war nach kommunistischer Auffassung nunmehr der Fall, und die Tolerierungspolitik konnte dem Faschismus nur den Weg ebnen: Sozialdemokraten waren daher „Sozialisten in Worten, Faschisten in Taten“ – Sozialfaschisten³³.

Um den Kampf gegen das Großkapital auf außerparlamentarischer Ebene zu führen, mußten die Kommunisten einen entscheidenden Einfluß in den Betrieben gewinnen. Nur so konnten sie den Produktionsprozeß zum Stillstand bringen, durch wirtschaftliche und politische Streiks die Vorherrschaft der Bourgeoisie brechen und schließlich das kapitalistische System beseitigen. Aber der Vormarsch in den Betrie-

³² Robert A. Gates, Von der Sozialpolitik zur Wirtschaftspolitik. Das Dilemma der deutschen Sozialdemokratie in der Krise 1929–1933, in: *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*, hrsg. von Hans Mommsen/Dietmar Petzina/Bernd Weisbrod, Kronberg/Ts. 1977, Bd. 1, S. 216 ff.

³³ *Rote Fahne*, 8. 8. 1929; Resolution des ZK, ebenda, 16. 8. 1929, 1. Beil.; *Durch Einheit zur Macht*. Heinz Neumanns Abrechnung mit der Politik des sozialdemokratischen Vorstandes, Berlin 1931, S. 120.

ben machte kaum Fortschritte; während die Titelseiten der „Roten Fahne“ das Heranreifen der revolutionären Krise und die zunehmende Radikalität der Arbeiter begrüßten, rissen auf den hinteren Seiten die Klagen über die Untätigkeit der Betriebszellen, über unwirksame Werbung und Agitation nicht ab³⁴.

Es gab viele Gründe für diese Mißerfolge. Zunächst waren Kommunisten und kommunistische Sympathisanten durch systematische Entlassungen in den Betrieben zu einer Minderheit zusammengeschrumpft; im Herbst 1932 waren nur noch 11 Prozent der KPD-Mitgliedschaft beschäftigte Arbeiter³⁵. Darüber hinaus spielten Sorge um den Arbeitsplatz, Bequemlichkeit und Ungeschicklichkeit der kommunistischen Agitation eine Rolle; seitens der nichtkommunistischen Arbeiter wirkten sich die gleichen Sorgen, Lethargie und Verlaß auf die Führer hemmend aus³⁶.

Aber auch die KPD-Führung trug Schuld an dem Versagen der Betriebsagitation. Der ständige Streit darüber, ob die Partei selbständige kommunistische Gewerkschaften organisieren oder die gegnerischen Gewerkschaften durch Einschleusung ihrer eigenen Gefolgsleute zersetzen sollte, schwächte die kommunistischen Vorstöße; die Taktik in diesem Punkt wechselte mehrmals³⁷. Darüber hinaus hatte der Kampf um höhere Löhne als Vorstufe zur Schaffung eines Sowjet-Deutschlands wenig Verlockendes für Arbeiter, die von den Vorteilen eines solchen revolutionären Umschwungs keineswegs überzeugt waren. Ebenso wirkten die unerbittlichen Angriffe auf die SPD-Führer und oft auch die SPD-Anhänger abschreckend³⁸. So ergaben sich auch innerhalb der KPD-Führung ernste Meinungsverschiedenheiten über die Haltung der KPD gegenüber der SPD und führten zu bitteren Auseinandersetzungen mit „Rechtsopportunisten“, „Versöhnlern“ und „Linksopportunisten“, die sich letztlich alle um die kommunistische Einstellung zur SPD drehten. Die Unstimmigkeiten in diesen Fragen wurzelten so tief, daß sie selbst nach dem Ausschluß der führenden Vertreter der genannten Richtungen aus der Partei weitergingen, wie aus den fort-dauernden Warnungen der „Roten Fahne“ vor „sektiererischen“ Meinungen hervorgeht.

³⁴ Rote Fahne, 4.2. 1930, 5.1. 1932; Bezirkskomitee der RGO, Industriegruppe Metall, 14.9. 1931 (Abschr.), StA Münster, Reg. Münster, VII-1, Bd.2; Rundschreiben des Bezirkskomitees der RGO Ruhrgebiet, 8.8. 1930 (Abschr.), ebenda; PolPräs. Bochum, Nachrichtensammelstelle Nr. 50, ebenda; Clara Zetkin und Minna Reese, 6.1. 1931, Nachlaß Reese, BA, Kl. Erw., Nr. 379-1, Bl. 13-14.

³⁵ Ruge, S. 364; GDA, Bd. 4, S. 27f.

³⁶ S. dazu die interessante Analyse bei Hebel-Kunze, S. 33 ff., die außerdem auf die Zugehörigkeit der Arbeiter zu den Konsumgenossenschaften, Freizeitvereinigungen und anderen tatsächlich unpolitischen Organisationen als einem wichtigen Grund für das Verbleiben eines großen Teils der beschäftigten Arbeiter in der SPD hinweist.

³⁷ Rote Gewerkschaftsopposition, Swb, Bd. 2, S. 385.

³⁸ Anweisungen des Sekretariats (des ZK der KPD), Rundschr. Nr. 12, 18.9. 1930, BA, R. 134/61, Bl. 48-49, 52, 54; Brief des ZK an alle Betriebszellen, Straßenzellen und Ortsgruppen, Anfang Okt. 1930, ebenda, Bl. 100-101; Rundschreiben der BL Ruhrgebiet der KPD 1930-31 (Abschr.), HStA Düsseldorf (K), Reg. Düsseldorf, Nr. 30657, d-e; Polizeidirektion Bremen, Lagebericht Nr. 8/30, 4.10. 1930; StA Münster, Reg. Münster, VII-2, Bd.6; R.d.I. an Nachrichtensammelstelle der Länder, 6.10. 1930, BA 134/61, Bl. 46.

Die Wahlerfolge der Kommunisten in den Jahren 1930–32 sowohl auf Reichs- wie auf Länder- und Kommunalebene zeigten jedoch, daß die Zahl der Arbeiter wuchs, die unter dem Druck wirtschaftlicher Not und zunehmender Rechtslosigkeit zu den Kommunisten übergingen. Sie waren Erstwähler oder kamen aus dem sozialdemokratischen Lager. Aber für die Kommunisten hätte der Zustrom an Neuwählern einen wirklichen Erfolg nur bedeutet, wenn diese Wähler zu Aktivisten hätten gemacht werden können, wie sie die Partei zur Durchführung ihrer Pläne brauchte, zu Kämpfern, die gewillt waren, an Werbe- und Propagandaaktionen, an Streiks in allen ihren Formen (Steuer-, Mieter- wie Arbeitsstreiks) und letztlich am gewaltsamen Umsturz der bestehenden Ordnung mitzuwirken. Das traf jedoch nur in sehr begrenztem Maße zu; bald mehrten sich wieder die Klagen über unzulängliche Werbearbeit, fehlende Opferbereitschaft und ungenügenden Zuwachs an aktiven Mitkämpfern, verlässlichen Funktionären und neuen Betriebszellen. Auch die Behörden erkannten die Fragwürdigkeit des kommunistischen Stimmenzuwachses. So berichtete der Reichsminister des Inneren nach den Reichstagswahlen im September 1930, „daß die 4½ Millionen, die für die KPD gestimmt haben, keineswegs den wirklichen Aktionsradius der kommunistischen Partei darstellen und daß der wirkliche Aktionsradius weit geringer ist als ihre Stimmenzahl.“

So bestand das paradoxe Ergebnis der Bestrebungen von SPD und KPD darin, daß jede der beiden Parteien Erfolge gerade auf dem Gebiet erzielte, das für sie selbst weniger bedeutete als für ihren Gegenspieler: die Sozialdemokraten, die alles auf Erfolge bei den Parlamentswahlen setzten, erlitten bei jeder Wahl neue Rückschläge, aber konnten sich in den Betrieben gegenüber Kommunisten und Nationalsozialisten erfolgreich behaupten; die Kommunisten andererseits erzielten erhebliche Wahlgewinne, die als solche für sie nur begrenzte Bedeutung hatten und die für sie nur als Ausgangspunkt für einen verstärkten außerparlamentarischen Aktivismus wirklich bedeutungsvoll hätten werden können. Wie zeitgenössische Beobachter schrieben, war die aktivistische KPD im Grunde von einer Aktions- zu einer Wahlpartei geworden, während die SPD, in ihrem Selbstverständnis eine Partei der parlamentarischen Legalität, dank der Disziplin des unerschütterlichen Kerns ihrer Wähler größere Möglichkeiten hätte, außerparlamentarische Aktionen mit Hoffnung auf Erfolg zu lancieren³⁹. Daß die SPD sich ihrer Überlegenheit über die KPD nie wirklich bewußt war und sich in der Tat in vieler Hinsicht der KPD unterlegen fühlte, ist eines der vielen Paradoxe jener Jahre.

³⁹ Leo Friedman im Hamburger Echo, 24. 11. 1932; Franz Borkenau, zit. ebenda, 5. 12. 1932, StA Hamburg, Staatl. Pressestelle II, Hamburg, Nr. 4390, Bd. 3.

III

Aber die beiden Parteien mußten sich nicht nur mit ihrem Verhalten zueinander befassen – das immer drängendere Problem, das beide bedrohte, war der ständig anwachsende Nationalsozialismus. Die Reaktion der SPD auf die NS-Bewegung war durch ihre fortschrittsgläubige, bürokratisch-passive Haltung vorgezeichnet: Der Nationalsozialismus war ein Auswuchs der Wirtschaftskrise, irrational, aus unvereinbaren sozialen Elementen bestehend und von unlösbaren politischen Widersprüchen geplagt; er mußte bald wieder auseinanderbrechen⁴⁰. Sein Niedergang wurde zuerst im Ausgang der Reichspräsidentenwahl vom Frühjahr 1932 begrüßt, in der Hitler Hindenburg unterlag. Weitere Bestätigungen für diese Auffassung wurden in den Reichstagswahlen im Juli 1932 gefunden, weil sie den Nationalsozialismus nicht an die Macht brachten, und dann – mit größerer Berechtigung – in den Ergebnissen der Reichstagswahl vom 6. November 1932, bei der die NSDAP 2 Millionen Stimmen verlor⁴¹. So vertraute die Partei wiederum auf die natürliche Entwicklung, auf ihren Sieg über die Nationalsozialisten im Gefolge eines neuen Wirtschaftsaufschwungs und auf Grund der Unverantwortlichkeit des NS-Programms⁴². Was sie, wie bereits erwähnt, kaum in Betracht zog, war die Entschlossenheit jener Kreise, die die parlamentarische Demokratie beseitigen wollten und die bereits damals, wenn sich kein anderer Weg zu diesem Ziel bot, bereit waren, Hitler die Macht zu überlassen.

Die Sozialdemokraten waren sich auch der tatsächlichen Machtverhältnisse nicht voll bewußt; sie wurden gar nicht erst zu den Beratungen über eine neue Kabinettsbildung herangezogen, als Papen im November zurücktrat, und ebensowenig nach dem Rücktritt seines Nachfolgers Schleicher im Januar 1933⁴³.

⁴⁰ S. als ebenso charakteristischen Ausdruck der sozialdemokratischen Einstellung die Rede des Reichstagsabgeordneten und Gewerkschaftsführers Fritz Tarnow, gehalten im August 1932, bei Heer, S. 213 ff.; ebenso Karl Kautsky, *Kommunismus und Sozialdemokratie*, in: *Gesellschaft*, Bd. 9 (1932), S. 278.

⁴¹ Otto Wels, der SPD-Parteivorsitzende, in SPD-Parteiausschußsitzung, 10. 11. 1932, in: *Anpassung oder Widerstand?* Aus den Akten des Parteivorstandes der Deutschen Sozialdemokratie 1932/33, Hrsg. Hagen Schulze, Bonn-Bad Godesberg 1975, S. 45. S. auch Decker, *Die Entscheidung vom 13. März*, in: *Gesellschaft*, Bd. 9 (1932), Tl. 1, S. 281 ff.

⁴² Hebel-Kunze, S. 56 ff. So auch die Protokolle der SPD-Vorstands- und Parteiausschußsitzungen im November 1932 und Januar 1933, in denen die KPD als eine größere Gefahr für die SPD angesehen wurde als die NSDAP.

⁴³ Ohne auf dieses Problem näher einzugehen, sei hier auf die Diskussionsbeiträge von Döhn, Mommsen und Stegmann in: *Industrielles System*, Bd. 2, S. 943 ff., auch Döhn, ebenda, S. 904–906, hingewiesen. Auch Hentschel, S. 130 ff., der einen unmittelbaren Einfluß der Großunternehmer auf Hitlers Ernennung bestreitet, zeigt ungewollt, daß tendenziell dieser Kreis zu einem erheblichen Teil diesen Schritt jedenfalls nicht ablehnte. Bei den seltenen Gelegenheiten, wenn Sozialdemokraten diese Bestrebungen erwähnten, bezogen sie sich nicht auf die zahllosen Erklärungen von Wirtschaftsführern, die immer wieder für ein autoritäres Regime plädierten, sondern beriefen sich auf Zeugnisse aus zweiter und dritter Hand. S. z. B. Decker, *Nach der Entscheidung*, in: *Gesellschaft*, Bd. 8 (1931), Tl. 2, S. 386–87.

Die Einstellung der Kommunisten zum Nationalsozialismus war komplizierter. Wie die Sozialdemokraten verkannten auch sie die elementare Dynamik der NS-Bewegung. Für sie war die NSDAP ein terroristisches Machtinstrument des Monopolkapitals, das Teile der Monopolbourgeoisie zu fördern begannen, nachdem die Spaltung der Arbeiterklasse und die Schützenhilfe der Sozialdemokratie nicht mehr genügten, um den von der KPD immer wieder verkündeten revolutionären Ansturm der Arbeiterklasse abzuwehren. Als die NSDAP im Frühjahr und Sommer 1929 an Boden gewann, nahm die KPD den Kampf gegen sie auf – die Wende läßt sich leicht an Hand der „Roten Fahne“ verfolgen⁴⁴. Doch nach marxistisch-leninistischer Auffassung bedeutete Faschismus nicht nur Nationalsozialismus, die „brutalste Verschärfung der Ausbeutungs- und Unterdrückungsmethoden der Kapitalistenklasse“, sondern umfaßte jedes System, das auf die gewaltsame Niederhaltung der Arbeiterklasse und auf die Vernichtung ihrer „revolutionären Vorhut“, der KPD, gerichtet war⁴⁵.

So wurde bereits die Hermann-Müller-Regierung (1928–30), an der die Sozialdemokratie führend beteiligt war, als faschistisch bezeichnet, da sie zu Lohnkürzungen schritt, den Roten-Frontkämpfer-Bund verbot und bei der Verfolgung der Kommunisten Helfershelfer in der Braun-Severing-Regierung in Preußen hatte, die für den „Blutmai 1929“ verantwortlich war⁴⁶.

Das galt noch mehr für die Müller folgenden Regierungen Brünings, Papens und Schleichers mit ihren immer tieferen Eingriffen in das parlamentarische System und die Versammlungs-, Demonstrations- und Pressefreiheit der Arbeiterklasse. Ihnen gegenüber bedeutete dann die Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur nur den letzten Schritt zum schrankenlosen Terrorismus. Eine spätere Sprachregelung präziserte den Standort der Brüning-Regierung als den einer „ausreifenden, wenn auch noch nicht ausgereiften Diktatur“ oder als eine „Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur“⁴⁷. Brüning, stellte ein Leitartikel in der „Roten Fahne“ fest, „baut jetzt schon die Maschinerie, deren die offene faschistische Diktatur sich später nur zu bedienen braucht“. Eine nicht-marxistische Analyse, obwohl nicht so weitgehend, zielte in die gleiche Richtung. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, ein Organ der Schwerindustrie, schrieb: „Brünings politische Tätigkeit kann man doch

⁴⁴ S. auch Mammach, S. 664, der aber die finanzielle Unterstützung seitens des Großkapitals in den Jahren 1929–32 stark überschätzt.

⁴⁵ Rote Fahne, 3. 10. 1930; Volksrevolution über Deutschland: Rede des Genossen Ernst Thälmann auf dem Plenum des ZK der KPD, 15. 1. 1931, Berlin 1931, S. 29.

⁴⁶ Rote Fahne, 19. 4., 8. 8. 1929. „Blutmai“ bezieht sich auf Zusammenstöße zwischen kommunistischen Demonstranten und der Polizei in Berlin am 1. Mai 1929. Die kommunistischen Demonstrationen waren trotz eines ausdrücklichen Demonstrationsverbots veranstaltet worden; bei ihrer Auflösung ging jedoch die Polizei mit großer Brutalität gegen die Demonstranten vor. In den anschließenden Zusammenstößen wurden 31 Arbeiter getötet. Da das Verbot von der sozialdemokratischen Braun-Severing-Regierung erlassen und der Berliner Polizeipräsident ebenfalls Sozialdemokrat war, sahen die Kommunisten darin einen weiteren Beweis für die unzweideutigen Handlangerdienste, die die SPD dem „Monopolkapital“ leiste.

⁴⁷ Thälmann (Anm. 46), S. 30.

nur dahin zusammenfassen, daß sie ... die Vorfrucht der nationalen Diktatur bedeutet, d. h. er gewöhnt das Volk an die Diktatur und ermöglicht es seinen Nachfolgern, sich zu behaupten unter Hinweis auf ihren Vorgänger.“⁴⁸ Brüning als das kleinere Übel zu tolerieren, wie das die SPD tat, bedeutete daher nur, der Monopolbourgeoisie Zeit zu gewähren für die weitere Ausbeutung und Unterdrückung des Proletariats und damit Hitler den Weg an die Macht zu bahnen. Es kam also darauf an, dieser Entwicklung ein Ende zu machen und die Diktatur der Bourgeoisie durch die Diktatur des Proletariats zu ersetzen⁴⁹.

Die Monopolbourgeoisie galt somit als der „Hauptfeind“ der Arbeiterklasse, während die Sozialdemokratie, die dem Monopolkapital die Unterstützung eines Großteils der Arbeiterklasse zuführte, als ihre „soziale Hauptstütze“ angesehen wurde. Da der Kapitalismus ohne die Mitwirkung der Arbeiter nicht funktionsfähig war, mußte daher im Kampf mit der Bourgeoisie der „Hauptstoß“ gegen die Sozialdemokratie geführt werden. Diese feinen Unterscheidungen konnten jedoch nur verwirrend wirken, um so mehr, als dann auch wieder die Sozialdemokratie in einer Art terminologischer Kurzschrift als „Hauptfeind“ oder als „Hauptfeind im Proletariat“ bezeichnet wurde⁵⁰. Damit sollte zum Ausdruck gebracht werden, daß, obgleich die Nationalsozialisten als terroristisches Instrument des Monopolkapitals gefährliche Gegner waren, die Unterstützung der Monopolbourgeoisie durch die Sozialdemokratie weit entscheidender war. Nur mit Hilfe der SPD und ihrer Gewerkschaften konnten Monopolbourgeoisie und – mit ihr – die Nazis beseitigt werden. Wie die Dinge lagen, machte es die SPD dank ihrer Tolerierungspolitik jedoch möglich, daß die Brüning-Regierung die Rechte der Arbeiter immer weiter beschneit. Gleichzeitig, so wurde immer wieder betont, stellte die sozialdemokratische Preußen-Regierung ihren Polizeipararat in den Dienst Brünings und beide setzten ihn namentlich gegen die Kommunisten ein. Vor allem aber habe die SPD es in der Hand, die Brüning-Diktatur zu beseitigen, wenn sie zusammen mit der KPD die Wirtschaft durch Streiks stilllege. Aber

⁴⁸ Rote Fahne, 18. 10. 1931; auch Zitat bei Ruge, S. 408–409.

⁴⁹ Rote Fahne, 8. 8. 1929, 2. 12. 1930. S. auch Ruge, S. 397, 414.

⁵⁰ Rote Fahne, 18. 11., 20. 11. 1931; Rundschr. des ZK der KPD, 8. 12. 1931 (Abschr.), HStA Düsseldorf (K), Reg. Aachen, Nr. 23642. Gelegentlich gaben auch kommunistische Führer zu, daß diese Strategie verwirrend wirkte, ohne daß es gelang, diese Verwirrung zu klären. „Wenn die sozialdemokratischen Arbeiter von unserem Auftreten den Eindruck bekommen, die Kommunisten seien mehr interessiert an der Bekämpfung der sozialdemokratischen Führer als an der Bekämpfung des Faschismus oder der Offensive der Großbourgeoisie bzw. der Regierung, so werden wir ... sie uns entfremden. Hier gilt es, unseren Kampf so zu gestalten, daß wir strategisch den Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie richten, aber in einer solchen Form, daß wir dabei gleichzeitig mit voller Wucht den Faschismus und die Großbourgeoisie angreifen.“ So Otto Kuusinen vor dem 12. EKKI-Plenum, zit. bei Weingartner, S. 166 Anm. 477. Wie verwirrend die kommunistische Terminologie war, geht auch aus heutigen Interpretationen der damaligen kommunistischen Taktik hervor. Wenn Heinz Neumann erklärte, die Kommunisten wünschten keinen Bruderkampf mit den Nazis, so sieht Duhnke, S. 21, darin eine Bestätigung seiner These, daß die KPD praktisch eine ideologische Einheitsfront mit der NSDAP bildete. Tatsächlich war Neumann bemüht, nationalsozialistischen Arbeitern klarzumachen, daß die KPD ihre wahre Heimat war.

diese Zusammenhänge wurden nie klar gesagt. „Wir sprachen zu den Massen wie zu Parteifunktionären“, klagte der KPD-Führer Pieck im Rückblick⁵¹.

Eine ähnliche Verwirrung kennzeichnete die Haltung, die die Kommunisten gegenüber den Nationalsozialisten einnahmen. Auch wenn der Kampf gegen die Sozialdemokraten alle anderen Bestrebungen überschattete, so bleibt doch festzuhalten, daß die KPD ein unerbittlicher Gegner der NS-Bewegung war. Auch nur eine flüchtige Durchsicht der „Roten Fahne“ und der Reden der Parteiführer machen das klar. Es gibt jedenfalls keine Beweise, daß die Partei, wie behauptet worden ist⁵², damals oder später bewußt auf Hitlers Machtergreifung hingearbeitet habe, und zwar in der Erwartung, daß eine nihilistisch-terroristische Nazi-Regierung der Diktatur des Proletariats den Weg ebnen würde. (Wenn Heinz Neumann und sein Kreis später tatsächlich für eine solche Taktik eintraten, wie man ihnen – ohne überzeugende Beweise – vorwarf, sprachen sie nicht mehr für die Partei⁵³.) In den unteren Parteirängen sind solche Gedanken wohl ausgesprochen worden⁵⁴, aber sie entsprachen nicht der Politik der Parteiführung. Die Behauptung eines Parteifunktionärs im Herbst 1931, „eine sozialdemokratische Koalitionsregierung, der ein kampfunfähiges, zersplittertes, verwirrtes Proletariat gegenüberstände, wäre ein tausendmal größeres Übel als eine offene faschistische Diktatur, der ein klassenbewußtes, kampfschlossenes, in seiner Masse geeintes Proletariat gegenübertritt“, wurde von Thälmann aufs schärfste zurückgewiesen. Ihr Urheber widerrief sie ebenfalls, da keine Garantie bestehe, daß die Errichtung einer offenen faschistischen Diktatur automatisch zur Einigung des Proletariats führen würde. Darüber hinaus bagatellisierte sie die Gefahr, daß eine solche Diktatur zu ihrer Festigung die Klassenorganisationen des Proletariats zertrümmern würde⁵⁵.

Aus der Sicht der Parteiführung waren das aber damals akademische Fragen, auch wenn niemand das offen zugeben konnte oder wollte. Wiederholt war auch davon die Rede, daß der „Hauptschlag“ gegen die Nationalsozialisten geführt werden müsse,

⁵¹ Pieck, in: Die Brüsseler Konferenz der KPD (3.–15. Okt. 1935), hrsg. von Mammach, Berlin (DDR) 1975, S. 130.

⁵² Ruge, S. 397, 414; Mammach, S. 672. Thälmann sprach vom „Hauptstoß gegen die Sozialdemokraten bei gleichzeitiger Verstärkung des Kampfes gegen die Nationalsozialisten“. Thälmann, Das revolutionäre Deutschland und die KPD, Berlin 1932, S. 83. Duhnke auf Grund fragwürdiger Quellen und Interpretationen, S. 27–28, 35–36; Flechtheim, S. 266–67.

⁵³ Neumann, nach Weingartner, S. 230 ff.

⁵⁴ Mitteilung an BL Schlesien, 28. 4. 1932 (Abschr.), BA, R 45 IV/ vorl. 26; Bericht über Sitzung der BL Ruhrgebiet der KPD, 14. 9. 1932, PolPräs an RegPräs Düsseldorf, 24. 4. 1932, HStA Düsseldorf (K), Reg. Düsseldorf, 24. 4. 1932, HStA Düsseldorf (K), Regierung Düsseldorf, M 30671, Bl. 46; Bracher, Auflösung, S. 504; Wilhelm Högner, Der schwierige Außenseiter, München 1959, S. 75.

⁵⁵ Thälmann, Einige Fehler in unserer theoretischen und praktischen Arbeit und der Weg zu ihrer Überwindung, Internationale Presse-Korrespondenz (Inprekorr), 1. 12. 1931, S. 2564; Josef Kraus an Sekretariat des ZK, 4. 1. 1932, BA, NS 26, Bd. 810; Bericht über die Sitzung der BL Ruhrgebiet der KPD, 14. 4. 1932 (Anm. 57); Rote Fahne, 22. 5. 1932.

was weitere Verwirrungen und Streitigkeiten zur Folge hatte. Taktisch war zunächst richtunggebend der Satz: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft.“⁵⁶

Aber angesichts des schnellen Anwachsens der NS-Bewegung erwiesen sich Schlägereien als ein zweckloses Kampfmittel. Nur in ideologischen Auseinandersetzungen konnte es gelingen, die „irreführten“ Massen zu überzeugen, daß Hitlers Versprechen unerfüllbar und seine Politik auf Ausbeutung und Krieg gerichtet war. Die Parteileitung wandte sich nunmehr gegen jeden „individuellen Terror“ – physische Angriffe auf Nationalsozialisten, Stahlhelmer und andere Nicht-Kommunisten. (Verteidigung gegen Überfälle war andererseits nicht nur erlaubt, sondern wurde verlangt.) Nicht nur bot „individueller Terror“ den Regierungen einen Vorwand, die Partei zu verbieten, er erschwerte auch die ideologische Aufklärungsarbeit. Gleichzeitig lenkte er die Arbeiterklasse von ihrer „Hauptaufgabe“ ab, Streiks und andere Massenaktionen zu organisieren, und erweckte „abenteuerliche Vorstellungen, als stünde der Entscheidungskampf unmittelbar vor der Tür“. Erst im Endkampf um die Macht und zur Sicherung der eroberten Macht war „revolutionärer Terrorismus“ zulässig⁵⁷.

Die Parteiführung war jedoch nie in der Lage, das Verbot durchzusetzen, und es kam weiterhin zu Schlägereien mit politischen Gegnern⁵⁸. Dazu trug zweifellos der immer wiederkehrende Hinweis auf den herannahenden „Endkampf“ und die Organisation von Kursen in Aufstandstaktik und Waffenbeschaffung und -herstellung bei, obwohl nichts auf die Möglichkeit eines baldigen Aufstandes hindeutete⁵⁹. „Unsere Kameraden diskutieren des öfteren über die bevorstehende Revolution, man hört des öfteren: diesen Herbst geht es los!“ klagte im Sommer 1931 ein Rundschreiben des „Kampfbundes gegen den Faschismus“, einer der KPD angeschlossenen Organisation. Von einer Erhebung könne aber keine Rede sein, solange die Kommunisten nicht die Betriebe mobilisiert hätten. „Die Betriebe sind der wichtigste Faktor zur Förderung der Revolution und durch Auslösung von Wirtschaftskämpfen zur Schwächung der kapitalistischen Gesellschaft.“⁶⁰ Die Parteiführung sah nicht, wieviel sie selbst zu diesen Illusionen beitrug.

Im Zusammenhang mit den Bemühungen, Nationalsozialisten zur KPD herüberzuziehen, verdient auch die Übernahme nationalsozialistischer Rituale Erwähnung. Dabei ist aber Vorsicht geboten, um nicht in die Verschiebung der Akzente einen größeren Umschwung hineinzulesen, als tatsächlich der Fall war. Neu war die Eröffnung von Wahlversammlungen mit Einmärschen und Fahnenweihen. Aber wenn

⁵⁶ Rote Fahne, 9.11. 1929.

⁵⁷ Ebenda, 10.4. 1932; GDA, Bd. 4, S. 558–59; Thälmann, Der revolutionäre Ausweg, S. 76–77.

⁵⁸ Rudolf Schlesinger, Erinnerungen eines Zeitgenossen großer Kämpfe (unveröff. MS.), BA, Kl. Erw. Nr. 609–2, Bl. 256, 258, 260–63.

⁵⁹ Materialien in BA, R 134/62, Bl. 185 ff.; ebenda, R 134/75, Bl. 93 ff.; R 45/vorl. 21; KPD-Arbeitsplan für September 1931: „Alles für den Endkampf!“, HStA Düsseldorf (K), Reg. Düsseldorf, Nr. 17150, Bl. 123; Rote Fahne, 25.7., 1.8. 1931.

⁶⁰ Rundschreiben des Kampfbundes gegen den Faschismus, Bergische Verbandsleitung Ruhrgebiet, 9.6. 1931 (Abschr.), HStA Düsseldorf (K), Reg. Düsseldorf, Nr. 17147, Bl. 108; ebenso Rundschr. des ZK der KPD, 8.12. 1931 (Abschr.); ebenda, Reg. Aachen, Nr. 23642.

Ernst Thälmann, der Parteivorsitzende, zum Führer umstilisiert wurde, so geschah das auch in Anlehnung an Praktiken, die in der Sowjetunion auf Stalin angewandt wurden⁶¹. Die starke Betonung des Nationalen fand ihren bedeutsamsten Ausdruck in der „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“, die während des Reichstagswahlkampfes im August 1930 veröffentlicht wurde. Die Erklärung enthielt die üblichen Forderungen nach Verstaatlichung der Großbetriebe, Aufteilung des Grundbesitzes unter landarmen Bauern, einer umfassenden Sozialversicherung, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch staatliche Arbeitsplanung, Lohnerhöhung und Senkung von Mieten und der Tarife für Gas, Wasser, Elektrizität, Verkehrsmittel und andere Kommunalleistungen. Vor allem aber verpflichtete das Programm die Partei zur Beseitigung des Versailler „Raubfriedens“ sowie aller damit verbundenen Abkommen wie Locarno-Vertrag und Young-Plan; auch wurde die Annullierung aller Reparationen und anderer internationaler Schulden verlangt. Alle diesbezüglichen Vereinbarungen seien Abmachungen des imperialistischen Finanzkapitals, für die das deutsche Volk nicht haftbar gemacht werden könne. Weder die SPD noch die NSDAP als Instrumente der Großbourgeoisie könnten diese Aufgabe jemals erfüllen. Nur die KPD sei fähig, das Volk von seinen inneren und äußeren Lasten zu befreien⁶².

Die Erklärung kann nicht einfach als nationalistische Demagogie abgetan werden, wie das geschehen ist⁶³; sie enthält nichts, was die KPD nicht immer gesagt hatte. Gerade auch die „nationale“ Komponente war nicht neu: Versailles and Young-Plan waren vom Augenblick ihres Abschlusses an als Belastungen des Volkes zugunsten des Großkapitals abgelehnt worden, und auch der Begriff der Nation – im Sinne einer klassenlosen, ethnisch-kulturellen Gemeinschaft – war seit dem „Kommunistischen Manifest“ Bestandteil des marxistischen Gedankengutes⁶⁴. Wenn die Erklärung ein opportunistisches Element enthält, so ist es in der Formulierung der Überschrift zu finden: Von nationaler und sozialer Befreiung zu sprechen, widersprach dem marxistischen Axiom, daß eine nationale Befreiung unmöglich sei ohne die vorherige soziale Befreiung, d. h. die Abschaffung der Klassengesellschaft. Bei späteren Bezugnahmen auf das Programm wurde die ideologisch korrekte Reihenfolge der Adjektive gelegentlich herangezogen⁶⁵.

⁶¹ S. z. B. „Gen. Thälmann spricht“, Rote Fahne, 31. 8. 1930, 4. Beil.; Beschreibung des „Siegeszugs unseres Führers“, ebenda, 18. 9. 1930. Daß die Bezeichnung Thälmanns als Führer nicht nur ein Wahlstrategem war, geht auch daraus hervor, daß Pieck noch 1935 auf der sog. Brüsseler Konferenz der KPD von dem im Gefängnis sitzenden Thälmann als dem eigentlichen Führer der Partei sprach; Brüsseler Konferenz, S. 134; ebenso Togliatti, ebenda, S. 511.

⁶² Résumé der Programmerklärung in GDA, Bd. 4, S. 255 ff.

⁶³ Flechtheim, S. 274–76; Duhnke, S. 20–21; ebenso James S. Ward, „Smash the Fascists ...“, German Communist Efforts to Counter the Nazis, 1930–31, in: Central European History (CEH), Bd. 14 (1981), S. 38–39.

⁶⁴ A. Dorpalen, Marxism and National Unity. The Case of Germany, in: Review of Politics, Bd. 39 (1977), S. 505 ff.

⁶⁵ Schlesinger, Bl. 222–23. In einem früheren Entwurf der Erklärung war noch von der sozialen und nationalen Befreiung die Rede; BA, NS 26/vorl. 810. Spätere Korrektur: Lagebericht Nr. 7/30

Der Versuch, potentielle NS-Wähler auf diese Weise der KPD zuzuführen, gelang nur sehr beschränkt: Der Stimmenzuwachs, den die KPD bei den Wahlen vom September 1930 bis zum November 1932 erreichte, erfolgte hauptsächlich auf Kosten der SPD und dank des Zustroms von Erstwählern; allein in den Novemberwahlen von 1932 ging auch eine Anzahl von Nationalsozialisten zu den Kommunisten über⁶⁶. Da ein Großteil dieser Wähler zudem arbeitslos war, trugen die Gewinne wenig dazu bei, die Stellung der KPD in den Betrieben zu stärken – die unumgängliche Vorbedingung eines kommunistischen Sieges.

Die Kommunisten suchten dem Mangel dadurch abzuwehren, daß sie Arbeitslose in den Streikprozeß hineinzogen. Diesen wurden außerbetriebliche Aufgaben zugewiesen wie Streikposten-Stehen, Verteilung von Flugblättern, Sprechchöre, Kurierdienste und Ablenkungsmanöver, die die Polizei in „betriebsarme“ Gebiete lockten, sodaß Streiks in Betrieben leichter ausgelöst werden konnten. Auf solche Weise sollte gleichzeitig den noch beschäftigten Arbeitern die Gewißheit gegeben werden, daß die Erwerbslosen ihnen nicht in den Rücken fallen und ihre Arbeitsplätze übernehmen würden, sollten sie wegen Streikbeteiligung entlassen werden. Auch Frauen und Jugendliche wurden herangezogen; der (kommunistische) Zentrale Vorbereitende Kampfausschuß der Ruhrarbeiter schlug sogar vor, Frauen, „wenn notwendig in Männerkleidung verkleidet“, in die Betriebe einzuschleusen, in der Erwartung, daß sie in ihrer Erbitterung über ihre bedrängten Lebensverhältnisse besonders geeignet seien, die noch Zögernden bei Streikbeginn umzustimmen. Aber auch diese Versuche blieben erfolglos. Arbeitslose scheuten ebenfalls vor Zusammenstößen mit der Polizei zurück, wie die Behörden immer wieder feststellten⁶⁷.

Streiks sollten vor allem auch die kriegswichtigen Industrien lahmlegen, denn Komintern und KPD waren überzeugt, daß die kapitalistischen Staaten einen Krieg gegen die Sowjetunion planten. Die Niederlage Sowjetrußlands in einem solchen Krieg hätte aber auch das Schicksal der KPD besiegelt, und diese glaubte daher, in ihrem eigenen Interesse alles tun zu müssen, um einen Krieg zu verhindern. Pieck faßte derartige Besorgnisse in einer Rede auf einer ZK-Tagung im Februar 1932 zusammen. Er wies darauf hin, daß es der Partei nicht gelungen sei, Massenstreiks gegen die Brüningische Notverordnung vom Dezember 1931 mit ihren erneuten Lohnkürzungen und verminderten Sozialleistungen zu organisieren. Wenn aber die Massen nicht einmal dazu gebracht werden konnten, gegen Eingriffe in ihre unmittelbaren Lebensbedingungen zu kämpfen, wie konnten sie dann veranlaßt werden, sich für die Sowjetunion einzusetzen, falls – vielleicht schon vor Sommerende – „der japanische Im-

der Polizeidirektion Bremen, 10.9. 1930, StA Münster, PolPräs Bremen (Nachrichtensammelungsstelle), Nr. 52.

⁶⁶ Alfred Mielatz, Das Ende der Parteien im Spiegel der Wahlen 1930–1933; in: Ende der Parteien, S. 786.

⁶⁷ KPD-Materialien und Polizeiberichte in StA Münster, Reg. Münster VII–52, Bd. 7–9 (Vorschlag des Zentralen Vorbereitenden Kampfausschusses in Bd. 9); Rundschr. der Bezirksstaffelführung Ruhrgebiet der Erwerbslosen, 17. 11. 1931 (Abschr.), HStA Düsseldorf (K), Reg. Düsseldorf, Nr. 17153, Bl. 82; Rote Fahne, 4. 9. 1931.

perialismus mit Unterstützung des amerikanischen und französischen Imperialismus“ die Sowjetunion in einen Krieg hineinzwang? (Der japanische Einfall in die Mandchurei im September 1931 galt als möglicher Auftakt zu einer solchen Offensive.) Vor allem bestand aber auch die Gefahr, „daß der Faschismus in Deutschland zur Macht kommen kann, ohne daß es die Kommunistische Partei vermochte, auch nur ernste Kämpfe auszulösen; wir haben eine Situation, in der es möglich ist, daß die Partei geschlagen wird von den Faschisten, ohne daß es ihr gelingt, die Massen in den Kampf zu führen.“ Und dann fügte er vielsagend hinzu: „Was das für die Komintern bedeuten würde, kann sich jeder an seinen zehn Fingern abzählen.“⁶⁸ Die Betonung der Konsequenzen für die Komintern und nicht die KPD wirft ein bezeichnendes Licht auf die existentielle Abhängigkeit der KPD von der Komintern.

Versuche, Bauern und Mittelstand für eine „Volksrevolution“ zu gewinnen, hatten ebenfalls wenig Erfolg: ein „Bauernhilfsprogramm“ fand wenig Beachtung⁶⁹. Was an kämpferischem Geist fortbestand, entlud sich in Zusammenstößen mit Nationalsozialisten und anderen Gegnern trotz der Mißbilligung „individueller Terrors“ seitens der Parteileitung. Die Anonymität nächtlicher Straßenkämpfe bot besseren Schutz gegen Identifizierung als Werbe- und Organisationstätigkeit in den Betrieben. Zudem scheint auf regionaler Ebene in manchen Fällen Gewaltanwendung gebilligt worden zu sein – ein weiteres Zeichen für den Mangel an Autorität der Führung und die daraus sich ergebenden Verwirrungen⁷⁰.

Die Berichte der Regierungsbehörden vermitteln das gleiche Bild unwirksamer Agitationsarbeit und weit verbreiteter Entmutigung. Die Kommunisten machten ihm

⁶⁸ Thälmann, Das revolutionäre Deutschland, S. 6, 10; RGO (?), Richtlinien für unsere Betriebsarbeit, Frühjahr 1932, BA, R 134/74, Bl. 286; Pieck, S. 1435 ff.

⁶⁹ Rote Fahne, 24. 1. 1932, berichtete auf Seite 1 von Hunderten von Vertretern kleiner und mittlerer Bauern, die an einem Bauernkongress im Januar 1932 teilnahmen, während ein faktischer Bericht über den Kongress auf einer rückwärtigen Seite der gleichen Ausgabe die Teilnehmer auf „rund 150 Delegierte“ bezifferte; s. auch GDA, Bd. 4, S. 315, 370, 545 ff.; über die Reaktion des Mittelstands ebenso die PolPräs-Berichte in HStA Düsseldorf (K), Reg. Düsseldorf, Nr. 30657 e, Bl. 268 ff.

⁷⁰ Wieweit die Kommunisten dabei die Angreifer waren, wieweit sie sich nur gegen Überfälle verteidigten, ist schwer zu entscheiden und könnte, wenn überhaupt, nur auf Grund der Akten der örtlichen Polizeistellen festgestellt werden. Eine Durchsicht der Berichte, die beim Oberpräsidenten von Westfalen und bei den Regierungspräsidenten von Düsseldorf und Aachen einliefen, ergab, daß in den Jahren 1929–30 den Nationalsozialisten eine größere Schuld an Zusammenstößen angelastet wurde als den Kommunisten, während nach 1930 die Verantwortung zunehmend den Kommunisten zugeschrieben wurde. Man hat allerdings den Eindruck, daß die Berichtersteller besonders seit der zweiten Jahreshälfte 1932 sich gegen die Verdächtigung als kommunistenfreundlich schützen wollten; StA Münster, Oberpräs. Westfalen, Nr. 5031; HStA Düsseldorf (K), Reg. Düsseldorf, Nr. 17251; Reg. Aachen, Nr. 22987–90, 23631 a. In Bremen dagegen werden in den monatlichen Lageberichten der Polizeidirektion die Kommunisten ausnahmslos als Angreifer bezeichnet; StA Münster, Reg. Münster, VII–2, Bd. 6–7. Über Berlin Hsi-Huey Liang, The Berlin Police Force in the Weimar Republik, Berkeley 1970, S. 102 ff. Ein Bericht der Nachrichtenstelle des RMI vom 31. 5. 1932 fand, daß „fast durchweg“ die Kommunisten die Provokateure waren; BA, R 134/33, Bl. 128. Daß die Kommunisten jedenfalls in vielen Fällen die Kämpfe auslösten, ergibt sich auch aus den immer wiederkehrenden Warnungen der oberen Parteinstanzen gegen „in-

am wenigsten Sorge, schrieb General Groener, damals zugleich geschäftsführender Reichsinnenminister, an einen Freund⁷¹.

In den Reichspräsidentenwahlen im März-April 1932 erlitten die Kommunisten einen weiteren Rückschlag: Nicht nur blieb Thälmann, ihr Kandidat, weit hinter Hindenburg und Hitler zurück; er erhielt im ersten Wahlgang nur 400 000 Stimmen mehr als bei den Reichstagswahlen im September 1930, um dann im zweiten Wahlgang 1,3 Millionen Stimmen zu verlieren. Die KPD hatte natürlich nicht erwartet, daß Thälmann zum Präsidenten gewählt würde; seine Kandidatur sollte den Massen die Gelegenheit geben, gegen die Hindenburg- und Hitler-Kandidaturen und gegen die Unterstützung Hindenburgs durch die Sozialdemokratie zu protestieren⁷². Aber eine viel kleinere Zahl als erwartet folgte diesem Ruf.

Ebensowenig gelang es der KPD, in den kurz darauffolgenden preußischen Landtagswahlen die Stimmenzahl der Reichstagswahl von 1930 oder auch nur der ersten Reichstagswahl vom März 1932 zu erreichen. Dennoch behauptet die SED-offizielle „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, daß sich im Frühjahr 1932 „der Kampf zwischen der Arbeiterklasse und allen demokratischen Kräften einerseits und den faschistischen Kräften andererseits seinem Höhepunkt näherte“. Noch phantastischer sieht der DDR-Historiker Ruge das damalige Deutschland am Vorabend von „gewaltigen antifaschistischen Massenaktionen, die den Imperialismus in Deutschland an den Rand des Abgrundes brachten“⁷³. Clara Zetkin beurteilte die Lage seinerzeit illusionsloser: „Die Situation spiegelt leider ein erschreckend niedriges Niveau des proletarischen Klassenempfindens wider, vom klaren Klassenbewußtsein und entschlossener Klassenreife gar nicht zu reden. Den Massen fehlt noch das Verständnis für die elementaren Grundfragen ihrer Verpflichtung, ‚Geschichte zu machen‘, statt die Geschichte von ihren Klassenfeinden machen zu lassen.“⁷⁴

Von einer herannahenden revolutionären Krise, wie sie von der KPD immer wieder angekündigt wurde, konnte in der Tat keine Rede sein, und die Parteiführer wußten das auch. Aber sie konnten es nicht offen zugeben, da die Komintern darauf bestanden, daß die Errichtung der Diktatur des Proletariats infolge der politischen Krise des kapitalistischen Systems in Deutschland bald durchgeführt werden könne⁷⁵.

dividuellen Terror“; so z. B. Entschließung der Berliner Parteileitung, 10. 1. 1932. Über die offizielle Billigung „individueller Terrors“ bei besonderen Gelegenheiten s. Ward, S. 39–40, der sich dabei allerdings z. T. auf fragwürdige Quellen stützt.

⁷¹ PolPräs. Recklinghausen, Bericht über Bergarbeiterstreiks, 8. 1. 1932, StA Münster, Reg. Münster, VII–52, Bd. 9; Oberpräs. der Rheinprovinz, zit. in Nachrichtensammelstelle des RdI und Nachrichtenstelle der Länder, 18. 2. 1932, BA, R 134/82, Bl. 257–58; PolPräs Essen an RegPräs Düsseldorf, 15., 21. 3. 1932, HStA Düsseldorf (K), Reg. Düsseldorf, Nr. 30671, Bl. 40, 43–44; Groener, zit. bei Bracher, Auflösung, S. 425.

⁷² Rote Fahne, 13. 2., 1. 3., 13. 3. 1932.

⁷³ GDA, Bd. 4, S. 324; Ruge, S. 414. Dagegen warnte die KPD(O), die in vieler Beziehung weit scharfsichtiger urteilte, bereits im Frühjahr 1932 vor der Machtübernahme; Tjaden, S. 296–97.

⁷⁴ Zetkin an Reese, 12. 5. 1932, Nachlaß Reese, BA, Kl. Erw. Nr. 379–1, Bl. 36.

⁷⁵ Thälmann, Volksrevolution, S. 20, 22–23, 31; Rote Fahne, 9. 3. 1932, 2. Beil.; Thälmann, in Inprekorr, 1. 12. 1931, S. 2565. S. auch Pieck, S. 1437. Zur Komintern Grundriß, S. 428.

Diese Rückschläge führten zu einer – leichten – taktischen Änderung der kommunistischen Strategie. Ende April 1932 veröffentlichten KPD und RGO (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition) einen Aufruf, in dem sie alle sozialdemokratisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aufforderten, gemeinsam mit KPD und RGO eine Einheitsfront gegen Lohn- und Unterstützungsabbau zu bilden. Während der Aufruf die Führer der SPD und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) immer noch heftig angriff, erklärten die Unterzeichner nun aber ihre Bereitschaft, „mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind und die wirklich den Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau führen will“, gemeinsam zu kämpfen. Im Gegensatz zu der bisherigen Taktik wurde hier der Versuch gemacht, nicht nur Einzelpersonen, sondern auch organisierte Gruppen, wenngleich nur auf den unteren Partei- und Gewerkschaftsstufen, auf die kommunistische Seite herüberzuziehen⁷⁶.

Einen Monat später schuf dann das ZK die „Antifaschistische Aktion“ zur „Verteidigung der Lebensinteressen aller Werktätigen“ und zum Kampf gegen den „Hitlerfaschismus“, der durch Streiks und andere Massenaktionen und letztlich durch den politischen Massenstreik von der Machtergreifung ferngehalten werden müsse⁷⁷. Tatsächlich hatte sich jedoch wenig geändert und konnte sich wenig ändern. „Wir lassen über unseren schonungslosen prinzipiellen Kampf gegen die Sozialdemokratie keinerlei Unklarheit“, erklärte Thälmann. „Wir wollen weder parlamentarische noch kleinbürgerliche Illusionen züchten ... Wir Kommunisten wollen keine ‚Einheit um jeden Preis‘ ... Das hieße den Klasseninhalt unserer Politik verleugnen im Interesse der ‚Einheit mit der SPD‘ und auf Streiks, Erwerbslosenkämpfe, auf Mieteraktionen und auf den revolutionären Massenselbstschutz verzichten.“⁷⁸

Die KPD schlug daher niemals direkt eine Einheitsfront mit der SPD und den ihr angeschlossenen Organisationen vor⁷⁹. Als nach Papens Preußen-Coup und Hitlers Ernennung zum Reichskanzler Aufforderungen zu einem Generalstreik an SPD, ADGB und den Allgemeinen freien Angestelltenbund (AfA) gerichtet wurden, waren diese Appelle, wie allgemein übersehen worden ist, eher beiläufig in Aufrufe an die Arbeiterschaft eingebettet, an die „Millionenmassen der sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen, christlichen und Reichsbannerarbeiter in Stadt und Land wie an

⁷⁶ Die Schwenkung fiel zusammen mit dem Ausschluß der militanten Heinz-Neumann-Gruppe aus den Führungsstellen der Partei. Es ist hier nicht notwendig, die unklaren und widerspruchsvollen Versionen über diesen Vorgang zu entwirren. S. dazu Beschluß des ZK der KPD, 24.5.1932, Rundschau über Politik, Wirtschaft, Arbeiterbewegung, Bd.2 (1933), S.542; GDA, Bd.4, S.308, 312 ff., 327; „Neumann-Gruppe“, Swb, Bd.2, S.181–82; Margarete Buber-Neumann, Von Potsdam nach Moskau, Stuttgart 1957, S.285 ff.

⁷⁷ S. dazu und auch zum Folgenden Antifaschistische Aktion.

⁷⁸ Ebenda, S.169; Rote Fahne, 17.6.1932; Anweisungen des Sekretariats des ZK, Rundschr. Nr.14, 14.7.1932, BA, R 134/66, Bl.48.

⁷⁹ Mammach liest ein solches Angebot an das Reichsbanner in ein Rundschreiben des ZK vom 4.6.1932 hinein. Tatsächlich spricht das Dokument nur von einem Zusammengehen mit den „Reichsbannerarbeitern gegen die SA“; Mammach, Zum antifaschistischen Kampf der KPD, in: Faschismus – Positionen, Probleme, Polemik, hrsg. von Dietrich Eichholtz und Kurt Gottweiler, Berlin (DDR) 1980, S.331; Rundschreiben in Antifaschistische Aktion, S.77.

die unorganisierten Arbeitermassen.⁸⁰ Die KPD war immer noch überzeugt, daß eine Einheitsfront nur von unten zu schaffen sei, daß aber durch einen Druck „von unten“ die SPD und ihre Gewerkschaften, deren Mitwirkung unentbehrlich war, in einen Generalstreik hineingezogen werden konnten.

Es gelang jedoch nicht, einen solchen Druck auf die SPD und die Gewerkschaften auszulösen. Auf örtlicher Ebene fanden zwar die Aufrufe zur Antifaschistischen Aktion erhebliche Zustimmung, und Kommunisten, Sozialdemokraten, Reichsbanner und andere Organisationen bildeten unter schärfster Mißbilligung der SPD-Führung lokale Aktionsausschüsse⁸¹. Aber es war unmöglich, koordinierte Bewegung unter kommunistischer Führung zusammenzufassen und auf die Ereignisse des 20. Juli 1932 und des 30. Januar 1933 Einfluß zu nehmen.

IV

Die SPD-Führung hielt ihrerseits daran fest, die Krise parlamentarisch zu lösen. Ihre Hoffnung galt den Reichstagswahlen, die die neu ernannte Papen-Regierung auf den 31. Juli 1932 angesetzt hatte. Aber selbst auf parlamentarischer Ebene weigerte sich die SPD, mit der KPD zusammenzuarbeiten, und zog wie das Zentrum die Wahl eines nationalsozialistischen Präsidenten im preußischen Landtag der Wahl eines republikanischen Kandidaten mit kommunistischer Unterstützung vor. In dem gleichen Bestreben, der Papen-Regierung keinen Anlaß zum Einschreiten in Preußen zu geben, verbot der sozialdemokratische preußische Innenminister Severing auf Verlangen des Reichsinnenministers den „Vorwärts“, sein eigenes Parteiblatt, auf fünf Tage wegen angeblicher Beschimpfung der Reichsregierung. Und als die Kommunisten im preußischen Landtag die Aufhebung des Verbots beantragten, enthielt sich die SPD-Fraktion der Stimme⁸². Ein ZK-Rundschreiben behauptete damals, daß die SPD vom Finanzkapital weiter als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie eingesetzt werde⁸³. Wenn auch diese Beschuldigung den Tatsachen ins Gesicht schlug, so hätte eine solche Strategie der SPD, wäre sie tatsächlich verfolgt worden, kaum wirksamer sein können. Unter diesen Umständen erwies sich ein Zusammengehen von KPD und SPD für beide Seiten als weiterhin unmöglich.

Die Entscheidung, wie die Linke auf Papens „Preußenschlag“ reagieren sollte, lag angesichts der gegebenen Kräfteverteilung zwischen den beiden Parteien bei der SPD

⁸⁰ Antifaschistische Aktion, S. 193–94, 354–56. Mammach macht das nicht klar. Die Überschrift des Aufrufes von 20. 7. 1932 (Antifaschistische Aktion, S. 193) „Appell des ZK der KPD vom 20. Juli 1932 an die SPD, den ADGB, den Afa-Bund und alle deutschen Arbeiter“ ist irreführend. Das Angebot an die SPD stellte daher auch nicht eine selbständige Initiative gegenüber der Kominternstrategie dar, die Weingartner, S. 144, in ihr sieht. S. auch die Proteste der SPD-Führung gegen solche Zusammenschlüsse; Antifaschistische Aktion, S. 78, 185 ff.

⁸¹ GDA, Bd. 4, S. 340–42, 344–45 und passim.

⁸² Fülberth/Harrer, S. 230, 246.

⁸³ Rundschreiben vom 4. 6. 1932, bei Bahne, S. 73.

und dem ADGB⁸⁴. Tatsächlich war diese Entscheidung schon lange vor dem eigentlichen Staatsstreich gefallen, als weder Partei noch Gewerkschaften oder die preußische Staatsregierung Vorkehrungen gegen Papens Vorgehen trafen, obwohl ihnen die Absichten des Kanzlers seit Wochen bekannt waren⁸⁵.

In diesem Zusammenhang ist die Frage, ob die preußische Regierung der Intervention des Reiches hätte erfolgreich Widerstand leisten können, immer wieder erörtert worden. Sie ist natürlich nicht eindeutig zu beantworten, aber sie ist auch historisch irrelevant. Selbst wenn die Braun-Severing-Regierung sich auf ihrem Posten hätte halten können, so hätte sie damit kaum etwas erreicht. Sie verzichtete auf Widerstand nicht nur, weil sie sich unterlegen fühlte und nutzloses Blutvergießen vermeiden wollte, sondern auch, weil sie kein klares Kampfziel vor sich sah⁸⁶. Das Ministerium hatte nur noch geschäftsführende Kompetenz, da in dem neu gewählten Landtag eine Mehrheit für ein anderes Kabinett sich nicht zusammengefunden hatte. Wäre also die Ausführung der Präsidialverordnung, die den Preußen-Coup sanktionierte, verhindert worden, so hätte dies nur zur erneuten Legitimierung des geschäftsführenden Ministeriums, aber zu keiner Dauerlösung geführt. (Daß ein solcher Sieg zweifellos zu Papens Entlassung durch den stets auf sein Prestige bedachten Hindenburg und zur Ernennung einer weniger konservativen Regierung geführt, neue Landtagswahlen zur Folge gehabt und seinen Niederschlag in den bevorstehenden Reichstagswahlen gefunden hätte, scheint nicht in Betracht gezogen worden zu sein.) Ihre eigenen Erwägungen, die Braun und Severing damals und später zu ihrer Rechtfertigung anführten, entsprachen der Hilf- und Ziellosigkeit der beiden Minister⁸⁷. Wie ihre Partei wußten diese Männer nicht mehr, wofür sie sich einsetzen sollten, und so waren sie nicht nur kampfunlustig, sondern auch amtsmüde. Braun war bereits viele Wochen zuvor auf Krankheitsurlaub gegangen, und Severing hatte wiederholt erklärt, daß er an seinem Posten nicht hänge und bereit sei, zurückzutreten, sobald ein Nachfolger gefunden sei. Wenn sie dabei die volle Zustimmung des Parteivorstandes hatten, so spielte bei diesen Entscheidungen zweifellos auch die traditionelle Scheu vor einer Regierungsbeteiligung mit, die die SPD immer wieder aus der hart bedrängten Reichsregierung heraushielt und sich nun auch auf Preußen auswirkte.

Dazu kam die Furcht vor den Kommunisten. Wie Wels rückblickend schrieb, bestand bei einem Generalstreik die Gefahr, daß die Kommunisten die Führung an sich reißen und durch die Maßlosigkeit ihrer Forderungen Verwirrung schaffen und den Streik diskreditieren würden⁸⁸. Die Erinnerung an die Situation nach dem Kapp-Putsch wirkte abschreckend: Damals hatten die Arbeiter nach ihrem erfolgreichen Streik die Früchte ihres Sieges nicht ernten können, da die damalige USPD sich gegen die SPD wandte. Aber auch diese Parallele besagte nur, daß die weit besser orga-

⁸⁴ Das übersieht Bahne, S. 26; irrig auch Flechtheim, S. 282–83.

⁸⁵ Matthias, S. 128 ff.; Bracher, Auflösung, S. 574 ff.; Heer, S. 60 ff.

⁸⁶ Matthias, S. 142; Adolph, S. 244–45.

⁸⁷ Breitman, S. 187–88; Matthias, S. 127; Grzesinski, ebenda, S. 225–26.

⁸⁸ Wels, „Aufzeichnung zum 20.7. 1932“, o. D., in: Anpassung, S. 7 ff.

nierte und disziplinierte SPD sich in Ermangelung konkreter Ziele nicht zutraute, die Agitation der kleineren und organisatorisch schwächeren KPD abzuwehren. Es schien sicherer, sich mit der Anrufung des Staatsgerichtshofes zu begnügen – tatsächlich mehr zur persönlichen Rehabilitierung der Minister, denen Pflichtversäumnis und Unfähigkeit vorgeworfen worden war, als in der Hoffnung auf gerichtliche Aufhebung der Papenschen Eingriffe. Durch sorgfältiges Verbleiben „auf dem Boden der Verfassung“ sollte außerdem alles vermieden werden, was der Reichsregierung als Vorwand zum Verbot der bevorstehenden Reichstagswahlen dienen konnte. (Tatsächlich lag Papen ein solches Wahlverbot vollkommen fern, schon weil er es nicht wagen konnte, die Nationalsozialisten gegen sich aufzubringen⁸⁹.) In völliger Verkenning der Volksstimmung erwartete die SPD sogar einen erheblichen Stimmenzuwachs – als Ausdruck der Mißbilligung des verfassungswidrigen Verhaltens der Papen-Regierung⁹⁰. Darüber hinaus hatte sie keine bestimmten Vorstellungen über ihr weiteres Vorgehen. Sie veröffentlichte – nach den Wahlen! – ein Programm, das die Sozialisierung wichtiger Wirtschaftszweige (Bergbau, Eisenindustrie, Großchemie, Großbanken) und auch Vorschläge zur Arbeitsbeschaffung enthielt – in jeder Beziehung eine unrealistische Pflichtübung, die auch keinerlei Beachtung fand⁹¹.

Das Verhalten der SPD besagt auch viel über ihr Demokratieverständnis. In ihren Bemühungen um die Erhaltung von Demokratie und Parlamentarismus bezog sich die Parteiführung nicht auf ein substantielles politisches Programm, sondern sah in diesen Begriffen einen Mechanismus, der die Entwicklung offenließ und es damit der SPD möglich machte, zu gegebener Zeit ein Programm, das den Interessen ihrer Anhänger schied, auszuarbeiten und durchzuführen⁹².

Zunächst blieb sie auch weiterhin konzeptions- und planlos⁹³. Nach den Reichstagswahlen vom 6. November 1932 besprach der Parteiausschuß, welche Fragen die Partei aufwerfen sollte, falls es im neuen Reichstag zu einer Debatte käme. Es bestand allgemeines Einverständnis, daß es von größter Wichtigkeit wäre, eine Aussprache zu veranstalten, bevor der Reichstag wieder aufgelöst würde. Breitscheid, der Fraktionsvorsitzende, betonte die Bedeutung einer solchen Debatte: „Nur auf demokratischer Grundlage hat die sozialdemokratische Agitation Aussicht auf Erfolg. Dafür zu sorgen, daß uns die Demokratie nicht verloren geht, muß die Aufgabe der Fraktion für die nächste Zukunft sein.“ Aber trotz der angeblichen Dringlichkeit dieser Aufgabe traf der Ausschuß keine Entscheidung über ein mögliches Aussprache-Thema⁹⁴.

⁸⁹ Hagen Schulze, *Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie*, Frankfurt a. M. 1977, S. 750–51.

⁹⁰ Dorpalen, *Hindenburg*, S. 327–28.

⁹¹ Friedrich Stampfer, *Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik*, Offenbach 1947, S. 639; Gates, S. 219 ff.

⁹² Braun, zit. bei Matthias, S. 130; Vogel, zit. ebenda, S. 202; Wels, zit. bei Hebel-Kunze, S. 238–39; *Vorwärts*, 11. 11. 1931 (M). S. aber auch Toni Sender in: *Anpassung*, S. 56, die auf die Inhaltslosigkeit der Demokratieformel hinwies. Dazu die scharfsinnige Analyse von Breitman, S. 114 ff.

⁹³ Carl Mierendorff, *Der sozialistische Weg*, in: *Sozialistische Monatshefte*, Bd. 38 (1932), S. 989 ff.; Schulze, *Anpassung*, S. XIX.

⁹⁴ SPD-Parteiausschußsitzung, 10. 11. 1932, in: *Anpassung*, S. 47.

Tatsächlich sah die SPD die Aufgabe nicht mehr als ganz so dringlich an. In den Novemberwahlen hatte die NSDAP einen scharfen Rückschlag erlitten, und eine Reihe von Kommunalwahlen in den folgenden Wochen brachte ihr weitere Verluste. Ziel- und ideenlos beschränkten sich die SPD-Führer darauf, Papen und seinem Nachfolger Schleicher ihre Opposition zum Ausdruck zu bringen und vor jeder weiteren Verfassungsverletzung zu warnen. Ebenso mißbilligten sie die Bereitschaft des ADGB, Schleicher entgegenzukommen. Die Haltung, die die Partei den Kommunisten gegenüber einnehmen sollte, scheint sie viel intensiver beschäftigt zu haben als das Problem des Nationalsozialismus⁹⁵.

Angst vor den kommunistischen Rivalen in den Gliedern, mißtrauisch gegenüber Schleicher, dem Organisator des Preußen-Coups, der allerdings der einzige war, der überhaupt noch mit ihnen verhandeln wollte, völlig außerstande, die tatsächlichen Machtverhältnisse einzuschätzen, änderten die Führer der SPD ihre Einstellung auch nicht, als sie erfuhren, daß in Hindenburgs Umgebung Schritte unternommen wurden, hinter Schleichers Rücken, Hitlers Ernennung zum Kanzler zu arrangieren. Dagegen warnten sie Schleicher – mit Ausnahme Otto Brauns, der aber nur für sich, nicht für die Partei sprach –, daß sie jeden Versuch, einen Staatsnotstand zu proklamieren und ohne Reichstag zu regieren, um Hitler nicht an die Macht kommen zu lassen, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln (welche!) bekämpfen würden. (Schleicher nahm diese Warnung allerdings nicht sehr ernst und bat Hindenburg um die nötigen Vollmachten, die der Präsident ihm jedoch versagte⁹⁶.)

Das Verhalten der SPD nach Hitlers Ernennung zum Kanzler entsprach ihrer bisherigen Einstellung. In einer Reihe von Vorstandssitzungen ging es um die nun einzuschlagende Taktik. Die üblichen Themen wurden erörtert – Streiks und andere außerparlamentarische Aktionen, Einheitsfront mit der KPD, Abwarten. Die Mehrheit entschied sich für die letztere Alternative. Was das praktisch bedeutete, brachte Breitscheid in einer Ansprache vor dem Parteiausschuß zum Ausdruck, die den Titel „Bereit sein ist alles!“ trug. Er führte aus, daß man, solange Hitler keine Verfassungsverletzung begehe, seine Regierung als eine verfassungsmäßige behandeln müsse. Es komme andererseits darauf an, für den Augenblick eines Verfassungsbruches gerüstet zu sein. „Dann ist es zu spät, wird man sagen, dann hat die Regierung inzwischen die Möglichkeit gehabt, unseren Aktionen Schranken zu setzen“. Aber wenn wir heute etwas unternehmen: Glaubt Ihr, daß nicht in derselben Minute von Seiten der Regierung alles geschehen würde, um uns durch das Verbot von Zeitungen und Versammlungen, durch Hindernisse aller Art unsere Aktionsfähigkeit zu rauben.“⁹⁷

⁹⁵ Ebenda, S. 16, 71; Hülfert, zit. bei Breitman, *On German Social Democracy and General Schleicher 1932–33*, in: CEH, Bd. 9 (1976), S. 369, 376.

⁹⁶ Ich folge hier Breitman (Anm. 98), der gewisse Unstimmigkeiten in den Quellen über die Besprechungen zwischen Breitscheid und Schleicher m. E. überzeugend geklärt hat. S. auch Bracher, *Auflösung*, S. 684–85; Stampfer, S. 656 ff.; Koszyk, S. 207–208.

⁹⁷ Sitzungsprotokolle in: *Anpassung*, S. 131 ff. (Breitscheid, S. 145–46); Hebel-Kunze, S. 81 ff.; Adolph, S. 263.

Mit diesem Eingeständnis völliger Hilflosigkeit war der Untergang von Republik und Partei besiegelt. Dem entsprach auch das Verhalten der Parteileitung, die eben nichts unternahm, um für den Kampf gegen einen Verfassungsbruch gerüstet zu sein – letztlich, weil sie wiederum kein klares Kampfziel hatte. Sie konzentrierte sich auf den angekündigten Wahlkampf zu einem neuen Reichstag; es war das einzige Ziel, das der Parteivorstand noch aufstellen konnte, als die quälende Frage nach Zielen erhoben wurde. Die Gewerkschaften, die allein einen direkten Druck auf die Regierung hätten ausüben können, gingen zudem ihren eigenen Weg und versuchten – vergebens –, sich mit Hitler zu arrangieren⁹⁸. Die Rede, mit der der SPD-Parteivorsitzende Otto Wels im neuen Reichstag noch einmal für die Ideale der SPD eintrat, konnte nicht mehr als eine mutige Geste sein. Wie Wels selbst sagte, waren machtpolitische Tatsachen nicht durch bloße Rechtsverwahrungen zu beseitigen, und mehr konnten die Sozialdemokraten nicht mehr tun und hatten sie seit Jahren nicht mehr getan⁹⁹.

Für die KPD sahen die letzten Monate der Weimarer Republik zunächst verheißungsvoller aus. Die Reichstagswahlen im Juli 1932 brachten ihr einen Gewinn von 700 000 Stimmen. Wichtiger, vom Standpunkt der Partei aus gesehen, war jedoch die Tatsache, daß ein paar Wochen später die Arbeiterschaft sich mit einer Welle von Streiks weiteren Lohnkürzungen widersetzte. Die Kommunisten nahmen für sich in Anspruch, die Streiks ausgelöst zu haben, und DDR-Historiker haben diese Behauptung übernommen¹⁰⁰.

Wie weit dies zutrifft, ist jedoch ungeklärt. Zunächst fällt auf, daß auf Parteikonferenzen weiterhin über mangelnde Betriebsorganisation, über fehlende Zusammenarbeit zwischen Betriebsarbeitern und Arbeitslosen und über Lippenbekenntnisse, denen keine Taten folgten, geklagt wurde¹⁰¹. Beobachtungen der Behörden bestätigten dieses Bild innerparteilicher Lethargie¹⁰², und die bitteren Kritiken an der KPD auf der 12. EKKI-Tagung im September 1932 zeichneten ein ähnliches Bild¹⁰³. Für Hamburg ist eine Untersuchung zu dem Ergebnis gekommen, daß die Streiks in vielen Fällen nicht von den Kommunisten initiiert oder, wenn von ihnen ausgelöst, nicht von

⁹⁸ Heer, S. 101 ff.; Adolph, S. 252–53.

⁹⁹ Wels Rede bei Adolph, S. 260 ff.

¹⁰⁰ GDA, Bd. 4, S. 365 ff.; Ruge, S. 449 ff.; Grundriß, S. 440. S. auch Heer, S. 66–67.

¹⁰¹ Bericht über die Agitprop-Konferenz der KPD, 16. 9. 1932, Nachrichtensammelstelle des RdI, BA, R 134/84, Bl. 153; RGO-Rundschr. „Richtlinien für die Oppositionsarbeit in den Gewerkschaften“, o. D. (Abschr.), Anlage zu PolPräs Bochum an den RegPräs Münster, 15. 12. 1932 (Abschr.), StA Münster, Reg. Münster, VII-1, Bd. 4; Ulbricht vor dem Berlin-Brandenburger Bezirksparteitag, in: Rote Fahne, 23. 11. 1932.

¹⁰² PolPräs Bochum an Oberpräs Westfalen, 22. 10. 1932 (Abschr.), StA Münster, Reg. Münster VII-I, Bd. 4; RegPräs Düsseldorf an Oberpräs Rheinprovinz, 29. 11. 1932 (Entw.), HStA Düsseldorf (K), Reg. Düsseldorf, Nr. 30657 g, Bl. 338. S. auch Frankf. Ztg., 5. 11. 1932 (2. M.). Daß „bei einer Reihe von Aktionen“ Funktionäre der freien und christlichen Gewerkschaften die Führung hatten, wird auch von der DDR-Historikerin Erika Kücklich zugegeben: Streik gegen Norverordnungen! Zur Gewerkschafts- und Streikpolitik der KPD im Sommer und Herbst 1932, in: BzG (1971), S. 467.

¹⁰³ Inprekorr., 17. 1. 1933, S. 204–205 (Kuusinen), 18. 1. 1933, S. 256–58 (Manuilski).

ihnen geleitet wurden. Der Leiter des zuständigen KPD-Bezirks Wasserkante klagte damals über die Lage in Hamburg: „Wir führten dort nicht die Massen, sondern liefen hinter ihnen her.“¹⁰⁴ Ähnlich hält ein Bericht des Polizeipräsidenten von Bochum die kommunistischen Behauptungen über die Führungsrolle der RGO für „stark übertrieben“. Der Bericht zitiert auch eine Entschließung des Reichskomitees der RGO, die betont, daß es im allgemeinen nicht gelungen sei, Betriebsgruppen und Rote Betriebsräte als die mobilisierenden und vorwärtstreibenden Kräfte bei den Streikkämpfen einzuspannen¹⁰⁵.

Vor allem aber entsprachen die Streiks auch nicht den kommunistischen Erwartungen, die auf die Großbetriebe gerichtet waren; allein deren Süllegung hätte möglicherweise zu einem politischen Massenstreik führen können. Die Fähigkeit, Großbetriebe zu bestreiken, war auch wichtig, um den erwarteten Krieg gegen die Sowjetunion zu verhindern. Aber kaum ein kriegswichtiges Unternehmen und vor allem auch keine Schlüsselbetriebe in Bergbau und Chemie, noch Eisenbahnen oder Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke wurden von der Streikwelle erfaßt. Großbetriebe waren nur vom Hamburger Hafendarbeiter- und vom Berliner Verkehrstreik betroffen¹⁰⁶.

Was in marxistischen Veröffentlichungen ganz unerwähnt bleibt, ist die Rolle, die Nationalsozialisten in diesen Streiks spielten. So berichtete die „Frankfurter Zeitung“, daß die Nationalsozialisten „in der vordersten Reihe der Rufer zum Streik“ zu finden seien und sogar zum Generalstreik drängten¹⁰⁷. Im Gau München-Oberbayern ermahnte der dortige Gauleiter jeden NS-Arbeiter, es sei seine Pflicht, einen wegen Lohnkürzungen entstandenen Streik „bis zum Äußersten“ zu unterstützen. Gleichzeitig warnte der Gauleiter NS-Arbeitgeber, sie würden aus der Partei ausgeschlossen, sollten sie auf Grund der letzten Papenschen Notverordnung einen Lohnabbau vornehmen¹⁰⁸. Die NS-Beteiligung am Berliner Verkehrstreik Anfang November 1932 ist der bekannteste Fall nationalsozialistischer Intervention.

Was die Freien Gewerkschaften betrifft, scheinen sie keine einheitliche Haltung eingenommen zu haben, obgleich die ADGB-Führung die Streiks mißbilligte. Auf örtlicher Ebene übernahmen sie wiederholt die Streikleitung, in anderen Fällen duldeten sie die Streiks, oft unter dem Druck ihrer Mitglieder, wobei kommunistische Einflüsse sicher nicht ohne Bedeutung waren¹⁰⁹.

¹⁰⁴ Ingo Kleinkamp, KPD und Faschismus – die Parteipolitik der KPD zwischen 1928 und 1933 unter Berücksichtigung des Bezirks Wasserkante, Examensarbeit 1977, StA Hamburg, Handschriftensammlung, Nr. DCCCXLIV, S. 30–32 (Zitat auf S. 31).

¹⁰⁵ PolPräs Bochum, 30. 12. 1932, StA Münster, Reg. Münster, VII–1, Bd. 4.

¹⁰⁶ Rote Fahne, 20. 11. 1932; Bleikamp, S. 44.

¹⁰⁷ Frankf. Ztg., 21. 9. 1932 (2. M.), 1. 10. 1932 (2. M.), 5. 10. 1932 (2. M.), 14. 10. 1932 (A/1. M.), auch 4. 11. 1932 (2. M.). Über die Rolle der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO) so auch Hans-Gerd Schumann, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung, Hannover 1958, S. 39–40.

¹⁰⁸ Frankf. Ztg., 29. 9. 1932 (A/1. M.).

¹⁰⁹ Ebenda, 24. 9. 1932 (A/1. M.), 1. 10. 1932 (2. M.), 4. 10. 1932 (A/1. M.). S. auch die Erklärung der Bundesausschusssitzung des ADGB, ebenda, 7. 10. 1932, 9. 10. 1932 (A/1. M.).

Die Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 6. November 1932, die der KPD einen weiteren Zuwachs von fast 700 000 Stimmen brachten, wurden daher seitens der Parteiführung recht nüchtern beurteilt – trotz aller Hinweise auf den unaufhaltsamen revolutionären Umschwung. Das ZK rief sofort wieder zu erneuten Bemühungen um eine Einheitsfront auf¹¹⁰. (Die Angriffe auf die Sozialdemokraten als Sozialfaschisten und soziale Hauptstütze des Monopolkapitals wurden trotzdem unvermindert fortgesetzt¹¹¹.) Gleichzeitig wies die „Rote Fahne“ alle Hinweise auf das Abflauen der Wirtschaftskrise als bourgeoise Betrugsmanöver zurück. (Der DDR-Wirtschaftshistoriker Jürgen Kuczynski berichtet in seinen Memoiren, daß er sich beinahe ein Parteiverfahren „wegen revisionistischem Defätismus“ zuzog, weil er in einem Aufsatz die Möglichkeit eines Krisenendes für 1932 angedeutet hatte. Er entging dem Verfahren, indem er versprach, keine weiteren Prognosen hinsichtlich des Endes der Wirtschaftskrise zu machen¹¹².) Aber die alten Probleme drängten sich immer wieder auf: nachlässige Funktionärsarbeit, Unzugänglichkeit der beschäftigten Arbeiter, die Unmöglichkeit, die Mehrzahl der KPD-Wähler zu aktiven Parteiarbeitern zu machen. Wieder zeichneten Parteidiskussionen und Behördenberichte das gleiche Bild. Tjaden charakterisierte die Partei zutreffend, wenn er sie mehr als eine Auffangstation radikalierter, aber politisch indifferenter Erwerbslosenmassen denn als revolutionäre kommunistische Massenpartei bezeichnete¹¹³.

Nach außen hielt die Partei an ihrem Wunschbild eines unaufhaltsamen revolutionären Vormarsches fest. Papens Rücktritt, nachdem die November-Wahlen ihm wieder keine Majorität gebracht hatten, wurde als ein Erfolg der „proletarischen Offensive“ gefeiert, erzwungen durch die „Sechsmillionenfront des Kommunismus“. Hitler sei nicht Papens Nachfolger geworden, weil man befürchte, daß eine Hitler-Regierung „den brodelnden Vulkan der revolutionären Gärung zum offenen Ausbruch bringen würde“. (Aber in nüchterner Einschätzung der wahren Situation wurden auch weiterhin keinerlei Vorbereitungen zu einem Aufstand getroffen¹¹⁴.) Das Schleicher-Kabinetts galt als ein Versuch der herrschenden Schichten, ihre Arbeiterschaft erneut mit parlamentarischen Illusionen zu verwirren und die „Massenkraft der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft an die faschistische Diktatur zu ketten und sie der aufbrandenden Streikwelle entgegenzuwerfen“¹¹⁵. Aber die Parteiführung war auch überzeugt, daß nach dem Stimmengewinn der KPD die Bourgeoisie die

¹¹⁰ Rote Fahne, 19. 11. 1932, ebenso 16. 10. 1932.

¹¹¹ Bericht der Polizeidirektion Bremen, 7. 12. 1932, StA Münster, PolPräs Bochum (Nachrichtensammelstelle), N. 19.

¹¹² Rote Fahne, 20. 11. 1932, 1. 1. 1933, 6. 1. 1933; Jürgen Kuczynski, Memoiren, Berlin/Weimar 1975, S. 224 ff.

¹¹³ Rote Fahne, 18. 11. 1932; RegPräs an Oberpräs Rheinprovinz, 22. 11. 1932 (Entwurf), HStA Düsseldorf (K), Reg. Düsseldorf, Nr. 30671, Bl. 371, 385; RegPräs Aachen an Oberpräs. Rheinprovinz, 16. 12. 1932 (Entw.), ebenda, Reg. Aachen, Nr. 23643; Tjaden, S. 246.

¹¹⁴ Thälmann an den Untersuchungsrichter des Reichsgerichts, o. D. (zwischen 1933 und 1936), in: Lothar Berthold, Unbekannte Dokumente Ernst Thälmanns aus dem faschistischen Kerker, in: BzG, Bd. 6 (1964), S. 464–67; GDA, Bd. 4, S. 455–56.

¹¹⁵ Rote Fahne, 18. 11. 1932, 25. 11. 1932, 14. 12. 1932.

Terrororganisation der NSDAP um so nötiger brauchte. Thälmann sah daher in der Schleicher-Regierung ein Platzhalterkabinett, dem infolge des erstarkenden proletarischen Angriffs bald eine Hitlerkoalition oder Hitlerregierung folgen werde¹¹⁶. Hier hatte er einmal recht. Es war gerade der Rückschlag der NSDAP in den November-Wahlen, der jene Bestrebungen in Industrie- und Bankkreisen (Petition an Hindenburg zwecks Hitlers Ernennung zum Kanzler) mobilisierte¹¹⁷. Dennoch versuchte die KPD nicht, sich der SPD zu nähern, um diesen Schritt abzuwehren; die SPD wiederum bewegte sich nicht um einen Zentimeter auf die KPD zu.

Damit wurde praktisch auf die schärfste Waffe verzichtet, über die die Arbeiterschaft verfügte – den Generalstreik. Denn wie immer wieder betont worden war, setzte ein solcher Streik die Führung der Betriebsarbeiter voraus, und diese Führung lag beim ADGB. Wenn überhaupt, dann hätte die Hitler-Regierung, die am 30. Januar 1933 ernannt wurde, nur mit einem Generalstreik bekämpft werden können; Hitler selbst sah in einem Generalstreik die einzige wirkliche Gefahr für seine Regierung¹¹⁸.

Die KPD allein war außerstande, ihn zu organisieren; ihr Versuch, SPD und Freie und christliche Gewerkschaften nach Hitlers Ernennung zu einem gemeinsamen Vorgehen zu bewegen, war aber wenig überzeugend: Der entsprechende Aufruf vom 30. Januar wandte sich, wie der vom 20. Juli 1932, zunächst an „Arbeiter, Arbeiterinnen, Jungarbeiter“ und dann erst in einem kurzen Absatz „vor der gesamten proletarischen Öffentlichkeit ... zugleich an den ADGB, den Afa-Bund und die SPD und die christlichen Gewerkschaften mit der Aufforderung, gemeinsam mit den Kommunisten den Generalstreik gegen die faschistische Diktatur der Hitler, Hugenberg, Papen ... durchzuführen“. Danach appellierte der Aufruf erneut an die „Millionmassen“ der gewerkschaftlich organisierten wie der unorganisierten Arbeiter, „den Streik, den Massenstreik, den Generalstreik“ zu organisieren und sich um die KPD und die RGO zu scharen¹¹⁹. Infolge der Untätigkeit von SPD und ADGB geschah jedoch nichts; einige Streikversuche auf örtlicher Ebene mußten wirkungslos bleiben¹²⁰.

Lange Jahre hatte die Partei vor dem Terrorismus einer faschistischen Diktatur gewarnt¹²¹, doch sie glaubte ihren eigenen düsteren Prophezeiungen nicht und gab sich der Hoffnung hin, in begrenztem Rahmen legal weiter wirken zu können – Pieck sprach später von „Legalitätsillusionen“. Dazu mag die vielfach unterschiedslose Be-

¹¹⁶ Ebenda, 18. 11. 1932; Thälmann-Rede in Anufaschistische Aktion, S. 320.

¹¹⁷ Dorpalen, S. 356–58; Schneider, S. 111 ff.

¹¹⁸ Protokoll der Kabinettsitzung, 30. 1. 1933, in: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internat. Militärgerichtshof, Nürnberg 1947, Bd. 25, S. 374–75.

¹¹⁹ Aufruf der KPD vom 30. 1. 1933 in Anufaschistische Aktion, S. 354–56.

¹²⁰ HStA Düsseldorf (K), Reg. Aachen, Nr. 23631; Rote Fahne, 3., 4. 2. 1932.

¹²¹ S. z. B. Rote Fahne, 8. 10. 1930 (Die faschistische Diktatur „ist das qualvollste Joch für die Arbeitermassen, der blutigste Terror gegen alle Freiheitskämpfer, die Gewaltherrschaft eines kleinen Häufleins über das ganze Volk“), 2. 12. 1930 („Faschismus bedeutet grausamste Gewaltanwendung gegen die unterjochte Mehrheit des Volkes ...“).

zeichnung der Brüning-, Papen- und Schleicher-Regierungen als faschistisch beige-tragen haben; das erweckte den Eindruck, daß der Faschismus wohl doch nicht so brutal vorgehen werde, als man befürchtet hatte. So forderte ein Rundschreiben des Bezirkskomitees Ruhrgebiet vom 1. Februar 1933 den „politischen Massenstreik“ gegen die Hitler-Regierung, der durch verstärkte innergewerkschaftliche Arbeit, unterbezirkliche Oppositionskonferenzen, Herausgabe von Betriebszeitungen und Flugblättern, intensivere Agitation für Einheitsausschüsse u. s. w. vorzubereiten sei. Wie Thälmann später in charakteristischer Selbsttäuschung schrieb, bestand damals keine unmittelbare revolutionäre Situation, die Vorbereitungen zu einem Aufstand gerechtfertigt hätte, dagegen aber ein „beschleunigtes Heranreifen“ der revolutionären Situation¹²².

Die Nationalsozialisten machten solche Aktivitäten schnell unmöglich. Auf den unteren Funktionärsebenen wurde es zudem immer schwieriger, Ersatz für Posten zu finden, die durch Verhaftungen, Flucht oder Rücktritt frei geworden waren¹²³. Fast völlig unvorbereitet auf den Terror, der das Land nun befiel, wurden große Teile der Parteiorganisation zerschlagen oder sie zerbröckelten unter dem wachsenden Druck. Die Partei erwies sich als ebenso unfähig, die Hitler-Diktatur zu bekämpfen – das bedeutet keine Herabsetzung jener kleinen Gruppen, die einen außerordentlichen Mut zeigten –, wie sie schon nicht imstande gewesen war, diese Diktatur zu verhindern. Die damalige kommunistische Reichstagsabgeordnete Maria Reese erinnert sich, Wilhelm Florin, ein Politbüro-Mitglied, am Tage des Reichstagsbrandes gefragt zu haben, was nun geplant sei. Florins ratlose Antwort war: „Ja, wenn die Arbeiter nicht kämpfen ...“ Frau Reese bemerkt dazu: „Die Generale warteten auf die Befehle der Soldaten.“¹²⁴ Tatsächlich hatte Florin nicht unrecht. Ein Generalstreik kann nur mit streikbereiten Arbeitern durchgeführt werden. Anders als beim Kapp-Putsch war jedoch nur ein Bruchteil der Arbeiter, der kommunistischen wie der sozialdemokratischen, gewillt zu handeln.

V

So verharren SPD und KPD in hilfloser Ohnmacht. Die Sozialdemokraten hielten bis zum letzten Augenblick daran fest, daß nur ein legaler politisch-parlamentarischer Vormarsch sie zu einer sozial gerechten Gemeinschaft führen werde, während die Kommunisten in einer sozialökonomischen außerparlamentarischen Umwälzung die Lösung der Krise sahen. Beide Parteien waren zugleich überzeugt, daß ihre spezifische Lösung unabweisbar war – die Sozialdemokraten in ihrem vagen Glauben an die

¹²² Pieck, auf Brüsseler Konferenz, S. 122, 132; Schlesinger, Bl. 311 ff.; Geyer, S. 33; Rundschr. des Bezirkskomitees Ruhrgebiet der RGO, 1. 2. 1933 (Abschr.), StA Münster, Reg. Münster VII-1, Bd. 4; Rundschr. der KPD, Bezirksleitung Ruhrgebiet, 15. 2. 1933, ebenda, KPD und kommunistische Verbände, Nr. 1, Bl. 10-11.

¹²³ S. z. B. Materialien in StA Münster, Reg. Münster, VII-1, Bd. 4.

¹²⁴ Reese, Auf dem Wege. Lebenserinnerungen (unveröff. MS), BA, Kl. Erw. Nr. 379-4, Bl. 23.

natürliche Evolution zum Sozialismus¹²⁵, die Kommunisten in ihrer Auffassung, daß die „objektiven Widersprüche“ zum Zusammenbruch des Kapitalismus führen mußten. Ferner waren sie der Meinung, daß das Selbstinteresse die Arbeiter zu einer revolutionären Lösung ihrer sich ständig verschlechternden Lage treiben werde. Gerade das aber geschah nicht; die Großzahl derer, die ihre Stimme den Kommunisten gaben, glaubten damit alles getan zu haben, was in ihrem Vermögen lag. Darüber hinaus überließen es die meisten der Parteiführung, alles weitere zur Verbesserung ihrer Lage zu tun. Wer aktivistischer eingestellt war, nahm an Demonstrationen teil und warf sich in die Versammlungs- und Straßenschlachten, aber diese berührten nicht den Produktionsprozeß – den Kern jedes Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Gerade auf diesem Feld, in marxistisch-leninistischer Sicht von zentraler Bedeutung, konnte die KPD nie entscheidend Fuß fassen.

So unterschieden sich diejenigen, die der KPD ihre Stimme gaben, im Grunde nur wenig von den SPD-Wählern, die ebenfalls ihre Erwartungen auf den Stimmzettel setzten. (Das galt auch für die Sozialistische Arbeiterpartei, die sich im Herbst 1931 von der als zu kompromißlerisch empfundenen SPD abzweigte¹²⁶.) Die Arbeiter-schaft war in ihrer großen Mehrheit nicht aktivistisch gestimmt. Was SPD und KPD trennte, waren ihre ideologischen Ziele; diese zeitweilig zurückzustellen, wurde von keiner Seite ernsthaft versucht. Aber das war nicht nur die Schuld der jeweiligen Parteiführungen, sondern auch ihrer Anhänger, die auf einer gemeinsamen Front hätten bestehen müssen¹²⁷. Und wenn man Verantwortlichkeiten zumessen will, so war es die SPD weit mehr als die KPD, die auf der Linken die größere Verantwortlichkeit für den Zusammenbruch der Weimarer Republik trug.

¹²⁵ Tarnow, zit. bei Hebel-Kunze, S. 35; Fülberth-Harrer, S. 198.

¹²⁶ Hanns Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), Meisenheim am Glan 1965, S. 109 ff., 215 ff.

¹²⁷ S. auch Arthur Rosenberg, Geschichte der deutschen Republik, Karlsbad 1935, S. 228–29, 239.

MANFRED JACOBS

KIRCHE, WELTANSCHAUUNG, POLITIK

Die evangelischen Kirchen und die Option zwischen dem zweiten und dritten Reich

Die Frage, wie es 1933 zur Option für Hitler gekommen ist, bewegt die Geschichtsschreibung bis zum heutigen Tag. Es liegt darin ein politisches und ein moralisches Problem, dem sich die Zeitgeschichtsforschung bislang noch nicht mit eindeutigen Thesen nähern können. Die Wahlen von 1932 und 1933 sind nach wie vor ein vielschichtiges Phänomen, gerade auch aus der Sicht der damaligen Zeitgenossen, die heute die ältere Generation darstellen und die viele – oftmals vergebliche – Erklärungsversuche unternehmen müssen, um die damalige Stimmung und vor allem die damaligen Entscheidungsabläufe verständlich zu machen.

Die Optionsfrage betrifft in besonderer Weise die evangelischen Kirchen; denn viele ihrer Mitglieder haben Hitler und seine politische Linie, als was immer sie ihnen erschienen sein mochte, zunächst weithin bejaht. Sie haben sich bewußt zu einem Weg entschlossen, der auch damals nicht ein Weg der demokratischen Mitte, sondern der politischen Extreme war. Warum das?

Die derzeitige Situation macht diese historische Frage aber auch zu einer kirchenpolitischen. Es wird gefragt, ob der Protestantismus wohl aus seinem Wesen heraus, gleichsam aus theologischen Gründen extremistisch tendiert? So wird die Vermutung geäußert, daß sich heute in einer gewissen Analogie erneut eine Neigung zu extremen politischen Richtungen offenbart, nun aber zur Linken, zur Friedensbewegung, zum Neomarxismus hin.

Es gibt katholische Stimmen, die das nahelegen. Sie gehen darauf hinaus, der Protestantismus habe kein richtiges Institutionenverständnis, und man gewinnt auch aus mancherlei privaten Gesprächen mit Juristen den Eindruck, daß diese ein ähnliches Bild vom Protestantismus und der Stellung der Kirchen heute entwickeln, nur bezogen auf die Institutionen des Rechts. Die katholische Reformationsgeschichtsschreibung der Jedin-Schule hat längst die Behauptung aufgestellt, daß der Protestantismus aus seinem theologischen Ansatz heraus labil ist, daß das reformatorische Prinzip des Glaubens letztlich Individualismus ist und zu nichts anderem führen kann als zur Aufklärung und von da aus zum religiösen Subjektivismus und schließlich zur amorphen Vermassung.

Auch Bundeskanzler Schmidt hat sich an die alte Thron- und Altar-Beziehung erinnert, als er auf dem Hamburger Kirchentag 1981 die Aussagen der Kirchenleitungen und der Jugendgruppen zur Friedensfrage vernahm, und er war offenbar der Meinung, daß sich ein Konflikt zwischen den politischen Ansprüchen der evangelischen Kirchen und der damaligen Bundesregierung ankündigen könnte, weil und sofern die Kirchen ihre Kompetenz auf dem politischen Feld überziehen.

Ein Historiker sieht immer Schwierigkeiten, aus den Quellen und Texten heraus zu

Hochrechnungen und zu idealtypischen Beschreibungen, also hier: zum sogenannten „Wesen“ des Protestantismus hinzugelangen. Das Folgende soll deshalb im Umkreis dessen bleiben, was historiographisch diskutierbar erscheint.

In den jüngsten Äußerungen zur Optionsfrage von 1933 bei Nowack, Scholder und Lindt¹ findet sich eine bestimmte Richtung der Antworten und Lösungen. Diese Autoren suchen in der nationalkonservativen Vergangenheit des deutschen Protestantismus nach Vorstufen des Faschismus, und natürlich findet man auch solche Vorstufen, weil der Protestantismus nahezu gänzlich im nationalen Überlieferungsbereich gestanden und auch weil Hitler bei seinem Marsch nach Berlin sich seinerseits ganz bewußt auf diese protestantische Wählerschaft und ihre späidealistische Sprachführung eingestellt hat. Die Übergänge vom nationalkonservativen, betont „deutschen“ Denken zum nationalsozialistischen Bewegungsgedanken sind für viele damals, noch dazu unter dem Druck einer weithin als verfahren erscheinenden politischen Situation, fließend gewesen.

Aber mit diesen direkten Herleitungen und Erklärungen der Optionen für Hitler aus dem breiten Herkunftsgebiet der nationalkonservativen politischen Vorverständnisse kommen wir doch in einige Bedrängnisse.

Zunächst zeigen uns die damaligen Wahlergebnisse, insbesondere die Skalen der jeweiligen Höchststimmenzahlen, daß allerdings der Süden und der Westen Deutschlands mit dem katholischen Traditionsraum 1932 und 1933 Zentrum und BVP gewählt haben, und wir können davon ausgehen, daß sich jedenfalls bei diesen Wahlgängen der katholische Bevölkerungsteil überwiegend gegenüber dem Nationalsozialismus und der NSDAP distanziert verhalten hat. Das hängt einmal mit der Einstellung zu Preußen und mit der Bedeutung der Mainlinie zusammen, das hängt aber auch (auch!) mit den richtungweisenden Stellungnahmen der damaligen deutschen katholischen Bischöfe zusammen, die schon 1931 einen Beitritt zur NSDAP als mit dem katholischen Glauben unvereinbar abgewiesen haben.

Für die übrigen Gebiete Deutschlands ist das Bild aber nicht eindeutig. Es gab einige Enklaven, die für die SPD stimmten, einige, die für die KPD stimmten, aber sie beschränkten sich auf bestimmte Großstädte oder auf Teile Berlins, des Ruhrgebiets und einige andere Landstriche. Im übrigen wählte Deutschland mit den jeweiligen Höchststimmenzahlen die NSDAP.

Blickt man dabei auf den konfessionellen Faktor, dann handelt es sich weithin um Mischgebiete, die nur noch sehr bedingt als protestantisch-kirchliche Traditionsräume angesprochen werden können, und wo wir es, wie in Norddeutschland, mit sehr eindeutig protestantischen Traditionsräumen zu tun haben, da stellt sich die Frage nach dem Einfluß der Kirchen und ihrer Geistlichen. Haben die Äußerungen von Kirchenleitungen, Kirchentagen und Geistlichen damals noch wirklich, angesichts des Autoritätszerfalls der Kirchen, eine so große Wirkung ausgeübt, Wirkung nicht

¹ K. Scholder, *Die Kirchen und das Dritte Reich*, Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen, Frankfurt am Main 1977; K. Nowack, *Evangelische Kirche und Weimarer Republik. Zum politischen Weg des deutschen Protestantismus zwischen 1918 und 1932*, Göttingen 1981; A. Lindt, *Das Zeitalter des Totalitarismus*, Stuttgart 1981.

nur langfristiger Art, sondern Wirkung im Blick auf die konkreten Wahlentscheidungen? Offenbar ist das nicht der Fall. Neben den konfessionellen wirkten auch landschaftliche, soziale, wirtschaftliche Einstellungen, Reminiszenzen an das zweite Reich, an Preußen, an law and order usf. mit, und im Blick auf die säkularisierte, kirchenferne Einstellung vieler Menschen kommen damit Gesichtspunkte in die Optionsfrage hinein, die eine eindeutige konfessionelle Erläuterung der Wahlergebnisse auch für diesen Raum wohl doch nicht zulassen.

Die Fragestellung sollte sich deshalb darauf einschränken lassen, was denn evangelische Kirchenleitungen, Theologen und Gemeinden veranlaßt haben könnte, sich für Hitler auszusprechen. Dann aber kehrt sich die Fragestellung um: Nicht der Protestantismus hat auf Hitler geführt, sondern die Bewegung der öffentlichen Meinung hat diese Kirchenleitungen, Geistlichen und Gemeinden ihrerseits mitgenommen und mitbestimmt. Die Frage ist dann anders zu stellen, als dies derzeit geschieht.

Sodann werden Gründe genannt, die auf die politische Traditionsgeschichte abzielen. Andreas Lindt² beispielsweise meint, daß diejenigen, die vorher die staatstragenden Parteien SPD und Zentrum gewählt haben, Hitler nicht zugefallen seien. Lediglich diejenigen, die vorher nicht „staatstragend“, also DNVP, gewählt haben, sind danach das Potential geworden, aus dem Hitler seine Stimmen gezogen hat.

Diese Erklärungslinie wirft freilich das Problem des Verhältnisses von Stammwählern und Wechselwählern auf. Aber schon die zahlenmäßigen Größen, in denen die Stimmen für Hitler gefallen sind, weisen darauf hin, daß sie nicht erklärbar sind, wenn ein hoher Prozentsatz von Stammwählern der „staatstragenden“ Parteien vorausgesetzt werden muß. Das Problem liegt auch weniger in den Zahlen, sondern darin, daß sich mit der Option für Hitler ein Übergang zum politischen Extremismus vollzog, und manche der damals Beteiligten machen eben geltend, daß sie diesen Übergang nicht als einen qualitativen Bruch gesehen haben, sondern als eine aus dem parlamentarischen Parteienspektrum sich ergebende Wahlmöglichkeit, die, so angespannt die politischen Verhältnisse waren, sich – wenn auch mit einem Risiko – nahelegen konnte. Was jedoch bei dieser Analyse von Lindt aufmerken läßt, ist die direkte Herleitung der Option für Hitler aus ganz bestimmten politischen Traditionen, so als ob bestimmte Traditionen in einer nahezu nachrechenbaren Weise dann auch zu bestimmten Wahlentscheidungen führen mußten. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß damit gesagt werden soll: Konservativ und national zu denken, war damals (und ist heute) eine Art politischer Unmöglichkeit, ja Amoralität. Wer rechts wählt, geht im Grundsatz den Weg des faschistischen Totalitarismus. Nur wer damals von den staatstragenden demokratischen Parteien herkam, der hat auch klar sehen können, wohin die Hitler-Diktatur führen werde.

Diese politisch-weltanschauliche Herleitung will indes nicht recht einleuchten, kaum aus dem Grund, um Nationalismus oder Konservatismus nachträglich zu rechtfertigen, sondern deswegen, weil dabei eine politische Rationalität und Moralität vorausgesetzt werden, die damals so nicht bestanden haben, und weil die Extremismus-

² A. Lindt, S. 133.

problematik ja gerade darin liegt, daß Hitlers Bewegung und Wahlerfolge aus dem demokratischen Spektrum hervorgegangen sind und daß er den Weg der vorgeblichen „Legitimität“ beschritten hat.

An anderer Stelle nun macht Lindt die Aussage³, daß es sich bei diesen Wahlen um einen Akt der Täuschung gehandelt habe, und auch Scholder hat diese Jahre die Jahre der „Illusionen“ genannt. Dies scheint ein wesentlich anderer Erklärungszusammenhang zu sein; denn das Phänomen der Täuschung ist aus einer Fülle von Erinnerungen derer, die damals Hitler gewählt haben, gut bekannt.

Täuschung kann freilich ein Doppeltes bedeuten. Männer wie Seldte und Duestenberg vom Stahlhelm oder auch Franz v. Papen vom Zentrum haben Täuschung aufgefaßt als die bewußte Täuschung und Lüge Hitlers, der sie zum Opfer gefallen sind.

Täuschung kann aber auch Selbsttäuschung sein. Politische Wunschbilder sind offenbar wie eine farbige Scheibe, die alles, was man durch sie hindurch betrachtet, in ein farbiges Licht tauchen, und Weltanschauungen haben im politischen Leben anscheinend die Wirkung, die politischen Präferenzen und Analysen zu verfärben, Parteilagen zu schaffen und wiederum die politische Realität, so komplex sie ist, nach bestimmten Voreinstellungen hin zu „reduzieren“ und damit zu verschätzen.

Auch damals haben weltanschaulich-religiöse Voreinstellungen bestanden, die Hitler im Licht der eigenen Hoffnungen und Utopien aufleuchten ließen. Man hat im Grunde seine eigenen Utopien gewählt, indem man Hitler wählte.

Unsere Fragestellung geht deshalb von den Denkformen der protestantischen Theologie aus. Es muß da eine Beziehung zu finden sein zwischen den religiösen und philosophischen Denkmustern auf der einen Seite und der politischen „Rationalität“ auf der anderen, selbst wenn man zu dem Ergebnis kommt, daß eben diese Beziehung zwischen dem Glauben einerseits und der politischen Ratio andererseits damals gestört oder defekt oder jedenfalls labil war.

Blickt man auf die theologischen Gruppen und ihre Herkünfte, dann muß man feststellen, daß die Zustimmungen zur nationalsozialistischen Bewegung Hitlers aus allen theologischen Lagern gekommen sind. Es gibt keine theologische Richtung oder Gruppe, die nicht auch ihre Überläufer gehabt hätte. In vielen Gruppen ist der Nationalsozialismus Anlaß innerer Zerwürfnisse geworden, etwa bei den Berneuchenern. Es gab Optanten aus dem Kreis der „Christlichen Welt“; es hat sie bei den Konservativen und Lutheranern, bei den Reformierten und in der dialektischen Theologie gegeben. Es gab sie auch unter denen, die aus der Jugendbewegung oder von den religiösen Sozialisten oder von den Jungpfarrerschaften herkamen. Aber einige Richtungen, vor allem pietistische, wie der Kreis des Gnadauer Verbandes oder die Kreise um die Zeitschrift „Licht und Leben“, teilweise auch der Evangelische Bund, weite Teile der Äußeren und der Inneren Mission, die alten Christlich-Sozialen, die von Stoecker herkamen, sind sehr zahlreich der NS-Bewegung zugefallen.

Wiederum läßt sich die Optionsproblematik nicht auf einen kurzen Zeitraum fest-

³ A. Lindt, S. 134.

schreiben. Innerhalb reichlich eines Jahres ist bis zur ersten Bekenntnissynode der Bekennenden Kirche in Barmen Mai/Juni 1934 aus den Erfahrungen mit dem totalitären Verhalten der Deutschen Christen (DC) und der Partei ein theologisch-kirchlicher Lernprozeß in Bewegung gekommen, der, wenn auch nicht gleich zur politischen Widerstandshaltung, so doch zu einem dezidiert kirchlichen Bekenntnis- und zu einem theologischen Autonomiebewußtsein geführt hat. Innerhalb kürzester Zeit haben die Mitglieder des Pfarrernotbundes – der im Dezember 1933 mehr als die Hälfte aller deutschen Geistlichen umfaßte – und die Träger der Bekennenden Kirche im Kampf mit den DC und mit der NSDAP Erfahrungen gemacht und verarbeitet, die jedenfalls einen tiefen Bruch mit dem Bild vom Staat bedeuteten, das bis dahin weithin in Geltung gestanden hatte. Dieser Lernvorgang ist erstaunlich kurz, auch dann, wenn er besonders in der Frage des Eintretens für die Juden noch viel zu lang war. Aber er zeigt, daß Weltanschauungen revidiert worden sind und daß sich die intakten Kirchen und viele der Pfarrer mit Bestimmtheit auf den Boden der Heiligen Schrift, der Bekenntnisse und damit auf einen Boden des wiedergewonnenen Bewußtseins und Auftrags der Kirche stellten.

Das Problem der Weltanschauung ist historisch tief gestaffelt, und es gibt etliche Arbeiten, allen voran von Hannah Arendt⁴ und Y.L. Talmon⁵, die das Aufkommen der Ideologie oder der Weltanschauung insbesondere mit der Französischen Revolution, also mit dem Aufkommen des totalitären Weltanschauungsstaates der Neuzeit in Verbindung setzen. Der Begriff Weltanschauung findet sich bereits bei Hegel⁶. Die deutsche liberale Tradition hat aus der Aufklärung heraus mit diesem Phänomen des Weltanschauungsstaates sich im ganzen nicht befreunden können, was sich in der Zeit des Vormärz und der Metternich-Ära deutlich herausbildete. Aber es gibt in der deutschen Philosophiegeschichte den großen metaphysischen Bruch durch die kritische Philosophie Kants. Seine These, daß nicht die Wirklichkeit das Bewußtsein, sondern das Bewußtsein die Wirklichkeit konstituiert, beschreibt nicht nur ein transzendentes, ein noetisches, sondern in seinen Konsequenzen eben auch ein moralisches und politisches Problem, und so wie Fichte diesen Satz dann dahin radikalisiert hat, daß das Denken, der Akt des Ichbewußtseins, selbst Tat ist, zeichnete sich auch im politischen Deutschland eine Linie ab, die auf Veränderung, ja auf Revolution und Zentralisation des Geisteslebens zielte, aber nicht vom Aufstand des Proletariats her, sondern als eine Revolution aus der Macht der Weltanschauung im Sinne dieses Entwurfs des Menschen zu seiner eigenen und zu seiner nationalen und sozialen Freiheit.

In seiner Geraer Rede aus dem Jahr 1881 stellte Adolf Stöcker fest, daß die christliche Weltanschauung – die Rede heißt: „Die Bedeutung der christlichen Weltanschauung für die brennenden Fragen der Gegenwart“⁷ – in der deutschen Gesell-

⁴ H. Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, New York 1955.

⁵ Y.L. Talmon, *Die Ursprünge totalitärer Demokratie*, Köln 1961; ders., *Politischer Messianismus*, Köln 1963.

⁶ Hegel, *Differenz des Fichte'schen und Schelling'schen Systems der Philosophie* (1801), in: *Theorie-Werk-Ausgabe* 1970, Bd. 2, S. 47.

⁷ A. Stöcker, *Christlich-sozial. Reden und Aufsätze*, Berlin 1890², S. 260 ff.

schaft auf dem Vormarsch ist, um sich greift und immer neue Schichten mit glühender Begeisterung erfüllt. Dazu heißt es dann weiter:

„Wissen Sie, woran das liegt? Daß wir das Christentum nicht bloß als Glaubenslehre, sondern daß wir es als Weltanschauung verkünden. Gewiß, das Christentum ist auch Glaubenslehre, weil es Offenbarung ist. Es wird viel über Dogmen, Dogmatik und Orthodoxie gespöttelt – sehr mit Ungrund. Denn wenn das Christentum wirklich göttliche Wahrheit ist, so muß es in festen, klaren Formen und Sätzen krystallisiert werden. Aber das Christentum ist nicht bloß Glaubenslehre; es ist göttliches Leben aus der Höhe, sittliche Kraft aus den Tiefen; es ist eine Macht, welche durch nichts anderes ersetzt werden kann; ich sollte meinen, keine Zeit hat das so eindringlich gepredigt als die Gegenwart, in welcher alles zusammenbricht, auch das Größte des Menscheistes, das nicht auf den Grund Gottes gebaut ist ...“

Stoecker sieht sich in der Krise der bürgerlichen Kultur. Die Schichten und Klassen driften auseinander. Der Kern des Zerfalls ist der sittliche Überzeugungswandel. Die Sozialdemokraten, die Liberalen, die Kapitalisten und Ultramontanen repräsentieren eine sittliche Dezentralisation, die die Einheit der Nation erschüttert.

Stoecker will die Grundlegung einer neuen Staatsgesinnung aus dem Traditionsfond des protestantischen Christentums. Er unterscheidet zwischen Dogmatik und Weltanschauung. Die Dogmatik ist auf die Offenbarung gegründet. Sie ist konstant und muß auch in Formeln ausdrückbar sein. Dieser dogmatischen Seite des christlichen Glaubens gilt eigentlich eine mehr reservierte Einstellung. Alles Engagement und alle Leidenschaft rückt nun auf die christliche Weltanschauung, weil ihr Vordringen ein Erweis der Macht ist, wie lebendig der christliche Glaube doch immer noch ist.

Die Weltanschauung ist nun die Weise, wie sich der dogmatische Fond des christlichen Glaubens in die Bereiche des Politischen, der Kultur und der Sittlichkeit hinein verlängert. Sie ist die ethische und praktische Seite des dogmatischen Glaubens, seine Akkulturation, die Anpassung des Glaubens an die Zeit oder anders noch gesagt: die Aktualisierung des christlichen Glaubens für die politischen und gesellschaftlichen Fragen der Gegenwart.

Weltanschauung hängt bei Stoecker mit dem Wertehaushalt der Nation zusammen, und diesen Wertehaushalt bezeichnet er als die „Höhen“ oder die „Tiefen“, also mit Ausdrücken, die uns heute als irrational erscheinen, die er aber gar nicht irrational meint, sondern die für ihn Umschreibungen des Glaubens sind, des christlichen Glaubens, der hinter dem Vorfindlichen und hinter den bloß dogmatischen und rechtlichen Formen des Daseins wirkt und eine Zone der inneren, geistigen Bewegung verlebendigt, aus der eigentlich und wesentlich der Zusammenhalt und die Identität der Nation erwachsen. Der Glaube zielt auf diese Wesenswirklichkeit, auf die göttliche Bewegung in der Nation, und so kann man sagen, daß sich Stoecker hier mit einer Kernfrage des deutschen Protestantismus befaßt, nämlich damit, wie der christliche Glaube seine Evidenz für die sich wandelnde, aufgeklärte und neuzeitliche Gesellschaft wiedergewinnen kann. Seine Antwort lautet: Dadurch, daß sich der christliche Glaube als eine weltanschauliche Kraft erweist, daß er seine Bezüge in die Bereiche von Politik, Kultur und Nation hinein entfaltet und geltend macht.

Es ist doch wohl hochwahrscheinlich, daß hierhinter ein Stück weit die Fichtesche Tatphilosophie gestanden hat und daß der eigentliche Schub dieser christlich-sozialen Tendenzen nicht nur das Ziel der Volkskirche, sondern auch das Ziel der Evidenz des christlichen Glaubens war, die Darstellung seiner funktionalen Bedeutung für die Gesellschaft (Nation) zum Aufbau eines neuen, aber eben nicht traditionellen, sondern aus den „Tiefen“ und den „Höhen“ zu errichtenden weltanschaulichen Gesamtbewußtseins der Nation.

Stoecker hat gemeint, daß inmitten der Krise die christliche Weltanschauung wirklich die einzige und alleinige Rettung versprechen könne, und er hat als ein im ganzen pietistisch denkender Mann damit die Alleinwirksamkeit der reformatorischen *sola fide* und *sola gratia* auf die Weltanschauung übertragen und auf diese Weise einem politischen Dezisionismus im Protestantismus mit zur Geburt verholfen.

Hier können nicht weitere Zeugnisse für die Verwendung des Weltanschauungsbegriffs in den siebziger und achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts vorgebracht werden. Es geht auch nicht allein um das semantische, sondern um das funktionale Auftreten des Weltanschauungsgedankens. Man findet diesen Begriff Weltanschauung ebenso bei dem alternden David Friedrich Strauß, bei Willibald Beyschlag, bei Paul de Lagarde, aber auch bei Nietzsche und vielen anderen Kulturmorphologen und Phänomenologen der Zeit. Er wird in der Profanität alsbald zu einem typischen Wechselbegriff für Ideologie.

Dennoch steckt noch mehr darin. Es steckt darin eine revolutionäre Tendenz, das Moment des Utopischen, und das wird deutlich, wenn man das Sprachfeld auch auf andere Autoren hin erweitert. Die Utopie als Selbstentwurf des Menschen in seine Zukunft hinein hat bei Paul de Lagarde in seinen nationalistischen und neukonservativen Aufsätzen der siebziger und achtziger Jahre eine große Rolle gespielt, und man geht sicherlich nicht fehl, wenn man dabei auch Beziehungen sieht zum Pessimismus in der Philosophie Eduard von Hartmanns, zur Wertskepsis, die sich auch unter den Juristen in der Wendung zum Rechtspositivismus hin zeigt⁸, zu Nietzsche, der kurzerhand die Umwertung aller Werte fordert, und dann eine Generation weiter zur Wertphilosophie und zum Intuitionismus der frühen Phänomenologie bei Husserl und Scheler.

Lagarde selbst ist beispielsweise in seinem 1884 veröffentlichten Aufsatz „Programm für die konservative Partei Preußens“⁹ ein Indikator für diese Wandlungen aus der Tradition des feudalen und bürgerlichen Gesellschaftsbildes in eine neue nationale Gemeinschaft und Einheitsgesellschaft hinein. Auch hier wieder spielt Fichte eine grundlegende Rolle.

Lagarde will die konservative Partei nicht mehr als Partei, sondern als die Quelle einer neu zu errichtenden deutschen Nation sehen, denn, so meint er, es muß *Entschiedenheit*, es muß *etwas Ganzheitliches und Religiöses* dabei sein, wenn es gilt, die

⁸ P. v. Oertzen, Die Bedeutung C.F. von Gerbers für die deutsche Staatsrechtslehre, in: K. Hesse (Hrsg.), *Staatsaufgabe und Kirchenordnung*, Festgabe f. R. Smend, Tübingen 1962, S. 183 ff.

⁹ P. de Lagarde, *Deutsche Schriften I*, München 1924, S. 372 ff.

Nation zu bilden. „Religionen schließen sich aus, weil sie Überzeugungen, Parteien dulden sich, weil sie Tendenzen sind.“¹⁰ Partei im neuen Sinne einer konservativen Partei, wie er sie sich denkt, ist Weltanschauungspartei, eine Partei mit religiösem Hintergrund, die Werte schafft und setzt, und, indem sie das tut, geht sie nicht mehr vom Staat aus, sondern von der Nation. Der Staat ist die bloße Form des Lebens der Nation; für sich selbst ist er eine bloße Maschinerie, ohne Geist. Die Nation hingegen ist Leben, Geist, Religion, Utopie in die eigene Zukunft hinein, und damit sich dieses Leben der Nation aus seiner Geisttiefe heraus entfalten kann, muß es auch Institutionen geben, die autonom sind und die nicht von der staatlichen Maschinerie stranguliert werden können: die Monarchie, die Religion, die Kunst und die Wissenschaft.

Lagarde war gewiß kein Kirchen- und Dogmenchrist. Theologisch war er liberal. Politisch ist er aber auch nicht mehr altkonservativ, sondern er ist revolutionär. Er lebt in der Schauung einer neuen Nation und in einem neuen, noch zu schaffenden Staatswesen, und gerade aus diesem Grund wird sein Neukonservatismus staatskritisch. Recht, Verfassung, gesatzte Formen der Religion und Institutionen spielen für ihn keine tragende Rolle. Sie beengen den Geist. Sie müssen überwunden und der Weltanschauung und Religion der Zukunft ein- und untergeordnet werden.

Nun kann man natürlich nicht den gesamten deutschen Protestantismus mit Stöcker und Lagarde in Verbindung bringen. Dafür ist das Spiel zwischen den damaligen Richtungen zu weitschichtig und zu problemgeladen gewesen. Für den Historiker handelt es sich aber doch um einzelne Motive, die bis zu den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts immer deutlicher zusammentreten, und eben nicht nur innerhalb bestimmter Richtungen und Gruppen, sondern als Strukturen quer durch die Gruppen. Eines der wichtigsten Motive dabei ist diese Frage nach der Evidenz des christlichen Glaubens, und der Protestantismus, jedenfalls der liberalen Richtungen, ist durchweg davon ausgegangen, daß die Evidenz dieses Glaubens nicht durch dogmatische oder positiv-rechtliche Autorität erwiesen werden kann, sondern daß sie aus dem Akt des Glaubens selbst kommt, aus dem Vorgang des Glaubens in der individuellen Persönlichkeit.

Die Grunderfahrung für diesen Individualglauben hat schon Schleiermacher zu Beginn des Jahrhunderts angegeben, und verfolgt man die Noetiken sowohl auf der Seite der Pietisten wie Tholuck oder in seiner Weise auch Richard Rothe wie die der historischen Kritiker, von Strauß angefangen bis hin zu Harnack und Troeltsch, oder noch einmal die Erkenntnistheorien von Ritschl und Wilhelm Herrmann, dann kann man doch eine relative Übereinstimmung in der Umschreibung der Gesamtproblematik erkennen. Diese um das Problemfeld der individuellen Glaubensevidenz herum oszillierenden und unter sich wieder recht disparaten Theorien haben für den Katholizismus das Wesensbild des Protestantismus bis heute weithin bestimmt. Die Evidenz liegt im Akt des Glaubens, wie immer er begründet ist, nicht in den Institutionen der Kirche, nicht im Dogma. Ein Mann wie der Marburger Neukantianer Herrmann hat die sogenannten Schriftgedanken geradezu als unsittlich abgelehnt. Nur die Glau-

¹⁰ Lagarde, S. 373.

bensgedanken, die dem auf dem Grund des Bewußtseins anwesenden göttlichen Logos entstammen, können wirklichen Heilsglauben, Überzeugung und Evidenz zustande bringen und beanspruchen. Harnack hat dann klassisch diese Frage auf das Verhältnis Gottes und der Einzelseele, der Einzelseele und Gottes zugespitzt.

Diesem Evidenzproblem hat sich die römisch-katholische Theologie damals nicht ausgeliefert. Sie hat weder Kant noch Hegel zu jener Zeit rezipiert, sondern sich auf Thomas von Aquin zurückbezogen und von dessen Ontologie her auch ihre Sozialtheorien entwickelt, die dann in der Enzyklika „Rerum novarum“ von 1891 erstmals auf die neuzeitliche Wandlungssituation hin entfaltet werden.

Für den deutschen Protestantismus hingegen wird die Klärung der Evidenzfrage des Glaubens als des zentralen Aktes der Überzeugung ein grundlegendes theologisches Problem, weil davon die Verallgemeinerbarkeit der christlich-theologischen Aussagen abhängt. Der Glaube als persönliche und innere Erfahrung Gottes wird damit auch die Grundlage für die Kulturauffassung und die Volkskirchentheorien, und so ist denn auch diese christlich-protestantische „Weltanschauung“ so etwas wie eine evangelische Soziallehre, die eine besondere Bedeutung vor allem für das konservative und positive Denken gewinnt. Den Liberalen ist es – man kann das wiederum sehr deutlich bei Wilhelm Herrmann studieren – möglich, sich aus der Relativität der Geschichte in die geschichtslose Glaubensinnerlichkeit der Person zurückzuziehen. Die Positiven hingegen – und das sind praeter propter vor allem Vertreter eines lutherischen Denkens – müssen ihr besonderes Institutionenproblem klären, das ihnen aus der Ekklesiologie erwächst, das ihnen ebenso in den Strukturen ihres Sakramentsverständnisses begegnet und das sich dann natürlich auch in der inneren Identifizierung mit den Institutionen des Staates, des Bürgertums und den allgemeinen Besitzstandsformen meldet. Sie können ihr Institutionenproblem nicht dadurch klären, daß sie sich kulturkritisch und emanzipierend, wie das vielen Liberalen möglich ist, auf die Persönlichkeit zurückziehen, sondern sie müssen oder wollen Theorien behaupten, die den geschichtlichen Bestand als rechten Gebrauch zu erklären vermögen. Sie sind weitaus mehr in die politische Dingwelt hineinverwoben als ihre liberalen Kollegen. Die christliche „Weltanschauung“ besagt um die Jahrhundertwende soviel, daß auch im kollektiven Erleben der Kirche und der protestantischen Gesellschaft eine Evidenzerfahrung drinsteckt, eben die Erfahrung als weltanschauliches Kollektiv, als sogenanntes „Wesen“ des Protestantischen oder als „Wesen“ des Deutschen. Diese Beziehung zum kollektiven Erleben bringt dem Evangelischen Bund seine hohen Mitgliederzahlen, und sie ist es schon, die Stoecker so siegesgewiß sein läßt.

Damit ist aber zugleich eine Veränderung im Frömmigkeitshaushalt und in der Sprache der Predigten dieser Zeit verbunden. Eine Konsequenz ist die zunehmende Bildung von Personalgemeinden. Eine andere Konsequenz ist der kennzeichnende pathetische Sprachstil, der von Wert- und Gotterlebnissen spricht, die allgemein sein sollen und es doch ganz offensichtlich gar nicht gewesen sind, und von Werten der nationalen und patriotischen Gemeinschaft, die auch nicht im allgemeinen Brauch stehen. Diese weltanschaulichen Sozialtheorien, wenn man sie so nennen will, stimmen nicht. Sie sind schon damals utopischer Natur.

Es gibt freilich auch sehr ernsthafte und realistische sozialpolitische Entwürfe dieser Zeit. Dabei ist an Rudolf Todt und dessen 1871 erschienenes Buch „Der radicale deutsche Sozialismus“ zu denken, eine erste Beurteilung der Sozialdemokratie von der biblischen Grundlage her, aus der Sicht eines konservativen Lutheraners; ferner an die Kathedersozialisten, wenn sie auch kein kirchliches, sondern ein akademisches Gremium waren, Männer wie Wagener, Schmoller, von Schönberg und vor allem Lohmann.

Diese Richtung, wenn man sie so bezeichnen will, wirkt auf den Staatsinterventionismus, auf ganz konkrete gesetzgeberische und sozialpolitisch wirksame Akte der Bismarck-Ära hin, bei Lohmann sogar teilweise gegen den Willen Bismarcks. In diesen Kreisen, zu denen dann auch der Evangelisch-soziale Kongreß (ab 1891) gerechnet werden muß, ist analytische und rationale Bestandsaufnahme geleistet worden, und Lohmanns Denkschrift der Inneren Mission von 1885, von der vermutet wird, daß sie der Enzyklika *Rerum novarum* Impulse vermittelt hat, legt folgende Grundkenntnisse für ein protestantisches Verständnis der Sozialpolitik vor:

1 Die Glaubensverpflichtung bezieht sich auch auf die Wirtschaftsethik.

2 Der Staat trägt soziale und politische Verantwortung, weil er mehr ist als die Krone und mehr als die besitzenden Schichten. Er ist sittliche Rechts- und Verantwortungsgemeinschaft.

3 Die Schichten und Klassen tragen nach christlicher Auffassung eine gegenseitige Verantwortung, die Unternehmer für die Arbeiter, die Arbeiter für die Unternehmer, eine Art von *mutua obligatio*. Das Gemeinwohl, das Gesamtinteresse steht höher als die Einzelinteressen, die Förderung der wirtschaftlichen Prosperität höher als der Klassenkampf.

4 Das Eigentum ist göttliche Ordnung.

5 Das Ziel sind die Aufrechterhaltung der Monarchie und die Reintegration der Arbeiterschaft in den Aufbau der bürgerlichen Gesellschaft.

Daß dieser Kathedersozialismus nicht zur Bildung einer protestantischen Partei geführt hat, hängt einmal mit seiner gouvernementalen Einstellung zusammen, die vom Staat und nicht von der demokratischen Mitbestimmung her denkt. Zum anderen hängt dies auch mit dem Charakter als Fachleutegremium zusammen. Jedenfalls zeigt sich von den Kathedersozialisten her ein politisches Defizit der protestantischen Kirchen. Sie verfügen über keine politische Vertretung. Sie haben große Schwierigkeiten, wie alle konservativen Richtungen, mit der Theoriebildung. Ihnen hängen das Staatstragende und die Beziehung zur Krone an. Sie sind auf die Pflege der sittlichen und religiösen Bindungen eingestellt, und die Verlautbarungen des Evangelischen Oberkirchenrats der preußischen Landeskirchen aus dem Jahr 1895 zeigen denn auch bereits einen Informationsrückstand der Kirchenleitungen in der sozialen Frage, der zu einem regelrechten Kompetenzverlust hingeführt hat. Die Kathedersozialisten wirken immerhin auf die Versicherungs- und Arbeiterschutzgesetzgebung mit weitreichenden Folgen für das soziale Klima ein und stellen die Voraussetzung für den weiteren Ausbau der Sozialgesetzgebungen in den zwanziger Jahren dar. Die Kirchenleitungen hingegen bieten 1895 kirchliche Aktivitäten für die Arbeiterschaft an

wie Jungmänner- und Jungfrauenvereine, Bibelarbeit, Gesellenvereine, also Aktivitäten, die durch das gewerkschaftliche und das parteipolitische Leben überholt sind.

Diese Differenz zwischen der Kirche und der gesellschaftlichen Realität weist bereits auf die Wirkung der Verweltanschaulichung hin, von der schon die Rede war. Wenn sich die Theologie mit ihrem biblischen Sprachfeld in die Bereiche der differenzierten Industrie- und Sozillandschaft hinausbewegt, dann genügt nicht mehr der fromme und appellative Stil der normalen Predigten, sondern dann müssen Konzeptionen und umsetzbare Theorien gebildet werden, damit von den biblischen Gebotsinhalten her die Brücke zum gesellschaftlichen Pluralismus geschlagen werden kann. Die ungeheure patriotische Begeisterung zu Beginn des Krieges 1914 hängt sicherlich auch damit zusammen, daß die bisherige Pluralität, das Widereinander des politischen und gesellschaftlichen Krisenzustandes vor dem Krieg, auf einmal durch ein entschlossenes und kampfbereites Wir abgelöst ist, daß die Nötigung, realistisch und differenzierend zu denken, durch die Aktualität des gleichen Wollens und Fühlens in der Kampfsituation aller auf einmal wie aufgehoben scheint.

Es ist – auch im Blick auf die gegenwärtige Situation – belangreich, darauf hinzuweisen, daß diese Verweltanschaulichung keineswegs nur bei den Konservativen, sondern genau so auch auf seiten der Allerfortschrittlichsten, der Religiös-Sozialen, vorhanden gewesen ist und daß auch hier so etwas wie eine Theologie der Unmittelbarkeit aus der Bibel und aus dem Prophetengeist heraus in die politische Orientierung hinein Pate gestanden und zu einer spezifischen „Weltanschauung“ geführt hat.

In diesem Zusammenhang verdient der Schweizer Hermann Kutter und dessen Buch „Sie müssen“ aus dem Jahr 1903 Aufmerksamkeit. Diesem Buch ist ein Jahr vorher eine intensive Beschäftigung mit Platon vorausgegangen, und die Schau der Ideen, wie sie Platon als das Unmittelbare lehrt, hat Kutter in eine Gottese Erfahrung unter dem Wort Gottes umgedeutet. Mit dieser Kategorie tritt er in die politische Arena und beschreibt nun die Sozialdemokratie als jene Richtung des politischen Lebens, die den Bau des Reiches Gottes faktisch vollzieht, auch wenn sie nicht glaubt, wie die Kirche glaubt, und sich nicht christlich versteht. Hinter ihr steht die providentielle Geschichtsführung Gottes, der Herr der Bergpredigt. Darum gilt es nun, Partei zu machen. Nicht die Liberalen mit ihrem Kapitalismus und Mammonismus, nicht die Christlich-Sozialen und ihr Bürgertum, sondern allein das sozialistische Proletariat ist Träger des göttlichen Willens. Die Sozialdemokratie hofft alles, sie leidet alles. „Sie müssen“.

Es ist dieselbe Zeit, in der Männer wie Arthur Bonus die Germanisierung des Christentums als die neuzeitliche Aktualisierung und Akkommodation des Traditions Glaubens fordern.

Bei Kutter ist ebenfalls eine aus religiösen Gründen erwachsene Form der Option für bestimmte politische Prägungen entstanden, und für sein Buch ist deshalb auch kennzeichnend, was es alles nicht berücksichtigt. Beispielsweise berücksichtigt es nicht die Diskussionen um Rerum novarum, nicht den deutschen Revisionismus unter Kautsky oder Bernstein, nicht die Konvergenz der politischen Parteien in den späten neunziger Jahren, die sich nach dem Abgang Bismarcks immer mehr als parlamentari-

sche Macht und als „staatstragend“ erweisen, allen voran die Sozialdemokratie und das Zentrum.

Die Bedeutung dieser Versuche, die christliche Theologie zu „verweltanschaulichen“ und sie auf bestimmte Entwicklungen hin zu akkommodieren, besteht weniger darin, daß sich bereits die Spaltungen von politisch links und politisch rechts vorbereiten. Diese Konturen sind zwar wichtig, aber sie geben den wichtigeren Aspekt der Analyse nicht frei. Dieser liegt darin, daß sich in der Auffassung dessen, was religiöses und politisches Denken in ihrer Bezogenheit sein sollten oder sind, kennzeichnende Unterschiede ergeben: einerseits ein realitätsbezogener und andererseits ein utopischer Weg der Erfassung von Gott und Welt.

Wenden wir uns nun den zwanziger Jahren und damit der Vorgeschichte der Optionen von 1933 zu. Der Zusammenbruch und der Wechsel der Verfassung 1918/19 sind damals als ungeheuer tiefgreifend empfunden worden; sie erschienen als der zwangshafte Abbruch einer Kultur, für die man bislang noch keinen Ersatz und keine Fortsetzung sah. Gerade wo die Frage nach einer religiös-politischen Weltanschauung im Sinne einer Leitkultur schon vor dem Weltkrieg so intensiv diskutiert worden ist, ist das Auseinanderbrechen in die Schichtenkulturen nach 1918 vor allem von seiten der Bürgerlichen als etwas empfunden worden, das die Republik von vornherein mit dem Stigma des Zusammenbruchs der nationalen Identität belastete, und dies läßt sich für weite Schichten der protestantischen Kirchen sagen, vorausgesetzt, daß man unter der nationalen Identität die geistig-sittliche Auffassung der nationalen Gemeinschaft, nicht jedoch den Übergang von der Monarchie zur Republik versteht.

Nowack hat in seiner Darstellung erkennen lassen¹¹, daß es von den protestantischen Kirchenleitungen keine einzige Aussage gibt, die sich direkt gegen den Weimarer Staat, also gegen die neue Verfassungswirklichkeit der Republik gerichtet hätte. Man wird deshalb sehr zurückhaltend gegenüber der Behauptung sein müssen, die protestantischen Kirchen und Gemeinden hätten sich monarchistische Träumereien geleistet und die Republik abgelehnt, als ob es, abgesehen von sehr kleinen Kreisen, die es auch später in der NSDAP gab, einen politischen Willen zur Wiederaufrichtung der Monarchie oder zur Heimholung des Kaisers gegeben hätte. Es war, davon kann man ausgehen, klar, daß der verlorene Krieg Verfassungswechsel bedeutete und daß mit dem Verfassungswechsel selbstverständlich diejenigen politischen Kräfte die Verantwortung übernehmen mußten, die vorher in der Opposition gestanden hatten, allen voran die SPD und das Zentrum, ohne daß damit bereits eine Stimmbereitschaft für diese Parteien angezeigt gewesen wäre.

Ein großes Interesse gilt nach dem Krieg allerdings der alsbaldigen Wiederherstellung geordneter Verhältnisse, der Beseitigung der Arbeiter- und Soldatenräte, der Vermeidung einer Revolution. Diese Ziele liegen auch in der Blickrichtung der damaligen Sozialdemokratie, die ja durchaus an der law-and-order-Haltung mitbeteiligt ist. Die Einstellungen zu den marodierenden Wehrgruppen und Freikorps, die in den Grenzgebieten operieren und sich nicht entwaffnen lassen wollen, ist doch auch in-

¹¹ Nowack, S. 18 ff., 85, 172 ff.

nerhalb der bürgerlichen Bevölkerung gespalten. Die Weimarer Republik ist, davon kann man wohl praeter propter ausgehen, als die neue Verfassung positiv aufgenommen worden.

Eduard Heimann – diese persönliche Erinnerung sei hier eingeflochten – hat einmal gesagt, was er der evangelischen Kirche jener Zeit anlastete, sei dieses, daß sie die Gloriole, die sie dem Kaiserreich gegeben hat, nicht auch dem Weimarer Staat gönnt habe.

Geht man von dieser Überlegung aus, dann kommt man auf die Frage, ob und wie weit die Weimarer Verfassung aus sich heraus eine innere Bindung an das neue Staats- und Verfassungsgefüge möglich gemacht hat. Wilhelm Stapel hat sie später als eine Honoratiorendemokratie nach dem Muster von 1848 bezeichnet, als eine mehr intellektuelle Konstruktion, die keine echten Bindungen geschaffen und die sich um die Fragenkreise der geistigen Zusammenhalte der Nation nicht wesentlich gekümmert hat. Stapel zielte damit auf das positivistische Staats- und Rechtsverständnis jener Zeit, auf die Verrechtlichung der Gemeinschaftsbeziehungen, für die ihm die neue liberale Verfassung keinen Bindungszusammenhang schuf.

Blickt man auf den Bereich der evangelischen Kirchen, auf ihre Gruppen und Theologen, dann fällt auf, wie hoch das Bewußtsein einer umfassenden Kulturkrise auch nach dem Krieg ist und wie umfassend darüber nachgedacht wird, wie in diesem Zeiten- und Epochenwechsel neue Bindungen und neue Leitlinien für das Ganze der Gesellschaft und der Kirche geschaffen werden könnten. Es ist nicht unrichtig, wenn man die unmittelbare Nachkriegssituation als eine Art Null-Situation kennzeichnet, jedenfalls für viele Intellektuelle, während die damals ältere Generation natürlich die Kontinuitäten vertritt, die sich aus der Kaiserzeit in die Republik hinüber retten, und dies besonders in den Kreisen der Beamtschaft und der Verwaltungen in Staat und Kirchen. Die Nachkriegszeit ist die Situation der Geburt von Weltanschauungen, ein Aufbruch von vielen Seiten her, die alle je aus ihrer Sicht und aus ihrer Tradition heraus das Ganze und das Neue bestimmen und sozusagen in den Gesamttrend der Nation hineinwirken wollen. Weltanschauungspolitik wäre dafür ein guter Ausdruck.

Auf der Seite der Kirchenregierungen hat sich dieses Phänomen sehr deutlich ausgeprägt. Man kann das aber nicht ganz undialektisch sehen. Denn gerade die Kirchenleitungen und ihre Konsistorialbürokratien stellen einen Kontinuitätsfaktor ersten Ranges dar. Bis rund 1925 ist in nahezu allen deutschen Landeskirchen das neue Verfassungswerk nach der Ablösung vom Summepiskopat abgeschlossen. Hierbei zeigt sich die Kontinuität darin, daß sich ein positivistisches und gouvernementales Verständnis von Kirchenleitung durchsetzt. Sowohl in der preußischen Union als auch bei den Vorverhandlungen zum deutschen Evangelischen Kirchenbund scheidet das demokratische Urwahlprinzip. Dennoch ergibt sich mit diesem positivistischen Verständnis von Kirchenleitung, das in Preußen zur Betonung der Konsistorialzüge in klarer Abgrenzung vom geistlichen Zuschnitt der sogenannten Generalsuperintendenten führt, auch ein deutliches Autonomieverständnis der Landeskirchen. Daß sie nun von der staatlichen Bevormundung fast frei sind, wird das vorrangige Element ihres Selbstverständnisses in der Republik. Die freie Kirche in ihrer selbstän-

digen Verwaltung ist schon im 19. Jahrhundert längst ein kirchenpolitisches Ziel gewesen, und nun führt dies dahin, daß sich die kirchliche Mentalität im wesentlichen in der Kirche und nicht im Staat beheimatet. Der Weimarer Staat bietet keine oder nur wenige Charakteristiken für eine innere Beteiligung. Noch 1927 spricht Otto Dibelius im „Jahrhundert der Kirche“ in einer geradezu enthusiastischen Sprache von den neuen, auch ökumenischen Utopien, die sich jetzt aufzun sollen:

„Die Selbständigkeit der Kirche ist da. Nicht ohne Einschränkung. Aber aufs Ganze gesehen, darf es gelten: Sie ist da! Eine Kirche ist geworden. Eine selbständige evangelische Kirche. Daß diese Kirche nicht fertig ist, daß sie sich erst ihrer selbst bewußt werden muß, daß das Neue erst von innen her mit Geist und Leben durchdrungen werden muß – das alles versteht sich von selbst. Eine Kirche ist nie fertig! Aber noch einmal: Die evangelische Kirche ist da ...! Wir haben eine Kirche! Wir stehen vor einer Wendung, die niemand hat voraussehen können. Das Ziel ist erreicht! Gott wollte eine evangelische Kirche.“¹²

Von hier aus ergibt sich nun ein weiteres. Die evangelische Kirche versteht sich als eine Art Weltanschauungsgruppe im neuen Staat. Sie ringt um die Prioritäten. Sie sieht sich in ihrem Gegenüber zum Staat als dem bloß säkularen Faktor als die Trägerin der echten und wahren Transzendenz. Als Weltanschauungsträgerin tritt sie dem Staat gegenüber. So sagt Generalsuperintendent Zoellner in seinem Buch „Staat und Kirche“ aus dem Jahr 1931 an einer Stelle:

„Ein großer Gegensatz tritt uns hier entgegen: Es ist der Gegensatz – kurz gesagt – zwischen Immanenz und Transzendenz. Auf der einen Seite steht eine Gottesanschauung, die ihn (sc. den Staat) als geistige Potenz, als Urgrund – oder wie er sonst genannt wird – in die Innerweltlichkeit hineinbannt und ihn je nachdem im Geist des Menschen oder sonst in Erscheinung kommen läßt, die ihn auch, zum Teil, weil er lediglich innerweltlich sei, nicht Gott genannt haben will. Auf der anderen Seite steht die Verkündigung der Offenbarung des lebendigen Gottes, der transzendent über der Welt erhaben zugleich immanent, innerweltlich seine Ziele durchsetzt, sein Reich gründet, fortführt und endlich zum Ziele bringt. Kurz gesagt: Immanenz und Transzendenz ringen heute miteinander in dem Kampf des Verhältnisses von Staat und Kirche.“¹³

Wo die Kirche, wie hier als eine Weltanschauungsträgerin, sich in die Konkurrenz zum rein positivistisch verstandenen Staat hineinbegibt, wird ja mit Händen greifbar, daß der Staat, den sie will und sucht, ein anderer, ein vielleicht noch kommender ist, einer, dem sie mit ihrer Kampfhaltung zur Geburt verhelfen will, und Weltanschauung ist dabei beides: Kampftheorie und Utopie, und eben auf diese Beziehung kommt es an, weil hierin die Ansätze für jenes Täuschungsgeschehen liegen, das sich dann mit der Wahl Hitlers 1933 vollzieht.

Noch ein anderer Zeuge sei genannt, Friedrich Brunstäd, der Lehrer Eugen Gerstenmeiers. Brunstäd ist nach dem Kriege 1918 eine Art Kulturreferent bei der

¹² O. Dibelius, *Das Jahrhundert der Kirche*, Berlin 1927, S. 76 f.

¹³ W. Zoellner, *Staat und Kirche. Ein Wort vom Werdenden*, 1931, S. 14.

DNVP, wie es Friedrich Gogarten einmal ausgedrückt hat, und leistet bei der Neuformulierung des politischen Konservatismus Geburtshilfe.

Brunstäd ist in seinem Aufsatz von 1920 „Die Staatsideen der politischen Parteien“¹⁴ ganz im Einklang mit der allgemeinen Thematik von der Frage ausgegangen, wie man das neue Staatsrechtsgebilde mit Geist und innerer Evidenz füllen könne, wie es also, um mit Habermas zu reden, zu einem verallgemeinerbaren Konsens kommen könne.

Brunstäd lehnt eine Staatstradition ab, die er sowohl bei den Sozialisten als auch bei den Liberalen und den Zentrumsleuten wirksam sieht, die Tradition der Aufklärung, der naturrechtlich – demokratischen Ideen. Sein Ansatzpunkt soll der „idealistisch-konservative“ sein, die von Fichte, Hegel und vom Protestantismus des 19. Jahrhunderts gestaltete Tradition.

In diesem Zusammenhang, da wir es mit einem dezidierten Lutheraner zu tun haben, kommt es darauf an zu zeigen, daß die altkonservativen Staatstheorien Friedrich Julius Stahls – also die Theorie vom christlichen Staat, dessen gottgewollte Verfassung unwandelbar und nicht disponibel ist – von einem neukonservativen Denken her verlassen und aufgegeben werden. Von Stahl her gefolgert, wäre nun die neue Republik für den christlichen Glauben verpflichtend und im vollen Sinne als Staat zu akzeptieren gewesen, so wie vorher die Monarchie als die von Gott geschichtlich gewollte Staatsform bewertet worden ist. In der neukonservativen Atmosphäre des Luthertums der zwanziger Jahre ist diese Bindung an die göttliche Ordnung des Staates dahin. Ähnliches kann man ja auch in den Schriften des jungen Paul Althaus beobachten. Auch Brunstäd sieht keine Möglichkeit, seine eigene Utopie irgend mit dieser Weimarer Republik in Verbindung zu bringen. Er kann sie nur als eine bloße Rechtsform würdigen, als Verwaltung oder eben – als Maschinerie.

Was er von seiner neukonservativen Sicht her anstrebt, ist der Staat aus der inneren Bewegung, als „Gesamtpersönlichkeit“, die sich aus der Geschichte als eine tragende Wertwelt und Sittlichkeit ergibt und die nun kontinuierlich fortgeführt werden mußte. Er nennt dies den „geistig-sittlichen Zusammenhang der Gemeinschaft“ und geht davon aus, daß die Evidenz und die Autorität dieses Staates nur von dieser sittlichen Grundlage her zu definieren sind. So kommt er zur These vom Staat als „Kulturstaat“.

Das Kennzeichnende dieses Neukonservatismus ist nun aber, daß er nicht einfach sagt: Werte sind dies und das, etwa Verfassung oder Rechtsinhalte. Er kann das gar nicht weiter präzisieren, sondern er sagt, sie sind „immer und ihrem Wesen nach freie Tat. Wir gewinnen sie nur im lebendigen hochgespannten Prozesse des Strebens und Kämpfens. Sie sind nicht ein fertiger Besitz, sie müssen immer irgendwie selbsterlebt sein. Sie sind nicht fertige Wahrheitssätze, die wie bare Münze von Hand zu Hand gegeben werden, nicht ein Katalog fixierter, starrer, ethischer Gesetze ... Sie sind tätiges strebendes, schöpferisches Erleben, immer im Flusse und zugleich innerlich zu-

¹⁴ F. Brunstäd, Die Staatsideen der politischen Parteien, in: Ges. Aufsätze und kleinere Schriften, Berlin 1957, S. 324 ff.

sammgehalten und gebunden eben durch die Erlebniseinheit der Persönlichkeit, in dem Unbedingten des Glaubens und des Gewissens.“¹⁵

Das Neue hierbei ist die Betonung der Nichtobjektivierbarkeit von Sitte und Recht, die Prozeßhaftigkeit des Zustandekommens der staatlichen Gemeinschaftswerte, ähnlich wie die Theologie der Liberalen von der Nichtobjektivierbarkeit Gottes ausgegangen war. Inmitten der historischen Relativität werden die absoluten Werte erlebt, erkannt, entworfen, von Gott her perspektivisch geschaut.

Brunstäd verbindet mit dem Staat ein internes gesellschaftliches Erkennen, in den einzelnen zunächst, dann der ganzen Volksgemeinschaft, das, wie er sich das denkt, zwar Kampf, aber doch auch absolute Bindung bedeutet, und von da aus hat er denn auch die Monarchie als die geistige Struktur der Republik und von da aus wiederum das Führermodell betont. Das Wahlrecht sei eben ganz gut für den ruhigen Gang des Staatslebens, aber die Führerentscheidung ist geboten – ein Carl Schmitt wird dies einige Jahre später juristisch ausführen – „in den gewaltigen Entscheidungsstunden, bei großen Schicksalsfragen eines Volkes.“¹⁶

Von Brunstäd, dem Mann der Inneren Mission und der Christlich-Sozialen, ist der Schritt nicht weit zu jenen kleinen Schriften, mit denen sich damals Paul Althaus als Erlanger Lutheraner (vorher in Rostock mit Brunstäd zusammen) zur Frage des Reiches Gottes und des Staates geäußert hat. Unter allen Aussagen, die er zum Staat getroffen hat, bleibt vor allem die These belangreich, daß Staat und Nation einen „Beruf“, einen geschichtlichen Auftrag haben, den sie – ähnlich wie bei Kutter die Sozialdemokratie – zu erfüllen haben, und es stellt sich die Frage, wie man denn solchen „Beruf“ erkennen kann. Althaus antwortet darauf, daß solche Erkenntnis immer Aufgabe eines Führers ist, der die geschichtliche Lage, den Kairos, erkennend durchdringt. „Historie, Divinisation, Prophetie sind beieinander. Das bleibt immer ein Irrationales.“¹⁷

Bei dieser Abgrenzung Paul Althaus' von den religiösen Sozialisten, die der Inhalt seines Heftchens „Staatsgedanke und Reich Gottes“ ist, fällt auf, daß er bereits im Jahr 1923 das Führerprinzip betont. Der Führer ist der Anzeiger des inneren Bewegungsvorgangs in der Nation resp. im Volk. Aber schon die Jahreszahl muß wehren, hier von einem nationalsozialistischen Führergedanken zu sprechen. Der Führergedanke ist als eine im ganzen spätidealistische Geniefigur, ins Politische oder auch ins Kulturelle abgewandelt, zu dieser Zeit des öfteren anzutreffen. In der Präsidentengestalt der Republik ist das Führerbild schon beheimatet in einer präsidentialen Weise, in der Jugendbewegung ist der Führer freundschaftlich gedacht, in den Offizierskreisen als die Figur, die mit den „Mannschaften“ durch dick und dünn geht. Fast überall ist der Führer eine Figur, die eine in sich differente und komplexe Lage zur Entscheidung bringt und die Komplexität durch Entschluß und Handlung durchbricht. Das weitaus beachtenswertere Moment bei Althaus hingegen liegt doch darin, daß er die alttestamentliche Kategorie des Prophetischen zur Erklärung des „Führers“ heran-

¹⁵ F. Brunstäd, S. 336.

¹⁶ F. Brunstäd, S. 351.

¹⁷ P. Althaus, Staatsgedanke und Reich Gottes, Langensalza 1923, S. 35 ff.

zieht. Auch Luthers „Wundermänner“ und Calvins vires heroici spielen dabei möglicherweise eine Rolle.

Heute wird die Anspielung auf das prophetische Moment, wenn auch nicht auf den „Führer“, wieder aktuell, weil es als die Legitimation für die Kritik und die schauhafte Erfassung von geschichtlichen Aufgabenstellungen erhalten soll, wobei die Apodiktik der göttlichen Weisung gegen die bestehende Gesellschaft gewendet wird.

Eine Strukturanalyse dieser und anderer Beziehungen zwischen der damaligen Rechten und der heute kulturkritischen Linken würde auffallende Ähnlichkeiten erkennen lassen, bei denen man sich fragt, ob nicht ähnliche Ansätze doch letztlich auch ähnliche Ergebnisse zeitigen müssen.

Auf konservativer und pietistischer Seite haben wir es in den zwanziger Jahren mit einem Frömmigkeitstypus zu tun, dessen Zustimmungen zu Hitler besonders zahlreich gewesen sind, und der Zusammenhang, der sich dabei ergibt, ist weniger darin problematisch, daß sich der glaubende Mensch um eine Deutung der Lage und der Geschichte von Gott her bemüht – das muß er wohl sogar tun –, sondern darin, daß er genau zu wissen meint, wie diese Deutung auszusehen hat, daß er, der Deutende, schlicht und unreflektiert Kategorien der Bibel auf das komplizierte Geflecht des Gegenwärtigen zur Anwendung bringt, daß er sich in der Lage wähnt, das Heilige vom Unheiligen scheiden zu können.

In den zwanziger Jahren haben wir es überwiegend mit einem Pfarrertyp zu tun, der auf weite Strecken hin zu naiv und politisch zu uninformiert ist, um sich der Übertragung apodiktischer Glaubensurteile auf das politische Komplexgeschehen enthalten zu können, und dessen ganze Konzentration darauf geht, sich die Welt aus dem verkürzenden Umkreis von Bibel, Weltanschauung und Gotteserfahrung her zu deuten. Er kann sich – geborgen in den Kreis der Gemeinde – die Welthaftigkeit im Grunde nicht recht vorstellen, zumal er an den eigentlichen Produktions- und Machtvorgängen notorisch unbeteiligt ist. Er kann weder zur Seite der Lüge und der Täuschung, noch zur Seite der Pluralität und Komplexität ein analytisches Wissen für die laufenden Vorgänge zustande bringen. Er ist glücklich, wenn er, wie Althaus das ausdrückt, seinen „Auftrag“ spürt und die Welt nun so konstruiert, wie sie sich ihm in der Sicht seines absoluten Engagements darbietet. Er ist kein Aufgeklärter, sondern ein Naiver.

Ausgangspunkte waren die Kirchenleitungen und die Konservativen, aber es ist vielleicht deutlich geworden, daß die wirklich wichtigen Strukturen in der politischen Wirklichkeitserkenntnis ebensogut auch auf der Seite der Linken oder – wie vielleicht besser zu sagen ist – auf der Seite der Aufbruchgruppen zu finden sind. Das ist in unserem Zusammenhang der Grund dafür, daß die Konzeption der Täuschung, wie sie bei Andreas Lindt schlicht und einfach aus der Linie der nationalkonservativen Richtungen hergeleitet wird, so nicht übernommen werden kann. Die Optionsproblematik setzt sich außerdem in unsere Gegenwart hinein fort.

Darum nun noch einige Hinweise zu den Aufbruchgruppen. Auch sie sind in den Bau der „Weltanschauungen“ tief eingeflochten und tragen denn auch in sich die Kontinuität des Weltanschauungsringens der Vorweltkriegszeit fort, jetzt aber radi-

kalisiert und durch die allgemeine Kulturkritik verschärft. Kulturkritik und Weltanschauungsutopie liegen oftmals ineinander, und es bedeutet wiederum eine auffallende Parallele zu unserer Gegenwart, daß der Pessimismus mit seiner Traditionskritik die Voraussetzung abgibt für einen sich verstärkenden Weltanschauungskampf, für den sich steigenden Extremismus und damit auch wiederum zur politischen Dialogunfähigkeit.

In einer Fülle von theologischen Texten und Quellen ist wahrzunehmen, daß die Kultur- und Bürgertumskritik ganz eng mit einer weltanschaulich orientierten Aufarbeitung des Geschichtsbildes verbunden ist. Diese Beziehung hat Ernst Troeltsch in seinen „Spektatorbriefen“ ebenso gepflegt wie der Alldeutsche Reinhold Seeberg in seinem Buch „Die Krise des europäischen Geistes“ (1924), und an dieser Aufgabenstellung haben sich Theologen aller Richtungen beteiligt, Althaus und Hirsch, Barth und Tillich, die Aufbruchgruppen der Jugendbewegung aus dem BdJ, von den Berneuchenern, dem Neuwerk, den Köngenern bis hin zu den Jungpfarrerschaften der ausgehenden zwanziger Jahre.

Ich könnte mich nicht erinnern, irgendwo einmal die Auskunft gelesen zu haben, daß die Grundlegung einer nationalen oder staatlichen Gemeinsamkeit Sache und Aufgabe der politischen Parteien und diese Aufgabe an eine plurale Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit angebunden wäre. Der eigentliche Prozeß der Weltanschauungsbildung läuft *innerhalb* der Gruppen und der Parteien ab, aber nicht über die staatlichen oder die verfassungsmäßigen Organe, so wie es heute Grundwertekommissionen und vor allen Dingen eine öffentliche Diskussion politischer Moral gibt.

In der Jugendbewegung ist dieses Prinzip gesellschaftsabgewandter, intimer Kollektivität geradezu hervorstechend. Schon vor dem Ersten Weltkrieg im alten Wandervogel und bei den Freideutschen geht es um den Protest gegen die bürgerliche, erstarrte Welt der Schichten und ihrer spätfudalen Werte. Aber es geht zugleich um den Aufbau eines Jugendreiches, einer sozialen Form der Generationeninnerlichkeit, wo nun Werte aufgebaut und praktiziert werden, die einem neuen, naturverbundenen und einem neuen mystischen Wirklichkeitsempfinden entsprechen.

Die Bildung von Jugendgruppen nach dem Ersten Weltkrieg hat nahezu durchgehend den Sinn, von diesem „Jugendreich“ her zu gruppendynamischen Zuordnungen zu führen, die in ihrem Zusammenleben diese neuen Werte internalisieren und sich darin verbunden wissen. Wenn man das Buch der frühen Köngener „Königsbühl“ liest, kann man das gut einsehen. Aber die Ansprüche gehen doch weit über die eigene Gruppe hinaus. Was diese Gesinnungskollektive, die ja auch weithin politisiert sind, als ihr Erlebnis dann in ihre Grundschriften fassen, erhebt den Anspruch, daß aus der Zelle der kleinen Gemeinschaft jenes Wertgefüge erwächst, das einmal für die ganze Nation und die ganze Gesellschaft belangreich und leitend werden soll. Das Berneuchener Buch, an dem auch Paul Tillich mitgewirkt hat, ist unter der Konzeption aufgebaut, daß von einer neuen trinitarischen Theologie her das Ganze der gesellschaftlichen und volkhaften Wirklichkeit in einer symbolhaften Weise wieder unter Gott gerückt werden könnte.

Auch vorher schon, unmittelbar nach dem Krieg, wo sich die Gruppen neu finden und bilden, herrscht eine oftmals eschatologische Sprache. Man bewegt sich zwischen den Zeiten, lebt zwischen den Epochen, es ist Welt- und Zeitenwende, man zieht eine neue Furche, bricht auf zu neuen Ufern, es bewegen sich die Welten des Geistes, apokalyptische Kämpfe toben zwischen ihnen; man baut Stellungen, kämpft gegen Feinde, hält zusammen, man hat seine Freunde und seine Judas-Verräter. Noch 1929 sagt ein BdJ-Mitglied, Gotthold Donndorf: „Politik ist die Verlebendigung von Ideen, und jeder von uns nimmt so oder so zu den großen Ideen der Zeit aktiv Stellung, mit anderen Worten, er ergreift Partei.“¹⁸

Auch hier ergibt sich das Bild, daß man die Gesellschaft und die neuen Bedingungen weithin nur unter der Vorbedingung der eigenen Utopie annimmt. Das Prinzip Hoffnung von Ernst Bloch hat mit seiner unnachahmlichen Kollektivlyrik in diesen unruhigen Jahren der Utopien und Weltanschauungen seinen Ausgang genommen.

Die Geschichte des Neuwerk-Kreises ist für die Wandlungen innerhalb der Jugendbewegung recht symptomatisch. Schon unter dem Eindruck des Krieges und dann vor allem in der Umbruchsstimmung nach dem Krieg haben Männer wie Georg Flemmig, Otto Bruder, Herpel und Schultheiß die Erwartung gehegt, daß der „Christ“ in der schlichten und radikalen Nachfolge der Bruderschaft Jesu Christi frei ist, die Bindungen der bürgerlichen Gesellschaft und die Kategorien des imperialen Denkens abzulegen und aus den Anfängen mitmenschlicher Begegnung heraus den Geist einer neuen Gesellschaft zu bauen und vorzuleben. Doch gedeiht dieser Vorsatz angesichts der Verschiedenheiten und Spaltungen in der politischen Welt und dann auch innerhalb des Neuwerk-Kreises selbst zu einem bloßen Attentismus, zum Warten auf Gottes Eingreifen und Führung. Die geistbewegten Tatchristen um Eberhard Arnold hingegen sondern sich als eine autarke Wirtschaftsgemeinschaft auf dem Habertshof ab, sind gleichwohl trotz aller Askese und Einschränkung ständig auf Zuschüsse angewiesen und können sich den ökonomischen Bedingungen nicht entziehen. Arnolds eigene neupietistische Frömmigkeit ist so uneinsichtig und so unfähig, diesen Gegensatz zwischen Geist und Ökonomie einzusehen, daß er – anstatt den Weg der Anpassung, der kleinen Schritte und der Kritik der Kritik zu gehen – schließlich sich vom Neuwerk trennt, um endlich in die USA auszuwandern und dort das Leben nach eigener Einsicht zu führen.

Was Arnold an sich selbst statuiert, den unbedingten Vorrang des utopischen Entwurfs gegenüber allen Anfechtungen der Welt, das bestimmt auch noch das Neuwerk selbst. So sehr politische Themen in den Jahren nach dem Krieg involviert sind, sie wandeln sich allmählich; sie werden zum Ringen um die Bruderschaft. Sie erreichen auch nicht die aktuellen Bezüge des politischen Lebens im Raum des Staates und der Parteien, sondern sie partikularisieren und „bündigen“ sich, sei es in die Richtung der religiösen Sozialisten, sei es in die Richtung der Schulbewegung oder auch in die Richtung der dialektischen Theologie.

¹⁸ G. Donndorf, Bund und Politik, in: U. Smidt, Dokumente evangelischer Jugendbünde, Stuttgart 1975, S. 166.

Es zeichnet sich in den Entwicklungen solcher Gruppen die Unfähigkeit ab, mit anderen zusammen aus der weltanschaulichen Totalperspektive herauszutreten und im Blick auf die materiellen Aufgaben der Sozialwelt relative Werte zu bilden, in der Form von Dialog und Kompromissen in dieser Hinsicht weiterzukommen. Die Demokratie, der Sozialismus sind in diesen Kreisen durchaus bejaht worden, aber die Einstimmung in die Regeln des demokratischen Zusammenspiels ist nicht gegeben, solange die bisherige Vorstellung von der Weltanschauungsgemeinde fortbesteht.

Im Jahre 1981 ist Heinz Kappes, der damals bedeutende religiöse Sozialist aus Mannheim, der zusammen mit Erwin Eckert wirkte, interviewt worden (vom Verf.). Eines der erstaunlichen Ergebnisse ist, daß Kappes sich von Blumhardt her als einen Mystiker bezeichnet, und zwar schon im Blick auf die zwanziger Jahre. Der Haß gegen Hitler ist ihm durch eine Vision 1923 oder 1924 entstanden, in der er Hitler mit brennenden Dörfern identifiziert hat. Diese Mystik ist also visionär, schauhaft, phänomenologisch oder, wie man heute sagt, prophetisch. Die religiösen Sozialisten in Württemberg und Baden erwarten damals, daß ein neuer Geist, der Geist des Proletariats, über ganz Deutschland kommen und politische Wirksamkeit gewinnen wird. Der Mystiker hat geradezu bedingungslos Christus mit dem Proletarier und umgekehrt konfundiert, und prüft man jene Predigten, die Kappes vor den Arbeitergemeinden gehalten hat, dann erkennt man an den Liedern, am Pathos und an den Gedanken, daß nicht zur Buße gerufen wird, sondern daß Kampf angesagt, daß Identifikationshilfe geleistet, daß die eigene Schicht und Sicht bestätigt werden soll.

Auch die religiösen Sozialisten, auch jene, die dem Pazifismus verbunden sind, bewegen sich im Freund-Feind-Denken. Dieses ständige Kämpfen, Agitieren, Wahlkämpfe führen, Aufrufe machen und Politisieren führt Erwin Eckert schließlich dahin, daß er 1930 bei einer Wahlveranstaltung in Neustadt a. d. H. die Nazis zu einer Wahlschlacht provoziert, übrigens mit einer ganz richtigen Aussage, nämlich daß sich der „tapfere“ Hitler nach dem Marsch auf die Feldherrnhalle 1923 zu Putzi Hanfstaengl geflüchtet und seine Getreuen allein gelassen hat, ein Heldenbild, das den Schlägern der SA nicht recht ist. Das Ende dieses Kampfes ist Eckerts Austritt aus der SPD, aus der Kirche und sein Eintritt in die KPD.

Dies sei zitiert, um deutlich zu machen, daß es eine Beziehung zwischen der Weltanschauungsutopie einerseits und dem sich entwickelnden Extremismus andererseits gibt und daß an dieser Entwicklung die heute so favorisierten religiösen Sozialisten durchaus mitbeteiligt gewesen sind.

Wir sind in der historischen Analyse derer, die damals die weltanschauliche Schlacht mitschlagen, immer noch stark im Hintertreffen. Das betrifft insbesondere die Wirkungen der dialektischen Theologie Karl Barths und seines Kreises. Ob wir durch Nachzeichnen der Gedanken- und Begriffsentwicklung seines Denkens noch auf jene Zwischenbeziehungen kommen, die seine Rezeption bis tief in lutherische Kreise hinein möglich gemacht haben, das läßt sich bezweifeln. Karl Barth ist einer der großen Promotoren des Weltanschauungsdenkens vom Boden christlicher Theologie aus gewesen. Schon im Tambacher Vortrag von 1919 streitet er für eine im Ab-

soluten selbst begründete, sich aus den bisherigen Kultur- und Gesellschaftsbindungen emanzipierende Orientierung der Theologie. Er macht den religiösen Sozialisten und den Neuwerkleuten klar, wie er sich das Neue und die Zukunft vorstellt, nicht als Anknüpfung an die bürgerliche Kirche, auch nicht an die religiös-sozialistische Vorgeschichte, sondern an das autonome pneumatische Ereignis des Wortgeschehens, an Christus. Nicht der „Christ“ in seiner Aufgabenbestimmung für die Gesellschaft und für den neuen Staat, sondern der „Christus“ ist der Bezugspunkt seines Angebotes, also das Heraustreten aus den geschichtlich-institutionellen Bindungen. In diesem Sinne kehrt er Hegels Dialektik um: Christus ist die Synthese, von der wir herkommen; die bürgerliche Kultur als Antithese muß überwunden werden, um dann daraufhin zur These des Reiches Gottes hinzugelangen, die mit der Weltgeschichte gesetzt ist.

Karl Barth hat der protestantischen Theologie mit der Bekämpfung des Liberalismus und der historischen Kritik und damit überhaupt eines wissenschaftlich-positivistischen Verständnisses des theologischen Universitätsbetriebs vor dem Krieg ein neues Autonomiebewußtsein vermittelt. Für viele Theologen und Geistliche, die in der neuen Republik sonst kaum eine öffentliche Rolle für sich finden können, ist dieser Ansatz ein Akt des Mutes und der Sinnfindung ihres Amtes, das sich unter die Selbstausslegung des Wortes Gottes stellt. Aber Selbstausslegung ist ein hoch gestochener Begriff für das, was sich damit verbinden sollte. Barths Themata stehen ganz im Zusammenhang der damaligen Kultur- und Schichtenkritik; sie sind Kampf gegen den Kulturprotestantismus. Es ist früh beobachtet worden¹⁹, wie militant und mit wie vielen Bildern aus der Kampf- und Militärsprache diese Barthsche Theologie versetzt ist. Von Christus her kommt auch hier ein totaler Anspruch, und diese Totalität des Anspruchs wird bewußt in das Weltanschauungsringen um die Grundlegung von Kultur und Gesellschaft weitergegeben, was zur Folge hat, daß der Kreis der dialektischen Theologen nun zu Statthaltern eines neuen totalen Denkens wird, und warum sollte man nicht sagen: eines neuen Totalitarismus?

Barths Auseinandersetzung mit Tillich²⁰ über das positive und negative Paradox gehört zu jenen literarischen Begegnungen der Zeit, in der diese Frage, ob und wie weit Geschichte und Kultur für Theologie relevant sind und ob und wie weit Theologie die Verpflichtung zur kulturellen Solidarität hat, bewußt angesprochen wird. Barth hat dieses Sich-Einlassen auf eine solche kulturgeschichtliche und konkret-politische Vorausbedingung strikte abgewiesen und statt dessen die Permanenz des göttlichen Nein und die Permanenz des grundsätzlich „dialektischen“ Verhältnisses der Theologie zur Kultur behauptet; daß er damit auch die sozialistischen und sozialdemokratischen Bindungen meint, wird 1933 in seiner Absage an die Deutschen

¹⁹ Dazu z. B. T. Rendtorff, *Radikale Autonomie. Zum Verständnis der Theologie Karl Barths und ihrer Folgen*, in: *Theorie des Christentums*, Gütersloh 1972, S. 161 ff.; aus profanhistorischer Sicht vgl. neuerdings auch K. D. Bracher, *Zeit der Ideologien. Eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1982.

²⁰ Jetzt abgedruckt in: *Theologische Bücherei B 17, Anfänge der dialektischen Theologie*, Teil 1, hrsg. v. J. Moltmann, München 1962, S. 165 ff.

Christen zur Rechten und an die religiösen Sozialisten zur Linken hin deutlich²¹. Sein Aufsatz *Quousque tandem* von 1928, der ein einziger Bannstrahl gegen die Ruhmredigkeit und das ungerechtfertigte Selbstvertrauen der Kirchenleitungen ist, macht nicht nur Freunde, weil er zugleich ein Akt der Desolidarisierung ist.

Barths Denken ist von der Nichtgegenständlichkeit Gottes ausgegangen, und diese Nichtgegenständlichkeit wird durch das ersetzt oder erklärt, was er unter der Chiffre des „Ereignisses“ versteht. Verstehen und Glauben im theologischen Sinn ist ein ereignishaftes, kontingentes, aktualistisches Perspektivgeschehen des menschlichen Geistes. Umkehr der Perspektiven – so könnte man seine Linie für die zwanziger Jahre gut bezeichnen. Aber gerade dieser Perspektivismus, dieses Neusehen und Neuschauen, dieser Zwang, ja nichts Altes zu wiederholen, sondern alles anders und in neuen Bezügen aussagen zu müssen, hat zur Wirkung, daß diese Weise des Denkens nicht zu einer allgemeinen gesellschaftlichen Evidenz gelangen kann. Evidenz gewinnt es nur bei den Mitträgern dieser theologischen Weltanschauung, bei den Freunden, den Bewunderern, also unter den Kombattanten der eigenen Gruppe und Richtung. Daß sich von hier aus dann im Kirchenkampf die großen Schwierigkeiten ergeben, mit den intakten Kirchen und den Lutheranern zu gemeinsamen Ergebnissen auf Dauer zu gelangen, läßt sich leicht verstehen. Reformierte Theologen haben es oftmals für selbstverständlich gehalten, daß man ihrer u.r.d. der Barthschen Perspektive nicht widersprechen könne. Aber die eigene Überzeugung bedeutet eben noch keine allgemeine Evidenz, und gerade darin liegt zutage, daß die geistige Weltanschauungslandschaft der zwanziger Jahre – auch im Bereich der dialektischen Theologie – zwar geistbewegt, aber letztendlich kommunikationsschwach und damit auch politisch sozialisationsschwach gewesen ist. Der Extremismus ist im Prinzip dieses Weltanschauungsringens und seiner Organisationsformen von Seher und Gruppe angelegt.

Nun zur Optionsfrage zu Beginn der dreißiger Jahre und noch einmal zum Problem der politischen Bildung, der weltanschaulichen Verfremdung des politischen Urteils. In diesem Zusammenhang sei abermals an ein Interview erinnert, das Friedrich Gogarten (dem Verf.) 1964 gewährte und das die Gelegenheit gegeben hat, ihn nach der Entstehung seiner „Politischen Ethik“ im Jahr 1930/31 und nach den Zusammenhängen mit dem Finsterbergener Kreis von Jungpfarrern zu befragen, mit denen er die Themen dieses Buches voraus besprochen hat. Auf die Frage, ob er mit diesen Kollegen zusammen etwa auch Zeitungen gelesen, Parteiprogramme studiert, die wirtschaftliche Situation erörtert habe, antwortete Gogarten: Das war nicht meine Aufgabe. Meine Aufgabe war, theologisch danach zu fragen, was das Gesetz Gottes ist und wie sich im *usus politicus legis* dieser absolute Wille des Gesetzes Gottes zum Ausdruck bringt.

In den Gesprächsnotizen von damals findet sich ferner der Satz: „Ich habe die Nazis von ganzem Herzen gehaßt.“ Dennoch ist Gogarten ein Promotor des Volks-

²¹ K. Barth / E. Thurneysen, Abschied, in: *Zwischen den Zeiten* 1933, S. 549; abgedruckt in: *Theologische Bücherei B 17, Anfänge der dialektischen Theologie*, Teil 2, hrsg. v. J. Moltmann, München 1963, S. 326 f.

staatsgedankens geworden, der den neuen totalen Staat Hitlers und dessen politischen Willen bejaht um der Hörigkeit willen, die zum Ausdruck bringt, daß jeder Mensch von Gott her in ein bestimmtes Volkstum, in eine bestimmte Staatheit, in wesenhafte Bindungen eingelassen ist. Um diesen totalen Anspruch Gottes, wie er die Menschen auch im Bereich des Staates erfaßt, zu begründen, unterscheidet Gogarten im weiten Einklang mit der phänomenologischen und existentialistischen Sprache seiner Zeit, aber im Grunde doch von Fichte her, zwei Ebenen der Zuordnung und der Erkenntnis. Die Ebene der Gewohnheit: „Man tut das und das“, und sodann die Ebene des absoluten „Du sollst“ Gottes.

Zum Vernehmen dieses „Du sollst“ im absoluten Sinn kommt es von Christus her durch den Glauben, und diese Weise des Vernehmens bezeichnet er als „Hörigkeit“, nicht qua Untertanengehorsam, sondern als Annehmen des Willens Gottes. Man kann nun fragen, ob die Option Gogartens für das Dritte Reich und dessen neuen Ordnungsanspruch nicht doch wieder diese beiden Ebenen miteinander vertauscht hat, ob darin nicht ein anti-demokratisches Ressentiment liegt, aber andererseits ist es in der Entwicklung des säkularen Politik- und Schichtenverständnisses auch eine gar nicht abweisbare Aufgabe, wenigstens danach zu fragen, was in der konkreten Situation des politischen Lebens der Wille Gottes sein könnte. Nicht daß Offenbarung und Geschichte dabei in Beziehung gerückt werden – was Karl Barth Gogarten angelastet und als Bruch der Gemeinschaft „Zwischen den Zeiten“ verstanden hat –, sondern wie nun aus der formalen Pflicht und über sie hinaus der konkrete, materielle Wert und Inhalt dieser Pflicht gefunden wird, das scheint der wichtige Punkt. Eine demokratische, pluralistische Staatsform kann den materiellen Inhalt der Pflicht nicht für alle Menschen und Schichten zugleich evident machen, sondern muß sich auf formale Rechtsschöpfungen beziehen können. Nur hierin hat eben das damals so bedrückende Problem der Weimarer Demokratie gelegen, daß diese formale Berechtigung der Regierung, politische Werte und Ziele zu ermitteln, nicht funktioniert, sei es, daß man das „System“ als Führungsschwäche erfährt, sei es auch, daß man es nicht als genügend „parteiisch“ erfährt, als nicht genügend genial-perspektivisch, wie das eben sowohl bei der KPD als auch bei der NSDAP der Fall gewesen ist. Was der sogenannten „nüchternen“ Betrachtung der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Situation der Weimarer Republik ab 1929/30 als eine von allen zu tragende Verflechtung ungünstiger Ursachen verschiedenster Herkunft erscheint, das wird in der Sicht der Perspektivisten zu wesenhaften Fehlern des Systems, also zu Fehldeutungen der politischen „Eigentlichkeit“, die in der Verfassung, in der Pluralität der Parteien, im Egoismus der Machtstreber begründet sind. So schlägt die lange eingetübte Kulturkritik in eine weltanschauliche Staatskritik über. Nur eines vermag man nicht zu leisten, weil man sich längst abgewöhnt hat, das Politische als materielle Aufgabe im Sinne von Machbarkeit und Durchführbarkeit zu sehen: die konkrete Aufgabenbestimmung. Die Nichtobjektivierbarkeit Gottes wird zur Rechts- und Verfassungsschwäche, der Akt des Ereignisses wird zur „Bewegung“.

Gerade bei Gogarten, dem man die subjektive Ehrlichkeit und die Einlassung abnehmen kann, daß er die Nazis gehaßt und daß er jede Form eines Polizeistaates ab-

gelehnt hat, wird das Optionsproblem deutlich. Bei ihm kommt es aus Gründen der Frömmigkeit, aus der Notwendigkeit heraus, die öffentliche Pluralität der Kultur wieder auf das monotheistische „Du sollst“ hin zu verpflichten, aus Gründen der weltanschaulichen Perspektivität, zu einem Schauen und Sehen an der konkreten, materiellen Sache des Politischen vorbei, zu jener rosaroten Scheibe im Erkenntnisvorgang, die das vor Augen Liegende in das Licht der eigenen Hoffnungen und Utopien taucht. Hier liegen höchste Sublimierung theologischer Wissenschaft und politische Naivität unmittelbar zusammen. Damit läßt sich wohl ein gutes Stück weit erklären, wie sich das Täuschungsphänomen ergeben hat, nicht aus einem Unterschuß an dieser oder jener politischen Bindung oder an Glaubensbereitschaft, sondern aus einem Unterschuß an rationaler Erfassung des Politischen in seinen sachlichen Aspekten, zu denen eben keineswegs immer das Ganze von Staat und Gesellschaft gehört, sondern das sich in eine Kette von einzelnen Fragenkreisen auflösen lassen muß, wenn man schrittweise zu einer politischen Stabilisierung hinfinden will.

Darin steckt nun aber die Frage: Wo bleibt damals die politische und die christliche Moralität, und diese Frage ist der eigentliche Schuldkomplex, der immer noch auf der älteren Generation lastet, weil ihr vorgeworfen wird, daß sie aus Staatshörigkeit und Untertanengesinnung heraus gebilligt habe, was nicht zu billigen war und was doch wahrscheinlich kein einzelner, Privater sich an eigener Aktion jemals gestattet haben würde. Diese Frage berührt zwei weitere Aspekte, nämlich einmal die Entstehung des politischen Extremismus in der Öffentlichkeit seit etwa 1929 und zum anderen die Frage der sogenannten Früherkenntnis. War sie möglich oder war sie nicht möglich?

Trotz notwendiger Beschränkung sei doch mit der Beobachtung begonnen, daß die „Allgemeine Evangelisch-lutherische Kirchenzeitung“ und die „Christliche Welt“ der Liberalen etwa seit 1930 in steigendem Maß über Hitler berichten und informieren. Sobald Hitler propagandistisch in die Öffentlichkeit vorstößt und sich sein Image als „Führer“ der Bewegung ausbreitet, wird er auch von den kirchlichen Medien, den Theologen und Gruppierungen dahinter, erfaßt, und zwar keineswegs von vornherein in einer enthusiastischen Weise. Selbst in der AELKZ sind die Berichte zunächst eher zurückhaltend. Dann aber, etwa ab 1932, werden sie in zunehmendem Maß zustimmend, parteiisch und engagiert.

Die Gründe für diese Verschiebung Hitlers in die Zentren der Aktualität und damit in die Diskutierbarkeit hinein sind nicht in der Kirche, sondern im allgemeinen politischen Klima zu suchen, in der Weltwirtschaftskrise, der Arbeitslosigkeit, den bedrückenden innenpolitischen Kämpfen, in der Unsicherheit der Koalition aus SPD und Zentrum. Diese Aktualität schiebt sich auch in die Kirche hinein, und da sich das Gefühl einstellt, daß die bisher staatstragenden Parteien eine Lösung nicht mehr zuwege bringen können, treten als Nothelfer, mehr als ungebetene Schreier nun die Leute von der Rechten und der Linken auf, und man stellt die Frage: Sollten sie etwa in der Lage sein, Ordnung zu schaffen?

Vor dieser Fragestellung scheidet für weite bürgerliche Kreise die KPD aus, wohl aber auch für die Wählerschaft der SPD und anderer. Heinz Kappes hat berichtet (dem Verf.), daß der religiöse Sozialist Georg Wünsch nach der Machtergreifung

Hitlers zu ihm gesagt hat: Wir müssen einsehen, daß wir bisher auf der falschen Seite gestanden haben. Das kann Georg Wünsch als Überläufertum ausgelegt werden. Tatsächlich aber ist diese Äußerung, wie sie Kappes überliefert, wohl so zu verstehen, daß Wünsch die Überzeugung gehabt haben kann, daß das, was er bislang auf der Seite der Linken glaubte erreichen zu sollen, ihm nun auch auf der Seite der Rechten erreichbar erscheint, also die Gemeinschaft der Klassen und die Überwindung der Gegensätze anstatt vom Klassenkampf und der Klassenolidarität her nun von der Volksgemeinschaft her, wie sie die Nazis verkünden. Auch hier ist gewiß keine moralische Verfehlung, keine Lumperei zu erkennen, sondern der politische Irrtum, dies verbissene Werten politischer Phänomene nur im Raster der eigenen weltanschaulichen Zielvorstellungen, sozusagen in der Haltung dessen, der nun meint, sich des neuen politischen Trends mit dessen Öffnungen und Möglichkeiten „bedienen“ zu können. Ähnliches hat auch Franz von Papen im Sinn, bevor er sich als Botschafter in Konstantinopel wiederfindet.

Die Kollektivierung des Volkes, d.h. also die Zielsetzung, über die zerstrittenen politischen Parteien hinweg zu einem politischen Gesamtwillen zu kommen und darin die Emanzipationen der Aufklärung zurückzunehmen oder doch zu überwinden, scheint ein besonderes Charakteristikum jener Krisenzeit seit 1929 gewesen zu sein, und von dieser Aufgabenstellung sind auch solche Gruppen ausgegangen, die wie die Christlich-Deutschen sich vorbereiteten, diese Möglichkeiten einer neuen protestantischen Grundlegung des politischen Lebens zu schaffen. So hat es einmal Gerhard Günther, der spätere Direktor der Evangelischen Akademie Hamburg, dessen Bruder Albrecht-Ernst Günther bei den Christlich-Deutschen verwurzelt gewesen ist, berichtet. Dieses oder doch ein ähnliches Bild ergibt sich auch aus den zwei Bänden „Analysen des Nationalsozialismus“, die im Klotz Verlag 1932 erschienen sind und in denen sich die meisten Voten bereits zu Hitler hinneigen.

Selbst in der liberalen und durch Martin Rade allezeit einer humanen Wertlinie verpflichteten „Christlichen Welt“ sind die Meinungen geteilt. Die Analysen des Nationalsozialismus sind keineswegs blind für dessen Grundlagen und dessen politische Implikationen, aber sie sind auch nicht eindeutig. Was der eine Autor als positiv beschreibt, das sieht der andere negativ. Die eigene Voreinstellung wirkt kräftig dabei mit. Hans E. Friedrich skizziert 1932 in der CW den Nationalsozialismus so: evolutionäre Kraft, Auftrieb der Jugend, Hingabe der Massen, aber – so sagt er – es fehlen die Kälte der Analyse, Härte, Rigorosität, Vorurteilslosigkeit, Wirtschaftskennntnisse. Seine Gedanken seien unscharf; er sei proletariatsfeindlich, streckenweise auch antinational. Der Gegensatz zum Marxismus und Judentum sei kleinbürgerlich. Hitler selbst sei ein naturhafter Weiser; seine SA kämpfe die Straße frei, nicht aus klassenkämpferischen Gründen, sondern um sie vom Klassenkampf zu befreien. Man müsse zwei Dinge auseinanderhalten: die Partei und die Bewegung²².

Ausgerechnet fehlende Härte und Rigorosität werden testiert, aber natürlich ist nicht die Mordgesinnung gemeint, sondern der wissenschaftlich-theoretische Stil der

²² H. E. Friedrich, Nationalsozialismus, in: Christliche Welt 1931, Sp. 406 ff., 471 ff., 553 ff., 617 ff.

neuen Partei, der einem gedienten Wissenschaftler nicht genügt. Hier wird in einer geradezu blinden Weise das eigene Profil lediglich mit dem des NS verglichen, mehr eben auch nicht. Aber historisch wichtig ist die abschließende Bemerkung Friedrichs, die Unterscheidung von Partei und Bewegung, und diese Unterscheidung, die der Parteien- und Pluralismusverdrossenheit der Weltanschauungstheoretiker dieser Zeit entgegenkommt, scheint in der Frühbeurteilung des Nationalsozialismus eine große Rolle gespielt zu haben. Man kann wirklich nicht konstatieren, daß die Theologen damals sich keine Gedanken gemacht, daß sie nicht sich informiert haben, daß es keine Diskussion gegeben habe.

In der CW schreibt Martin Rade über den Nationalsozialismus mit aller Kritik. Er jedenfalls hat wenigstens „Mein Kampf“ gelesen und sagt dazu: Dieser Mann will die Juden und die Novemberverbrecher vernichten. Mag er Bildung haben, aber er hat keine Herzensbildung. Was ist, wenn aus „Mein Kampf“ einmal „mein Sieg“ geworden sein wird. Er ist ein Virtuose der Massenbehandlung. Er sieht nicht die Arbeiter, sondern nur die Masse. Er verachtet sie. „Ich gestehe, daß er mir den Glauben an die Masse erschüttert hat. Aber wo bleibt bei seiner Methode die Redlichkeit.“²³

Der Redakteur der AELKZ, Laible, hat Teile des Aufsatzes von Rade in seinem Blatt abgedruckt nach dem Vorbild des „Niedriger hängen“ und setzt dann kommentierend hinzu:

„Wie wenig hat D. Rade diese junge vaterländische Bewegung verstanden. Darin sind wir alle eins, daß der Kampf ‚anständig‘ geführt werden soll ... Aber andererseits mußte man auch Verständnis dafür haben, daß jeder jungen Bewegung Schlacken anhaften, vollends dieser, in der das Blut des erwachenden Vaterlandes rauscht ...“²⁴

1931 schreibt Schreiner in dem Buch „Der Nationalsozialismus vor der Gottesfrage“ genau auf dieser Ebene der Unterscheidung zwischen der Partei, der man ziemlich gleichgültig, ja ablehnend gegenübersteht, und der Bewegung, die fasziniert, folgendes:

„Die Durchschlagkraft der nationalsozialistischen Bewegung beruht auf einem Naturvorgang. Er bricht sich mit elementarer Macht seine Bahn ... Man kann ihn unmöglich nur als eine Reformbewegung verstehen. Er ist geladen mit revolutionärer Gewalt. Darum bricht er sich oft blind und hemmungslos Bahn. Die Vernunft ist heimatlos in ihm, und dessen freut er sich. Denn er haßt die Gerechtigkeit und fürchtet das Denken ... Sein Nationalismus und Sozialismus ... zeugen von einem Umschlag des Lebensgefühls, von einer elementaren Reaktion gegen die Ungerechtigkeit des sozialen und die Knechtung des nationalen Lebens. Aber der Nationalsozialismus ist nicht nur Natur. Er ist eine Volksbewegung. Er wird getragen von Menschen, die eine Entscheidung vollziehen. Er ist durchdrungen von einem Ethos ...“²⁵

Diese Beschreibung und die Trennung von Partei und Bewegung signalisieren exakt den Einstiegspunkt in die Option für Hitler. Wo die Hitlerwelle den eigenen welt-

²³ Christliche Welt 1932, Sp. 651 f.

²⁴ Allg. Ev.-luth. Kirchenzeitung 1931, S. 160.

²⁵ H. Schreiner, Der Nationalsozialismus vor der Gottesfrage, Berlin-Spandau 1931, S. 13 f.

anschaulichen Wünschen entgegenkommt, wird sie bejaht, wo sie ihnen entgegensteht, klingt Kritik auf. Die eigene Weltanschauung ist das Maß der Beurteilung, also die Reproduktion der eigenen inneren Politwelt. Es gibt durchaus Früherkenntnis, auch in moralischer Hinsicht der Beurteilung des Nationalsozialismus. Man weiß auch um die Brutalität der Nazis. Aber sie erscheint nur als Schlacke einer jungen Bewegung; der Terror dient der Bewußtmachung, ist nur ein vorübergehendes Mittel, das zu tolerieren ist. Daß jedoch in das gespaltene Volk wieder eine Bewegung hineinkommt, daß sich – wie die Christen und Theologen verschiedener Couleur wünschen – das ganze Volk in einheitlicher Bewegung „von Gott her“ und „auf Gott hin“, nicht aus Dogmen oder Rechtssatzungen, sondern von der Aktualität des Geistes her einigt und sich zur „Nation vor Gott“ emporhebt, ist schlechterdings der Wunschtraum der christlichen, der protestantischen Weltanschauung jener Tage. Hier haken die eigenen Utopien ein, und aus demselben Grund erhalten all jene Bedenken, die von Sasse, von den Altonaer Pastoren (Hans Asmussen u. a.), Freiherrn von Pechmann, von Rade, von Barth und vielen anderen ausgesprochen worden sind, eine andere Priorität, in der Erwartung, daß diese Bewegung sich läutern werde.

Weltanschauung ist im protestantischen Traditionsbereich ein Surrogat für die fehlende Evidenz. Sie ist Bewegungskritik zunächst im noetischen Sinn und dann eben auch im politischen Sinn. Sie ist revolutionäres Denken, prophetisch-intuitiv, kämpferisch und ganzheitlich. Mit ihr verbinden sich Denkformen und Handlungseinstellungen, die sich heute noch mit aktuellen Trends innerhalb der evangelischen Kirchen verbinden lassen. Die alte Spannung zwischen Glaube und Institution, die den katholischen Kritikern vor Augen steht, ist in der historischen Betrachtung weitaus komplizierter als das bloß dogmatische Problem im Bereich der Verhältnissetzung von Glaube und Kirche, ja es bedürfte einer besonderen Darstellung, um zu zeigen, daß auch die katholischen Bewegungen der zwanziger Jahre ganz analoge Problemlagen aufweisen.

Die Autonomisierung der Ethik in der späten Aufklärung hat das historische Problem des Verhältnisses von Utopie als Formierung der Selbstentwürfe und der Rechtswilligkeit im Sinne der Sozialbereitschaft aufgeworfen, sowohl im politischen als auch im privaten Bereich.

Die Spannung zwischen dem Wünschenswerten und dem Machbaren gehört zum Grundmaterial aller politischen Überlegungen. Aber die religiös-weltanschauliche Verschärfung dieser Spannung zur Kampfhaltung und zum Perspektivismus hin ist ein merkwürdiges Erbe, das zur Zeit der Reformation als Kurialismus diagnostiziert worden ist, das sich aber nicht verdrängen läßt, sondern nun auch in protestantischen Bereichen auftaucht. Ob man das als politisches Engagement, als *potestas directiva*, als Volkskirchlichkeit oder als Wächteramt der Kirche ausgibt, sind vielleicht nur Changierungen ein und desselben kulturkritischen Anmaßungsverhaltens religiöser Ansprüche. In den zwanziger Jahren jedenfalls ist der Preis für die zu erstrebende Einheit in einer neuen Bewegung des „Geistes“ die Opferung der bürgerlichen Sitte und Wissenschaftlichkeit, der liberalen Freiheit und der politischen Rechtsstaatlichkeit gewesen. Hitlers Wille, legal an die Macht zu kommen, ist nur eine Perversion

des Rechtsstaatsgedankens, weil die Macht als solche, nicht die Macht im Dienst und in den Grenzen des Rechts gemeint ist. Seine späteren Bemühungen, die Ungeheuerlichkeiten der Vernichtung der politischen Gegner und der rassistisch Diskriminierten zu verschleiern und zu verheimlichen, bezeugen gleichwohl noch mit einem letzten Rest, daß er und die Partei von der öffentlichen Moralität Widerspruch erwarten und sie fürchten und daß es diese so viel verschrieene Sitlichkeit und Moralität der Menschen ist, jenes „man tut das und das“ – Gogarten meint, gerade das abhängen und überwinden zu müssen –, was den moralischen Grenzpunkt für die abstruse Gewalt darstellt: das die Schichten übergreifende, die Menschen ergreifende Wissen von gut und böse. Das alles sind keine Fragen der Bergpredigtinterpretation oder radikaler Inhalte konfessioneller Linien und Bekenntnisse, sondern schlicht und einfach Fragen der proletarischen wie der bürgerlichen Moral, und dieser Wertduktus hätte unter normalen Umständen vollkommen ausgereicht, Hitler als politisch und moralisch untragbar zu erkennen. Aber das ist nicht geschehen, und warum dies so nicht geschehen ist, liegt wirklich nicht an politischen Richtungen, sondern begründet sich aus dem weltanschaulichen und geistigen Gefüge der Vorgeschichte, die irgendwann zur Folgegeschichte wird und dann vielleicht wieder einmal zur Vorgeschichte werden kann.

Miszelle

NORBERT FREI

„MACHTERGREIFUNG“

Anmerkungen zu einem historischen Begriff

Der Gast, dem Hitler am 17./18. Dezember 1941 im Hauptquartier von dem längst aufgegebenen Plan eines Nationalsozialistischen Kalenders erzählte, war nicht nur von Amts wegen zuständig für Propaganda, Sprachpolitik und Selbststilisierung des NS-Regimes; er hatte dafür auch, nächst dem „Führer“, am meisten Sinn und Talent. Dr. Joseph Goebbels war mithin ideales Objekt für Hitlers melancholischen Blick zurück im Monolog: „Zur Zeit der *Machtübernahme* war es für mich ein entscheidendes Moment: Will man bei der Zeitrechnung bleiben? Oder haben wir die neue Weltordnung als das Zeichen zum Beginn einer neuen Zeitrechnung zu nehmen? Ich sagte mir, das Jahr 1933 ist nichts anderes als die Erneuerung eines tausendjährigen Zustandes.“¹

Was wundert an diesem Gerede, ist nicht eigentlich Hitlers seinerzeitige Erwägung. Der „Tag der nationalen Erhebung“ – wieso hätte er nicht auch Tag Eins sein sollen für eine „Bewegung“, deren „nordisch“ gesinnte Germanen nichts dabei fanden, im „deutschen Kalender“ aus Dezember Julmond und aus Januar Hartung zu machen? Überraschend ist vielmehr die zivile Vokabel für den 30. Januar 1933: *Machtübernahme* heißt es da bei Hitler, ganz gewöhnlich und geschäftsmäßig². Handelte es sich denn nicht um einen kämpferischen Akt, einen heroischen Sieg über das verrottete „Weimarer System“ – eben um die *Machtergreifung*? Nun ließe sich einwenden, Heinrich Heims Stenogramme, in denen stets von *Machtübernahme*, nie *-ergrreifung* die Rede ist, zeigen Hitler privat, d. h. ledig der Pflicht zu kämpferisch-pathetischer Wortwahl. Indes, auch in öffentlichen Reden und Schriften bestand der „Führer“ weder rücksichtslos noch unerbittlich darauf, am 30. Januar 1933 die Regierungsmacht „ergriffen“ zu haben: Daß er just am Abend dieses Tages nicht von *Machtübernahme*, geschweige denn von *Machtergreifung* sprechen wollte und in seiner Kanzlerschaft erst einmal nur einen „großen politischen Erfolg“ erblickte, dem „ein 14-jähriges, in der deutschen Geschichte wohl beispielloses Ringen“³ vorausgegangen

¹ Werner Jochmann (Hrsg.), Adolf Hitler. Monologe im Führerhauptquartier 1941–1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims, (Taschenbuchausgabe) München 1982, S. 155; Hervorhebung von mir.

² Im Register des unter Anmerkung 1 genannten Bandes findet sich bezeichnenderweise dennoch allein das Stichwort *Machtergreifung*.

³ Max Domarus (Hrsg.), Hitler. Reden und Proklamationen. 1932–1945. Kommentiert von einem

sei, ist für den Kenner der Vorgeschichte nicht sonderlich erstaunlich. Aber auch ein volles Jahr später fehlte der vermeintlich so einschlägige Begriff an einschlägiger Stelle: „Wenn wir heute rückblickend das Jahr 1933 als [!] das Jahr der nationalsozialistischen Revolution nennen, dann wird dereinst eine objektive Beurteilung seiner Ereignisse und Vorgänge diese Bezeichnung als gerechtfertigt in die Geschichte unseres Volkes übernehmen“⁴, hieß es in Hitlers Regierungserklärung vor dem Reichstag am 30. Januar 1934.

Der Beweis für die Behauptung, Hitler habe das Wort von der *Machtergreifung* bewußt vermieden, ist vermutlich nicht zu erbringen⁵, offensichtlich aber war ihm der Terminus *Machtübernahme* geläufiger. Selbstverständlich bedankte er sich etwa bei Mussolini 1939 nicht für die Glückwünsche zum sechsten Jahrestag der *Machtübernahme*, wo dieser im veröffentlichten Telegramm von der *Machtergreifung* gesprochen hatte⁶; beim „runden“ Jubiläum vier Jahre später aber begann Hitlers Proklamation mit den Worten: „Heute, am zehnten Jahrestag nach der *Machtübernahme* ...“⁷ Und ein weiteres Jahr später: „Als vor elf Jahren die nationalsozialistische Bewegung die *Macht* im Staate nach einem langen Ringen *erhalten* hatte ...“⁸

Zwei weitere Zitate aus den Hauptquartier-Monologen seien erlaubt gegen den denkbaren Einwand, Stenograph Heim könnte in eigener Bevorzugung des Wortes *Machtübernahme* (ungewollt) Hitlers Vokabular verfälscht haben; hier hätte Heim ganze Wendungen manipulieren müssen: In der Nacht vom 5. zum 6. Januar 1942 bramarbasierte der „Führer“ gegenüber Sepp Dietrich zum Thema Rußland. „Wären wir nicht 33 zur *Macht* gekommen, dann wäre das über Europa hingebraust wie ein Hunnensturm! [...] Er [„Der Russe“] ist [waffentechnisch] steckengeblieben bei einer Konstruktion, wie wir sie zur Zeit der *Machtübernahme* hatten.“⁹ Etwa sechs Wochen später meinte Hitler nur wenig variierend: „Hätte Deutschland nicht das Glück gehabt, daß ich 1933 zur *Macht* kam und daß ich von Stund an keinen Schritt unterließ,

deutschen Zeitgenossen, Bd. 2, Würzburg 1963, S. 1977. Domarus bevorzugt in seinen Kommentaren übrigens den Begriff *Machtergreifung*.

⁴ Domarus (vgl. Anm. 3), Bd. 1, S. 352.

⁵ Muß doch davon ausgegangen werden, daß eine solche Behauptung nur indirekt zu „beweisen“ wäre, mithin also eine vollständige Erfassung und Auswertung sämtlicher Hitler-Äußerungen voranzugehen hätte.

⁶ Domarus, Bd. 2, S. 1073. Im Telegramm an Mussolini vom 30. 1. 1943 dagegen spricht Hitler – allerdings vermutlich der Vorlage eines Beamten folgend – seinen Dank aus für die Glückwünsche „zur heutigen 10. Wiederkehr des Tages der nationalsozialistischen Machtübernahme in Deutschland“; ebenda, S. 1981.

⁷ Domarus, Bd. 2, S. 1977; Hervorhebung von mir. In der fernschriftlichen Mitteilung des Berliner Korrespondenten der *Frankfurter Zeitung* über die Reichspressekonferenz vom 30. 1. 1943 (mittags) findet sich folgende „Tagesparole“: „das grosse auslandsecho des zehnten jahrestages der machtergreifung wird in den naechsten tagen in sorgfaeltiger und wirkungsvoller ausarbeitung ein wichtiger beitrag zu gestaltung der blaetter sein.“; Bundesarchiv Koblenz, Sammlung Sänger, Zsg. 102/42.

⁸ Domarus, Bd. 2, S. 1082; Hervorhebungen von mir.

⁹ Jochmann, S. 180f.; Hervorhebungen von mir.

zur Aufrüstung zu kommen, und wenn ich mich vorigen Sommer nicht zum Schlag gegen Rußland entschlossen hätte: alle europäischen Länder wären weggefegt worden.“¹⁰

Im Wörterbuch des Unmenschen steht die *Machtergreifung* also an keiner herausgehobenen Stelle – Dolf Sternberger und dessen Mitautoren in der *Wandlung* haben dem Ursprung dieses Terminus denn auch nicht eigens nachgeforscht¹¹. Nichts spricht für die Vermutung, die Wortprägung könnte auf Hitler zurückgehen. Cornelia Berning verweist in ihrer knappen, sorgfältigen Untersuchung über den Mißbrauch der Sprache im Nationalsozialismus auf einen bereits genannten Protagonisten: Am 19. November 1932 sprach Goebbels in einer „Diskussionsrede“ vom gescheiterten Hitlerputsch 1923 als einem „Versuch der Machtergreifung“¹².

Für die Ereignisse kaum ein Vierteljahr nach dieser Rede hingegen bevorzugte auch der Reichspropagandaminister, mindestens in den Anfangsjahren des Dritten Reiches, andere Vokabeln: In der Einleitung zu seinen veröffentlichten „Tagebuchblättern“ 1932/33 spricht Goebbels bemerkenswerterweise von einem „Prozeß“ der „historischen Umwälzungen“ und der „deutschen Revolution“¹³, nicht aber von der *Machtergreifung*. Sei es, daß er die Einigkeit der Nationalsozialisten beschwört („Wir haben zusammen die Macht erobert, und wir werden zusammen die Macht gebrauchen.“¹⁴), von den „Modalitäten der Übernahme der Macht“¹⁵ berichtet oder schließlich den Triumph verkündet („Das ist der Aufbruch der Nation! Deutschland ist erwacht!“¹⁶ – der Terminus *Machtergreifung* taucht auch in den eigentlichen Eintragungen, die, soweit dies überprüfbar ist, durchaus eines authentischen Kerns nicht entbehren, nur einmal auf¹⁷. Im Zweifelsfall, so scheint es, verwendet gerade auch der wortwählerische Propagandist und Demagoge Goebbels andere Begriffe: Die Nationalsozialisten, schrieb er beispielsweise 1935, hätten sich „demokratische[r] Mittel nur bedient, um die Macht zu gewinnen und [offen erklärt,] daß wir nach der Macht-

¹⁰ Jochmann, S. 290, Aufzeichnungen über Hitlers Äußerungen nach der Wochenschau am 22. 2. 1942; Hervorhebung von mir.

¹¹ Dolf Sternberger, Gerhard Storz, W. E. Süskind, Aus dem Wörterbuch des Unmenschen, München 1962 (Taschenbuchausgabe). Systematisch-historische Untersuchungen zu einzelnen NS-Begriffen fehlen bis heute; an breiter gefaßten Arbeiten zur NS-Sprachpolitik sind neben der in Anm. 12 zitierten Darstellung vor allem zu nennen: Victor Klemperer, LTI. Aus dem Notizbuch eines Philologen, Darmstadt 1946; Siegfried Bark, Mißbrauch der Sprache. Tendenzen nationalsozialistischer Sprachregelung, Bern und München 1970.

¹² Cornelia Berning, Vom „Abstammungsnachweis“ zum „Zuchtwart“. Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin 1964, S. 126.

¹³ Joseph Goebbels, Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei. Eine historische Darstellung in Tagebuchblättern (Vom 1. Januar 1932 bis zum 1. Mai 1933), München 1934, S. 7.

¹⁴ Ebenda, S. 14; Hervorhebung von mir.

¹⁵ Ebenda, S. 246; Hervorhebung von mir.

¹⁶ Ebenda, S. 253; Hervorhebung von mir.

¹⁷ Ebenda, S. 140. In den 1980 zugänglich gewordenen Transskriptionen der Originalverfilmung heißt es unter dem Datum vom 9. 8. 1932 entsprechend: „Ich sitze mit Hitler bis 4^h nachts. Probleme der Machtergreifung werden durchgesprochen.“ Vgl. Nachlaß Goebbels (Tagebuch), Institut für Zeitgeschichte, ED 172/82.

eroberung unseren Gegnern rücksichtslos alle Mittel versagen würden, die man uns in Zeiten der Opposition zugebilligt hatte“¹⁸.

Bei seinen üblichen Statements zur Publikums-Aufwärmung vor dem Auftritt des „Führers“ anlässlich der Jahrestage kam dem Propagandaminister sehr viel häufiger *Machtübernahme* als *Machtergreifung* über die Lippen: Am 30. Januar 1942 etwa bittet er zwar Hitler, „das Wort zu ergreifen“, spricht aber vom Anlaß als dem „Tag der *Machtübernahme*“¹⁹. Im Jahr darauf – Goebbels muß von nun an das Hauptprogramm bestreiten, weil der Führer sein Volk ob der schlechten Kriegslage zu meiden beginnt – variiert seine Rede zum 10. Jahrestag den Sachverhalt zumindest sprachlich: *Machtergreifung*, *Erringung der Macht*, *an die Macht kommen*, *Machtübernahme*²⁰.

Auch in der Flut zeitgenössischer historisierender Literatur, in NS-Jahrbüchern, Bild-Chroniken, Tabellen, Kalendern sowie in populären Zigarettenbildchen-Alben etc., die, häufig von Regierungs- oder Parteibeamteten verfaßt, allesamt der propagandistischen Verbreitung der offiziellen „Zeitgeschichte“ dienen sollten, spielt der Begriff *Machtergreifung* eine untergeordnete Rolle²¹. Freilich geriet dort auch der wenig bildkräftige Terminus *Machtübernahme* zugunsten weihetvollerer Worte wie „Tag der nationalen Erhebung“, „Deutsche“ bzw. „Nationalsozialistische Revolution“ oder der Goebbels-Prägung zur Reichstagswahl am 5. März 1933, „Tag der erwachenden Nation“, ins Hintertreffen. Mancher Zeitgeschichts-Dramatiker bemühte sich um weniger verschlissene Bilder und Begriffe, so etwa Regierungsrat und NSDAP-Reichstagsmitglied Gerd Rühle im Schlußakkord seiner Darstellung der „Kampfjahre 1919–1933“: „In letzter Stunde, in höchster Gefahr für Volk und Reich, ergreift jetzt der größte Führer der Deutschen aller Zeiten das Steuer ...“²²

Zwar vermag das Bibliographische Institut in Mannheim nicht anzugeben, ob schriftliche Belege oder „unmittelbare Kenntnis“ erstmals in der 11. Auflage 1934 zur Aufnahme des Wortes *Machtergreifung* in den Duden führten²³; mit ziemlicher Si-

¹⁸ Joseph Goebbels, *Wesen und Gestalt des Nationalsozialismus*, Berlin 1935, S. 13; Hervorhebung von mir.

¹⁹ Helmut Heiber (Hrsg.), *Goebbels-Reden*, Band 2, Düsseldorf 1972, S. 81; Hervorhebung von mir.

²⁰ Ebenda, S. 158 ff.

²¹ Einige Titelbeispiele: Wilfried Bade, *Geschichte des Dritten Reiches*, Bd. 1. 1933 – Das Jahr der Revolution, Lübeck 1933; Wulf Bley, *Das Jahr I. Rhythmus und Tatbestände des ersten Jahres nationalsozialistischer Staatsführung*, Berlin 1934 (Göring spricht in seinem Vorwort von „der *Machtübernahme* durch Adolf Hitler“, S. 5); Gerd Rühle, *Das Dritte Reich. Dokumentarische Darstellung des Aufbaus der Nation. Mit Unterstützung des Deutschen Reichsarchivs. Das erste Jahr 1933*, Berlin o. J.; Axel Friedrichs (Bearb.), *Die nationalsozialistische Revolution 1933*, Berlin 1937 (= *Dokumente der Deutschen Politik*. Bd. 1, hrsg. von Paul Meier-Benneckenstein, Präsident der Deutschen Hochschule für Politik). Bei der zuletzt genannten Edition ist die Untergliederung von Kapitel „I. Die Eroberung der Macht durch den Nationalsozialismus“ sehr interessant: „A. Vom 30. Januar 1933 bis zum Tag von Potsdam“, „B. Der erste Reichstag des Dritten Reiches (Der Tag von Potsdam)“, „C. Das Ende des Parteienstaates“, „D. Ausbau und Befestigung der Macht – Partei und Staat“.

²² Rühle (vgl. Anm. 21), *Die Kampfjahre 1918–1933*, Berlin o. J., S. 239.

²³ Im damaligen Bibliographischen Institut Leipzig wurden Belege nicht systematisch gesammelt; die

cherheit stammten diese Quellen jedoch aus der Zeit nach 1929, dem Erscheinungsjahr der 10. Auflage. Der Blick in weitere zeitgenössische Wörterbücher und Lexika stützt den in der Untersuchung von Seidel/Seidel-Sloty vorsichtig formulierten Befund, der Begriff *Machtergreifung* sei, ebenso wie „Umbruch“, „im Jahre 1933“ aufgetaucht²⁴; zweifelsfrei beginnt er jedenfalls erst von diesem Zeitpunkt an populär zu werden. Im Ergänzungsband (1935) zum Großen Brockhaus fehlte das Stichwort *Machtergreifung* zwar noch genauso wie im einschlägigen „ordentlichen“ Band von 1932, eine interessante Formulierung enthält allerdings die nachgetragene zweiseitige Hitler-Biographie: „Er führte nun [nach dem 30. 1. 1933] die Eroberung des Staates durch die nationalsozialistische Partei durch, überwand durch die sog. Gleichschaltungsgesetze den deutschen Partikularismus, löste alle andern Parteien auf und schloß die gesamte Arbeiterschaft in der Deutschen Arbeitsfront zusammen.“²⁵ Meyers Lexikon, seit 1936 in einer (unvollständig gebliebenen) Neuauflage erschienen, verwendet den Terminus *Machtergreifung* in Band 1 im Zusammenhang mit einer Lobpreisung des „Arierparagraphen“²⁶. Dagegen blieb er in dem mehr als 13 Spalten langen Artikel über die Geschichte der NSDAP unbenutzt – dort heißt es: „Ein Befreiungsjubel ging am 30. 1. 1933, dem Tag der *Machtübernahme* der NSDAP durch weite Teile des Volkes; eine tiefe Entspannung trat ein.“²⁷ Als eigene Stichworte nennt das Lexikonwerk, ebenso wie das kleine „Allbuch“ *Der neue Brockhaus* von 1941, allerdings weder *Machtergreifung* noch *Machtübernahme*. Trübners deutsches Wörterbuch von 1943 nutzt den „Begriff der politischen Macht“ zur weltanschaulichen Belehrung der Untertanen: „Mit Hitler in die Macht“ (1934) nennt O. Dietrich eines seiner Bücher. „Das erwachte Deutschland reißt die Macht an sich“. Es genügt aber nicht, die Macht zu *ergreifen*, *übernehmen* oder *an die Macht zu gelangen*, man muß sich auch *in der Macht behaupten*, *an der Macht bleiben*.“²⁸

Die angeführten Beispiele aus Reden und Schriften Hitlers und Goebbels, aus zeitgenössischen (Selbst-)Darstellungen und Lexika vermögen, so ausschnitthaft und bis zu einem gewissen Grade „beliebig“ sie in diesem Rahmen nur sein können, dennoch einiges zu verdeutlichen: Das Wort *Machtergreifung* gehört nicht in die Reihe der Kampfbegriffe und propagandistischen „essentials“ der NSDAP im Kontext ihrer aggressiv-polemischen Auseinandersetzung mit Parteien und Politik der Weimarer Republik. Obschon zur Überwindung der „Systemzeit“ ihr oberstes Ziel, hatten die Nationalsozialisten die *Machtergreifung* bis zum Zeitpunkt der heute damit verbundenen Ereignisse – also sowohl des Antrittsdatums Hitlers als Reichskanzler wie der an-

vorhandenen Bestände sind laut freundlicher Auskunft der Duden-Redaktion vom 28. 10. 1982 „höchstwahrscheinlich im Krieg vernichtet worden“.

²⁴ Eugen Seidel/Ingeborg Seidel-Sloty, Sprachwandel im Dritten Reich. Eine kritische Untersuchung faschistischer Einflüsse, Halle (Saale) 1961, S. 68.

²⁵ Der große Brockhaus. Handbuch des Wissens in zwanzig Bdn. Ergänzungsbd. A–Z, 15. Auflage, Leipzig 1935, S. 417.

²⁶ Meyers Lexikon, Achte Auflage, Bd. 1, Leipzig 1936, Sp. 556; Hervorhebung von mir.

²⁷ Meyers Lexikon, Achte Auflage, Bd. 8, Leipzig 1940, Sp. 142; Hervorhebung von mir.

²⁸ Trübners deutsches Wörterbuch. Im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft für deutsche Wortforschung hrsg. von Alfred Goetze, Bd. 4, Berlin 1943, S. 525; Hervorhebungen im Original gesperrt.

schließenden Phase der politischen Machtmonopolisierung und gesellschaftlichen Gleichschaltung – nicht eigentlich auf den Begriff gebracht; von einer bevorzugten, gar exklusiven Verwendung des Terminus ganz zu schweigen. Der Begriff *Machtübernahme* war üblicher.

Die Frage, wie dies zu deuten sei, führt notwendigerweise in den Bereich spekulativer semantischer Interpretation. Mit der gebotenen Vorsicht läßt sich immerhin die These wagen: Von teilweise unterschiedlichen Konnotationen der Worte *Machtergreifung* und *Machtübernahme* gehen nicht nur (worauf zurückzukommen sein wird) die Zeithistoriker aus; bestimmte Bedeutungsunterschiede wurden ganz offensichtlich auch bereits vom NS-Führungspersonal beachtet. Insbesondere Hitler scheint sich des Wortes *Machtübernahme* bedient zu haben, um damit die formale „Legalität“ seines Regierungsantritts zu unterstreichen. Mag dieses Motiv mit fortschreitender Konsolidierung der NS-Herrschaft auch in den Hintergrund getreten sein, so blieb ein anderes doch weiterhin gültig: Gleichsam ein sprachliches Gegengewicht zu gängigen Formeln wie „deutsche Revolution“ und „Umbruch“ im öffentlichen Bewußtsein zu halten, das planvolle Ordentlichkeit und Disziplin bei den mannigfachen politischen und gesellschaftlichen „Umwälzungen“ im Gefolge des 30. Januar 1933 betonte. Nicht von ungefähr war es Goebbels unermüdlich darum zu tun, den Revolutionsbegriff gegenüber seiner bolschewistischen Interpretation scharf abzuheben und positiv im Sinne des Nationalsozialismus zu besetzen²⁹.

Konnotationen wie Gesetzmäßigkeit, Normalität, Solidität stellen sich tendenziell zweifellos leichter bei dem Terminus *Machtübernahme* als bei dem der *Machtergreifung* ein. Dies zeigt zugleich gewisse „Schwächen“ des Begriffes *Machtübernahme* an: Kaum in einer an starken Worten und dramatischen Betonungen reichen („Führer“-)Rede, wohl aber im Schriftlichen vermag er einen leicht „technokratischen“ Beigeschmack zu entwickeln, gar eine Spur von Routine und „Gewöhnlichkeit“ zu vermitteln – angesichts des für singulär erklärten Vorgangs potentiell durchaus kontraproduktiv. Einschränkungen solcher Art, deren Gewicht ein entsprechender Kontext allerdings aufheben kann, sind für den Begriff *Machtergreifung* nicht zu treffen. Ganz offenbar war es anderes, was Hitler dennoch bewog, letzteren zurückhaltend zu gebrauchen.

²⁹ Vgl. etwa Goebbels, *Wesen und Gestalt* (Anm. 18), S. 8: „Vor dem Ausbruch der nationalsozialistischen Umwälzung verknüpfte man im allgemeinen mit dem Begriff Revolution Merkmale, die mit dem Ursinn des Revolutionären eigentlich nur unmittelbar erwas zu tun hatten. Unter ‚Revolution‘ stellte man sich einen politischen Vorgang vor, der sich unter Zuhilfenahme irgendwelcher Machtmittel auf den Barrikaden abspielte und sich gegen die bestehenden Gesetze richtet. ... Bei der Charakterisierung einer Revolution spielt das Mittel der Gewalt oder Legalität keine Rolle. Hierfür erbringt die deutsche Revolution den klassischen Beweis, denn sie wurde auf legalem Wege unter peinlicher Beachtung der bestehenden Gesetze durchgeführt und hat trotzdem die größte geistige, kulturelle, wirtschaftliche und soziale Umwälzung mit sich gebracht, die es jemals in der Weltgeschichte gegeben hat. Und zwar liegt das an einem besonderen Charakteristikum, daß nämlich die deutsche Revolution von unten und nicht von oben gemacht worden ist.“ Zum Revolutionsbegriff vgl. die Übersicht bei Karl Dietrich Bracher, *Zeitgeschichtliche Kontroversen. Um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie*, München 1976, S. 697.

Wenn die Einschätzung richtig ist, daß der Terminus *Machtergreifung* zur Assoziation wichtiger Formeln der NS-Ideologie (etwa Kampf, Aktion, Bewegung, Eroberung) geradezu provoziert, dann könnte dies Indiz sein für eine absichtsvolle Verwendung des Begriffs *Machtübernahme* seitens Hitlers und der NS-Führung – und zwar in dem Bemühen, zumindest anfangs alles zu vermeiden, was die „Legalität“ des 30. Januar 1933 in Zweifel ziehen konnte. Vor dem Hintergrund solcher (möglichen) Motive gab es in der Tat näherliegende Worte als gerade das von der *Machtergreifung*: Formulierungen wie „Tag der nationalen Erhebung“ oder der „erwachenden Nation“ fügten sich nicht nur trefflich in das historische Pathos und gepflegte Sendungsbewußtsein der Nationalsozialisten, sondern hatten überdies den Vorzug, zugleich ein Stück weit nationalen Konsens, mindestens aber Zustimmung des Volkes zu den Ereignissen des Frühjahrs 1933 zu suggerieren.

Mutatis mutandis enthält die deutlich festzustellende differenzierte (d. h. nicht notwendigerweise allgemein reflektierte) Verwendung der Begriffe *Machtergreifung* und *Machtübernahme* durchaus gültige Unterscheidungselemente auch im Hinblick auf die terminologische Verwendung der beiden Begriffe durch die zeitgeschichtliche Forschung nach 1945.

Eine systematische Untersuchung sowohl des allgemeinen Sprachgebrauchs wie der (westlichen) Geschichtsschreibung über den Nationalsozialismus für die Zeit bis etwa Mitte der sechziger Jahre würde vermutlich eine starke Präferenz für den Begriff *Machtergreifung* und eine verhältnismäßig marginale Verwendung des Begriffs *Machtübernahme* erweisen: gewiß auch Ausdruck des in hohem Maße politisch-moralischen Charakters dieser Auseinandersetzung, nicht zuletzt „Abrechnung“ mit der unmittelbar zurückliegenden Vergangenheit, die sich verständlicherweise um prägnante, die singuläre Ungeheuerlichkeit und monströse Verwerflichkeit des Phänomens auch sprachlich heraushebende Begriffe bemüht. Daß der Begriff *Machtergreifung* unter diesem Aspekt von höherer Ausdruckskraft ist als jener der *Machtübernahme*, bedarf keiner weiteren Erklärung. Um so eher muß überraschen, daß ersterer gerade in den teilweise persönlich-biographisch gefärbten frühen Darstellungen zur NS-Zeit – etwa in Friedrich Meineckes „Deutscher Katastrophe“ – keine signifikante Rolle spielt; aber auch die beiden Emigranten Ernst Fraenkel und Franz Neumann, die ihre berühmten Analysen schon während der NS-Zeit in Berlin bzw. New York verfaßten, kommen praktisch ohne diesen Begriff aus³⁰. Ähnliches gilt für bekannte zeitgenössische Tagebücher, Briefeditionen und Memoiren, interessanterweise auch für Exilliteratur und -publizistik, wo man die absichtsvolle Verwendung des Begriffs *Machtergreifung* – im Sinne der Benennung politischen Unrechts – vielleicht am ehe-

³⁰ Friedrich Meinecke, *Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen*, Wiesbaden 1946; Ernst Fraenkel, *Der Doppelstaat* (rückübersetzte Ausgabe von *The Dual State*), Frankfurt 1974; Franz Neumann, *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944*, Köln/Frankfurt 1977.

³¹ So z. B. Thomas Mann, *Tagebücher 1933–1934*, Frankfurt 1977; Harry Graf Kessler, *Tagebücher 1918–1937*, Frankfurt 1961; *Tagebücher Hans Schäffer* (Nachlaß im IfZ, ED 93, Bd. 24); Kurt Tucholsky, *Ausgewählte Briefe 1913–1935*, Reinbek 1962; ders., *Politische Briefe*, Reinbek 1974;

sten vermuten würde: Beispielsweise sprach der in Karlsbad erscheinende *Neue Vorwärts* Anfang 1934 lapidar vom „Jahrestag der *Machtübernahme* Hitlers“³².

Die Form, in der Theodor Heuss in seinen Erinnerungen auf Tatbestand wie Begriff der *Machtergreifung* zu reden kommt, verdient es, hier zitiert zu werden – nicht allein des an ungewöhnlicher Stelle beiläufig dokumentierten Begriffs-Bewußtseins wegen, sondern auch, weil es einen Hinweis zu geben scheint auf die „Nachkriegs-Geschichte“ des Terminus: „Ich entsinne mich noch genau, wie ich von der Kanzlerschaft Hitlers erfuhr, dem Vorgang, den man später ‚*Machtergreifung*‘ nannte. Am 30. Januar rief Georg Halpern bei mir an, was ich zur Kanzlerschaft Hitlers sage.“³³

Vieles spricht dafür, Heuss' Hinweis der „späteren“ Benennung des 30. Januar 1933 auf die seit Anfang der fünfziger Jahre in Gang kommende systematisch-analytische Zeitgeschichtsschreibung zu beziehen: In der Tat maßen diese frühen Quellenforschungen, inspiriert von der in der amerikanischen Politikwissenschaft voll erblühten Totalitarismustheorie, dem Begriff der *Machtergreifung* eine zentrale Bedeutung bei. Man wird mit der Feststellung nichts überzeichnen, daß totalitarismustheoretische Erklärungsmodelle gerade auch aus dem im formalen Verlauf vergleichbaren Prozeß der *Machtergreifung* ideologisch ganz unterschiedlicher Bewegungen einen Teil ihrer Überzeugungskraft beziehen. Karl Dietrich Bracher hat dies in seinen bahnbrechenden Arbeiten seit Mitte der fünfziger Jahre hervorgehoben, insbesondere in den mit Wolfgang Sauer und Gerhard Schulz verfaßten „Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34“. In der Einleitung dieses Werkes über „Die nationalsozialistische Machtergreifung“ charakterisiert Bracher unter Hinweis auf die Arbeiten Franz Neumanns, Hannah Arendts, Carl J. Friedrichs u. a. den Totalitarismus mit Gerhard Leibholz als „das politische Phänomen des 20. Jahrhunderts“; mehr noch als im Falle der Sowjetunion sei „mit dem Phänomen der revolutionären, doch gleichwohl ‚legal‘ oder pseudolegal durchgeführten *Machtergreifung* faschistischer und nationalsozialistischer Prägung ein Vorgang besonderer Art in die Wirklichkeit getreten, der weder einfach unter das Schlagwort von der ‚Gegenrevolution‘ noch unter den Begriff des Bonapartismus gefaßt und so ohne weiteres in eine bestehende Tradition der Revolutionsgeschichte oder Revolutionssoziologie eingeordnet werden könnte“³⁴. *Machtergreifung* gilt damit als Wesenselement des To-

Heinrich Brüning, Briefe und Gespräche 1934–1945, Stuttgart 1974; Ludwig Marcuse, Mein zwanzigstes Jahrhundert. Auf dem Weg zu einer Autobiographie, München 1960; Arnold Brecht, Lebenserinnerungen. Bd. 2. Mit der Kraft des Geistes. 1927–1967, Stuttgart 1967; Wilhelm Hoegner, Die verrätene Republik. Geschichte der deutschen Gegenrevolution, München 1958; ders., Flucht vor Hitler. Erinnerungen an die Kapitulation der ersten deutschen Republik 1933, München 1977; Willy Brandt, Links und frei. Mein Weg 1930–1950, Hamburg 1982; Herbert Wehner, Zeugnis, Köln 1982.

³² Neuer Vorwärts vom 11. 2. 1934, S. 1; vgl. auch Das neue Tagebuch (Hrsg. Leopold Schwarzschild), Paris-Amsterdam 1933–1940.

³³ Theodor Heuss, Erinnerungen 1905–1933, Tübingen 1963, S. 447.

³⁴ Karl Dietrich Bracher, Wolfgang Sauer, Gerhard Schulz, Die nationalsozialistische Machtergrei-

talitarismus; ihre neuartigen Umstände wie ihr Verlauf lassen eine klare Abhebung von anderen Formen des politischen Machtwechsels als geradezu zwingend erscheinen.

Zweifelloser deutlicher als dies der Terminus *Machtübernahme* vermöchte, signalisiert das Wort *Machtergreifung* die in frühen Untersuchungen der deutschen Zeitgeschichtsforschung mit besonderem Nachdruck hervorgehobene politisch-moralische Illegitimität der Machenschaften, die allenfalls formal als legal zu bezeichnenden Umstände, die Hitler in das Amt des Reichskanzlers gelangen ließen. Andererseits ist ein Bedeutungselement des Begriffs *Machtergreifung* unvermeidlich aber auch das der „Eroberung“, wodurch, wer ihn verwendet, sich immerhin der Möglichkeit des Mißverständnisses aussetzt, er wolle für die Endphase der Weimarer Republik einen prinzipiell durch alle Gesellschaftsschichten gehenden „Widerstand“ gegen den zur Macht strebenden Nationalsozialismus postulieren, wie er – gerade durch die genannten politikwissenschaftlich orientierten Strukturuntersuchungen nachgewiesen – tatsächlich nicht bestand.

In dem Maße, wie eine sich neuorientierende Geschichtsschreibung seit etwa einhalb Jahrzehnten – nicht zuletzt aufgrund einer mittlerweile breiter gewordenen Quellenbasis – stärker als bis dahin den Blick auf die innere Struktur von Partei- und Herrschaftsapparat zu richten und die zugespitzte These vom „monolithischen“ Führer-Staat zu widerlegen begann, gewann auch die Frage nach der „Ermöglichung“ des Nationalsozialismus eine weitere Dimension. Wo weniger die „Technik der *Machtergreifung*“ im Mittelpunkt des Forschungsinteresses steht und statt dessen intensiver nach ihrer gesellschaftsgeschichtlichen Konkretisierung gefragt wird, bietet sich die Wahl des „neutraleren“, die Besonderheit des Vorganges dennoch nicht ignorierenden Begriffs der *Machtübernahme* an.

Diese Entwicklung freilich hat – wie ich meine: erfreulicherweise – nicht zu einer sich wechselseitig ausschließenden Verwendung der beiden Begriffe geführt: Zumal in Publizistik und Öffentlichkeit rangieren *Machtergreifung* und *Machtübernahme* als letztlich synonym nebeneinander, mit einem gewissen Prä für *Machtergreifung*. Anders als bei euphemistischen bzw. propagandistisch-verfälschenden Wortprägungen (wie „Röhm-Putsch“ für die von Hitler veranlaßte Ermordung innenpolitischer Gegner am 30. Juni 1934 und „Reichskristallnacht“ für das Judenpogrom am 9. November 1938), aber auch bei NS-Bezeichnungen wie „Der Führer“ und „Drittes Reich“, scheint die Gefahr einer gezielten Verwendung der Begriffe *Machtergreifung* und *Machtübernahme* in apologetisch-verwirrender Absicht relativ gering. Immer wieder auf die in solchen Begriffen enthaltene Möglichkeit zur „Sprachpolitik“ hinzuweisen, sollte allen in Unterricht und Medien Tätigen gleichwohl angeraten sein. Die langjährige Praxis maßgeblicher bundesdeutscher Sprachpfleger jedenfalls kann nicht weiterempfohlen werden: Seit das Wort 1947 einer (damals verständlichen) Durchfor-

fung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Köln und Opladen 1960, S. 4; Hervorhebung von mir. Vgl. auch K.D. Bracher, Schlüsselwörter in der Geschichte, Düsseldorf 1978, bes. S. 89.

stung zum Opfer gefallen ist³⁵, fehlt der Begriff *Machtergreifung* ebenso wie *Machtübernahme* im Rechtschreib-Duden bis auf den heutigen Tag.

³⁵ Die damalige 13. Auflage des Duden, herausgegeben vom Bibliographischen Institut Leipzig, erschien im Steiner-Verlag Wiesbaden; freundliche Auskunft des Bibliographischen Instituts Mannheim an den Verf. vom 15. bzw. 28.10. 1982. Neuerdings findet sich das Stichwort *Machtergreifung* in: Duden. Das große Wörterbuch. Bd. 4, Mannheim/Wien/Zürich 1978, S. 1715; dort heißt es weiter: „*Ergreifung der Macht ... insbes. die Ergreifung der Macht durch Hitler u. die Nationalsozialisten (1933): Hitlers M.; die M. der Kommunisten in Osteuropa (Fraenkel, Staat 299)*“. Zu dem Stichwort *Machtübernahme* heißt es an gleicher Stelle: „*Übernahme der Macht ... Regierungsgewalt; insbes. Machtergreifung; ... um eine kommunistische M. in Vietnam zu verhindern (Spiegel 1/2, 1966, 6)*“.

Dokumentation

MARTIN SCHUMACHER

Der Umschwung in Deutschland 1933

Eine unbekannte Artikelfolge des preußischen Staatsministers Otto Klepper

Mit dem überraschenden Revirement im preußischen Finanzministerium im Herbst 1931 wurde die prekäre Finanzsituation des größten deutschen Einzelstaates nicht gebessert, die Notlage nur offenkundig. Der Fehlschlag einer Vereinigung der Finanzressorts im Reich und in Preußen vertiefte schließlich die politische Krise: Die Reichsreform, die Brüning im Zusammenspiel mit dem machtmüden und kränkelnden Otto Braun für eine Übergangszeit möglicherweise freie Hand eingeräumt hätte, war nach dem Einspruch Hindenburgs gescheitert, eine der letzten Sternstunden der Republik – rückblickend gesehen – unwiderruflich verstrichen. In dem Machtvakuum seit dem Rücktritt des Finanzministers Hermann Höpker-Aschoff (DDP/Staatspartei) am 12. Oktober 1931 erhielt ein Außenseiter eine Chance: Die Ernennung Otto Kleppers (1888–1957) am 7. November war nach dem Urteil Dietrich Mendes, des damaligen persönlichen Referenten Höpker-Aschoffs, „ein Wendepunkt in der Geschichte der Regierung Braun, vielleicht in der Geschichte des Finanzministeriums“. Wie auch immer man die Berufung und die Ministerzeit eines Mannes einschätzen mag, der sich in schwierigen Ämtern, zuletzt als Sanierer der heruntergewirtschafteten, nahezu illiquiden Preußenkasse, des Zentralinstituts der ländlichen Genossenschaftskassen, einen Namen gemacht hatte, die Zeit blieb zu kurz, den Ausweg aus der Krise in einer neuen Wirtschaftspolitik zu finden.

Die Beziehungen Kleppers zu Heinrich Brüning waren von Anfang an schlecht und verschlechterten sich noch. Der Reichskanzler machte kein Hehl aus seiner Abneigung und seinem Mißtrauen gegen einen Staatsminister, der sich nicht in seine Karten sehen ließ und der Politik des Reichs kritisch gegenüberstand. In der Ministerialbürokratie stieß der Volljurist mit den insgesamt noch vagen wirtschaftspolitischen Vorstellungen – Verkürzung der Arbeitszeit, Reform der Arbeitslosenfürsorge, Agrarstruktur- und Verwaltungsreform – auf mehr oder minder Ablehnung oder Unverständnis. Die höhere Beamtenschaft, die mit wenigen Ausnahmen in Klepper keinen gleichwertigen Nachfolger Höpker-Aschoffs sah, lastete dem Neuling an, daß der Demokrat Höpker-Aschoff in einer besonders schwierigen Lage der öffentlichen Haushalte der Koalitionsräson geopfert worden war¹.

¹ Zur Biographie O. Kleppers vgl. jetzt Werner Röder/Helmut A. Strauss (Bearb.), Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bd. I, München 1980, S. 371; NDB 12

Im Herbst 1931 gewann Klepper das Ministeramt als Kandidat des Zentrums, insbesondere des Wohlfahrtsministers Heinrich Hirtsiefer, des Landwirtschaftsministers Heinrich Steiger sowie des dem linken Flügel des Zentrums zugerechneten Heinrich Lübke, der als bäuerlicher Interessenvertreter erst 1932 in den Landtag gewählt wurde. Möglicherweise hatte der ehrgeizige Fachmann bereits im Februar 1931 eine Chance gewittert, das Finanzressort zu übernehmen². Die Sozialdemokratie tolerierte den Amtswechsel; ja es scheint sogar, daß Herbert Weichmann, der persönliche Referent Otto Brauns, den Präsidenten der Preußenkasse als Kandidaten ins Spiel gebracht hat, wenn auch dieser Vorschlag zunächst dilatorisch behandelt wurde. Eine in den Wirren des Kapp-Putsches gelöste Verbindung zur DNVP hat die Ernennung nicht behindert, könnte aber die Zurückhaltung Brauns erklären. Die gesamte Rechte bekämpfte den Renegaten von Anfang an, sah sie doch in der von Klepper favorisierten Agrarpolitik – als Agrarbolschewismus diffamiert – eine Bedrohung der überkommenen, von der Revolution nicht angetasteten Agrarstruktur. Insbesondere für den ostelbischen Großgrundbesitz bedeutete die Berufung eines Mannes, der in wenigen Jahren eine funktionierende Interessenorganisation der Domänenpächter aufgebaut und sich als Präsident der Preußenkasse seit Anfang 1928 für eine mit der landwirtschaftlichen Entschuldung einhergehende Strukturreform des landwirtschaftlichen Besitzes eingesetzt hatte, eine offene und ständige Herausforderung³. Der mit

(1980), S. 49–51 (M. Schumacher); ergänzend Heinrich Brüning, *Memoiren 1918–1934*, Stuttgart 1970, S. 481 ff.; Hagen Schulze, *Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie*, Frankfurt/M. 1977, S. 702 ff.; Herrn Dr. Dietrich Mende danke ich für die Überlassung eines Kapitels seiner bisher unveröffentlichten Erinnerungen sowie für Hintergrundinformationen.

² Mende, *Erinnerungen*; Herbert Hömig, *Das Preußische Zentrum in der Weimarer Republik*, Mainz 1979, S. 247, 261; *Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918–1933*, eingel. v. Lothar Albertin, bearb. v. Konstanze Wegner in Verb. m. L. Albertin, Düsseldorf 1980, S. 673 f., 682. In einer Ansprache aus Anlaß des 60. Geburtstages Kleppers ging Oberregierungsrat a. D. Heinrich Albersmann am 17. August 1948 in Frankfurt auf den Ministerwechsel ein: „Es kam das Jahr 31. Zentrum und Sozialdemokratie gerieten mit dem preuß. Finanzminister Höpker-Aschoff in Differenzen. Letzterer versagte, als er nicht mehr aus dem vollen schöpfen konnte. Sein Defizit wollte er dann durch Drosselung des Wohnungsbaues decken, indem er Mittel der Hauszinssteuer nicht mehr für Hypotheken verwendet sehen wollte, sondern für den Verwaltungsapparat einzusetzen sich bemühte. Er geriet in schwere Differenzen mit Min. Hirtsiefer, mit den Führern des Zentrums sowie den Sozialdemokraten.

Min. Hirtsiefer rief [mich] an und bat um eine Unterredung bei ihm. Er erklärte, daß Höpker-Aschoff gehen müsse. Letzterer demissionierte, das Zentrum nähme gerne an, ebenso die Sozialdemokraten. Und als ich dann fragte: ‚Was nun?‘ antwortete man: ‚Wir wollen Präs. Klepper zum Finanzminister haben.‘

Ich habe gesagt, ich würde ihm abraten, obwohl ich ihn für den Besten hielt. [...]“ Aufzeichnung im Nachlaß Klepper.

³ Otto Braun, *Von Weimar zu Hitler*, New York ²1940, S. 352; Ernst Lemmer, *Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten*, Frankfurt/M. 1968, S. 68; Schulze, O. Braun, S. 703; Dieter Hertz-Eichenrode, *Politik und Landwirtschaft in Ostpreußen 1919–1930. Untersuchung eines Strukturproblems in der Weimarer Republik*, Köln 1969; Winfried Steffani, *Die Untersuchungsausschüsse des Preußischen Landtages zur Zeit der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Entwicklung parlamentarischer Untersuchungsausschüsse*, Düsseldorf 1960, S. 270 ff.; ergän-

43 Jahren relativ junge Neuling auf der politischen Bühne – im Kabinett war nur Adolf Grimme (Unterricht) anderthalb Jahre jünger – genoß das Vertrauen der beiden großen Koalitionspartner. Sie übertrugen in der sich zuspitzenden Krisensituation die Staatsfinanzen einem parteilosen Fachmann, der nach allgemeiner Meinung sein Metier beherrschte, bei Freunden und Gegnern aber als ebenso ehrgeizig wie erfolgreich galt: eine Persönlichkeit von „Format“, wenn auch ohne volkstümliche Ausstrahlung. Sicherlich nicht zutreffend „als Sozialist verschrien“, entsprach der neue Finanzminister allein aufgrund des äußeren Eindrucks – der Reisespaß vermerkte als besondere Kennzeichen „Schmisse im Gesicht“ – dem „Typus eines exklusiven Korpsstudenten“; bei Übernahme des Amtes war Klepper „parteilos“, und er blieb es auch in der Folgezeit. Als Persönlichkeit wirkte er faszinierend und motivierend auf einen Kreis vertrauter und äußerst fähiger Mitarbeiter, meist jüngerer Akademiker, fand aber darüber hinaus keine „ungeteilte Anerkennung und Zustimmung“⁴.

In der Zeit bis zur Preisgabe des „Bollwerks Preußen“ konnte Klepper im Wege der Notverordnung nur der überfälligen Reform der inneren Verwaltung seinen Stempel aufdrücken. Der parteilose Finanzminister, der für seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen im Preußischen Staatsrat und im Landtag wenig Gegenliebe fand, stand von Anfang an im Schatten seines Vorgängers, an dessen „Statur“ (A. Brecht) er gemessen wurde. Offenbar gelang es O. Klepper auch nicht, das Amt, so wie ursprünglich geplant, in den Griff zu bekommen und die Schlüsselpositionen mit neuen Männern zu besetzen. So lehnte Arnold Brecht das Angebot ab, die Stelle des Staatssekretärs zu übernehmen. Die Gegner des Finanzministers nutzten die Vorlage des Haushaltes im März 1932 zur politischen Abrechnung. In den schwierigen Haushaltsberatungen im Preußischen Staatsrat und im Ausschuß machte Klepper keine gute Figur; die am 15. März im Landtag verlesene Haushaltsrede trug die Handschrift des Generalreferats des Ministeriums, wie Dietrich Mende berichtet. Dennoch konnte sich Klepper als Kritiker der Wirtschaftspolitik des Reichs, des Protektionismus und – nicht zuletzt aus politischen Erwägungen – als Anwalt der völligen Unabhängigkeit Preußens profilieren. Die Amtsenthebung der Preußischen Regierung am 20. Juli 1932 zog auch einen Schlußstrich unter die Ministerzeit Otto Kleppers⁵. Die Pressepolemik, die Klepper über die Vorgeschichte und Hintergründe des „Preußenschlags“ mit Carl Severing, dem glück- und mutlosen Innenminister,

zend Klaus Hornung, *Der Jungdeutsche Orden*, Düsseldorf 1958, S. 117; *Politik und Wirtschaft in der Krise 1930–1932. Quellen zur Ära Brüning*, eingeleitet von Gerhard Schulz, bearb. v. I. Maurer u. U. Wengst u. Mitw. v. Jürgen Heideking, Düsseldorf 1980, S. LXI, 155 ff.

⁴ *Der Deutschen-Spiegel*, H. 15 v. 12. April 1929: „Otto Klepper, August Müller, Heinrich Steiger“ (Pigy); Erwin Topf, *Die grüne Front. Der Kampf um den deutschen Acker*, Berlin 1933; *Politik und Wirtschaft*, S. 1065, 1095; der nicht belegte Hinweis über einen Beitritt Kleppers zur Deutschen Staatspartei ist irreführend; die Landtagsfraktion hatte B. Falk beauftragt, am Tage nach der Amtsniederlegung Höpker-Aschoffs Staatssekretär Robert Weismann offiziell darüber zu unterrichten, daß Klepper „nicht tragbar sei“.

⁵ Mende, *Erinnerungen*; Arnold Brecht, *Mit der Kraft des Geistes. Lebenserinnerungen. Zweite Hälfte 1927–1967*, Stuttgart 1967, S. 119 f.; zur Haushaltsdebatte im Preußischen Landtag vgl. *Sitzungsberichte*, 3. Wahlperiode, Bd. 17, Sp. 24572 ff., 24723 ff.; 27746 ff.

ausgefochten hat, hinterließ bei den Kontrahenten tiefe Narben, ohne die historische Wahrheit zweifelsfrei an den Tag zu bringen. Severing hat noch in seinen Memoiren die Darstellung Kleppers entrüstet als „in allen Punkten unrichtig“ zurückgewiesen⁶.

Lange vor der stark persönlich gefärbten Auseinandersetzung hatte Klepper mehrfach öffentlich – erstmals in dem hier abgedruckten Dokument – bekannt, daß er im Juli 1932 für ein entschiedenes, wenn nötig gewaltsames und risikoreiches Vorgehen gegen die Regierung Papen und wohl auch gegen den Reichspräsidenten plädiert und dafür auch nach Bündnisgenossen gesucht habe. Dieses Agieren zwischen den Fronten, nicht geheim gebliebene Kontakte nach rechts und links, brachten den Minister in den Geruch des Opportunismus. Wie nun feststehen dürfte, wurden mit Wissen Kleppers Formationen der „Schwarzen Front“ unter Führung des ehemaligen SA-Führers und Hauptmanns a. D. Walther Stennes aus dem Dispositionsfonds des Finanzministers aufgepöppelt. Ein Schulterschuß zwischen Stennes und dem Reichsbannerführer Karl Höltermann, zu dem Klepper ebenfalls Fühlung hielt, blieb jedoch aus. Niemand gab im Juli 1932 das Signal für den Widerstand. Das preußische Kabinett blieb untätig, beugte sich der Gewalt⁷. Wie Klepper hat im übrigen auch Konrad Adenauer in der Sache einen ähnlichen Standpunkt vertreten, ohne daß diese Wertung der Ereignisse im Juli 1932 den späteren Beziehungen zwischen den beiden gegensätzlichen Naturen sonderlich förderlich gewesen wäre⁸. Ob die „republikanische

⁶ C. Severing, *Mein Lebensweg*, Bd. II: Im Auf und Ab der Republik, Köln 1950, S. 309, 350 ff.

⁷ Karl Dietrich Bracher, *Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie*, Königstein, Ts./Düsseldorf 1978, S. 510 ff.; Hermann von Lindheim, *Zu Papens Staatsstreich vom 20. 7. 1932*, in: *GWU* 11, 1960, S. 154–164, 160; Erich Matthias, *Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands*, in: *Das Ende der Parteien 1933*, hrsg. v. E. Matthias u. R. Morsey, Düsseldorf 1960 (Neudruck 1979), S. 99–278, 133 f.; Jürgen Bay, *Der Preußenkonflikt 1932/33. Ein Kapitel aus der Verfassungsgeschichte der Weimarer Republik*, Diss. Erlangen-Nürnberg 1965, S. 120 ff.; ergänzend Arnold Brecht, *Vorspiel zum Schweigen. Das Ende der deutschen Republik*, Wien 1948, S. 100; Brüning, *Memoiren*, S. 582; Hans-Peter Ehni, *Bollwerk Preußen? Preußen-Regierung, Reich-Länder-Problem und Sozialdemokratie 1928–1932*, Bonn 1975, S. 265 ff.; Schulze, O. Braun, S. 743 f.; Gerhard Schulz, *Preußenschlag oder Staatsstreich*, in: *Der Staat* 17, 1978, S. 553 ff.; Hömig, *Zentrum*, S. 265 f. Die Rolle O. Kleppers am 20. Juli 1932 und insbesondere seine Darstellung des *Schicksalstages* (Rudolf Olden) kann im Zusammenhang dieser einführenden Bemerkungen im einzelnen nicht erörtert werden. Eine Antwort auf die Frage, ob Klepper zum Widerstand riet, wie auch R. Olden (Warum versagten die Marxisten? Paris 1934, Teilabdruck in: *Exil. Literarische und politische Texte aus dem deutschen Exil 1933–1945*, hrsg. v. Ernst Loewy, Stuttgart 1979, S. 66 ff., 80) behauptete, bleibt einer kritischen Würdigung der zumindest potentiell zum Widerstand entschlossenen Kräfte vorbehalten; vgl. dazu Matthias, *Sozialdemokratische Partei Deutschlands*, S. 144; Wolfgang Benz, *Staatsstreich gegen Preußen am 20. Juli 1932*, Düsseldorf 1982, S. 30) charakterisiert die Darstellung Kleppers unter Hinweis auf die Nachkriegskontroverse als „wenig überzeugend“.

⁸ Zur Verbindung zwischen Adenauer und Klepper in den Jahren 1930/32 vgl. Konrad Adenauer, *Adenauer als Präsident des Preußischen Staatsrats*, in: *Konrad Adenauer. Oberbürgermeister von Köln, Festgabe der Stadt Köln*, hrsg. v. Hugo Stehkämper, Köln 1976, S. 355 ff., 390, 766 Anm. 318 u. S. 767 Anm. 332; Rudolf Morsey (*Adenauer und der Nationalsozialismus*, ebenda, S. 447 ff., 455, 793 Anm. 64 u. 65) zitiert Äußerungen Adenauers aus den Jahren 1946, 1963 und 1966, die sich zumindest in der Tendenz mit der Einschätzung Kleppers decken.

Masse“ sich als Machtfaktor erwiesen, das heterogene Bündnis die Feuerprobe bestanden hätte, steht auf einem ganz anderen Blatt. In welcher Weise Klepper in der Zeit bis zur „Machtergreifung“ politisch noch gewirkt hat, ist bisher nicht näher bekannt. Offenbar hat er aber das Finanzministerium – seit Anfang Juli ohnehin in Urlaub – nicht wieder betreten. Der Weg zurück war nach der Anfang Juli von rechtsoppositioneller Seite erzwungenen Einsetzung eines Untersuchungsausschusses („Dr. Klepper“) zum Geschäftsgebaren der Preußenkasse nicht mehr offen; nach dem „Preußenschlag“ wurde ein Mann der Rechten an die Spitze der genossenschaftlichen Zentralbank berufen. Auch nach dem Sturz Papens konnte Klepper nicht auf eine Reaktivierung hoffen. Der Nachfolger Papens, Kurt von Schleicher, hatte sich angeblich im Februar des Jahres abfällig über den damaligen Finanzminister geäußert, der mit der Finanzierung der Republikanischen Aktion, einer programmatisch und organisatorisch eher dubiosen bürgerlichen Gruppierung, in Verbindung gebracht wurde⁹.

Staatsamt oder Staatsfeind

Der Ausgang des Ringens zwischen Macht und Recht war nach der „Machtergreifung“ nicht länger zweifelhaft. Nach der Ablehnung eines offenbar ultimativ gestellten Angebots Hitlers zur Mitarbeit¹⁰ entzog sich Klepper dem Zugriff der neuen Machthaber. In der Finnischen Gesandtschaft – auf exterritorialem Gebiet¹¹ – fand er vorübergehend eine Zuflucht. In Begleitung des Gesandten Wäinö Wuolijoki reiste Klepper im März zusammen mit seiner Frau über Polen und Schweden nach Finnland. Der Weg in die Illegalität und Emigration traf einen Mann hart, der in relativ kurzer Zeit auf der Sprossenleiter des Erfolges vorangekommen war. Die Hoffnung, über kurz oder lang wieder nach Deutschland zurückkehren zu können – nach dem

⁹ Linksliberalismus, S. 682; Mende, Erinnerungen. Zur Republikanischen Arbeitsgemeinschaft/ Union vgl. Die Bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlichen Interessenorganisationen, Bd. II, Leipzig 1970, S. 636–640; die Preußenkasse war unter der Bezeichnung Deutsche Zentralgenossenschaftskasse am 21. Oktober 1932 in eine Anstalt des Reichs umgewandelt worden; vgl. ergänzend Erich Achterberg, Die Preußenkasse und ihr letzter Präsident, in: Beiträge zur Bankgeschichte 5 (1968), 1, Beil. 1.

¹⁰ In einem für die Amerikareise O. Kleppers 1954 verfaßten Lebenslauf heißt es dazu: „Im Frühjahr stellte Hitler durch einen seiner Funktionäre, Dr. Habicht, Klepper vor die Alternative, ein Staatsamt im nationalsozialistischen Reich zu übernehmen oder als Staatsfeind behandelt zu werden. Klepper entschloß sich daraufhin zur Emigration.“ Nachlaß Klepper. Es bleibt unklar, ob mit „Dr. Habicht“ der Reichstagsabgeordnete Theodor Habicht (NSDAP) gemeint ist; vgl. auch die Andeutung von Kurt Kersten, Otto Klepper gestorben. Ein Demokrat und Nonkonformist, in: Aufbau v. 24. Mai 1957.

¹¹ Am 10. Juni 1955 teilte O. Klepper auf Anfrage Wolfgang Abendroth (Marburg) für eine Untersuchung „zur Soziologie und zur Geschichte der Widerstandsbewegung gegen das Dritte Reich“ mit: „Es ist mir seinerzeit gelungen, mich der Verhaftung in Deutschland zu entziehen. Ich wohnte in der letzten Zeit vor meiner Emigration exterritorial in der Finnischen Gesandtschaft.“ Offenbar hat Klepper – wie auch O. Braun – Deutschland noch vor der Reichstagswahl vom 5. März verlassen; ein auf 30 Tage befristetes Aufenthaltsvisum für Polen datiert vom 3. März 1933; Nachl. Klepper.

Zusammenbruch des Regimes –, erwies sich bald als trügerisch. Die neuen Machthaber jagten den Flüchtling, dem in Abwesenheit ein politischer Prozeß gemacht wurde, rund um die Welt: Finnland, Frankreich, China, USA, Spanien, Frankreich, Mexiko. Mit Glück und der Hilfe guter Freunde¹² entkam Otto Klepper oft im letzten Augenblick.

Die Weigerung, ein Staatsamt in der Hitler-Regierung zu übernehmen, stempelte Klepper zum „Staatsfeind“. Die Alternative hieß Emigration oder Schutzhaft. In dieser Situation eröffnete sich für Klepper durch Vermittlung des befreundeten Präsidenten der finnischen Zentralgenossenschaftsbank eine Chance, die der Mehrzahl der Gegner des Regimes nicht gegeben war. Mitte April wurde eine Voruntersuchung „wegen Untreue“ gegen den ehemaligen preußischen Finanzminister eröffnet, der als der Hauptverantwortliche dafür galt, daß rund 1,5 Mill. DM „unzulässigerweise für politische Zwecke zur Stützung der Politik der damaligen Regierungskoalition verwandt worden“ seien. Auch aus der Tätigkeit als Präsident der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse wurden Klepper satzungswidrige Manipulationen zur Last gelegt. Das Verfahren unterschied sich nur wenig von ähnlich motivierten Aktionen u. a. gegen Andreas Hermes oder Günther Gereke und kam nur schleppend voran, so daß Klepper durchaus hoffen konnte, nach einer gewissen Zeit unbehelligt nach Deutschland zurückzukehren.

Die Nachrichten, die aus Deutschland im finnischen Exil eintrafen, ließen jedoch schon bald eine andere Entwicklung befürchten. Karl Brandt, Schüler Friedrich Aereboes und enger Mitarbeiter Kleppers, riet, sich auf mindestens ein bis zwei Jahre, wenn nicht länger, im Ausland einzurichten; in Berlin trommelte Brandt, der über vielfältige ausländische Verbindungen und insbesondere über gute Kontakte zur amerikanischen Botschaft verfügte, „einige Mille“ Unterstützungsgelder für den Flüchtling zusammen. Brandt informierte über die Ereignisse in Deutschland, übermittelte Kontaktadressen, warnte aber davor, der finnischen Presse Interviews zu geben: „Sie hetzen bloß die ganze Meute hier wieder hoch.“¹³ Offen appellierte der Agrarwissenschaftler, der selbst seinen Lehrstuhl verloren hatte und im Begriff stand, Deutschland zu verlassen, aus der Not eine Tugend zu machen, die Depression und

¹² Neben Wuolijoki (seit 1927 Gesandter in Berlin; zur Biographie vgl. Cuno Horkenbach [Hrsg.], *Das Deutsche Reich von 1918 bis heute*, Jg. 1931, S. 546) ist hier vor allem der französische Diplomat Henry de Hoppenot zu nennen; vgl. Kersten, O. Klepper. In dem von Bernd Martin hrsg. Sammelband „Die deutsche Beraterschaft in China 1927–1938“ (Düsseldorf 1981) wird O. Klepper nicht erwähnt. – Zur Organisation internationaler Hilfsmaßnahmen enthält das kleine Archiv des unter loser Obhut des Völkerbundes wirkenden „Hochkommissariats für deutsche (jüdische und andere) Flüchtlinge“ in London teilweise noch nicht ausgewertetes Material; Bibliothek der Vereinten Nationen, Genf.

¹³ Brief vom 22. 5. 1933, Nachl. Klepper; K. Brandt (1899–1975) empfahl Klepper, sein Schicksal „nicht tragischer zu nehmen, als es der Zeit entspricht“: „Das Rad der Geschichte dreht sich in Deutschland so rasend, die Menschen purzeln so massenweise von ihren Posten, werden so massenweise verhaftet, gestern in Braunschweig 1350 auf einmal, alle negativen Eigenschaften der Bestie Mensch vollführen einen solchen Spuk, daß alles frühere schon als historische Literatur dagegen verblaßt.“ Undatiert, ebenda; vgl. zur Biographie Kürschners *Deutscher Gelehrten-Kalender* 1966, S. 249 f.

Untätigkeit zu überwinden: „Sie haben eine große Aufgabe und große Chancen. Alle Köpfe draußen organisieren, zusammenschweißen und arbeiten. Es liegen 1 000 Möglichkeiten da. Die Zeit muß genutzt werden. Sie läuft hier viel schneller als man glaubt. Und wenn es reif ist, muß man draußen so weit sein. Wer kann das besser als Sie??! Und wer hat mehr Verantwortung als Sie?! Das alles können Sie nur in Paris oder London.“¹⁴ Wie auch immer Otto Klepper diese Aufforderungen verstanden haben mag, er verließ am 14. Juni 1933 Finnland mit dem Schiff in Richtung Frankreich. Der Reisepaß dokumentiert die Route: Kopenhagen (16.), Esbjerg (17.) und Paris (19. Juni). Ein Treffen im dänischen Hafen Esbjerg, wie von Brandt angeregt, ist nicht belegt.

Als Klepper bereits in Paris war, erschien am 14. und 24. Juli sowie am 5. August in „Göteborgs Handels- och Sjöfarts-Tidning“ (GHST) unter seinem Namen eine Artikelserie über den Umschwung in Deutschland („Omvälningarna i Tyskland“). Die in der Forschung bisher nicht beachtete Darstellung – möglicherweise die erste grundsätzliche, öffentliche Stellungnahme eines bürgerlichen Vertreters der Weimarer Koalition zum Scheitern der Republik und zum Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland – wurde in dem späteren Ausbürgerungsverfahren als ein besonders „gehässiger“ Angriff auf die Wirtschaftspolitik des Reichs gewertet. Auch in den Schriftsätzen an das Gericht kaschierte Klepper, der enger Verbindungen zum französischen Deuxième Bureau verdächtigt wurde¹⁵, „seine staatsfeindliche Gesinnung“ nicht, wie „beleidigende Äußerungen gegen Partei und Staat“ zeigten. Im Verfahren selbst konnte der Beschuldigte sich gegen die Vorwürfe nur unzureichend verteidigen und nicht alle Rechtsmittel ausschöpfen. So wurde auf Beschluß des Kammergerichts Berlin vom 27. Februar 1936 ein Antrag auf Bewilligung des Armenrechts zur Durchführung eines Berufungsverfahrens „wegen Aussichtslosigkeit der Rechtsverfolgung zurückgewiesen“, das Strafverfahren „wegen Untreue wegen Abwesenheit des Beschuldigten eingestellt“¹⁶. Die förmliche Ausbürgerung wurde 1937 vollzogen und im Reichsanzeiger publiziert, das Vermögen eingezogen¹⁷.

¹⁴ Undatiert, Nachl. Klepper.

¹⁵ Zum aktiven Mitgliederkreis einer in der Schweiz operierenden, antideutschen Nachrichtenzentrale wurden weiter die sozialdemokratischen Emigranten O. Braun und Albert Grzesinski gerechnet; H. Schulze (O. Braun, S. 796) wertet den Agentenbericht eines V-Mannes (PA, Deutsche Gesandtschaft Bern, XII, Bd. 1) als „Tatarenmeldung“.

¹⁶ „Die sehr umfangreichen Personal-, Straf- und Untersuchungsakten sowie die Gerichtsakten über den Rechtsstreit der Deutschen Zentral-Genossenschaftskasse gegen Klepper“ befanden sich 1936 im Ministerium des Innern; Pol. Archiv des Auswärtigen Amts, Bonn (PA), Referat Inland II A/R, 83–76 (K-R); eine Voruntersuchung „wegen Untreue“ wurde nach Horkenbach (Bd. 1933, Berlin 1935, S. 174) am 14. April 1933 eingeleitet.

¹⁷ Die im Deutschen Reichs- u. Preuß. Staatsanzeiger (Nr. 84 v. 14. April 1937) veröffentlichte Bekanntmachung vom 12. April enthält 41 Namen, u. a. A. Crispian, K. Kersten, H. Sinzheimer, W. Ulbricht, L. Renn (A. F. Vieth von Golssenau); am 23. April 1937 wies das Auswärtige Amt die deutschen diplomatischen und berufskonsularischen Vertretungen an: „Bei sich bietender Gelegenheit sind den Betroffenen die in ihren Händen befindlichen Pässe abzunehmen. Die Gewährung deutschen Schutzes kommt selbstverständlich nicht mehr in Frage.“ PA, Ref. Inland II A/B 83–76. Zwei Reisepässe O. Kleppers waren bereits 1933 bzw. 1934 abgelaufen; vgl. ergänzend Raimund

Göteborgs Handels- och Sjöfarts-Tidning (GHST) und Hitler-Deutschland

Die schwedische Öffentlichkeit verfolgte 1933 zunehmend irritiert die Ereignisse in Deutschland. Besonders sozialdemokratische und linksliberale Blätter kritisierten – von deutschen Protesten unbeeindruckt – Politik und Kabinettsmitglieder der Hitler-Regierung. „Die Überlassung der Regierungsgewalt an Hitler“, so faßte der deutsche Gesandte Frederic Hans von Rosenberg am 7. Februar 1933 einen Artikel der GHST zusammen, „bedeute einen Schicksalsschlag nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa.“ Ein Protesttelegramm Görings an die Redaktion des Blattes goß erst recht Öl ins Feuer: „Die (schwedischen) Zeitungen finden sich in Ablehnung des Telegramms nach Form und Inhalt zusammen und weisen auf die Eigenart der schwedischen Mentalität und auf die traditionelle Unabhängigkeit der schwedischen Presse gegenüber staatlichen Beeinflussungsversuchen hin.“¹⁸ Anfang März prognostizierte die GHST, die für ihre betont deutschfreundliche Haltung in den Jahren der Weimarer Republik allgemein bekannt gewesen war, eine kritische Zuspitzung der internationalen Lage, die in etwa einem Jahr zu einem Krieg führen könne. Der Chefredakteur, Professor Torgny Segerstedt, bezog auch andernorts Stellung gegen das neue Regime in Deutschland¹⁹.

Die scharfen Auslassungen in der schwedischen Presse gegen die Reichsregierung wurden durch die einsetzenden „antijüdischen Aktionen“ mit ausgelöst. Der „Welle der Antipathie“ konnte die Gesandtschaft, die ihrerseits diese Berichte auf das angeblich die großen Zeitungs- und Verlagshäuser beherrschende jüdische Kapital zurückführte, wenig mehr als folgenlose Proteste entgegensetzen. Die sich „stark an deutsche Gedankengänge“ anlehrende schwedische nationalsozialistische Bewegung schien nach dem Eindruck der deutschen Diplomaten „im Wachsen begriffen“, hatte

Kommer, Die Veröffentlichung der Ausbürgerungslisten nach dem Gesetz über den „Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit“ vom 14. Juli 1933 in der Tagespublizistik des Dritten Reiches, in: *Presse im Exil. Beiträge zur Kommunikationsgeschichte des deutschen Exils 1933–1945*, hrsg. v. Hanno Hardt, Elke Hilscher u. Winfried B. Lerg, München 1979, S. 407–413.

¹⁸ PA, Deutsche Gesandtschaft Stockholm, Abt. A, Deutschland, Bd. 12. Aufgrund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 wurde die Verbreitung der GHST im August 1934 im Reichsgebiet zunächst für sechs Monate verboten; im Februar 1935 wurde das Verbot stillschweigend verlängert; PA, Deutsche Gesandtschaft Stockholm, Göteborgs Handels- och Sjöfarts-Tidning, 1934–39.

¹⁹ Am 20. März berichtete die Gesandtschaft (PA, Deutsche Gesandtschaft Stockholm, Abt. A, Deutschland, Bd. 13) über eine Rede Segerstedts in einer öffentlichen Versammlung des Stockholmer Freisinnigen Wahlvereins. „Er benutzte die Gelegenheit, um gegen den Nationalsozialismus und die deutsche Regierung Stellung zu nehmen. Seine Ausführungen waren im übrigen aber hauptsächlich theoretischer Natur und behandelten das Wesen der Demokratie im Gegensatz zur Diktatur. Er prophezeite dem derzeitigen Regime in Deutschland nur eine kurze Lebensdauer. Das Beunruhigende bei diesen Experimenten, meinte er, sei nicht deren Langlebigkeit, sondern ihre Abwicklung.“

aber noch keinen Parlamentssitz erobern können²⁰. Weder die Unterredungen des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Paul Hertz mit Parteifreunden und dem Chefredakteur des „Sozialdemokraten“ am 28. März in Stockholm noch weniger subtile Beeinflussungsversuche durch gezielte „Aufklärungsarbeit“ oder massive diplomatische Proteste vermochten die negative Einschätzung der Lage und Vorgänge in Deutschland nachhaltig zu ändern, die schwedische Presse zu einem Kurswechsel zu veranlassen²¹.

Das am 1. Mai verkündete Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung wurde in der GHST als betrügerischer Bluff abgetan. Das gleiche Blatt befürwortete, so der deutsche Geschäftsträger in einem Bericht an die Berliner Zentrale, offen einen Präventivkrieg gegen Deutschland „im Interesse der anderen Staaten“. Eine gewisse, wenn auch nur vorübergehende Beruhigung der Atmosphäre folgte der außenpolitischen Erklärung Hitlers am 17. Mai im Reichstag, der auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihre Zustimmung nicht versagt hatte. Die vordergründige Mäßigung und staatsmännische Pose machten das Göteborger Blatt in seiner Haltung aber keineswegs schwankend. Die Meldung, „daß Adolf Hitler“ – die ursprüngliche Fassung der deutschen Vertretung lautete: „der Herr Reichskanzler“ – „jüdischer Abstammung sei“, wurde ohne weiteren Kommentar am 19. Mai nach Berlin berichtet. Die von der Gesandtschaft als „gehässig“ eingestufte Kritik der GHST bezog auch den Reichspräsidenten mit ein, der – so ein Artikel vom 31. Mai – eine geachtete, aber bereits senile und partiell unzurechnungsfähige Persönlichkeit sei²².

Die Stockholmer Gesandtschaft machte für den Kurs des Blattes und die „nur verneinende Polemik“ gegenüber Hitler-Deutschland in erster Linie Torgny Segerstedt (1876–1945) verantwortlich. Der geradezu als pathologischer Deutschenhasser charakterisierte Chefredakteur des angeblichen Hetzblattes sei ein unbelehrbarer, „unversöhnlicher Feind des Nationalsozialismus“ und stehe „unter dem Einfluß seiner jüdischen Freunde“. Segerstedt fülle seit einem halben Jahr, so die Gesandtschaft am 17. August 1933 in einem Bericht über die Haltung der schwedischen Presse gegen-

²⁰ Vgl. den Bericht „Einstellung der schwedischen öffentlichen Meinung zu den Ereignissen in Deutschland. Haltung der schwedischen Presse. Reaktion in der Judenfrage. Äußerungen von Stockholmer Diplomaten. Starke Abnahme der Deutschfreundlichkeit in Schweden. Aufklärungsarbeit. Nationale Bewegung in Schweden“ vom 10. April 1933, ebenda, Bd. 13.

²¹ Ebenda, Bd. 13; die Reiseziele der sozialdemokratischen Politiker V. Schiff (Holland, England, Belgien und Frankreich), F. Stampfer (Tschechoslowakei, Österreich), Hertz (Dänemark, Schweden), O. Wels (Schweiz), E. Kirschmann (Saargebiet) wurden am 24. März 1933 vom Preußischen Minister des Innern (Landeskriminalpolizeiamt I) dem Auswärtigen Amt mit der Bäte mitgeteilt, die Auslandsvertretungen zu verständigen, „damit sie den Herren gegebenenfalls die nötige Unterstützung und Hilfe zuteil werden lassen“; die Reisen erfolgten nach einer Besprechung zwischen Göring und führenden Sozialdemokraten; Hertz traf sich in Stockholm außerdem mit „Parteifreunden“ und dem deutschen Geschäftsträger, der über die Gespräche vertraulich nach Berlin berichtete. Vgl. ergänzend Matthias, Sozialdemokratische Partei Deutschlands, S. 170; Mit dem Gesicht nach Deutschland. Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration aus dem Nachlaß von Friedrich Stampfer, bearb. v. Werner Link, Düsseldorf 1968, S. 71 f.

²² PA, Deutsche Gesandtschaft Stockholm, Abt. A, Deutschland, Bd. 14 u. 15.

über Deutschland, „die Spalten seiner Zeitung mit talmudischer Kritik und hämischer Ironisierung aller Maßnahmen der Reichsregierung“²³. Mit dieser negativen Einschätzung eines Organs, aus dem immerhin die schwedische Wirtschaft ihre Informationen aus und über Deutschland bezog, mag es zusammenhängen, daß die Serie „Omvälningen i Tyskland“ in der Stockholmer Gesandtschaft nicht mehr als routinemäßiges Interesse fand. Die Artikel Kleppers gingen mit lapidaren Zusätzen nach Berlin. Möglicherweise war man nicht daran interessiert, die Stellungnahme eines einfluß- und machtlosen Flüchtlings durch einen förmlichen Protest noch aufzuwerten²⁴. Die liberale Zeitung der schwedischen Handelsmetropole hatte nicht irgendeinem Kritiker Raum gegeben: Der Autor, der als ehemaliger Staatsminister²⁵ zeichnete, mußte den schwedischen Lesern als ein zuverlässiger Zeuge der grundstürzenden Umwälzung in Deutschland erscheinen, zumal er sachliche Gründe – Fehler und Versäumnisse der Weimarer Republik, den Mangel an politischer Phantasie und reformerischem Mut einer ganzen Politikergeneration – für den Sieg des Nationalsozialismus nannte. Die moralische Mißbilligung stand außer Frage, diente der Serie aber nicht als roter Faden.

Die Aufsatzfolge beschönigte nichts, weder das Siechtum der Weimarer Demokratie noch die brutale Politik des neuen Regimes. Otto Klepper skizzierte aus seiner Sicht die „widerspruchsvolle“ innenpolitische Entwicklung nach der Novemberrevolution, den keineswegs schicksalhaften „Niedergang der Demokratie“, erklärte den Erfolg des Nationalsozialismus aus dem Mißerfolg, dem Unvermögen der demokratischen Führung. Nicht die „republikanische Masse“, die Parteiführer hatten versagt: Sie hatten den „Entscheidungskampf“ nicht gewagt, das Risiko eines Fehlschlages gefürchtet. Der Umschwung war mit diesem schroffen und letztlich unbeweisbaren Urteil nicht aus der Welt zu schaffen, allein die Frage, „ob die Umwälzung eine dauernde Veränderung der deutschen und europäischen Politik bewirken werde“, rückte in den Mittelpunkt der „Überlegungen“. Hierauf mußte eine plausible Antwort gefunden werden. Das tiefere Motiv Kleppers, deutsche Politik nicht historisch zu analysie-

²³ Ebenda, Bd. 17; zur Biographie eines „der schärfsten Gegner des Dritten Reichs im Norden“ (Walter A. Berendsohn) und für die Exilsituation in Skandinavien vgl. Svenska män och kvinnor. Biografisk uppslagsbok 6 (1949), S. 616 f.; Estrid Ancker, T. Segerstedt 1876–1945. Studier i en personlighet, Stockholm 1962; Max Tau, Ein Flüchtling findet sein Land, Hamburg 1964, S. 188 f.; Helmut Müssener, Die Exilsituation in Skandinavien, in: Manfred Durzak (Hrsg.), Die deutsche Exilliteratur 1933–1945, Stuttgart 1973, S. 114–134; W. A. Berendsohn, Die humanistische Front. Einführung in die deutsche Emigranten-Literatur, 2. Teil, Worms 1976, S. 13, 81; Exil in der Tschechoslowakei, in Großbritannien, Skandinavien und in Palästina, Leipzig 1980, S. 309–557.

²⁴ PA, Deutsche Gesandtschaft Stockholm, Abt. A, Deutschland, Bd. 17; am 17. Juli übersandte der deutsche Geschäftsträger, Dr. E. O. Meynen, den Artikel zur Kenntnisnahme nach Berlin: „Der Verfasser lehnt die nationalsozialistische Idee ab. Die Schuld an dem Zusammenbruch der Weimarer Republik schiebt Klepper der Unfähigkeit der Parteien und den Führern der Republik zu, die im Laufe der Jahre das Vertrauen der Massen verloren hätten.“

²⁵ K. Kersten (O. Klepper) erwähnt, daß Klepper „aus Trotz“ den Titel weitergeführt habe, „wobei er sich lächelnd auf eine Order Friedrich des Großen berief, nach der ein Minister nie seinen Titel verlieren könne“.

ren, sondern nach Hitler politisch gestalten zu wollen, zeichnet sich in dieser das deutsche „Rätsel“ entziffernden vorläufigen Antwort ab.

Die Artikelfolge hat mit Sicherheit im Sommer 1933 das negative Bild Deutschlands in der schwedischen Öffentlichkeit gefestigt, wenn auch diese Wirkung nicht meßbar ist. Noch drei Jahre später äußerte sich die Gesandtschaft in Stockholm in diesem Sinne und erhob „keine Bedenken gegen die Ausbürgerung“²⁶.

Auf welche Weise Otto Klepper, der sich vom 2. bis 27. April 1933 in Stockholm aufgehalten hatte, Kontakt zu dem angesehenen Wirtschaftsblatt der südschwedischen Hafenstadt gewann, bleibt im Dunkel. Möglicherweise knüpfte Karl Brandt, der sich am 23. Juni in seinem letzten Brief nach dem „Buch“ Kleppers erkundigte, die gesellschaftlichen oder diplomatischen Fäden. Sicher ist nur, daß der Flüchtling am 14. Juni Finnland verließ. Nur der am 5. August veröffentlichte letzte Artikel enthält einen redaktionellen Vorspann, der aber diese Frage nicht beantwortet²⁷. Der lediglich maschinenschriftlich überlieferte vierte Artikel datiert: Paris, den 24. Juli 1933, zehn Tage nach dem Erscheinen der ersten Folge. Er wurde in der GHST nicht mehr publiziert, aus welchen Gründen auch immer, aber wie die vorhergehenden Artikel mit der gleichen Schreibmaschine ins Reine getippt. Es ist im übrigen auffällig, daß Klepper 1933 nur noch einen Artikel in der von Leopold Schwarzschild in Paris herausgegebenen Zeitschrift „Das Neue Tage-Buch“ publizierte. Dann verstummte der mittellose Emigrant, der aus Geldnot einen Beraterauftrag in China annahm.

Otto Klepper hat den Prozeß der „Gleichschaltung“ des Bollwerks Preußen teils miterlebt, teils aus der Ferne beobachtend gedeutet. Das Ende des demokratischen Preußen 1932/1933 bedeutete das faktische Ende Preußens, den Anfang der als „Reichsreform“ deklarierten „Gleichschaltung“ aller Länder²⁸. Das unmittelbare Erlebnis des Niedergangs der Republik, für den nicht ein bestimmtes Datum oder Fak-

²⁶ PA, Ref. Inland II A/R 83–76; unter Hinweis auf die Berichterstattung teilte die Deutsche Gesandtschaft am 8. September 1936 vertraulich dem Auswärtigen Amt mit: „Es kann bestätigt werden, daß die Veröffentlichung dieser Artikel den deutschen Interessen in Schweden abträglich gewesen ist. Insofern bestehen daher hier keine Bedenken gegen die Ausbürgerung.“ Die Deutsche Gesandtschaft in Helsingfors, die am 10. September ebenfalls keine Bedenken gegen die Ausbürgerung geltend machte, hatte sich am 21. Dezember 1933 zurückhaltender zu den Wirkungen der Anwesenheit des Flüchtlings geäußert. Nach der Ankunft in Finnland wohnte Klepper zunächst auf dem Landgut seines prominenten sozialdemokratischen Protectors, später im Hotel Karelia in Helsingfors. Der Privatreisende, dessen Status als politischer Flüchtling von den deutschen Diplomaten zunächst nicht erkannt wurde, unterhielt Kontakte zu führenden Finanz- und Wirtschaftskreisen der finnischen Hauptstadt, richtete aber durch seine „Ausstreutungen“ („Greuelpropaganda“) keinen „allzu ernstlichen Schaden“ an; vgl. PA, Geheimakten 95/5, Finnland Pol. 26, Akten betr. Politik u. kulturelle Propaganda 3/33–8/33.

²⁷ Die Vorbemerkung lautet (übersetzt): „Wir bringen hiermit den dritten Artikel in der Serie des früheren preußischen Ministers Otto Klepper. Es wird leider der letzte sein, da unvorhergesehene Ereignisse ihn daran gehindert haben, die beiden weiteren Artikel zu liefern, die ursprünglich in Aussicht gestellt waren. Wir hoffen jedoch, von anderer, ebenso kompetenter Seite in einem oder zwei Artikeln Antworten auf die hier gestellten Fragen erhalten zu können.“

²⁸ Horst Möller, Das demokratische Preußen, in: Das Preußenbild in der Geschichte, Protokoll eines Symposions, bearb. u. hrsg. v. Otto Büsch, Berlin 1981, S. 231–245, 232 f.

tum allein ausschlaggebend war, und der Umwälzung prägte die Maßstäbe Kleppers. Das Dokument zeigt in seltener Klarheit und Offenheit das Bemühen eines führenden, wenn auch parteilosen Vertreters der Weimarer Koalition in Preußen, die nationalsozialistische „Machtergreifung“ und Machtfestigung zu analysieren. „Mit dem Blick nach Deutschland“ (Otto Wels) fragte Klepper nach Ursachen und Sinn des eigenen Mißerfolgs, schrieb für den Zusammenbruch des Regimes, wartete Jahr um Jahr auf die Heimkehr. Aus dieser existentiellen Spannung erwachsen später im mexikanischen Exil, „weitab von den Ereignissen“, die in der von Udo Rukser und Albert Theile in Santiago de Chile herausgegebenen Zeitschrift „Deutsche Blätter“ publizierten Artikel: „Vorfragen des Friedens“ und „Die Kunst der Möglichen“²⁹.

Weimar – Versagen der politischen Führung

Der Weg in die Emigration begann mit kleinem Gepäck, aber der großen, sich schon bald als unreal erweisenden Überzeugung, daß der zur Macht gelangte Nationalsozialismus sich binnen kurzem erschöpfen, Deutschland nach einer Phase der Ernüchterung und des wirtschaftlichen Versagens wieder zur Besinnung kommen werde. Otto Braun, der in der Schweiz resigniert um das nackte Überleben kämpfte, beurteilte die Entwicklung in Deutschland und die politische Moral der Deutschen wesentlich pessimistischer. Im Gegensatz zu dem parteilosen „Kollegen“ erkannte der Sozialdemokrat, abgeschnitten von Freunden und Informationen, nach der „Gleichschaltung“ keinen Ansatzpunkt für einen grundsätzlichen Wandel, eine demokratische Alternative. Öffentlich schwieg der ehemalige preußische Ministerpräsident zu den Ereignissen in Deutschland³⁰. Klepper konnte sich natürlich nicht im unklaren darüber sein, daß die Erkenntnis historischer Versäumnisse und Fehler die Niederlage nicht ungeschehen machen würde. Es war auch nicht die Zeit für ein abgewogenes historisches Urteil über „Schicksal oder Schuld“. Das Raster mußte notgedrungen ein größeres

²⁹ Mit dem Untertitel „Zwei Aufsätze über die Vorbereitung einer neuen deutschen Politik“ im Sommer 1948 von der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947 im Heinrich Cobet Verlag (Frankfurt/M.) veröffentlicht; im Vorspann des Aufsatzes „Vorfragen des Friedens“ nannte die Redaktion der „Deutschen Blätter“ O. Klepper eine der „bemerkenswertesten Figuren der deutschen politischen Emigration“. Klepper war wohl auch an dem Versuch beteiligt, 1944/45 in Mexiko eine deutsche Exilregierung zu bilden; vgl. Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration, Bd. I, S. 626 f. (Rukser), 760 f. (Theile); Alexander Stephan, Deutsche Exilliteratur 1933–1945. Eine Einführung, München 1979, S. 116 ff.; Ralph Peter Vander Heide, Deutsche Blätter für ein europäisches Deutschland. Gegen ein deutsches Europa. A cultural-political study, State University of New York at Albany 1975; Hans-Albert Walter, Deutsche Exilliteratur 1933–1950, Bd. 4: Exilpresse, Stuttgart 1978, S. 310 ff.

³⁰ Schulze, O. Braun, S. 796; für Brüning vgl. jetzt Rudolf Morsey, Emigration und Nachkriegsplanung. Vorschläge und Vorstellungen Heinrich Brünings über den Neuaufbau in Deutschland, in: Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Entwicklungslinien bis zur Gegenwart, hrsg. v. Lothar Albertin u. Werner Link, Düsseldorf 1981, S. 223 ff., 227.

Bild ergeben. Der „sozialreformistische Versuch“, wie Klepper die Politik der Weimarer Republik charakterisiert, war gescheitert, an sich selbst: Parteien, die den „Willen zur Macht, das Bewußtsein der Macht und Gestaltungsfähigkeit“ verloren oder gar nie voll besessen hatten, mußten auf die Verliererstraße geraten, das „Vertrauen der großen Masse“ einbüßen.

Rückblickend zeichnet Klepper die Stationen der allmählichen Selbstpreisgabe³¹ und Vernichtung der Freiheit als einen Prozeß des Versagens demokratischer Parteien und Politiker, ohne der Gefahr billiger Personalisierung zu erliegen. Die „Vorgänge in Deutschland“ gewannen gleichsam exemplarische Bedeutung. Trotz der Betroffenheit, die der historischen Analyse eigentümliche Färbung verleiht, der letztlich nicht zu unterdrückenden Ratlosigkeit, ahnte Klepper fast prophetisch die Auswirkungen, „die Schwingungen der Ereignisse in der gesamten politischen Atmosphäre Europas“. War auch in Deutschland die Schlacht vorerst verloren, die Entscheidung in Europa stand noch aus. Aus dem „Niedergang der Demokratie in Deutschland“ waren daher Lehren für die Zukunft zu ziehen. Dies gab dem Überleben, dem Widerstand Sinn. „Allen zum Trotz“ – so schrieb der Heimkehrer im Juni 1948 im Vorwort zu den im mexikanischen Exil konzipierten Aufsätzen – konnte der einzelne überleben, in der Hoffnung auf seine „besondere Chance“.

Bei aller Kritik an den demokratischen Parteien Weimars und ihren Repräsentanten – „kein Name wird in der Geschichte diese Epoche kennzeichnen“ – verteidigte Klepper die historischen „Leistungen“ der Republik und der republikanischen Regierungen doch gegen die „geschmacklose Kritik“ der barbarischen Sieger: Bewahrung der nationalen Einheit, Erhaltung der Freiheit, „Ausbau der sozialen Fürsorge“, Heranführung der Arbeiterschaft an den Staat. Daß dieses Machtreservoir nicht entschlossener genutzt worden war, darin sah Klepper den Kern des Versagens der politischen Führung: am 20. Juli 1932 war Preußen, das „letzte Bollwerk der Republik“, widerstandslos gefallen. Noch eine Chance, die „republikanischen Massen“ zu mobilisieren – vielleicht ein Hinweis auf die „Republikanische Aktion“ –, wurde nach dem Sturz Schleichers verpaßt. Wie auch immer die Urteile zu werten sein mögen, die Sieger nahmen „vor den Augen der Welt“ blutige Rache.

In der Weimarer Politikergeneration erblickte Klepper nur eine Gestalt von wirklichem Format: Gustav Stresemann, der der Republik wieder außenpolitischen Entscheidungsspielraum eröffnet habe. Die Signatur dieser Politik brach mit Brüning ab, dessen „wachsende Abhängigkeit von dem bei Hindenburg dominierenden instinktlosen Ostelbierum“ den Niedergang der Republik beschleunigt habe. Was dann folgte, war – so Klepper – ohnehin „unfruchtbar und leblos“.

Das neue Regime trat das Recht mit Füßen und mißachtete „die ethischen Grenzen, die die neuzeitliche Zivilisation der politischen Machtausübung gezogen hat“. Es bot für die ungelösten Probleme der Zeit – Reichs- und Verwaltungsreform, Finanz- und Wirtschaftskrise – nur Scheinlösungen. Die Negativbilanz machte es nicht einfa-

³¹ Vgl. jetzt Karl Dietrich Erdmann/Hagen Schulze (Hrsg.), Weimar. Selbstpreisgabe einer Demokratie. Eine Bilanz heute, Düsseldorf 1980.

cher, eine schlüssige Erklärung des Rätsels anzubieten. Obgleich „gedanklich und materiell so vollkommen steril“, hatte der Nationalsozialismus doch „die ganze Macht“ erobert können. Dies war das dunkle „Rätsel, das Deutschland der Welt aufgegeben hat“.

Es mutet merkwürdig an, daß gerade Otto Klepper, der bis zu diesem Zeitpunkt lediglich fachspezifisch publiziert hatte, sich an der Lösung dieser Aufgabe versuchte. An der Antwort, die den Flüchtling exponierte und gefährdete, besticht nicht die Synthese. Die Perspektive bleibt (vielleicht bewußt) undeutlich und schemenhaft. So tritt das Programmatische zurück, die Kritik überwiegt, deckt sich in gewisser Weise mit der These Arthur Rosenbergs, Weimar sei an der unterlassenen Revolution gescheitert³². Mit Sicherheit sind die Artikel nicht als Manifest einer wie auch immer gefügten Widerstandsbewegung³³ zu lesen.

Die eigentümliche Faszination der Essays gründet vielmehr darin, daß Klepper den Umschwung rational erklärt und zu einer originellen Verknüpfung von „Niederlage“ und „Sieg“ gelangt. Die eigenwilligen, nahezu apodiktischen Urteile tragen den Stempel des Vorläufigen, sind aber nicht allein mit den Maßstäben historischer Kritik zu messen. Entscheidender ist, daß Klepper überhaupt in dieser Form Stellung bezog, Urteil und Prognose wagte. Die in der Veröffentlichung der Artikelserie zum Ausdruck kommende Erwartung, die politische Macht in Deutschland nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes gestaltend beeinflussen zu können, erfüllte sich nicht. In der Bundesrepublik Deutschland blieb Otto Klepper, ungeachtet einer gewissen Anerkennung und öffentlichen Wirksamkeit in der Frankfurter Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947, besonders nach dem Rückzug aus der mitbegründeten Frankfurter Allgemeinen Zeitung³⁴ ein Außenseiter, ein Mann „zwischen den Zeiten“ (Ulrich von Pufendorf), gezeichnet von den Jahren des Exils³⁵.

„Omvälningen i Tyskland“

Die Artikelfolge wurde mit Ausnahme des Abschnittes „Die Exposition des Nationalsozialismus“ vollständig in schwedischer Übersetzung unter dem Titel „OMVÄLVNINGEN I TYSKLAND. Av förre statsministern OTTO KLEPPER“ am 14. und

³² Vgl. Hagen Schulze, Das Scheitern der Weimarer Republik als Problem der Forschung, in: Erdmann/Schulze (Hrsg.), Weimar, S. 23–41, 24, 34; zur Parteienkritik deutscher Emigranten vgl. ergänzend Walter, Exilliteratur, Bd. 4, S. 34 ff.

³³ Die Rolle Kleppers in der Deutschen Freiheitspartei (1937) ist strittig; vgl. Babette Gross, Willi Münzenberg. Eine politische Biographie, Stuttgart 1967, S. 308 ff.; Beatrix Bouvier, Die Deutsche Freiheitspartei (DFP). Ein Beitrag zur Geschichte der Opposition gegen den Nationalsozialismus, Phil. Diss. Frankfurt/M. 1972, S. 6 ff.; Ruth Fabian u. Corinna Coulmas, Die deutsche Emigration in Frankreich nach 1933, München 1978, S. 57; Exil in Frankreich, Leipzig 1981, S. 90, 111.

³⁴ Albert Theile (Die „Deutschen Blätter“, in: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel Nr. 74 v. 16. September 1958) hat angedeutet, daß O. Klepper „das neue Unternehmen“ nach den bereits eingegangenen Deutschen Blättern benennen wollte.

³⁵ O. Klepper hat wohl auch „darunter gelitten, daß es ihm versagt geblieben ist, im neuen deutschen

24. Juli sowie am 5. August 1933 in der „Göteborgs Handels- och Sjöfarts-Tidning“ veröffentlicht. Für die Überlassung einer Kopie dieser Artikel bin ich der Königlichen Bibliothek in Stockholm zu Dank verpflichtet, sowie für vielfältig vermittelnde Hilfe der Königlich Schwedischen Botschaft in Bonn. Die Artikel werden in den einschlägigen bio- und bibliographischen Handbüchern zur deutschen Exilliteratur nicht erwähnt³⁶.

Die maschinenschriftliche deutsche Fassung der Artikelfolge ist als Durchschlag im Nachlaß Klepper (Privatbesitz) überliefert. Der Abdruck folgt dieser Vorlage, die kleinere handschriftliche Korrekturen erkennen läßt und deren Authentizität zweifelsfrei ist. Nach dem Schriftbild zu urteilen, wurde für die Reinschrift die gleiche Schreibmaschine benutzt. Die einzelnen Artikel wurden nicht durchlaufend paginiert; es hat jedoch den Anschein, daß die drei ersten – in der GHST auch publizierten – Artikel (7,7 und 6 S.) zusammen übermittelt wurden, da nur auf der ersten Seite des ersten Artikels Otto Klepper als Verfasser genannt wird. Am Kopf der ersten Seite des vierten Artikels (9 S.) werden dann Verfasser, Ort und Datum angegeben. Der maschinenschriftliche Hinweis auf der ersten Seite des zusammengehefteten Durchschlags, „Göteborgs Handels- och Sjöfarts-Tidning, Göteborg, Juli 1933“, wurde offenbar erst später hinzugefügt. Für den Druck wurden Schreibweise und Zeichensetzung stillschweigend normalisiert bzw. egalisiert, sofern nicht der eigentümliche Charakter der Schrift tangiert schien.

Für die Erlaubnis zur Veröffentlichung der Artikelfolge danke ich Frau Renate Taylor geb. Klepper sowie der langjährigen Sekretärin Otto Kleppers, die einen Teil des Nachlasses über den Krieg zu retten vermochte.

Dokument

DER UMSCHWUNG IN DEUTSCHLAND

Von Staatsminister Otto Klepper

Der französischen Revolution entstammt eine Bewegung, deren Grundrichtung darin besteht, dem einzelnen Bürger das größtmögliche Maß an persönlicher, geistiger, politischer und ökonomischer Freiheit zu verschaffen, das sich mit dem Gemeinschaftsleben verträgt.

Staat in offizieller Position tätig sein zu können“ (Rudolf Mueller), in: Otto Klepper zum Gedächtnis, Sonderdruck aus „Offene Welt“ Nr. 49, Mai/Juni 1957, S. 3, ebenda, S. 4–9 (U. v. Pufendorf). „Er war [im Herbst 1956] ein müder, alter Mann, voller Gram und einmal sprach er ganz leise: ‚Wenn ich wüßte, was ich heute weiß, wäre ich nicht zurückgekommen.‘ Nur hatte es ihn draußen nicht gehalten und so ist er vereinsamt und bitter enttäuscht gestorben, ein guter mutiger deutscher Demokrat, ohne das ersehnte Ziel erreicht zu haben.“ Hans Speier, *From the Ashes of Disgrace. A Journal from Germany 1945–1955*, Amhurst 1981, S. 149.

³⁶ Vgl. Wilhelm Sternfeld/Eva Tiedemann, *Deutsche Exilliteratur 1933–1945. Eine Bio- und Biblio-*

Diese politische Bewegung eroberte das gesamte abendländische Europa, und in den dem Zeitablauf und der sozialen Entwicklung angepaßten Formen ist sie als Liberalismus, Demokratie, Sozialismus und deren Verbindungen noch die uns beherrschende politische Idee. Sie ist die Voraussetzung der abendländischen Kultur. Diese Idee und die abendländische Kultur haben durch das, was man in Deutschland die „nationalsozialistische Revolution“ nennt, eine Niederlage erlitten. Die Bedeutung dieser Niederlage beschränkt sich nicht auf Deutschland. Wir nehmen die Schwingungen der Ereignisse in der gesamten politischen Atmosphäre Europas wahr. Wir ahnen, daß wieder eine Zeit kommt, in der Europa vor Entscheidungen gestellt ist.

Wir erfassen die Vorgänge in Deutschland nicht dadurch, daß wir sie moralisch mißbilligen. Die Aufhebung des Rechtsstaates, die Beseitigung der geistigen Freiheit, die persönliche Beschmutzung der politischen Gegner des Nationalsozialismus, die Entrechtung der Juden, kurz den subaltern-halbgebildeten Grundzug der Repräsentanten des Regimes, empfinden wir gewiß als ästhetisch unmöglich. Um dem Faschismus entgegenzutreten zu können, müssen wir aber einfach nach den sachlichen Gründen forschen, aus denen der Niedergang der Demokratie folgte. Und zwar müssen wir diese Gründe in der Wirksamkeit des gestürzten Systems selbst, nicht in Unabänderlichem oder in der Tätigkeit seiner Gegner suchen; denn in der Politik entscheidet allein der eigene Erfolg oder Mißerfolg. Erst aus der Erkenntnis der Gründe des Zusammenbruchs der deutschen Demokratie heraus wird die Kritik der nationalsozialistischen Regierungsweise möglich, die nun ihrerseits wieder aufzeigt, warum dieses neue Regime wahrscheinlich schneller fallen wird, als man unter dem Trommelfeuer seiner Propaganda augenblicklich vielfach annimmt.

Diese Überlegungen sollen in einer Folge von fünf Artikeln entwickelt werden. Der erste Artikel befaßt sich mit der Wirtschaftspolitik, der zweite mit der inneren, der dritte mit der auswärtigen Politik, die die Weimarer Republik getrieben hat. Der vierte Artikel soll die bisherige Politik der nationalsozialistischen Regierung behandeln, und der letzte zusammenfassend abwägen, ob diese Regierung Erfolg haben kann, ob sie bleibt oder fällt.

I. Wirtschaftspolitik

Deutschland stand nach der Umwälzung von 1918 vor der Alternative, eine Verbindung mit Rußland einzugehen, was seine Einbeziehung in das dortige politische und wirtschaftliche System mit sich gebracht hätte, oder seine durch den Krieg gelöste Verbindung mit der kapitalistischen Weltwirtschaft wiederherzustellen. Die Entscheidung fiel in der letzten Richtung, und zwar im Wesentlichen unter Mitwirkung der Sozialdemokratischen Partei, die aus diesem Grunde den Kampf mit dem radikalen Flügel der Arbeiterbewegung aufnahm. Man wird diese Entscheidungen auch heute noch als richtig bezeichnen dürfen; denn das deutsche Volk hätte ein so weitgehendes Absinken des allgemeinen Lebensstandards, wie es der Übergang zum Kommunismus verursacht hätte, nicht auf sich genommen³⁷.

graphie, Heidelberg ²1970, S. 271; Liselotte Maas, Handbuch der deutschen Exilpresse 1933–1945, 3 Bde., Frankfurt 1976–1981.

³⁷ Dazu grundlegend Susanne Miller, Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918–1920, Düsseldorf 1978.

Zwei grundsätzliche wirtschaftspolitische Fehler, die zu Beginn des neuen republikanischen Regimes begangen wurden, haben aber das Geschick seiner Politik von vornherein negativ bestimmt. Sie lagen in der Art, wie man den Wiederanschluß Deutschlands an den internationalen Güteraustausch suchte. Die damalige Regierung sah nicht, daß die Industrialisierung der Welt während des Krieges, auch unter dem Gesichtspunkt der Friedenswirtschaft betrachtet, rapide fortgeschritten war. Man verkannte auch, daß die Märkte, auf denen der deutsche Güteraustausch mit der Außenwelt erfolgte, durch die politische Umgestaltung Mittel- und Osteuropas grundlegend verändert waren. Die Umstellung von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft stand vielmehr etwas pedantisch unter der Parole „Wiederaufbau“ des Früheren³⁸. Tatsächlich bedeuteten aber die inzwischen geschehenen Wandlungen des weltwirtschaftlichen Organismus eine Minderung und eine Veränderung der deutschen Exportmöglichkeiten. Mit dem Ziel der Anpassung an diesen Tatbestand hätte die damalige deutsche Politik die Entwicklung der nationalen Wirtschaft steuern müssen!

Die deutsche Bevölkerungsbewegung ging während des industriellen Aufbaus vor dem Kriege vom Osten zum Westen, aus der Landwirtschaft zur Industrie. Die Minderung der Exportmöglichkeiten, die man für die Nachkriegswirtschaft erwarten mußte, legte also nahe, zu versuchen, das Gefälle der Bevölkerungsbewegung wieder in die umgekehrte Richtung zu stellen. Dies war um so richtiger, als die Rationalisierung im Begriffe war, eine wachsende Zahl von Industriearbeitern dauernd freizustellen. Die Möglichkeit einer organisierten Rückwanderung aus der Industrie zur Landwirtschaft war auch vorhanden; denn außer dem dicht besiedelten Süden und Westen gibt es in Deutschland den schwach bevölkerten Osten, das Land des ostelbischen Großgrundbesitzes.

Dieser ostelbische Großgrundbesitz hat nicht nur politische Eigenheiten als Bollwerk des preußischen Feudalkonservatismus, sondern er trägt auch wirtschaftlich unglückliche Charakterzüge. Je enger die Länder infolge der fortschreitenden Technik zusammenrücken, um so mehr verschiebt sich die natürliche Rentabilitätsgrenze der Landwirtschaft in den klimatisch und überhaupt von der Natur weniger begünstigten europäischen Ländern, zu denen Deutschland gehört, vom Getreidebau über den sonstigen Ackerbau hinweg zu der sogenannten Veredelungswirtschaft und gleichzeitig vom Großbetrieb zum bäuerlichen Familienbetrieb. Auf diese Weise konnte der meist auf Getreidebau und Kartoffeln eingestellte ostdeutsche Großgrundbesitz schon vor dem Kriege nur durch eine künstliche Rentabilität, also durch Zoll und andere Subventionen am Leben erhalten werden. Diese im Interesse des Großgrundbesitzes betriebene Agrarpolitik erhöhte auf dem Wege über Getreide- und Futtermittelzölle natürlich die Gestehungskosten der bäuerlichen Veredelungswirtschaft, verschlechterte also die Lage der Bauern³⁹. Es war eine geschichtliche Gelegenheit, die sich der jungen deutschen Demokratie bot, durch die von der gesamten deutschen Linken seit Jahrzehnten geforderte Agrarreform im deutschen Osten die deutsche Landwirtschaft von dem Ballast des überalterten östlichen Großgrundbesitzes zu befreien und ihr damit zur Gesundung zu verhelfen, in dem weiten Raum der Ostprovinzen

³⁸ Vgl. Friedrich Zunkel, *Industrie und Staatssozialismus. Der Kampf um die Wirtschaftsordnung in Deutschland 1914–1918*, Düsseldorf 1974; Hans Schieck, *Der Kampf um die deutsche Wirtschaftspolitik nach dem Novemberumsturz 1918*, Phil. Diss., Heidelberg 1958; Dietmar Petzina, *Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit*, Wiesbaden 1977.

³⁹ Für die agrarpolitischen Vorstellungen Kleppers, insbesondere die Beziehungen zu Friedrich Aereboe und Karl Brandt, vgl. Topf, *Kampf*, S. 234 ff., 238 f.

die aus der Industrie ausgesteuerten Massen anzusiedeln, also die Gesundung des deutschen Volkskörpers einzuleiten und die Republik selbst schließlich so von ihren gefährlichsten Feinden zu befreien. Diese historische Gelegenheit wurde aber unbegreiflicherweise versäumt⁴⁰.

Die erwähnten Veränderungen, die die Nachkriegswirtschaft für den deutschen Industrie-Export mit sich brachte, bestanden darin, daß die Märkte für den schwerindustriellen Export relativ ungünstiger lagen als die Märkte für die verarbeitende Industrie. Die deutsche Chance lag in der Qualität der Fertigware. Die deutsche Wirtschaftspolitik hätte sich also darauf einstellen müssen, durch ein im Vergleich zu den anderen Ländern niedriges allgemeines Preisniveau die Konkurrenzfähigkeit der eigenen verarbeitenden Industrie zu heben. Das Gegenteil geschah. So, wie die Agrarpolitik zu Gunsten des Großgrundbesitzes und zu Lasten der Bauern ging, so verlief die Industriepolitik zum Schutze der Schwerindustrie und zu Lasten der verarbeitenden Industrie.

Die natürliche Folge der hier erörterten beiden wirtschaftspolitischen Grundfehler war, daß die Weltkrise die deutsche Wirtschaft mit doppelter Schärfe erfaßte. Nun folgte, beginnend mit dem Jahre 1930 und insbesondere getragen von der Präsidiengewalt Hindenburgs, der ein ausgesprochener Gegner jeder Agrarreform ist, eine planlose Subventionspolitik einerseits und ein scharfer Lohn- und Gehaltsabbau andererseits. Die Subventionen verfehlten, da man an dem falschen Aufbau der deutschen Wirtschaft nicht rüttelte, ihn im Gegenteil konservierte, ihre Wirkung⁴¹. Das Einkommen der auf Lohn und Gehalt angewiesenen Bevölkerungsteile schrumpfte, ohne daß sie einen volkswirtschaftlichen Nutzefekt sahen. Der Mittelstand – Handel und Gewerbe, freie Berufe – geriet infolge des Absinkens der allgemeinen Kaufkraft in eine immer schwierigere Lage. Die Bauern, denen es bis etwa 1930 leidlich erging, kamen nunmehr auch in Not. Und das unruhevolle Heer der Arbeitslosen schwoll von Monat zu Monat an.⁴²

Durch diese Entwicklung verloren die Repräsentanten der neuen deutschen Republik das sachliche Vertrauen der großen Masse. Der Mittelstand, der von jeher den Kern des deutschen Liberalismus gebildet hatte, flüchtete in die mittelalterlich-zünftische Ideologie des Antisemitismus. Die Bauern, die in der Hoffnung auf Land und bäuerliche Agrarpolitik anfänglich mit der Demokratie sympathisierten, verfielen der nationalsozialistischen Agitation für Autarkie. So verschwand die demokratische Partei unbemerkt⁴³. Aber auch die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften wurden schwach⁴⁴.

⁴⁰ Vgl. jetzt Martin Schumacher, *Land und Politik. Eine Untersuchung über politische Parteien und agrarische Interessen 1914–1923*, Düsseldorf 1978; ergänzend Roland Baier, *Der deutsche Osten als soziale Frage. Eine Studie zur preußischen und deutschen Siedlungs- und Polenpolitik in den Ostprovinzen während des Kaiserreichs und der Weimarer Republik*, Köln 1980.

⁴¹ Gerhard Schulz, *Staatliche Stützungsmaßnahmen in den deutschen Ostgebieten. Zur Vorgeschichte der „Osthilfe“ der Regierung Brüning*, in: *Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik*, Festschrift für Heinrich Brüning, hrsg. v. Ferdinand A. Hermens u. Theodor Schieder, Berlin 1967, S. 141–204; Heinrich Muth, *Agrarpolitik und Parteipolitik im Frühjahr 1932*, ebenda, S. 317–360.

⁴² Heinrich August Winkler, *Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik*, Köln 1972; Knut Borchardt, *Wirtschaftliche Ursachen des Scheiterns der Weimarer Republik*, in: Erdmann/Schulze (Hrsg.), *Weimar*, S. 211–249.

⁴³ Klaus Bergmann, *Agrarromantik und Großstadtfeindschaft*, Meisenheim am Glan 1970; Martin Schumacher, *Mittelstandsfront und Republik. Die Wirtschaftspartei-Reichspartei des deutschen*

Wir fragen: war der Zerfall der Republik von Weimar Schicksal oder Schuld ihrer Träger? Politisch gesehen Schuld; denn das Volk verzeiht gerade einem demokratischen Regime keinen Mißerfolg. Aber auch eine gerechte historische Kritik wird dereinst das Weimarer Regime nicht freisprechen. Die demokratische Partei wurde ihrer liberalen Ideologie untreu zu Gunsten eines kurzzeitigen Protektionismus. Die sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften leisteten gewiß Hervorragendes auf dem Gebiet der Lohn- und Sozialpolitik. Sie bewiesen aber keinen Gestaltungstrieb in dem in der Hauptsache entscheidenden Bereich der großen Wirtschaftspolitik.

Wille zur Macht, Bewußtsein der Macht und Gestaltungsfähigkeit waren die Eigenschaften, die man in der Wirtschaftspolitik der deutschen Nachkriegsdemokratie vermißt. Wir werden bei der späteren Betrachtung der allgemeinen Staatspolitik dieser Epoche sehen, daß sie an denselben Gebrechen zu Grunde ging.

II. Die innerpolitische Entwicklung

Die Vorgänge im November 1918 waren, im Gegensatz zu dem Staatsstreich von 1933, der nur einen Systemwechsel bedeutet, eine Umwälzung; denn der Staat ging tatsächlich aus den Händen der alten herrschenden Schicht auf Klassen über, die bisher von der Macht ausgeschlossen waren. Im Kaiserreich lag der maßgebende politische Einfluß bei dem preußischen Grundadel, insbesondere seinem ostelbischen Teil, der sogenannten schweren Industrie und der beiden sozial nahestehenden oberen Bürokratie. Nachdem die Oberste Heeresleitung den Krieg verloren gegeben hatte, vollzog sich eine allmähliche Flucht der Träger des Regimes aus der Verantwortung. Sie führte nach dem Zerfall des Übergangskabinetts des Prinzen Max von Baden zur Ausrufung der Republik am 9. November 1918.

Während der in der Zentrumspartei zusammengeschlossene katholische Volksteil sich abwartend verhielt, und während der bürgerlich-liberale Mittelstand die neue demokratische Partei organisierte, fiel die gesamte politische Verantwortung zunächst den Parteien der Arbeiterschaft zu. Unter Führung des gemäßigten Flügels, damals Mehrheitssozialdemokratie genannt, erging die in dem ersten Artikel erwähnte Entscheidung gegen die Rätediktatur und für die Demokratie. In der Nationalversammlung entstand dann aus Sozialdemokratie, Demokraten und Zentrum, die die überwältigende Mehrheit repräsentierten, die sogenannte Weimarer Koalition als Trägerin des neuen Systems. An Stelle der alten Mächte traten also die sozialdemokratische Arbeiterschaft, die liberalen Mittelschichten und der katholische Volksteil⁴⁵.

Mittelstandes 1919–1933, Düsseldorf 1972; J. E. Farquharson, *The Plough and the Swastika. The NSDAP and Agriculture in Germany 1928–1945*, London 1976; Werner Stephan, *Aufstieg und Verfall des Linkliberalismus 1918–1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei*, Göttingen 1973; *Linkliberalismus in der Weimarer Republik* (1980).

⁴⁴ Matthias, *Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands*.

⁴⁵ Miller, *Bürde der Macht*; Heinrich Potthoff, *Gewerkschaften und Politik zwischen Revolution und Inflation*, Düsseldorf 1979; ergänzend Rudolf Morsey, *Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923*, Düsseldorf 1966; Lothar Albertin, *Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei*, Düsseldorf 1972.

Zweierlei ist kennzeichnend und bedeutsam für die spätere Entwicklung: einmal wurde die damalige Umwälzung nicht von Usurpatoren eingeleitet. Die neuen Männer handelten nicht aus revolutionärem Trieb zur Macht; sie mußten vielmehr die Macht übernehmen, weil das kaiserliche Regiment sich ihrer entledigt hatte und weil das Chaos drohte. Sodann war die Weimarer Koalition von vornherein kein in sich geschlossenes Gebilde. Die Sozialdemokraten ließen sich durch den Vorwurf der ideologischen Unzuverlässigkeit, mit dem man sie naturgemäß von dem radikalen Flügel der Arbeiterbewegung her bekämpfte, in ihrer Unbefangenheit beeinträchtigen. Die Demokraten glaubten, mit der Scheu des mittelständlerischen Bürgertums vor dem sozialistischen Zukunftsstaat rechnen zu müssen. Das Zentrum schließlich fühlte sich durch die Gemeinschaft mit Liberalen und Sozialisten kulturpolitisch leicht kompromittiert. Jeder der drei Partner hatte also gewisse Hemmungen, sich mit den anderen zu zeigen. Diese ursprünglichen Schwächen des republikanischen Regimes wurden natürlich noch fühlbarer, als im späteren Verlauf die Koalition, mehrfach unter Ausschluß der Sozialdemokratie⁴⁶, weiter nach rechts verlagert wurde; denn die späteren Regierungsparteien, wie die Deutschnationalen, scheuten sich teilweise, das Wort Republik überhaupt auszusprechen⁴⁷. Aus diesen unglücklichen Zusammenhängen heraus erklärt sich das vielfach in sich Widerspruchsvolle der deutschen Innenpolitik von 1918 bis 1933. Das schicksalhafte Verhängnis war aber schließlich, daß die deutsche Republik niemals eine Persönlichkeit von überragender Kraft in den Vordergrund der innenpolitischen Bühne zu stellen wußte. Kein Name wird in der Geschichte diese Epoche kennzeichnen.

Gleichwohl hat das Weimarer System Leistungen hervorgebracht, deren geschichtlicher Wert durch die geschmacklose Kritik der heutigen Machthaber nicht beeinträchtigt wird. Die erste Leistung besteht darin, daß es der republikanischen Regierung gelang, allen zentrifugalen und separatistischen Kräften zum Trotz die Einheit des Deutschen Reiches zu erhalten. Das ist ein besonderes Verdienst der deutschen Sozialdemokratie, deren Weg während der abgelaufenen Periode überhaupt durch parteipolitische Opfer⁴⁸ zu Gunsten der staatspolitischen Verantwortung gekennzeichnet ist. Das republikanische Regime war weiter ausgezeichnet dadurch, daß es in einer Zeit schärfster sozialer, ökonomischer und weltanschaulicher Gegensätze verstand, die geistige, kulturelle und politische Freiheit sicherzustellen, eine Leistung, die zur Erneuerung der deutschen Weltgeltung bestimmt mehr beigetragen hat, als das manierierte Deutschtum, mit dem die Nationalsozialisten die Nerven der kultivierten Welt strapazieren. Vorbildlich bleiben wird der Ausbau der sozialen Fürsorge durch die Weimarer Republik⁴⁹; keine deutsche Regierung kann wagen, hier einen grundsätzlichen Abbau vorzunehmen. Das wesentlichste und bleibende Verdienst des republikanischen Systems liegt schließlich in der Tatsache, daß die deutsche Arbeiterschaft, im kaiserlichen Deutschland als „vaterlandslose Gesellen“ diffamiert, wie die deutschen Republikaner von der heutigen Regierung, zum verantwortungsbewußten Trä-

⁴⁶ Zwischen den Reichstagswahlen 1920 und 1928 war die Sozialdemokratie in 8 von 12 Kabinetten – ununterbrochen seit Herbst 1923 – nicht mehr vertreten.

⁴⁷ Vgl. ergänzend Michael Stürmer, *Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924–1928*, Düsseldorf 1967.

⁴⁸ Miller, *Bürde der Macht*, S. 450.

⁴⁹ *Deutsche Sozialpolitik 1918–1928*, Erinnerungsschrift des Reichsarbeitsministeriums, Berlin 1929; Helga Timm, *Die deutsche Sozialpolitik und der Bruch der großen Koalition im März 1930*, Düsseldorf 1952.

ger des Staates erhoben wurden. Die deutschen Arbeiter erblickten in der Republik wirklich ihren Staat.

Und doch zerbrach die deutsche Republik an den Folgen eigener Fehler. Es erscheint heute unbegreiflich, daß die Weimarer Verfassung die Berufung des Reichspräsidenten der Volkswahl und nicht dem Parlament zuwies⁵⁰; denn die innerdeutschen Verhältnisse liegen nun einmal so, daß die Volkswahl in der Regel einem reaktionären Präsidenten zur Macht verhelfen wird. Ein Sozialist hat geringe Aussicht, die Stimmen der bürgerlichen Mittelschicht und der Katholiken zu erhalten. Ein Katholik wird der protestantischen Mehrheit des Volkes in der Regel nicht genehm sein. Ein Liberaler wiederum hat geringe Chancen bei der klerikalen Wählerschaft. Alles das lag im Jahre 1919 so zu Tage, wie heute. Und auch damals hätte man wissen sollen, daß die Völker eine merkwürdige Vorliebe für Generale entwickeln, die einen Krieg verloren haben. Die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten (1925) war die erste große Niederlage der Republik⁵¹. Sie schuf die Voraussetzung für die Vernichtung der demokratischen Freiheit auf dem bekannten Wege der Legalität.

Ebenso schwer ist zu verstehen, daß man sich nicht bemühte, die neue deutsche Armee für den Staat zu gewinnen. Das deutsche Offizierskorps war, namentlich in den jüngeren Jahrgängen, keineswegs unbelehrbar reaktionär, sondern vielfach politisch interessiert und bildungsfähig. Es gelang der Sozialdemokratie aber niemals, ihren, in der Kaiserzeit begreiflichen, antimilitaristischen Instinkt auszuschalten und zu der neuen Reichswehr eine innere Beziehung zu gewinnen. So blieb die Armee, deren Bestimmung war, den Staat zu schützen, der Republik fremd. Nach der Wahl Hindenburgs entwickelte sich die Reichswehr zu einem Instrument der reaktionären Kräfte⁵².

Es war selbstverständlich, daß die Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht die Öffnung anderer Ventile für die deutsche wehrsportliche Passion erforderlich machte. Es war aber verhängnisvoll, daß die Republik den Aufbau ihr selbst feindlicher Wehrverbände, also des Stahlhelms und der SA duldete. Es genügte nicht, das Reichsbanner als republikanische Wehrorganisation zuzulassen, sondern es war ein Gebot der Selbsterhaltung, die anderen Verbände zu unterdrücken. Dies wäre bis zuletzt möglich gewesen. Die Protektoren dieser Verbände, insbesondere Hindenburg, hätten sich der einen Macht ebenso gefügt, wie sie es jetzt der anderen tun⁵³.

Je näher das Jahr 1930 kam, um so sichtbarer wurde, daß die Republik ohne Entschei-

⁵⁰ Reinhard Schiffers, *Elemente direkter Demokratie im Weimarer Regierungssystem*, Düsseldorf 1971.

⁵¹ Auf das historische Vorbild von Mac Mahon, dem Verlierer der Schlacht bei Sedan und späteren Staatspräsidenten einer monarchistisch-klerikalen Mehrheit in Frankreich (1873), hat bereits Anton Erkelenz 1925 in der „Hilfe“ hingewiesen; vgl. ergänzend *Erinnerungen und Dokumente von Joh. Victor Brecht 1914 bis 1933*, bearb. v. Martin Schumacher, Düsseldorf 1970, S.227; Hanns-Jochen Hauss, *Die erste Volkswahl des deutschen Reichspräsidenten*, Kallmünz 1965.

⁵² Miller, *Bürde der Macht*, S. 175 ff.; Otto-Ernst Schüddekopf, *Das Heer und die Republik. Quellen zur Politik der Reichswehrführung 1918 bis 1933*, Hannover 1955.

⁵³ Volker R. Berghahn, *Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten 1918–1935*, Düsseldorf 1966; Karl Rohe, *Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1966; zum Problem von „Staatsschutz und Nationalsozialismus in der Ära Brüning“ vgl. die Einleitung von Gerhard Schulz zu der Edition *Staat und NSDAP 1930–1932. Quellen zur Ära Brüning*, bearb. v. I. Maurer u. U. Wengst, Düsseldorf 1977, S. VIIff.

dungskampf nicht zu halten war. Die Reichstagswahlen von 1928 hatten der Sozialdemokratie zwar einen großen Erfolg gebracht. Aber das Kabinett Hermann Müller war die willensloseste aller deutschen Regierungen. Es trat 1930 wegen einer Lappalie zurück⁵⁴, und Hindenburg beschloß nunmehr, die Sozialdemokratie endgültig auszuschiffen. Mit dieser Richtlinie bildete Brüning⁵⁵ sein Kabinett. Die Sozialdemokratie ging anfänglich in die Opposition. Der Reichstag wurde aufgelöst und die Neuwahl brachte den ersten großen Erfolg der Nationalsozialisten. Die Sozialdemokraten konnten nun, da die Regierung ohne sie, als die immer noch bei weitem größte Partei, keine Mehrheit hatte, entweder ihren Wiedereintritt in die Regierung oder die Beteiligung der damals noch verhältnismäßig schwachen Nationalsozialisten an der Verantwortung erzwingen. Man brachte aber keinen dieser Entschlüsse auf, sondern man versuchte die Quadratur des Zirkels, indem man die Regierung Brüning „toleriert“⁵⁶. Damit ermöglichte man das doppelte Spiel Brünings, wie es der Gerekeprozeß⁵⁷ kürzlich in unsympathischer Weise enthüllte. Gleichzeitig gab man der nationalsozialistischen Opposition das Stichwort, alle unpopulären Maßnahmen der Regierung Brüning auf dem Schuldkonto der „Marxisten“ zu notieren.

Das zweite Mal wich die Sozialdemokratie der Entscheidung aus, als Hindenburgs Wiederwahl zur Erörterung stand. Vielleicht wäre Hitler damals gewählt worden, wenn Hindenburg nicht von der Sozialdemokratie nominiert worden wäre. Aber die Arbeiter waren damals, wie gerade ihre Disziplin bei der Wahl zeigte, noch bereit, zu kämpfen⁵⁸.

Das entscheidende Versagen geschah am 20. Juli 1932, als Hindenburg die Notverordnung erließ, durch die das preussische Kabinett Braun seines Amtes enthoben wurde. Diese Notverordnung war verfassungswidrig, der aktive Widerstand gegen ihre Durchführung also Pflicht der verfassungsmäßigen preussischen Regierung. Hunderttausend Mann der erstklassig bewaffneten preussischen Polizei waren in der Hand dieser Regierung. Hunderttausende Mitglieder der Eisernen Front standen bereit, als Hilfspolizei für die Republik zu kämpfen. Die republikanische Bevölkerung – damals noch die große Mehrheit – hätte diesen Kampf mit allen Mitteln, auch durch einen Generalstreik unterstützt. Aber der erlösende Befehl blieb, nebenbei gegen mein Votum, aus, und so eroberten der be-

⁵⁴ Timm, Die deutsche Sozialpolitik; Rudolf Morsey, Neue Quellen zur Vorgeschichte der Reichskanzlerschaft Brünings, in: Staat, Wirtschaft und Politik, S. 207–231.

⁵⁵ Memoiren, S. 162.

⁵⁶ Matthias, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, S. 103 ff. („Die Politik der Tolerierung“).

⁵⁷ Günther Gereke, Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, wurde aufgrund einer Denunziation am 23. März wegen des dringenden Verdachts der Unterschlagung verhaftet und Mitte Juni zu Haft und Geldstrafe verurteilt; Schulthess 74 (1933), S. 77, 156; Horkenbach 1933, S. 255; Brüning, Memoiren, S. 660; zur Verhaftung rechtsstehender Persönlichkeiten im Frühjahr 1933 vgl. Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringen, Die Deutschnationale Volkspartei, in: Das Ende der Parteien, S. 541–652, 596; G. Gereke, Ich war königlich-preussischer Landrat, Berlin (Ost) o. J., S. 240 ff. („Ein Schauprozeß“).

⁵⁸ Ungeachtet der Parteidisziplin in der SPD, die 1932 unter der Devise „Schlagt Hitler! Darum wählt Hindenburg!“ in den Reichspräsidentenwahlkampf ging, hätte ein Linkskandidat – Otto Braun oder Paul Löbe – wohl kaum die Unterstützung der KPD oder auch des Zentrums gefunden; vgl. Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, S. 444; Matthias, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, S. 120; Rudolf Morsey, Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumspartei zwischen christlichem Selbstverständnis und ‚Nationaler Erhebung‘ 1932/33, Stuttgart 1977, S. 25; Schulz, O. Braun, S. 718 f.

kannte Reichswehrleutnant und drei Mann den preußischen Staat, das letzte Bollwerk der Republik⁵⁹.

Aber es geschah das Unwahrscheinliche, die Chance zur Rettung der Demokratie kam noch einmal wieder. Hitler fand nach den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 nicht den Entschluß zur Übernahme der Macht, sondern führte einen gewundenen Briefwechsel mit Hindenburg, der einen für Hitler sehr unglücklichen Eindruck hinterließ⁶⁰. Der machtpolitische Antrieb der Nationalsozialistischen Partei – ihre Achillesferse – ließ ruckweise nach. Sie erlitt bei den Reichstagswahlen vom 6. November 1932 eine so empfindliche Niederlage, daß die ganze Front wackelte. Gleichzeitig war eine gewisse stimmungsmäßige Erholung bei der Sozialdemokratie festzustellen. Es gelang ihr sogar, den Reichskanzler von Papen zu stürzen, und es folgte nun das nach links mehr vermittelnde Kabinett von Schleicher. Schleicher wußte die Niederlage der Nationalsozialisten geschickt auszunutzen, er trieb die Bewegung weiter zurück. Als Schleicher jedoch anläßlich einer öffentlichen Kampagne, die von Zentrums- und sozialdemokratischer Seite über die von Hindenburg geforderte skandalöse Subventionierung des ostelbischen Großgrundbesitzes, diese Subventionierung nicht sehr energisch verteidigte, gelang es Papen, Schleichers Sturz im Reichspräsidentenpalais durchzusetzen. Es folgte jetzt die spannungsgeladene Stille vor der letzten Entscheidung. Hitler zögerte wiederum, wie früher, halb sehnstüchtig. Die republikanischen Massen erhofften das Zeichen zum Endkampf. Als klar war, daß dieses Zeichen nicht gegeben wurde, bezog Hitler kampflös die Reichskanzlei. Er konnte dann risikolos den Rachefeldzug gegen die Republikaner unternehmen, der sich jetzt als eine der geschmacklosesten Episoden der neueren deutschen Geschichte vor den Augen der Welt abspielt⁶¹.

⁵⁹ Zur Stimmung in der Arbeiterschaft vgl. neuerdings das Interview von Hans O. Hemmer mit dem Bergarbeiter(funktionär) Karl van Berk („Wir haben unsere letzte, unsere große Stunde verpaßt“, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 33, 1982, S. 478–485); Erich Matthias (Die sozialdemokratische Partei Deutschlands, S. 144) urteilte 1960 abwägend: „Wie sehr auch der Boden schwankt, auf dem sich unsere Betrachtung bewegt, sicher ist folgendes: mit dem 20. Juli war die letzte Chance einer Ausweitung der republikanischen Widerstandsbasis nach rechts und links verschert; und die Auswirkungen eines vollen Mißerfolges hätten nicht verheerender sein können als die politischen und psychologischen Folgen der Untätigkeit.“ Zu einer eher skeptischen Einschätzung des demokratischen Machtpotentials vgl. neuerdings Schulze, O. Braun, S. 746 ff.; Hsi-Huey Liang, Die Berliner Polizei in der Weimarer Republik, Berlin 1977; Richard Saage, Das Dilemma der Sozialdemokratie in Deutschland und Österreich 1918 bis 1934, in: Jb. d. Instituts für dt. Geschichte (Tel-Aviv) IX, 1980, S. 429–474, 465 f.; Karl Dietrich Bracher, Zwischen Machtvakuum und Austrofascismus – Zur Krise der österreichischen Parteiendemokratie in den dreißiger Jahren, in: Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland, S. 209–221, 216; Brüning (Memoiren, S. 582) „warnte“ Severing vor der „Illusion“ Kleppers „und einer gewissen Clique in seinem Ministerium und im preußischen Staatsministerium“, notfalls die Schupo gegen die Reichswehr einzusetzen.

⁶⁰ In einer Besprechung mit Hindenburg verlangte Hitler am 13. August 1932 „die Führung einer Regierung und die Staatsführung in vollem Umfange für sich und seine Partei“, was der Reichspräsident „mit Bestimmtheit“ ablehnte. Vgl. Schulthess 73, 1932, S. 140 f.; die Aufzeichnung, die Staatssekretär Meissner darüber anfertigte, ist abgedruckt bei Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP, S. 479 f.; ergänzend Walther Hubatsch, Hindenburg und der Staat. Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von 1878 bis 1934, Göttingen 1966, S. 132 f., 338 f.

⁶¹ Gottfried R. Treviranus, Zur Rolle und zur Person Kurt von Schleichers, in: Staat, Wirtschaft und Politik, S. 363–382; Arnold Brecht, Gedanken zur Verantwortung für Hitlers Ernennung zum

III. Die äußere Politik der Republik

Auch die politische Begabung der Völker ist differenziert. Es gibt Länder, wie z. B. England und Frankreich, die eigentlich immer Talente herausstellen, und andere, in denen politische Begabungen selten sind. Zu den letzteren gehört Deutschland. Der deutsche Volkscharakter zeigt mehrere Eigenschaften, die als Hemmnisse einer erfolgreichen Außenpolitik wirken. Den Deutschen fehlt, so merkwürdig das gerade jetzt klingen mag, ein ausgeglichenes nationales Selbstbewußtsein. Es gibt viele Menschen, die zwischen Minderwertigkeitsgefühlen und unliebenswürdiger Anmaßung schwanken. Sie können deshalb ihr Verhältnis zu der Umwelt niemals mit dem Charme gestalten, der aus einem natürlichen Selbstbewußtsein fließt. Ähnlich hat die Beziehung Deutschlands zur Welt etwas Ungleichmäßiges, Labiles an sich. Hiermit hängt eine weitere deutsche Eigenschaft zusammen. Das ist ein seltsamer Mangel an Wahrnehmungsvermögen für das Atmosphärische in der Politik. Es ist geradezu typisch für die deutsche Außenpolitik, daß sie in entscheidenden Augenblicken von der Reflexwirkung ihrer Aktionen in der Welt völlig überrascht wird und dann die Fassung verliert. Die Zeit von Bismarcks Sturz bis zum Kriegsausbruch enthält bekannte Beispiele hierfür. Wenn nicht Vieles trägt, steht auch das neue nationalsozialistische Regime unmittelbar vor solchen Erfahrungen. Schließlich, und auch diese Eigenschaft hängt mit den beiden erwähnten zusammen, haben die Deutschen eine besonders geringe Assimilationsfähigkeit. Mag es sich um die Juden, die Polen, die Elsässer, die Österreicher oder um die Schweizer handeln, niemals ist es den Deutschen gelungen, eine innere Beziehung herzustellen, die einen einheitlichen Organismus bildet. So ist auch die naive rassistische Ideologie der Nationalsozialisten nichts anderes als ein Minderwertigkeitskomplex. Aus diesen veranlagungsmäßigen Vorbelastungen erklärt es sich, daß das deutsche Charakterbild in der Welt unablässig schwankt, daß immer wieder die Frage gestellt wird: ist es das Volk der Dichter und Denker, oder ist es die Bestie mit dem Gehirn des Ingenieurs?

Die Mängel seiner politischen Begabung hatten Deutschland seit der Reformationszeit, wie man heute sagen würde, als Weltmacht neutralisiert; es hob seine politischen Kräfte in sich auf. Als es unter Bismarcks Führung erneut als einheitliches Gebilde, wenn auch nur als Rumpfgelbilde, auftrat, stand es einer bereits bestehenden Gesellschaft der Nationen gegenüber. Da Bismarck als eine der seltenen Ausnahmen ein großes politisches Talent war, ging der deutsche Start unverhältnismäßig glatt von statten. Aber bereits die Wilhelminische Ära mündete in die Katastrophe von 1918, deren abstrakte Bedeutung darin bestand, daß Deutschland als nicht anpassungsfähiges, die Gemeinschaft gefährdendes Wesen in eine Art moralischer Quarantäne gelegt wurde. In diesem Augenblick übernahm die Republik die außenpolitische Verantwortung. Die Aufgabe dieser Politik bestand also darin, den verlorenen moralischen und ökonomischen Lebensraum zurückzugewinnen.

Deutschen Reichskanzler, ebenda, S. 383–391; zur Massenbasis der NSDAP in den Wahlen 1930–1933 und zur Regierung Schleicher vgl. resümierend Volker Hentschel, Weimars letzte Monate, Hitler und der Untergang der Republik, Düsseldorf 1978 (†1980), S. 16 ff., 79 ff.; zur Wahlentwicklung allgemein Martin Schumacher, Wahlen und Abstimmungen 1918–1933. Eine Bibliographie, Düsseldorf 1976; Jürgen W. Falter (Wer verhalf der NSDAP zum Sieg? Neuere Forschungsergebnisse zum parteipolitischen und sozialen Hintergrund der NSDAP-Wähler 1924–1933, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 28–29 N. 14, Juli 1979, S. 3–21) leitet eine Arbeitsgruppe der Bundeswehrhochschule München, die Alter, Geschlecht, regionale Herkunft und sozialen Status der NSDAP-Wähler in den Jahren 1928 bis 1933 untersucht.

Es ist nicht der Zweck der hier angestellten Betrachtungen, Schuldfragen internationaler Art zu analysieren. Vielmehr soll die deutsche Politik nur unter dem Gesichtspunkt eigenen Erfolges und eigener Verantwortlichkeit erörtert werden. Wir müssen deshalb die Frage, ob der Vertrag von Versailles vom Standpunkt der anderen aus gesehen eine glückliche Liquidation des Krieges war, dahingestellt sein lassen. In jedem Fall aber war die Haltung, in der die ersten deutschen Regierungen diesem Instrument gegenübertraten, verhängnisvoll. Entweder mußte man den Friedensschluß als unvermeidliches Erbe des kaiserlichen Regimes akzeptieren, dann aber die Verantwortlichen rücksichtslos zur Rechenschaft ziehen. Oder man mußte kategorisch ablehnen. Unmöglich aber war, was geschah, nämlich zunächst abzulehnen, dann aber dem Druck von außen zu weichen und zu unterschreiben⁶².

Die Folge dieses Mangels an Haltung bestand in einer unglückseligen Verschiebung der Diskussion in Deutschland. Sie gestattete es den Repräsentanten gerade des alten Regimes, vierzehn Jahre lang dem Volke einzureden, alle seine Not sei die Folge der Würdelosigkeit, die die Republik bei Friedensschluß gezeigt habe.

Die Art, in der die Beendigung des Krieges erfolgte, störte gleichzeitig in einer zwangsläufigen Weise den Charakter der deutschen Außenpolitik. Hätte die Republik von Anfang an ihr Prestige in der angedeuteten Art gewahrt, so hätte es die Richtlinie der deutschen Politik sein können, den abgeschlossenen Vertrag loyal zu erfüllen, wie es Frankreich nach dem Frankfurter Frieden [1871] möglich war. So aber ließ die Republik sich von vornherein in die mißliche Lage drängen, daß sie die geschaffene Situation anerkennen, sie aber gleichzeitig bekämpfen mußte. Auf diese Weise erhielt die deutsche Politik den Anschein der Doppelzüngigkeit, der so lange der Wiederherstellung des internationalen Vertrauens hinderlich gewesen ist.

Erkennt man diese negativen Voraussetzungen der deutschen Außenpolitik nach dem Kriege, so wird man mit um so größerer Bewunderung die Tätigkeit Stresemanns⁶³ verfolgen. Das Wesentliche und für deutsche Verhältnisse Außergewöhnliche seiner Persönlichkeit war, daß er den Mut hatte, unter Hinwegsetzung über alles Innerdeutsch-Sentimentale einfach und rationalistisch zu handeln. Trotz Versailles bekannte er sich zum europäischen Frieden. Er sah, daß die Voraussetzung dieses Friedens die unmittelbare Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich ist. Deshalb beschritt er den geraden Weg nach Paris, nach der Stadt, in der die Deutschen das Zentrum der antideutschen Politik sahen. Weil diese Politik Stresemanns so mutig war, glaubte die Welt ihm, daß sie auch ehrlich war. So gelang es Stresemann, seine Aufgabe zu lösen, nämlich jene moralische Quarantäne, die die Republik als kaiserliches Erbe übernommen hatte, zu durchbrechen und das deutsche Prestige wiederherzustellen.

Unter Stresemanns Verantwortung nahm Deutschland das Dawesgutachten [1924] an. Obwohl die ökonomische Konzeption dieses Planes bald überholt wurde, war diese Entscheidung politisch richtig; sie schuf die Begrenzung der Reparationslasten. Auch die Verknüpfung des Youngplanes [1929] mit der Befreiung der besetzten Gebiete war politisch richtig. Die wirtschaftlich falschen Ergebnisse, zu denen man im Youngplan gelangte, fal-

⁶² Zur innenpolitischen Problematik der Friedensfrage vgl. die in der Reihe „Akten der Reichskanzlei“ erschienenen Editionen der Kabinette Scheidemann (bearb. v. Hagen Schulze, 1971) und Bauer (bearb. v. Anton Golecki, 1980).

⁶³ Zur Einschätzung der Politik Gustav Stresemanns als Reichskanzler (1923) und Reichsaußenminister vgl. die vorliegenden „Akten der Reichskanzlei“ (Lücke: 1926/28).

len, wenn man die Verantwortlichkeit der deutschen Unterhändler prüfen will, nicht Stresemann, sondern Schacht zur Last, obwohl dieser sehr früh versucht hat, die Verantwortlichkeit abzuschieben. Die Methode, dem Gläubiger zehn Prozent anzubieten, ihm aber, wenn er hart bleibt, hundert Prozent zu bewilligen, dann aber wieder zu erklären, man habe mehr versprochen, als man halten könne, ist schon im kleinen Geschäftsleben unpraktisch. Jedenfalls eignet sie sich aber nicht für die große Politik⁶⁴.

Die Epoche der deutschen Außenpolitik, die Stresemanns Namen trägt, war, obwohl dieser Name kürzlich von den Straßenschildern in Deutschland entfernt worden ist⁶⁵, zum ersten Male seit Bismarcks Sturz erfolgreich. Aber bereits unter Brüning begann der Abstieg. Brüning war gewiß politisch ernsthaft. Aber seine innere Zerrissenheit, die ihn innerpolitisch zwischen der Klippe der christlichen Demokratie und des ständischen Konservatismus scheitern ließ, machte auch seine Außenpolitik kompliziert und unklar. Zudem geriet er in wachsende Abhängigkeit von dem bei Hindenburg dominierenden instinktlosen Ostelbierum.

Zwar erkannte Brüning intellektuell die Notwendigkeit der deutsch-französischen Verständigung. Aber die deutsche Politik fiel unter seiner Leitung in den Fehler zurück, zu glauben, man könne dies Ziel durch mittelbare Druckwirkungen, insbesondere auf dem Wege über die anglo-amerikanischen Mächte forcieren. Dadurch wurde das stärkste Aktivum aus Stresemanns Erbe, das beginnende unmittelbare Vertrauen zwischen Deutschland und Frankreich im Werte gemindert.

Das entscheidende Unternehmen dieser Art war die Überraschung Frankreichs mit der deutsch-österreichischen Zollunion. Abgesehen von dem wenig imposanten Rückzuge, zu dem die deutsche Politik gezwungen wurde, provozierte die Zollunion den Angriff der französischen Banken auf die Österreichische Kreditanstalt. Der Zusammenbruch dieser Bank löste in der internationalen Finanzwelt die letzten Zweifel über die Widerstandsfähigkeit der deutschen Kreditbanken. Auf diese Weise war die deutsch-österreichische Zollunion der Anlaß zu der deutschen Bankenkrise vom Juli 1931. Als bald nach dem Fall der Österreichischen Kreditanstalt setzte der Abzug der kurzfristigen Auslandsgelder aus Deutschland ein⁶⁶.

Den Einfluß, den die deutsch-französische Abkühlung nach Stresemanns Tod [am 3. Okt. 1929] so nicht nur auf die Wirtschaftslage Deutschlands, sondern auf den gesamten Verlauf der Weltwirtschaftskrise ausgeübt hat, schon jetzt abschließend zu beurteilen, ist nicht möglich. Man wird ihn aber kaum überschätzen können. Jedenfalls sind die geschilderten Zusammenhänge ein Symptom dafür, in welchem Maße nicht nur die beiden beteiligten Länder, sondern die Welt an der endgültigen unmittelbaren Bereinigung des deutsch-französischen Verhältnisses interessiert sind.

Die aus der mißglückten deutsch-österreichischen Zollunion resultierende Not wußte

⁶⁴ Zum Verhalten des Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht während und nach den Young-Verhandlungen vgl. neuerdings Heinz Pentzlin, Hjalmar Schacht. Leben und Wirken einer umstrittenen Persönlichkeit, Berlin 1980, S. 110 ff.; die amtlichen Akten des Kabinetts Müller II wurden von Martin Vogt 1970 in der Reihe „Akten der Reichskanzlei“ ediert.

⁶⁵ Vgl. Schulthess 74, 1933, S. 105: „Es ist unsere Ehrenpflicht, die Namen der Novemberverschreiber von unseren öffentlichen Straßen und Plätzen zu entfernen“ (Hitler).

⁶⁶ Zum Zusammenbruch der Österreichischen Kreditanstalt vgl. Karl Erich Born, Die deutsche Bankenkrise 1931. Finanzen und Politik, München 1967, S. 64 ff.; zur Verhandlung (21. März) der Zollunionspläne und zum Verzicht (3. September 1931) vgl. Schulthess 72, 1931, S. 88 ff., 200.

Brünings zeitweise zu einer Tugend umzugestalten. Sie gab ihm im Zusammenhang mit dem Hoover-Moratorium⁶⁷ die Gelegenheit, die endgültige Regelung der Reparationsfrage vorzubereiten. Hundert Meter⁶⁸ vor diesem Ziele wurde er von Hindenburg gestürzt, weil er dessen uferlose Subventionspolitik zu Gunsten des ostelbischen Großgrundbesitzes fortzusetzen nicht imstande war⁶⁹. Interessanterweise das gleiche Hindernis, vor dem neuerdings Hitler haltgemacht hat⁷⁰.

Es ist zweifelhaft, ob man den auf Brünings Sturz folgenden kurzen Abschnitt Papen-Schleicher-Neurath noch der Weimarer Republik zur Last schreiben darf. Auf der Konferenz von Lausanne gelang es Deutschland, zu dem von Brünings vorbereiteten Abschluß zu gelangen, trotz Papen⁷¹. Seitdem war die deutsche Außenpolitik unfruchtbar und leblos. Lediglich einige Reibungstöne begleiten den Prozeß, in dem Deutschland aus der Weltpolitik ausscheidet.

IV. Die Exposition des Nationalsozialismus⁷²

Das deutsche Volk besteht annähernd zu neunzig vom Hundert aus Menschen, die auf Lohn und Gehalt angewiesen sind und denen die ökonomische Entwicklung die Chance einer prinzipiellen Änderung dieses Zustandes nicht bietet. Das deutsche Volk ist also proletarisch. Für einen nennenswerten Teil dieser Menschen, namentlich für das deklassierte Kleinbürgertum, steht diese Aussichtslosigkeit der Lebensgestaltung in wirklichem oder gefühlsmäßigem Zusammenhang mit dem Verlust des Krieges und mit dem Friedensvertrag. Der sozialreformistische Versuch, als den man die Politik der Weimarer Republik bezeichnen darf, endete mit einer Enttäuschung. Die diesem Tatbestand entspringenden Ressentiments weisen also in die Richtung einer Synthese zwischen Nationalismus und Sozialismus.

⁶⁷ Born, Bankenkrise, S. 78 ff. Zum Problem der Reparationen, der Politik Brünings und der Weltwirtschaftsentwicklung vgl. die Beiträge von Franz Knipping, Winfried Gosmann, J. Becker, Knut Borchardt in dem von Josef Becker und Klaus Hildebrand hrsg. Sammelband „Internationale Beziehungen in der Weltwirtschaftskrise 1929–1933“, München 1980, S. 211 ff.

⁶⁸ Brünings, Memoiren, S. 588: „Ich sprach am [11. Mai im Reichstag] von der Notwendigkeit, die letzten Minuten die Nerven zu behalten, und benutzte das Bild der letzten 100 Meter vor dem Ziel. Die Rede erntete stürmischen Beifall bei der Mehrheit des Hauses.“ Vgl. Sten. Berichte, Bd. 446, S. 2602. In einer vertraulichen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags nahm Brünings am 24. Mai die Formulierung noch einmal auf; vgl. H. Brünings, Reden und Aufsätze eines deutschen Staatsmannes, hrsg. v. Wilhelm Vernekohl (†) unter Mitwirkung von Rudolf Morsey, Münster 1968, S. 165–188, 182.

⁶⁹ Muth, Agrarpolitik und Parteipolitik; Dieter Gessner, Agrarprotektionismus und Welthandelskrise 1929/32. Zum Verhältnis von Agrarpolitik und Handelspolitik in der Endphase der Weimarer Republik, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 26 (1978), S. 161–187; Udo Wengst, Schlange-Schöningen, Ostsiedlung und die Demission der Regierung Brünings, in: GWU 1979, S. 538–551.

⁷⁰ Die Niederschrift des Artikels war offenbar vor dem Rücktritt des deutschnationalen Ernährungsministers Alfred Hugenberg am 29. Juni abgeschlossen.

⁷¹ Zur Reparationskonferenz in Lausanne im Sommer 1932 vgl. Brünings, Memoiren, S. 613 f., 616 f.; Politik und Wirtschaft, passim. Konstantin Frhr. v. Neurath war Außenminister unter Papen, Schleicher und Hitler bis Anfang 1938.

⁷² Bisher unveröffentlicht; datiert: Paris (32 Rue Hamelin), den 24. Juli 1933.

Da diese Synthese ja in der Tat sehr problematisch ist, stieß Herr Hitler vor seinem Amtsantritt gelegentlich auf die Frage, in welcher Weise er dem von ihm verkündeten „deutschen Sozialismus“ nach der Machtergreifung Gestalt zu verleihen gedenke. Er pflegte zu erwidern, das könne er vorläufig nicht enthüllen; denn sonst bestünde die Gefahr, daß Juden und Marxisten sein gedankliches Gut mißbrauchten. Aber tatsächlich stehen wir auch noch jetzt, sechs Monate nachdem die Nationalsozialisten die Verantwortung übernommen haben, einem Aktivismus gegenüber, dessen wesentliche Eigenschaft eine ausgesprochene Substanzlosigkeit ist. Der der technischen Vorstellungswelt entlehnte Ausdruck „Gleichschaltung“ kennzeichnet diesen Zustand in hervorragender Weise. Man hat die politische Maschinerie gleichförmig eingestellt, man läßt sie mit voller Kraft laufen, und sie steigt auf eine übernormale Tourenzahl, weil sie im Leerlauf geht.

Die Merkmale dieser „Gleichschaltung“ bestehen darin, daß die Stellen des staatlichen und körperchaftlichen Organismus, an denen die Betätigung einer politischen Willensbildung möglich ist, mit Anhängern der Partei besetzt sind. Diesen Prozeß trieb man über die Ämter innerhalb der Staatsverwaltung, die parlamentarischen Gremien, die Interessenvertretungen der Wirtschaft und die Gewerkschaften der Arbeitnehmer dank der uns Deutschen eigenen Systematik in die abstrakt geistige Sphäre hinein bis zu den kynologischen Vereinigungen⁷³.

Gleichzeitig wurde diese Umstellung gegen künftige Störungen lückenlos abgesichert. Die in der Reichsverfassung gewährten Grundrechte wurden aufgehoben, die ökonomische und geistige Autonomie von Einzel- und Gesamtpersonlichkeiten beseitigt, die Pressefreiheit abgeschafft, die Entlassung von Beamten und Richtern ohne förmliches Verfahren ermöglicht. Schließlich schuf man in der Geheimen Staatspolizei⁷⁴ und deren Vollzugsorgan, der Privatarmee der Partei (SS und SA), zwei Terrorinstrumente, die dem nicht gefügigen Volksgenossen die Alternative zwischen Emigration oder Konzentrationslager stellten.

Sieht man davon ab, daß das neue deutsche Regime die ethischen Grenzen, die die neuzeitliche Zivilisation der politischen Machtausübung gezogen hat, nicht anerkennt, so muß man es außerordentlich bedauern, daß die einzigartige Machtfülle, die der Staatsführung zugefallen ist, in einer rein formalen Wirkung verpufft. Die Gleichschaltung sieht nämlich von einer materiellen Lösung der verwaltungsorganisatorischen Probleme in Deutschland ab. Es war wirklich an der Zeit, die deutschen Länder zu dem umzubilden, was sie funktionell nur noch sein können, nämlich zu Organen der unpolitischen Selbstverwaltung. Der Charakter der von Hitler vorgenommenen „Reichsreform“ ist aber geradezu entgegengesetzt. Einerseits wird der der Selbstverwaltung zu Grunde liegende Gedanke der Selbstverantwortung durch den von oben wirkenden autoritativen Druck neutralisiert. Sodann sind dadurch, daß die staatsrechtliche Struktur von Reich und Ländern unberührt geblieben ist, daß lediglich den Ländern der „Statthalter“ als zusätzliche Spitze aufgesetzt ist, gerade Reservoirs für den zur Zeit verdrängten Partikularismus angelegt. Diese Reservoirs werden, wenn das Regime schwach wird oder stürzt, sehr gefährlich

⁷³ Vgl. das Stichwort „Gleichschaltung“ im Sachregister des Horkenbach (Das Deutsche Reich von 1918 bis heute) 1933, S. 1064; Helmut Krausnick, Stationen der Gleichschaltung, in: Der Weg in die Diktatur 1918–1933, München 1962, S. 180; Konrad Repgen, Hitlers Machtergreifung und der deutsche Katholizismus. Versuch einer Bilanz, Saarbrücken 1967, S. 14.

⁷⁴ Zur Schaffung des Geheimen Staatspolizeiämtes in Preußen (Berlin, Prinz-Albrecht-Str. 8) Ende April vgl. Horkenbach 1933, S. 185.

sein, denn da der formale Apparat erhalten bleibt, ist es leicht denkbar, daß die Reaktion auf die „Gleichschaltung“ zu einem partikularistischen Rückschritt über den Stand von 1914 hinaus führt, zumal Österreich einen natürlichen Kristallisationspunkt für solche Tendenzen bietet. Schließlich sind keinerlei Schritte unternommen worden, um die unsystematische und natürlich auch kostspielige Verflechtung von Reichs-, Länder- und Kommunalverwaltungen zu entwirren. Es ist zwar alles politisch uniformiert, es ist ein Personalschub von ungeheuerem Ausmaß durchgeführt, im übrigen ist aber alles beim alten geblieben⁷⁵.

Die Entwicklung der Staatsfinanzen ist negativ. Man hat zwar versucht, durch Herausnahme durchlaufender Posten aus den Etats den Anschein einer Verminderung der Ausgaben zu erwecken. Aber dies primitive Mittel ist kaum geeignet, bei Laien falsche Vorstellungen hervorzurufen. Betrachtet man die Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden sowie von deren körperschaftlichen Anhängseln einheitlich, so zeigt sich, daß die öffentlichen Ausgaben erheblich gestiegen sind. Abgesehen von den Kosten, die die Finanzierung von SS und SA, der in der Aufstellung begriffenen Arbeitsdienstarmee, der Ausbau des Luftfahrtwesens und die amtliche Propaganda erfordern, ist auch der Aufwand für allgemeine Staatsrepräsentation stark erhöht.

Die Entwicklung der Einnahmeseite ist der allgemein rückläufigen Tendenz der Wirtschaft entsprechend abfallend, da das Steueraufkommen naturgemäß dem Krisenverlauf adäquat bleibt.

Als schwierigste Fragen der deutschen Finanzpolitik zeigten sich bereits lange vor dem Regierungsantritt Hitlers der vorliegende offene Bankrott einer Reihe von kleineren Ländern und der Mehrzahl der großen Kommunen sowie eine akute finanzielle Krise bei den öffentlichen Versicherungsträgern. Keine dieser Fragen ist gelöst worden⁷⁶.

Es gehört zwar zum Wesen der Krise, daß die öffentliche Finanzgebarung gewissermaßen hinter dem Abgleiten der Prosperität herläuft, daß also jede Sanierung der Staatsfinanzen nach einiger Zeit überholt ist und deshalb erneuert werden muß. Das Bedenkliche der Finanzgebarung der gegenwärtigen deutschen Regierung besteht aber darin, daß sie alle Versuche dieser Art aufgegeben hat. Sie ist vielmehr dem alten liberalen Irrtum anheimgefallen, zu glauben, man könne durch eine nachgiebige Steuerpolitik wirtschaftsbelebend wirken. Formal hat man die Etats durch optimistische Einnahmeschätzungen ausgeglichen. Die kassenmäßig vorhandenen Fehlbeträge werden aber durch kurzfristige kreditmäßige Manipulationen, letzten Endes also durch illegitime Geldschöpfung überbrückt. Diese Finanzpolitik könnte sich als spekulativ richtig erweisen, wenn ihr eine große konjunkturelle Welle zu Hilfe käme. Tritt eine solche Wirtschaftsbelebung aber nicht in absehbarer Zeit ein, dann führt diese unseriöse Finanzpolitik mit absoluter Gewißheit zum Zusammenbruch der Währung, denn gegenüber den finanziellen Bedürfnissen des Staates gibt es ja weder Stillhaltevereinbarungen noch Moratorien.

⁷⁵ Aufgrund des „Ermächtigungsgesetzes“ wurde im März und April die als „Neuordnung von Reich und Ländern“ verbrämte „Gleichschaltung“ vollzogen; im Horkenbach ist das Stichwort „Reichsreform“ nicht vermerkt, die Sache unter „Gleichschaltung“ subsumiert.

⁷⁶ Das Reichshaushaltsgesetz für 1933 war vom Kabinett am 27. Juni angenommen worden; der Gesamtfehlbedarf des ordentlichen Haushalts des Reiches erhöhte sich im Rechnungsjahr 1933 von 1 880,0 Mill. RM auf 2 110,0 Mill. RM; unter Berücksichtigung der Fehlbeträge der ordentlichen Haushalte seit 1930 betrug der rechnermäßige Fehlbetrag 330,0 Mill. RM; die Einnahmen des Reiches aus Steuern, Zöllen und Abgaben stiegen im Rechnungsjahr 1933 gegenüber 1932 geringfügig an. Horkenbach 1933, S. 264f., 729, 731.

Als die Sozialdemokratie vor vierzehn Jahren zur Macht gelangte, entwickelte sich in den Reihen ihrer Anhänger eine starke ideologische Bewegung mit dem Ziel grundlegender Umwandlungen des ökonomischen und sozialen Systems. Auch damals zeigte sich das, was Herr Hitler „antikapitalistische Sehnsucht“ nennt. Nach einiger Zeit verkündeten aber die Repräsentanten des neuen Staates, zunächst sei es die einzige Aufgabe, die heimkehrende Armee in den Arbeitsprozeß zurückzuführen, alle anderen Programmpunkte müßten zurückgestellt werden⁷⁷. Hierbei hatte es dann sein Bewenden. Dieses Mal waren es der angekündigte ständische Aufbau, die Ablösung des Eigennutzes durch den Gemeinnutz und die von Herrn Ley, dem Führer der „Arbeitsfront“, ausgesprochene Beförderung des deutschen Proletariats zum Herrenmenschen, die den Aufbruch der Nation soziologisch beflügelten. Inzwischen hat aber auch Herr Hitler alle Programmpunkte zurückgestellt, mit Ausnahme des gleichen einen⁷⁸. Eine pikante Duplizität der Ereignisse.

Das wirtschaftspolitische Ergebnis der halbjährigen nationalsozialistischen Regierungstätigkeit ist trostlos. Es war gewiß nicht zu erwarten, daß Hitler den spezifischen Bedürfnissen der deutschen Wirtschaft, Beseitigung der Hemmnisse des internationalen Güteraus-tausches und Vertrauen zur politischen Stabilität, näherkommen werde. Daß aber als seine einzigen Erfolge die völlige ökonomische Isolierung Deutschlands, ein mißglückter Versuch, die deutsche Fettwirtschaft zu organisieren, und die Zerstörung des jüdischen Mittelstandes blieben, hatte wohl niemand erwartet. Nicht einmal der bäuerlichen Kerntruppe der Partei kann man etwas vorweisen. An Stelle der versprochenen Brechung der Zinsknechtschaft und der Aufteilung des Großgrundbesitzes offerierte der aus Südamerika zugewanderte deutsche Landwirtschaftsminister, Herr Darré, vor wenigen Tagen der erwartungsvollen Landwirtschaft eine „Organisation zur Pflege bäuerlicher Kultur“⁷⁹.

Die gleichgeschaltete Presse berichtet in Deutschland häufig von einer beginnenden Wirtschaftsbelebung. Es ist richtig, daß der Beschäftigungsgrad der Rüstungsindustrie gestiegen ist. Ebenso macht sich in der Textilindustrie die Nachfrage nach Uniformen und Fahnen bemerkbar. Im übrigen ist aber lediglich eine Verschärfung der Krise festzustellen. Da Deutschland ein Verarbeitungsland ist, ist die Schrumpfung des Außenhandelsvolumens ein untrüglicher Maßstab für die Entwicklung der Prosperität. Im Juni dieses Jahres erreichte der deutsche Außenhandel nur noch 40 Prozent des gleichen Monats im Vorjah-

⁷⁷ Bereits in der Ansprache Friedrich Eberts an die Truppen beim Einzug in Berlin am 10. Dezember 1918 kam der Begriff „Sozialismus“ nur einmal vor: „Arbeit ist die Religion des Sozialismus.“ Im Satz davor hieß es: „Die sozialistische Republik, die Euch durch mich begrüßt, wird ein Gemeinwesen der Arbeit sein.“ Zitiert nach Gerhard A. Ritter/Susanne Miller (Hrsg.), Die deutsche Revolution 1918–1919. Dokumente, Hamburg 1975, S. 140.

⁷⁸ Möglicherweise Anspielung auf die Reden Hitlers am 1. Mai auf dem Tempelhofer Feld („Aufbauprogramm“) oder am 12. Mai an die Treuhänder der Arbeit („unser großes Wiederaufbauwerk“); Horkenbach 1933, S. 193 ff.; Schulthess 74, 1933, S. 173 f. Dr. Robert Ley, Führer der Deutschen Arbeitsfront, die Mitte Juli Massenaufmärsche veranstaltete; vor der schlesischen Arbeitsfront sagte Ley am 20. Juli, „daß jetzt der deutsche Arbeiter eingeordnet sei als gleichberechtigter Volksgenosse“; Horkenbach 1933, S. 298.

⁷⁹ R. Walter Darré wurde am 29. Juni zum Nachfolger Hugenburgs als Reichsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten berufen; Friedrich Grundmann, Agrarpolitik im Dritten Reich. Anspruch und Wirklichkeit des Reichserbhofgesetzes, Hamburg 1979; ergänzend Pentzlin, H. Schacht, S. 205 ff. – Die Reichsstelle für Öle und Fette wurde durch Verordnung vom 4. April 1933 ins Leben gerufen.

re⁸⁰. Die hieraus zu ziehenden Schlüsse werden auch nicht widerlegt durch die von der deutschen Regierung veröffentlichten Ziffern über die Abnahme der Empfänger von Erwerbslosenunterstützung. Denn vermindert hat sich wirklich nur die Zahl der Unterstützungsempfänger, nicht aber die der Erwerbslosen. Einmal kommt in den bekanntgegebenen Ziffern zum Ausdruck, daß die Mitglieder der SA und SS, die zum großen Teil erwerbslos sind, keine Erwerbslosenfürsorge mehr erhalten. Eine weitere Verminderung der Unterstützungsempfänger bewirkt die Aufstellung der Arbeitsdienstarmee. Schließlich werden neuerdings die Erwerbslosen, die in dem Verdacht stehen, politisch unzuverlässig zu sein, aus dem Kreis der Unterstützungsberechtigten gestrichen, weil ihre Erwerbslosigkeit als „selbstverschuldet“ angesehen wird. Die korrespondierende Erscheinung ist, daß in großem Umfange politisch unliebsame Arbeiter und Angestellte entlassen und an ihrer Stelle Mitglieder der nationalsozialistischen Partei eingestellt werden. Auf diese Weise erklären sich die Ziffern, die über die Neueinstellung von Arbeitern bekanntgegeben werden⁸¹.

Auch unter den heutigen währungspolitisch anormalen Verhältnissen gestattet schließlich die Zahlungsbereitschaft einer Volkswirtschaft gegenüber der Umwelt einen Schluß auf ihren Wirkungsgrad. Dies gilt im besonderen für ein Land, das in solch hervorragendem Maße auf internationalen Gütertausch abgestellt ist, wie Deutschland. Die Erklärung des deutschen Auslandsmoratoriums war gewiß währungspolitisch notwendig. Es ist aber eine Irreführung, wenn Herr Schacht erklärt, die Aufbringung der fälligen Zahlungen an das Ausland bereite keine Schwierigkeiten, sondern nur ihre Transferierung. Denn die von ihm angewandte Methode, den inländischen Schuldner zwar so liquide zu stellen, daß er zahlen kann, die Zahlungsmittel aber alsbald wieder der eigenen Disposition zu unterstellen, ist einerseits nur die Fiktion einer Aufbringung, andererseits eine neue inflatorische Maßnahme⁸².

Der mehr und mehr unterbrochene Zahlungsverkehr Deutschlands mit der Außenwelt und die politische Aversion, die gegen das neue deutsche Regime aufkommt, muß eine zunehmende Schrumpfung des deutschen Produktionsvolumens im Gefolge haben. Die natürliche Gegenwehr der deutschen Wirtschaft muß darin bestehen, daß sie versucht, dem Export entgegenstehende Hindernisse durch Unterbietung der Konkurrenz zu überwinden. Deutschland würde dann auf dem Weltmarkt eine ähnliche Rolle spielen wie Rußland. Diese Entwicklung ist aber nur möglich, wenn das deutsche Lohnniveau noch einmal scharf gedrückt wird. Aus dieser Erkenntnis erklärt sich die neuerliche scharf kapitalistische Wendung der deutschen Regierung, deren sichtbarer Ausdruck die Einsetzung des „Generalrates der Wirtschaft“⁸³ ist.

Der Mangel an materieller Initiative, den wir auf allen Gebieten der inneren Politik fest-

⁸⁰ Von 1932 zu 1933 nahm die Einfuhr wertmäßig um 9,3%, die Ausfuhr um 15,1% ab, jedoch jeweils deutlich geringer als von 1931 zu 1932; Horkenbach 1933, S. 739, 741 ff.; Pentzlin, H. Schacht, S. 210.

⁸¹ Die Zahl der Arbeitslosen betrug Ende Juni 4,4 Mill.; die im Arbeitsdienst Beschäftigten wurden bis Ende Juli als Arbeitslose mitgezählt; im Jahresdurchschnitt ging die Zahl der Arbeitslosen von 5,6 Mill. auf 4,8 Mill. zurück; Horkenbach 1933, S. 747.

⁸² Zu dem am 8. Juni vom Reichskabinett verabschiedeten Gesetz über Zahlungsverbindlichkeiten gegenüber dem Ausland vgl. Schulthess 74, 1933, S. 153, 165 f.; Horkenbach 1933, S. 247 f.; Pentzlin, H. Schacht, S. 210 ff.

⁸³ Von Hitler am 15. Juli 1933 berufen; Schulthess 74, 1933, S. 1979; Horkenbach 1933, S. 290.

stellen mußten, ist auch das Kriterium der nationalsozialistischen Außenpolitik. Nach einem grausam mißglückten außenpolitischen Propagandaversuch, dessen bekanntester Ausschnitt das Debut des Herrn Rosenberg⁸⁴ in London ist, und nach der moralischen Abschließung des Regimes infolge der Judenverfolgungen und des sonstigen inneren Terrors griff eine ängstliche Nervosität Platz. Der Judenboykott⁸⁵ wurde plötzlich abgebrochen, der Status quo gegenüber Polen anerkannt⁸⁶, der Verzicht auf Elsaß-Lothringen ausdrücklich wiederholt⁸⁷. Am 17. Mai schwor Herr Hitler feierlich dem Kriege ab⁸⁸. Kurze Zeit später stabilisierte er den Vertrag von Versailles durch die Unterzeichnung des Viererpaktes erneut auf zehn Jahre⁸⁹. Das ist das Ergebnis der Revisionspolitik, um von dem 14 Jahre lang angekündigten „Zerreißen der Verträge“ nicht zu reden. Ebenso wie es bei dem Viererpakt der Fall war, so wird auch das Konkordat mit dem Heiligen Stuhl, das augenblicklich noch als Erfolg gefeiert wird, zeigen, daß man es geradezu als Maxime der Außenpolitik des Herrn Hitler bezeichnen kann, mit außenpolitischen Zugeständnissen, die keine der früheren deutschen Regierungen erwogen hätte, die Aufrechterhaltung der Parteiherrschaft im Inlande zu erkaufen⁹⁰. Die stärkste Probe dieser Art wird Herr Hitler zu bestehen haben, wenn die bevorstehende allgemeine militärpolitische Auseinandersetzung mit den benachbarten Staaten einsetzt.

Man kann weder dem russischen noch dem italienischen System gedankliche und sachliche Gestaltungsfähigkeit absprechen. Daß die gesamte Macht einer politischen Bewegung zufallen konnte, die gedanklich und materiell so vollkommen steril ist wie der Nationalsozialismus, das ist das Rätsel, das Deutschland der Welt aufgegeben hat.

⁸⁴ Ein von Alfred Rosenberg, Leiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP, am 10. Mai am Gefallenendenkmal in London niedergelegter Kranz mit einer schwarz-weiß-roten Hakenkreuzfahne wurde von einem sozialistischen Parlamentskandidaten entwendet; zu den negativen Auswirkungen der Besprechungen Rosenbergs in London vgl. Schulthess 74, 1933, S. 300; Horkenbach 1933, S. 210, 212 f.

⁸⁵ Der von der Parteileitung der NSDAP am 28. März initiierte und „in Ruhe und Disziplin“ organisierte Judenboykott wurde am 4. April vorläufig abgebrochen; vgl. Horkenbach 1933, S. 145, 149, 153; zur Entschließung des Minderheitenausschusses des Weltverbands der Völkerbundsliga in Montreux am 7. Juni vgl. Schulthess 74, 1933, S. 494 f.; zum Boykott ergänzend ebenda, S. 81 f.

⁸⁶ Zur „Entspannung Deutschland-Polen“ vgl. Horkenbach 1933, S. 198; Schulthess 74, 1933, S. 120 u. ö.

⁸⁷ In dieser Form nicht ermittelt; in einem Interview (Matin, 23. September) sagte Hitler: „Elsaß-Lothringen ist keine Streitfrage.“ Schulthess 74, 1933, S. 249 f.

⁸⁸ Horkenbach 1933, S. 221 ff. („Hitlers große Friedensrede“); deutsche Emigranten, die in England und Frankreich die friedfertigen Absichten Hitlers in Frage stellten, galten vielfach „als Störenfriede der guten Beziehungen zu Deutschland, ja manchmal geradezu als Kriegshetzer“; vgl. Susanne Miller, Rahmenbedingungen für das politische Wirken im Exil, in: Widerstand und Exil der deutschen Arbeiterbewegung 1933–1945, Bonn 1982, S. 451–524, 460 f.

⁸⁹ Der „Viererpakt“ wurde am 7. Juni in Rom paraphiert; vgl. Horkenbach 1933, S. 244 ff.

⁹⁰ Die Kontroverse um Ermächtigungsgesetz und Reichskonkordat wurde durch die Veröffentlichung von Klaus Scholder (Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918–1934, Frankfurt/M. 1977) neu belebt.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Dr. h. c. Karl Dietrich Bracher, o. Professor für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Bonn (5300 Bonn, Am Hofgarten 15); Hauptwerke: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie (Stuttgart/Düsseldorf 1955, 6. Aufl. Königstein, Ts., 1978), Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland (mit G. Schulz und W. Sauer, Köln 1960, 3. Aufl. 1974), Deutschland zwischen Demokratie und Diktatur (Bern/München/Wien 1964), Die deutsche Diktatur (Köln/Berlin 1969, 6. Aufl. 1979), Das deutsche Dilemma (München 1971), Zeitgeschichtliche Kontroversen (München 1976, 4. Aufl. 1980), Schlüsselwörter in der Geschichte (Düsseldorf 1978), Europa in der Krise (Frankfurt/Berlin/Wien 1979), Geschichte und Gewalt (Berlin 1981), Zeit der Ideologien (Stuttgart 1982); gegenwärtige Forschungsgebiete: Geschichte der politischen Ideen, Zeitgeschichte der Bundesrepublik, Vergleich von Herrschaftssystemen.

Dr. Martin Broszat, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte u. Honorarprofessor an der Universität München (8000 München 19, Leonrodstraße 46b), veröffentlichte neben zahlreichen Aufsätzen und Dokumentationen in den VfZ und sonstigen wissenschaftlichen Organen u. a. „Kommandant von Auschwitz. Autobiographische Aufzeichnungen von Rudolf Höss“ (Stuttgart 1958), „Der Nationalsozialismus. Weltanschauung, Programm und Wirklichkeit“ (Stuttgart 1960), „Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945“ (Stuttgart 1961), „Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik“ (München 1963, Neuausg. Frankfurt 1972), „Nationalsozialistische Konzentrationslager 1933–1945“ (in: Anatomie des SS-Staates, Bd. II, Olten/Freiburg 1965), „Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung“ (München 1969, 9. Aufl. 1981), ferner Hrsg. (zus. mit H. Heiber) der dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts sowie Hrsg. (zus. mit E. Fröhlich, A. Grossmann u. F. Wieseemann) u. Mitautor der Reihe „Bayern in der NS-Zeit“ (bislang, von 1977 bis 1981, 4 Bde. erschienen); derzeitige Interessen: Probleme der politischen

Kultur Deutschlands von der Weimarer Republik bis zur Gegenwart.

Dr. Andreas Dorpalen, Emeritus Professor of History an The Ohio State University (2040 Tremont Road, Columbus, Ohio 43221), veröffentlichte u. a. „The World of General Haushofer. Geopolitics in Action“ (New York/Toronto 1942), „Heinrich von Treitsche“ (New Haven 1957), „Hindenburg and the Weimar Republic“ (Princeton 1964, „Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik“, Berlin/Frankfurt 1966), „Europe in the 20th Century. A History“ (New York/London 1968); derzeit mit Studien zur Geschichtswissenschaft in der DDR beschäftigt.

Dr. Norbert Frei, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte (8000 München 19, Leonrodstr. 46b), veröffentlichte u. a. „Nationalsozialistische Eroberung der Provinzpresse. Gleichschaltung, Selbstanpassung und Resistenz in Bayern“ (Stuttgart 1980), „Ernst Friedländer: Klärung für Deutschland (Hrsg., München 1982); gegenwärtig Arbeit über Probleme der Publizistikgeschichte in Westdeutschland nach 1945.

Dr. Manfred Jacobs, o. Professor für ev. Theologie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (4400 Münster-Wohlbeck, An der Vogelrute 49), veröffentlichte u. a. „Die evangelische Lehre von der Kirche“ (Lüneburg 1962), „Die evangelische Staatslehre“ (Göttingen 1971); Hauptforschungsgebiete: Reformationsgeschichte und Protestantismus im 19./20. Jahrhundert.

Dr. Horst Möller, o. Professor für Neuere Geschichte an der Universität Erlangen-Nürnberg (Kochstr. 4, 8520 Erlangen), veröffentlichte „Aufklärung in Preußen“ (Berlin 1974) sowie zahlreiche Aufsätze zur Gesch. d. 17.–20. Jhs., u. a. „Parlamentarisierung und Demokratisierung im Preußen der Weimarer Republik“ (in: Gesellschaft, Parlament und Regierung, hrsg. v. G. A. Ritter, Düsseldorf 1974), „Die Interpretation der Aufklärung in der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung“ (in: Zs. Hist. Forsch., Bd. 4, 1977), „Landeskunde und Zeitkritik im 18. Jahrhundert. Die Bedeutung der Reisebeschreibung Friedrich Nicolais als regional- und sozialgeschichtliche Quelle“ (in: Hess. Jb. f. Landesgesch., Bd. 27, 1977), „Die

Gold- und Rosenkreuzer – Struktur, Zielsetzung und Wirkung einer anti-aufklärerischen Geheimgesellschaft“ (in: Geheime Gesellschaften, hrsg. v. P. C. Ludz, Heidelberg 1979), „Lorenz von Steins Interpretation der Französischen Revolution von 1789“ (in: Der Staat 18, 1979), „Ämterkäufligkeit in Brandenburg-Preußen im 17. und 18. Jahrhundert“ (in: Ämterkäufligkeit: Aspekte sozialer Mobilität im europäischen Vergleich, hrsg. v. K. Maletke, Berlin 1980), „Oswald Spengler – Geschichte in Dienste der Zeitkritik“ (in: Spengler heute, hrsg. v. P. C. Ludz, München 1980), „Vom Aufgeklärten Absolutismus zu den Reformen des 19. Jahrhunderts“ (in: Deutsche Literatur – Eine Sozialgeschichte, hrsg. v. H. A. Glaser, Bd. 5, Hamburg 1980), „Aufklärung, Judenemanzipation und Staat. Ursprung und Wirkung von Dohms Schrift ‚Über die bürgerliche Verbesserung der Juden‘“ (in: Jb. des Instituts für Deutsche Geschichte d. Universität Tel Aviv, Beiheft 3, Tel Aviv 1980), „Wie aufgeklärt war Preußen?“ (in: Preußen im Rückblick, hrsg. v. H.-J. Puhle u. H.-U. Wehler, Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 6, Göttingen 1980), „Das demokratische Preußen“ (in: Das Preußenbild in der Geschichte, hrsg. v. O. Büsch, Berlin 1981), „Das Ende Preußens“ (in: Preußen – eine Herausforderung, Herrenalber Texte 32, Karlsruhe 1981), „Ernst Heilmann – ein Sozialdemokrat in der Weimarer Republik“ (in: Jb. d. Instituts für Deutsche Geschichte d. Universität Tel Aviv, Bd. 11, Tel Aviv 1982), „Die preußischen Oberpräsidenten der Weimarer Republik als Verwaltungselite“ (in: VfZ, 30. Jg. 1982); „Kultur in der Emigration: Exodus

und Rückkehr deutschsprachiger Schriftsteller, Künstler und Gelehrter seit 1933“ (in: Ausgestoßen. Schicksale in der Emigration, hg. vom ZdF, München 1982); „Primat der Außenpolitik: Preußen und die Französische Revolution 1789–1795“ (in: Francia, Beiheft 12, München 1982); „Sozialgeschichtlicher Abriss 1918–1945“ (in: Deutsche Literatur – Eine Sozialgeschichte, hg. von H. A. Glaser, Bd. IX, Reinbeck bei Hamburg 1983); in Druckvorbereitung: „Parlamentarismus im Preußen der Weimarer Republik“ (Habil. Schr., Berlin 1978).

Dr. Martin Schumacher, Generalsekretär der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien (5300 Bonn 1, Poppelsdorfer Allee 55), veröffentlichte u. a. „Auslandsreisen deutscher Unternehmer 1750–1851 „Erinnerungen und Dokumente von Joh. Victor Brecht 1914–1933“ (Bearb., Düsseldorf 1970), „Mittelstandsfrente und Republik. Die Wirtschaftspartei – Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1919–1933“ (Düsseldorf 1972), „Parlamentspraxis in der Weimarer Republik. Die Tagungsberichte der Vereinigung der deutschen Parlamentsdirektoren 1925–1933“ (Düsseldorf 1974), „Wahlen und Abstimmungen 1918–1933. Eine Bibliographie zur Statistik und Analyse der politischen Wahlen in der Weimarer Republik“ (Düsseldorf 1976), „Land und Politik. Eine Untersuchung über politische Parteien und agrarische Interessen 1914–1923“ (Düsseldorf 1978); arbeitet zur Zeit an einer Untersuchung über Otto Klepper und die Gründung der FAZ, ferner über Probleme der Wirtschafts- und Agrarpolitik der Nachkriegszeit.